

DER WEG

DES REVOLUTIONÄREN

Nr. 7 KOMMUNISMUS

Theoretisches Organ der Revolutionär-Kommunistischen Organisation zur Befreiung

www.rkob.net | Nr. 7 | August 2011 | Preis: 5 €

Rassismus, MigrantInnen und revolutionäre Integration

Vorwärts zu einer
revolutionären,
5. Internationale
der Arbeiter und
Arbeiterinnen.

**Arbeiter, Arbeiterinnen und unterdrückte
Völker aller Länder vereinigt euch!**

Inhaltsverzeichnis

Thesen zu Rassismus, Migration, der Lage der MigrantInnen in Österreich und der Strategie der revolutionären Integration

Vorwort	S.3
Zusammenfassung	S.6
I. Migration und Kapitalismus	S.9
II. Bedeutung und Charakter der Migration im Imperialismus	S.10
III. Imperialismus und der Extraprofit des Monopolkapitals	S.11
IV. Imperialismus und Arbeiteraristokratie	S.12
V. Die Rolle der industriellen Reservearmee	S.14
VI. Entwicklungslinien der Migration seit den 1970er Jahren	S.16
VII. Nationale Unterdrückung, Überausbeutung der Arbeitskräften	S.18
VIII. Die Grundlagen der Überausbeutung der MigrantInnen	S.21
IX. Die Formen der Unterdrückung von MigrantInnen in Österreich	S.25
X. Die 2. Generation der MigrantInnen	S.28
XI. Die Mängel der offiziellen Statistiken über die MigrantInnen	S.31
XII. Der tatsächliche Anteil der MigrantInnen an der Bevölkerung	S.31
XIII. Exkurs: MigrantInnen in Wien	S.32
XIV. Die Rolle des Rassismus im imperialistischen Kapitalismus	S.33
XV. Wie erleben MigrantInnen den Rassismus?	S.34
XVI. Die gesellschaftliche Grundlage des Sozialchauvinismus	S.35
XVII. Die zusätzliche Unterdrückung der Frauen und Jugendlichen	S.36
XVIII. Reaktionäre Kräfte innerhalb der MigrantInnen-Gemeinde	S.37
XIX. Die Tradition der revolutionären ArbeiterInnenbewegung	S.38
XX. Das Konzept der revolutionären Integration	S.41
XXI. Programmatische Forderungen	S.44
XXII. Bedeutung der MigrantInnen für die sozialistische Revolution	S.48
Fußnoten	S.51

Einheit durch Kampf für Gleichberechtigung!

Resolution für das Recht auf Muttersprache für MigrantInnen an den Schulen

Vorwort der Redaktion	S.60
Assimilation, nationale Abschottung und revolutionäre Integration	S.60
Die Einheit der Klasse erfordert den Kampf für die völlige Gleichberechtigung	S.62
Sprache als Mittel der Verständigung und als Mittel der nationalen Unterdrückung	S.62
Die wachsende Bedeutung der MigrantInnen im Kindergarten und an den Schulen in Österreich ..	S.63
Die Notwendigkeit des muttersprachlichen Unterrichts	S.64
Revolutionäre Integration und Mehrsprachigkeit	S.64
Anmerkungen	S.66

Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck, Redaktion: "Revolutionär-Kommunistische Organisation zur Befreiung" (RKOB), Stiftgasse 8, 1070 Wien. Offenlegungspflicht nach §25-Mediengesetz Medieninhaber (Verleger) des periodischen Druckwerkes "Revolutionäre Befreiung" ist zu 100% die Partei "Revolutionär-Kommunistische Organisation zur Befreiung" (RKOB), Fuchselhofgasse 6, 1120 Wien. Die Partei ist von anderen Parteien und Vereinen politisch und finanziell unabhängig. Grundlegende Richtung des Druckmediums: Auseinandersetzung mit historischen und aktuellen Fragen der Politik der Arbeiterbewegung. Spenden an: BAWAG Kontonr. 04310-101-910, BLZ: 14000

www.rkob.net - aktiv@rkob.net - Tel.: 0650/4068314
Fuchselhofgasse 6, 1120 Wien

MARXISMUS, MIGRATION UND REVOLUTIONÄRE INTEGRATION

Thesen zu Rassismus, Migration, der Lage der MigrantInnen in Österreich und der Strategie der revolutionären Integration

Von Michael Pröbsting

Vorwort

Die folgenden Thesen haben zum Ziel, die Frage des Rassismus und der Migration, der Lage der MigrantInnen sowie der revolutionären Strategie im Kampf für ihre vollständige Gleichberechtigung, von einem marxistischen Standpunkt her zu analysieren und daraus die für das revolutionäre Programm notwendigen Schlußfolgerungen abzuleiten.

Die Thesen sind das Resultat unserer theoretischen und praktischen Arbeit in den letzten 20 Jahren. Für unsere Organisation, die *Liga der Sozialistischen Revolution (LSR)* – vor 2007 hießen wir *ArbeiterInnenstandpunkt (AST)* – bis zu ihrem zentristischen Verfall und heute die *Revolutionär-Kommunistische Organisation zur Befreiung (RKOB)* nahm die Arbeit unter dem migrantischen Teil der ArbeiterInnenklasse immer einen wichtigen Stellenwert ein. Anfang der 1990er begannen wir in Wien, vor allem aber in Salzburg, im Rahmen des Kampfes gegen den Rassismus eine systematische Arbeit unter MigrantInnen und konnten dabei wichtige Erfahrungen sammeln. Wir beteiligten uns an zahlreichen Mobilisierungen und arbeiteten mit verschiedenen türkisch/kurdischen MigrantInnenorganisationen zusammen. Ein praktisches Ergebnis war das gemeinsame Antreten mit einigen dieser MigrantInnenorganisationen bei den AK-Wahlen in Salzburg 1994 im Rahmen der Liste 'Solidarität'.

Lenin notierte einmal bei seinen Studien zu Hegels ‚Wissenschaft der Logik‘: „Von der lebendigen Anschauung zum abstrakten Denken und von diesem zur Praxis – das ist der dialektische Weg der Erkenntnis der Wahrheit, der Erkenntnis der objektiven Realität.“¹ In diesem Sinne achteten wir darauf, daß wir nicht nur praktische Arbeit gegen Rassismus leisteten, sondern auch auf theoretischer und programmatischer Ebene Antworten entwickelten.

Ein wichtiges theoretisches Resultat der Arbeit unserer Organisation in dieser Zeit war die Broschüre „*Klassenkampf dem Rassismus. Thesen zum Rassismus gegenüber ArbeitimmigrantInnen in Österreich*“, die der AST im Herbst 1991 veröffentlichte. Darin legten wir die Grundlagen einer marxistischen Analyse dieser Frage dar. Wir leiteten Migration und Rassismus als eine unausweichliche Folgeerscheinung der imperialistischen Weltordnung innewohnenden Widersprüche ab. Wir führten die sozialchauvinistische, sich gegen die Gleichberechtigung der MigrantInnen richtende Politik der reformistischen Organisationen (SPÖ- und ÖGB-Bürokratie u.a.) auf ihre enge, strukturelle Verbundenheit mit dem Kapital und dem bürgerlichen Staat zurück. Und wir legten die Eckpfeiler einer revolutionären, sozialistischen Antwort dar,

die die Interessen der gesamten ArbeiterInnenklasse – egal welcher Hautfarbe und Herkunft – zum Ausdruck bringt: die Forderungen nach vollständigen Staatsbürgerrechten für MigrantInnen, der Abschaffung aller besonderen „Ausländergesetze“, gegen Einwanderungsbeschränkungen und für offene Grenzen, gegen die Benachteiligung der MigrantInnen bei Löhnen, Wohnungen usw. sowie für den gemeinsamen Kampf mit den österreichischen ArbeiterInnen.

Weitere wichtige Erfahrungen in der Arbeit mit MigrantInnen machten wir bei der Organisierung von Protesten serbischer MigrantInnen gegen die chauvinistische Hetzkampagne des österreichischen und europäischen Imperialismus 1991, deren Höhepunkt eine Demonstration am 18. Juli 1991 in Wien mit 1.500 TeilnehmerInnen war und bei der unsere Organisation auch zwei Redner stellte. Ebenso wichtig war für uns die Teilnahme an der internationalen, von Gewerkschaften und sozialistischen Organisationen getragene, Kampagne „*Workers Aid for Bosnia*“ (ArbeiterInnenhilfe für Bosnien) 1993-95, bei der Hilfsgüter für die von serbischen und kroatischen Chauvinisten verfolgten bosnischen ArbeiterInnen (insbesondere im Raum Tuzla) gesammelt wurden.

Schließlich arbeiteten wir 1997/98 mit albanischen MigrantInnen zusammen, die sich für den Unabhängigkeitskampf im Kosova einsetzten. Auch hier bildete eine Solidaritätskundgebung am 6. März 1998 am Wiener Heldenplatz mit 2.000 hauptsächlich albanischen MigrantInnen den Höhepunkt der Kampagne, wo auch ein Vertreter unserer Organisation eine Rede hielt. Dieser Zyklus von MigrantInnenmobilisierung begann mit den Balkankriegen 1991 und endete 1999 mit dem letzten dieser Kriege. In dieser Periode waren es v.a. MigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien, die an diesen politischen Klassenkämpfen teilnahmen.

Mit dem Beginn des imperialistischen Krieges gegen den Terror und dem Überfall auf Afghanistan im November 2001 begann eine neue, bis heute andauernde, Phase von politischen Klassenkämpfen, bei denen MigrantInnen einen bedeutenden Teil stellten. Im November und Dezember 2001 arbeiteten wir v.a. mit moslemischen MigrantInnen aus der Türkei zusammen.

Die Mobilisierungen vor und während des US-imperialistischen Angriffs auf den Irak im Herbst 2002 und Frühjahr 2003 stellten einen Höhepunkt für den Klassenkampf in Österreich dar (mit Großdemonstrationen von 30.000 bzw. 50.000 Menschen am 15. Februar bzw. 22. März sowie einem SchülerInnenstreik mit alleine in Wien 8.000 Teilneh-

merInnen am Tag des Beginns des Krieges, dem 20. März). Diese Mobilisierungen – und z.T. auch die nachfolgenden Anti-Kriegsdemonstrationen in den Jahren danach – waren eine wichtige Antriebsfeder für die Politisierung und Mobilisierung wichtiger Teile der MigrantInnen (v.a. jener, die aus moslemischen Ländern kommen). Sie brachten unsere Organisation in eine enge Zusammenarbeit sowohl mit MigrantInnenorganisationen, die von älteren MigrantInnen der ersten Generation geprägt werden als auch mit migrantischen Jugendlichen der 2. Generation.

Weitere wichtige Mobilisierungen – auch für MigrantInnen – waren der Schulstreik und die Großdemonstration gegen den Besuch des US-Präsidenten Bush in Wien am 21. Juni 2006 und – kurz danach – die Kampagne gegen den israelischen Überfall auf den Libanon. Auch bei diesen Mobilisierungen spielte unsere Organisation eine wichtige Rolle, insbesondere der Schulstreik gegen den Bush-Besuch ging auf unsere Initiative zurück. Die vorläufig letzten Höhepunkte migrantischer Mobilisierungen und unserer Intervention darin stellten die Gaza-Solidaritätsdemonstrationen im Winter 2008/2009 sowie im Juni 2010 dar.² Bei den meisten dieser Demonstrationen war die LSR bzw. die Jugendorganisation REVOLUTION, mit der wir eng zusammenarbeiten, mit RednerInnen vertreten.³

Dieses Jahrzehnt von politischen Klassenkämpfen gegen imperialistische Kriege, bei denen MigrantInnen eine wesentliche Rolle spielten, war eine wichtige Quelle für die praktischen und politischen Erfahrungen der heutigen RKO-GenossInnen. Ausgestattet mit einer revolutionären, internationalistischen Antwort auf die Herausforderungen dieser Kämpfe konnten wir durch exemplarische Massenarbeit und den Aufbau einer Verankerung v.a. im Jugendbereich in Wien nicht nur eine Zusammenarbeit mit verschiedenen MigrantInnenorganisationen herstellen, sondern auch eine Reihe von MigrantInnen der 2. Generation – mit Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien, der Türkei, Polen sowie dem arabischen Raum – für die LSR bzw. REVOLUTION gewinnen. Damals hatten wir in der revolutionären LSR bzw. REVOLUTION einen MigrantInnenanteil von einem bis zwei Fünftel in der Mitgliedschaft dieser Organisationen.

Diese wichtige Rolle von MigrantInnen in unserer Organisation wirkte sich wiederum sehr positiv auf die Propaganda und die theoretische Weiterentwicklung aus. In diesem Sinne sind die vorliegenden Thesen ein Resultat von zwei Jahrzehnten revolutionärer Arbeit mit und von MigrantInnen. Unsere eigenen Erfahrungen in der MigrantInnenarbeit unterstreichen die Richtigkeit des marxistischen Grundsatzes der notwendigen Einheit von Theorie und Praxis, die der marxistische Philosoph Abram Deborin in folgenden Worten treffend beschrieb:

„Um die Wirklichkeit umzugestalten, ist es notwendig, daß die Theorie selbst Wirklichkeit werde, daß sie aktiv-schöpferische Kraft sei, daß, mit einem Wort, die Theorie Praxis werde. Der Marxismus ist eine solche von allen anderen abweichenden Theorie, eine philosophische Weltanschauung, die die Umkehrung der Praxis zur Theorie und der Theorie in die Praxis fordert. Der Marxismus kennt keine Trennung zwischen Theorie und Praxis. Die dialektische Einheit von Theorie und Praxis erfordert, daß die Theorie praktisch sei und daß die Praxis durch die Theorie erklärt, und selbst zur Theorie werde.“⁴

Genau diesen Weg der Einheit von Theorie und Praxis und ihrer wechselseitigen Beeinflussung sind wir gegang-

gen und werden wir auch weiter gehen. Denn in Anlehnung an Luppols Definition der Dialektik gilt für uns, daß wirklich marxistisches Wissen nur auf der Grundlage des Handelns und wirklich die Gesellschaft verändernde Praxis nur auf der Grundlage des Wissens Erfolg haben kann.⁵

Gerade auch aus diesem Grund sind die Thesen kein abgeschottetes, ein für alle Mal abgeschlossenes, Werk, sondern sollen als Anleitung zum Handeln und somit auch zur Diskussion und Kritik gerade auch mit jenen dienen, die wie wir eine Beseitigung der Unterdrückung der MigrantInnen anstreben.

* * * * *

Noch eine kurze Bemerkung zur Entstehungsgeschichte dieser Thesen. Ein erster Grundentwurf dieses Dokuments wurde Ende 2005 verfaßt und in unserer Organisation diskutiert. Verschiedene Teilbereiche waren jedoch noch nicht vollständig ausgearbeitet und so konnten die Thesen nicht zum Abschluß gebracht werden. Auch wenn wir sie nicht veröffentlichten, so flossen doch viele Grundgedanken in die zahlreichen Artikel, die wir zum Thema Rassismus und MigrantInnen verfaßten, ein. Insbesondere die neue programmatischen Forderungen nach Abschaffung der Staatssprache, dem Recht auf Muttersprache bei allen Behörden und in den Ausbildungsstätten und allgemein das Konzept der revolutionären Integration wurde Bestandteil unseres programmatischen Arsenal. Die LSR nahm diese Forderungen in ihr Aktionsprogramm von 2007 auf und die *Liga der Fünften Internationale* (LFI, deren österreichische Sektion die LSR ist) beschloß auf ihrem 8. Weltkongreß im Juni 2010 diese Losungen im Rahmen ihres neuen *Programmatischen Manifestes*.

Mittlerweile war jedoch das Zahlenmaterial der ursprünglichen Thesen teilweise veraltet, wodurch eine Überarbeitung der Thesen notwendig wurde und schließlich zu einem deutlich längeren Dokument führte. Dabei haben wir nicht nur die aktuellen Entwicklungen auf Faktenebene berücksichtigt, sondern auch verschiedene theoretische Überlegungen ausgebaut und weiterentwickelt.

* * * * *

Damit kommen wir auch zu einem Bruchpunkt in der politischen Entwicklung. Diese Thesen wurden im Herbst 2010 im FAREV, dem damaligen theoretischen Organ der damaligen LSR. Damals noch von der Mehrheit der LSR unterstützt, erwiesen sich die Thesen bald als eine zentrale Frage in der inner-parteilichen Auseinandersetzung in der LFI, die schließlich den Hintergrund für unseren bürokratischen Ausschluß durch die Mehrheit der internationalen Führung darstellte. So wurde unsere in den Thesen entwickelte Definition von MigrantInnen als „eine in ihrer klaren Mehrheit national unterdrückte und überausgebeutete Schicht“ von einer deutlichen Mehrheit der LFI-Führung sowie einigen LSR-Mitgliedern abgelehnt. Weiters wurde behauptet, daß die Rückschrittlichkeit des kapitalistischen Systems in der Einschränkung der Möglichkeit zu Assimilation von den MigrantInnen – also der Anpassung der nationalen Minderheit an die herrschende Nation – bestünde. Wir von der RKO dagegen sind davon überzeugt, daß die Tendenz zur As-

similation in der Epoche des Imperialismus kein für sich genommen fortschrittliches Moment ist, sondern aus dem Druck und Zwang durch die KapitalistInnenklasse und ihres Staates entsteht. Zwar sind wir für die Aufhebung aller Erschwernisse sich zu Assimilieren, wir treten aber auch gleichzeitig für eine Reihe von Forderungen ein, die eine systematische Gleichberechtigung von MigrantInnen anstrebt. So entwickelten wir die Losung des Rechts auf Verwendung der Muttersprache in Behörden und Ämtern, und die Notwendigkeit der Schaffung eines breiten Angebots an mehrsprachigen Unterricht in gemeinsamen Schulen von verschiedenen MigrantInnengruppen und Inländern. Zwar konnten wir die Losung der Abschaffung der Staatssprache und des Rechts auf Muttersprache mit einer knappen Mehrheit am Kongreß der LFI im Juni 2010 durchsetzen. Aber in ihrem Inhalt blieb dieses Programm sehr umstritten und wurde von einigen führenden LFI-GenossInnen rigoros abgelehnt. Diese Ablehnung hängt durchaus auch mit dem mangelnden Verständnis des Charakters der nationalen Unterdrückung von MigrantInnen wie auch der zunehmenden Tendenz zum Aristokratismus in der LFI zusammen. Als revolutionäre Kraft eine solche Bahn einzuschlagen ist politisch katastrophal und führt bei ausbleibender Korrektur zu einer zentristischen Degeneration. Die durch und durch rückschrittliche Haltung der gesamten LFI- und REVO-Führung zum August-Aufstand der unteren Schichten der ArbeiterInnenklasse, der Schwarzen und der MigrantInnen in Britannien bewies das ganz klar. Ihr Unverständnis des Charakters der Unterdrückung dieser Schichten, ihres Potentials im Klassenkampf und damit auch ihrer Bedeutung für den Aufbau der revolutionären Partei mündete schließlich darin, daß die Führung dieser ehemals revolutionären Strömung nicht nur keine Taktik für den Kampf entwickeln konnte, sondern sich schlichtweg weigerte, an diesem Kampf überhaupt teilzunehmen. Obwohl sie zeitgleich während des Aufstandes ein internationales REVO-Lager mit – nach eigenen Angaben – 80 TeilnehmerInnen nahe bei London hatte, setzte die Führung durch, daß die Gruppe keinerlei Teilnahme, keinerlei Intervention in diesen Aufstand vornahm. Stattdessen feierte man jeden Abend Party, während gleichzeitig ein paar Kilometer entfernt mehrere zehntausend proletarische Jugendliche auf den Straßen Londons gegen die Polizei kämpften. Auf ihrer Homepage berichtet REVO danach unter dem Titel „Sommer, Sonne, Sozialismus“, wie interessant die Diskussionen über die Aufstände waren und wieviel Spaß man am Abend am Lagerfeuer bzw. im Partyzelt hatte. Einen größeren Hohn auf den Namen REVOLUTION kann man sich wahrlich nicht vorstellen! Eine wirklich marxistische Haltung, eine bolschewistische Aufbauarbeit ist komplett unverträglich mit einem solchen zynischen Sonnenschein-Sozialismus!

* * * * *

Zum Schluß dieser Einführung in den Hintergrund der politischen und chronologischen Entstehungsgeschichte der Thesen möchte ich noch folgende Anmerkung hinzufügen. Die Abfassung dieses Dokumentes war ein Produkt der intensiven theoretischen Befassung mit verschiedenen Bereichen der marxistischen Theorie – insbesondere der Marx'schen Analyse der Ware Arbeitskraft, der Beiträge Lenins zur Imperialismus-Theorie und der

nationalen Frage sowie der Diskussionen der TrotzkiInnen zum Befreiungskampf der Schwarzen in den USA. Die marxistischen Klassiker – Marx, Engels, Lenin und Trotzki – haben zwar verschiedene Beobachtungen und Anmerkungen zur Frage der Migration hinterlassen. Aber so eindeutig ihr Bekenntnis zum Internationalismus und zum Kampf gegen jede Form der Benachteiligung der MigrantInnen war, so haben sie uns doch keine ausgearbeitete Theorie zu diesem Thema hinterlassen.

Eine kreative Weiterentwicklung der marxistischen Theorie auf diesem Gebiet war und ist daher notwendig. Um einen Beitrag dazu zu leisten, waren für mich – neben den oben dargelegten Erfahrungen in der praktischen Arbeit der letzten 20 Jahre – auch die inhaltliche Diskussion und Auseinandersetzung mit GenossInnen wichtig, die sowohl persönliche Erfahrungen als MigrantInnen besitzen als auch einen revolutionären Klassenstandpunkt einnehmen. Besonders wertvoll waren und sind für mich hier die Erfahrungen und Beiträge von Nina Gunić, früher Sprecherin der LSR und heute der RKOB. Die Diskussionen mit ihr und ihre Überlegungen, die sich auch in einer Reihe von Artikeln in Publikationen der LSR bzw. der RKOB niederschlugen, waren für mich eine entscheidende Bereicherung für die theoretische Arbeit über den Befreiungskampf gegen die Unterdrückung der MigrantInnen.

Wir hoffen, mit folgenden Thesen einen Beitrag zur Weiterentwicklung der marxistischen Position zur Migration und dem Kampf für die revolutionäre Integration als Teil der Strategie der sozialistischen Revolution leisten zu können.

Schließlich noch eine letzte Anmerkung. Da die LFI und die österreichische Sektion diese Thesen ablehnen und sie die politische Linie der RKOB wiedergeben, haben wir im Text dementsprechend RKOB eingefügt. Weiters haben wir eine Forderung eingefügt, die in der Diskussion zu diesen Thesen aufgekommen ist und die wir für eine sinnvolle Ergänzung halten: Wir haben die Forderung nach „Für gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ um die Forderung nach gleichem Mindestlohn ergänzt. Und wir haben auch die explizite Einschränkung unserer Definition der MigrantInnen auf Österreich, die uns durch die Ablehnung seitens der Mehrheit der LFI-Führung aufgezwungen war, rückgängig gemacht.

Auch wenn natürlich der Schwerpunkt der Analyse und des Zahlenmaterials sich auf Österreich – im internationalen Vergleich ein imperialistisches Land mit einem der höchsten Anteile von MigrantInnen – konzentriert, so besitzen die methodischen und programmatischen Aussagen dieser Thesen internationale Gültigkeit. Die Thesen nehmen daher auch einen wichtigen Platz in unseren Diskussionen mit revolutionären AktivistInnen in anderen Ländern ein und wir sind überzeugt, daß sie im Aufbau einer internationalen revolutionären Organisation einen ihrer Bedeutung entsprechenden Platz einnehmen werden.

Aus all diesen Gründen legen wir daher die Thesen neu auf und veröffentlichen sie gemeinsam mit einer Resolution über das Recht auf Muttersprache in den Schulen im theoretischen Organ der RKOB, das die revolutionäre Tradition des FAREV und der damaligen LSR/LFI fortsetzt.

Michael Pröbsting, August 2011

Zusammenfassung

Die wichtigsten Bestandteile der Analyse und des Programms der *Revolutionär-Kommunistische Organisation zur Befreiung (RKOB)* gegen Rassismus und nationale Unterdrückung der MigrantInnen lauten:

1. Migration ist im Zeitalter des Kapitalismus ein „natürliches“, dieser Gesellschaftsformation wesenseigenes Phänomen.

2. Im modernen Kapitalismus – der Epoche des Imperialismus seit Beginn des 20. Jahrhunderts – nimmt die Migration die Form der Auswanderung aus den armen, kolonialen, halb-kolonialen oder schwachen imperialistischen Staaten hin zu den reichen imperialistischen Staaten zu.

3. Insbesondere in den letzten Jahrzehnten – seit Beginn der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus in den frühen 1970er Jahren und dann verstärkt mit dem Einsetzen der Globalisierung – hat die Migration massiv zugenommen.

4. Migration ist ein wesenseigener Bestandteil der Überausbeutung der halb-kolonialen Welt durch das imperialistische Monopolkapital. So wie das Monopolkapital aus der halb-kolonialen Welt Extraprofite herauspreßt (über den Kapitalexport sowie über den ungleichen Tausch), so findet auch eine Aneignung von Extraprofiten statt durch die Migration. Das imperialistische Kapital zieht Profit daraus, daß es MigrantInnen ausbeuten kann aufgrund geringerer oder gar keiner Kosten für ihre Ausbildung, geringerer oder gar keiner Kosten für ihre Pension, durch die Möglichkeit, die MigrantInnen aufgrund ihrer rechtloseren, national unterdrückten Stellung als billigere (im Vergleich zu den inländischen) Arbeitskräfte ausbeuten zu können usw. Die Überausbeutung der migrantischen Arbeitskraft ist eine wichtige Quelle des imperialistischen Extraprofiten. Sie ist somit auch eine wichtige Quelle für die Festigung der Macht der imperialistischen herrschenden Klasse sowie der Bestechung der obersten Schichten der ArbeiterInnenklasse – der Arbeiteraristokratie.

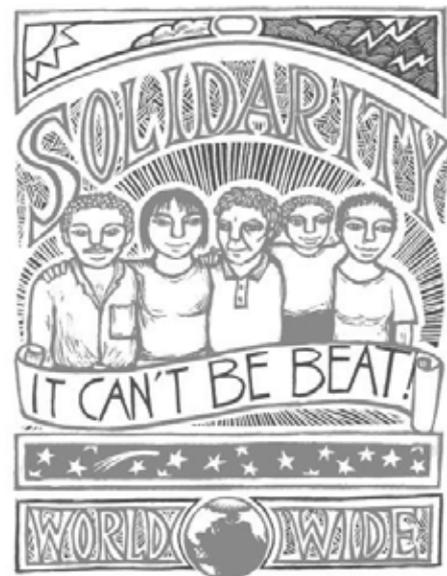
5. MigrantInnen sind eine national unterdrückte Schicht von überausgebeuteten Arbeitskräften. MigrantInnen gehören nicht zur herrschenden Staatsnation und erfahren daher Benachteiligung bei der Sprache in allen öffentlichen Bereichen wie z.B. Behörden, Medien oder Schulen, haben geringere demokratische Rechte als ausländische StaatsbürgerInnen inklusive der Abhängigkeit von Arbeitsbewilligung, dem sogenannten „Ausländerbeschäftigungsgesetz“ usw. Auf dieser Grundlage ergibt sich für die große Mehrheit der MigrantInnen eine bestimmte Stellung in der gesellschaftlichen Stufenleiter der kapitalistischen Ordnung: In ihrer großen Mehrheit zählen MigrantInnen zu den unteren Schichten der ArbeiterInnenklasse und jener kleine Teil von ihnen, der zum Kleinbürgertum zählt, gehört in der Regel auch dort zu den ärmsten.

6. Die Formen dieser nationalen Unterdrückung und der Überausbeutung stellen sich natürlich nicht für alle MigrantInnen im gleichen Maße dar. MigrantInnen der zweiten Generation erfahren nicht die gleichen Bedingungen wie jene der ersten Generation, ausländische StaatsbürgerInnen nicht die gleichen wie MigrantInnen mit inländischer Staatsbürgerschaft, hochqualifizierte Mi-

grantInnen-Arbeitskräfte nicht die gleichen wie jene, die als Hilfsarbeitskräfte beschäftigt sind usw. Hinzu kommt noch die Trennung der MigrantInnen in Gruppen entsprechend ihrer unterschiedlichen nationalen Herkunft, weswegen wir nicht von einer gemeinsamen nationalen Identität sprechen können, sondern einer von einer gemeinsamen *negativen nationalen Identität* (nämlich daß sie „Nicht-InländerInnen“ mit Wurzeln in – im Verhältnis zum Einwanderungsland – ärmeren Ländern sind). Aber letztlich verbindet all diese unterschiedlichen Teile der MigrantInnen weit mehr als sie trennt – nämlich die gesellschaftliche Stellung als Schicht, die in ihrer überwiegenden Mehrheit in der einen oder anderen Form nationale Unterdrückung und Überausbeutung erfährt.

7. Nur bedingt gilt, daß ein Mensch mit ausländischen Wurzeln automatisch das Schicksal der Mehrzahl der MigrantInnen, die das Wesen des MigrantInnen-Sein prägen (nationale Unterdrückung, Überausbeutung), teilt. EinwanderInnen aus reichen, imperialistischen Staaten werden im Durchschnitt nicht überausgebeutet und nehmen oft einen relativ hohen Platz in der gesellschaftlichen Stufenleiter der kapitalistischen Ordnung ein. Bei deutschen EinwanderInnen kommt noch dazu, daß sie keinen sprachlichen Benachteiligungen ausgesetzt sind. Wir betrachten diese Gruppe der EinwanderInnen aus reichen, imperialistischen Staaten daher nur als untergeordnete Gruppe der MigrantInnen bzw. als eine Schicht, die weniger den sonst zu erkennenden Diskriminierungs- und Ausbeutungsmustern ausgesetzt ist. Die weitaus größte Gruppe der MigrantInnen sind jene, die ihre Wurzeln in den ärmeren, halb-kolonialen Ländern haben.

8. In Österreich leben ca. 2 bis 2.2 Millionen MigrantInnen, die ein Viertel der Bevölkerung ausmachen. (die meisten offiziellen Statistiken unterschätzen die Zahl der MigrantInnen und geben sie mit bloß 1,4-1,5 Millionen an) In Wien stellen MigrantInnen sogar 44% der Bevölkerung. 2/3 von ihnen kommen aus dem ehemaligen Jugoslawien, der Türkei oder den osteuropäischen EU-Staaten. Ca. 1/5 der EinwanderInnen kommt aus reichen, imperialistisch-



Solidarität ist unbesiegtbar: Cartoon von Ricardo Levins Morales

en Staaten.

9. MigrantInnen aus den halb-kolonialen Ländern verdienen bedeutend weniger als ihre inländischen KollegInnen (nur 40% bis 65% des Einkommens von Beschäftigten mit österreichischer Staatsbürgerschaft des gleichen Geschlechts). Ihre Beschäftigungsverhältnisse sind unsicherer und daher sind sie öfters von Arbeitslosigkeit betroffen, ihre Wohnungen sind schlechter und kleiner und allgemein ist ihr Lebensstandard qualitativ geringer. Hinzu kommt die sprachliche Benachteiligung aufgrund der Nichtanerkennung ihrer Muttersprache in allen öffentlichen Bereichen, die zu enormen Problemen mit den staatlichen Behörden sowie einer Schlechterstellung bei der Ausbildung führt.

10. Migrantische Frauen und Jugendliche erfahren eine zusätzliche Unterdrückung. Migrantinnen sind noch mehr als ihre männlichen Kollegen als sehr niedrig bezahlte Hilfsarbeitskräfte beschäftigt. Aufgrund der Unterdrückung als MigrantInnen sind die patriarchalen Strukturen stärker ausgeprägt und migrantische Frauen sind in einem geringeren Ausmaß als ihre inländischen Kolleginnen erwerbstätig. Auch migrantische Jugendliche werden in der patriarchalen Familie unterdrückt und haben aufgrund der sozialen und sprachlichen Benachteiligung ein deutlich schlechteres Bildungsniveau als ihre inländischen KollegInnen.

11. Die Ideologie des Rassismus spielt eine wichtige und notwendige Rolle zur Aufrechterhaltung und Rechtfertigung der nationalen Unterdrückung der MigrantInnen. Es existieren unterschiedliche Formen des Rassismus, die die Unterdrückung der MigrantInnen mit verschiedenen Lügen zu rechtfertigen suchen: i) biologisch-genetische Minderwertigkeit, ii) andere, mit der Staatsnation nicht vereinbare kulturelle Werte (der „Krieg der Kulturen“), iii) angeblich rückständige, aggressive Religion (z.B. unterschiedliche Formen der Islamfeindlichkeit). Diese reaktionären Behauptungen können und werden in der Praxis natürlich oft vermischt. Auch bewegt sich der Rassismus auf verschiedenen Ebenen – Gesetzen, populistische Politik, Konfrontationen auf der Straße, etc.

12. Rassistische Politik wird daher nicht nur von der FPÖ und dem BZÖ betrieben, auch wenn diese am offensichtlichsten, aggressivsten gegen MigrantInnen hetzen. Alle bürgerlichen Parteien (also auch ÖVP, SPÖ und Grüne) betreiben und rechtfertigen in der einen oder anderen Form die Unterdrückung von MigrantInnen.

13. Die weite Verbreitung des Rassismus in der ArbeiterInnenklasse hat ihre objektive Grundlage in mehreren Faktoren: i) die wirklichen Ursachen für wachsende Arbeitslosigkeit und Armut sind nicht spontan erkennbar und können daher von der herrschenden Klasse auf die MigrantInnen abgeschoben werden; ii) den enormen Extraprofiten, die u.a. auch auf der Überausbeutung der MigrantInnen beruhen und von denen bestimmte, privilegierte Teile der inländischen ArbeiterInnenklasse profitieren.

14. Die revolutionäre ArbeiterInnenbewegung – von der I. Internationale unter Karl Marx und Friedrich Engels bis zur internationalistischen Politik der Linken um Wladimir Iljitsch Lenin, Leo Trotzki und Rosa Luxemburg in der II. bzw. der III. und IV. Internationale – hat eine lange Tradition des Kampfes gegen Rassismus und für die vollständige Gleichberechtigung der MigrantInnen. Sie

bekämpfte von Anfang an die sozialchauvinistischen Tendenzen innerhalb der ArbeiterInnenbewegung.

15. Dieser Kampf gegen den Sozialchauvinismus ist auch heute von vorrangiger Bedeutung. Die führenden reformistischen Kräfte (Sozialdemokratie) unterstützen die Benachteiligung von MigrantInnen. Auch die meisten zentristischen Organisationen wie SLP, Funke u.a. machen wesentliche Zugeständnisse an den Sozialchauvinismus (so z.B. die Unterstützung für die rassistischen Streiks in Großbritannien 2009 gegen die Einstellung migrantischer ArbeiterInnen unter dem reaktionären Motto „*British Jobs for British Workers*“, keine Unterstützung der Politik des Rechts auf Muttersprache im öffentlichen Bereich usw.)

16. Der Widerstand gegen den Rassismus und für die vollständige Gleichberechtigung der MigrantInnen kann nur auf der Grundlage des konsequenten Internationalismus und der Orientierung auf den gemeinsamen Kampf und die Organisierung der gesamten, multinationalen ArbeiterInnenklasse erfolgreich sein.

17. Diese Strategie ist das Konzept der revolutionären Integration. Es beruht auf folgenden Grundsätzen: i) Unser Ziel ist die Erringung der internationalen Einheit der ArbeiterInnenklasse aller Länder und der internationalistischen Einheit der multinationalen ArbeiterInnenklasse in jedem einzelnen Land. Diese Einheit kann niemals durch Zwang hergestellt werden, sondern ausschließlich auf Grundlage der Freiwilligkeit und Gleichberechtigung. Letztlich wollen wir die nationalen Unterschiede aufheben und eine neue, sozialistische – eine wahre Menschheitskultur schaffen. ii) Diese Einheit erfordert sowohl beharrliche Propaganda für den Internationalismus und gegen den Rassismus als auch den konsequenten Kampf für vollkommene Gleichberechtigung und volle demokratische Rechte für alle MigrantInnen. iii) Diese Einheit kann nur im gemeinsamen Klassenkampf, durch den gemeinsamen Klassenkampf und mittels der gemeinsamen Organisierung geschaffen werden. Sie muß als ein Prozeß verstanden werden, als ein langfristiges Ziel.

18. Revolutionäre Integration bedeutet nicht Assimilation, erzwungene Anpassung mit Hilfe staatlicher Zwangsmethoden. Sie bedeutet auch nicht multikulturelles, voneinander separiertes Nebeneinanderleben der verschiedenen Nationen. Sie bedeutet Kampf für die vollständige Gleichberechtigung der nationalen Gruppen, ihrer Sprache usw. und auf Basis dieses Kampfes ein freiwilliges, längerfristiges Zusammenwachsen von unten.

19. Da der Rassismus und die nationale Unterdrückung der MigrantInnen ein notwendiger Bestandteil des Kapitalismus ist, können diese nicht beseitigt werden, solange der Kapitalismus nicht durch eine sozialistische Revolution der in ihrem Charakter multinationalen ArbeiterInnenklasse gestürzt wird und alle Restelemente jeglicher Unterdrückung mit dem Aufbau eines neuen sozialistischen Systems kontinuierlich absterben. Dies wiederum setzt den Aufbau einer in der ArbeiterInnenklasse verankerten revolutionären Partei und der Fünften Internationale voraus.

20. Die RKOB vertritt daher ein sozialistisches Programm gegen die Unterdrückung der MigrantInnen, das folgende Forderungen beinhaltet:

* Volle Staatsbürgerrechte für alle MigrantInnen – unabhängig davon, welchen Paß sie besitzen und ob sie EU-BürgerInnen sind oder nicht. (inklusive dem aktiven und

passiven Wahlrecht auf allen – kommunal, regional und landesweit – Ebenen)

* Abschaffung aller Sondergesetze für MigrantInnen! MigrantInnen müssen gleichberechtigten Zugang haben zu den Ansprüchen auf alle Sozialleistungen.

* Sofortige Legalisierung aller illegal in Österreich Lebenden sowie die sofortige Freilassung aller Schubhäftlinge! Sofortige Abschaffung aller gesetzlichen Paragraphen zum Bleiberecht!

* Für die völlige Legalisierung der migrantischen ArbeiterInnen! Die Gewerkschaften müssen eine entschlossene Kampagne zur Organisierung der illegal Beschäftigten sowie der MigrantInnen im Allgemeinen betreiben. Für gleichen Lohn für gleiche Arbeit und für Gleichberechtigung am Arbeitsplatz! Gleicher Mindestlohn für MigrantInnen wie für InländerInnen! Abschaffung aller Sondergesetze für MigrantInnen (z.B. Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz, Ausländerbeschäftigungsgesetz)!

* Gemeinsamer Kampf des ÖGB mit den Gewerkschaften in West- und Osteuropa sowie der Türkei für eine Anhebung der Arbeits- und Lebensbedingungen!

* MigrantInnen müssen das Recht auf eigene Treffen in der Gewerkschaft und im Betrieb haben. Ebenso sollen MigrantInnen entsprechend ihrem Anteil unter den Beschäftigten direkt proportional im Betriebsrat bzw. in den Gewerkschaftsgremien vertreten sein.

* Wir kämpfen gegen die sich ausbreitende Hetze gegen moslemische MigrantInnen. Wir treten für das Recht auf freie Religionsausübung ein. Wir verteidigen daher das Recht von Moslems Moscheen zu bauen. Wir verteidigen auch das Recht von moslemischen Frauen, an ihrer Ar-

beitsstelle und jedem öffentlichen Raum eine Verschleierung (Kopftuch bis Burka) zu tragen! Genauso sagen wir: Niemand darf gezwungen werden, sich gegen seinen bzw. ihren Willen religiösen Vorschriften (wie z.B. das Tragen eines Kopftuches) zu beugen!

* Zerschlagt die faschistischen Organisationen! Verhindert jedes öffentliche Auftreten von FaschistInnen! Für den Aufbau von gemeinsamen Selbstverteidigungseinheiten der InländerInnen und MigrantInnen zum Schutz vor faschistischen und rassistischen Angriffen!

* Abschaffung von Deutsch als offizielle Amtssprache! Gleichberechtigte Anerkennung zumindest der häufiger verwendeten Sprachen der MigrantInnen in allen öffentlichen Institutionen (Behörden, im Unterricht in den Schulen und Universitäten usw.)! Massive Neueinstellung von MigrantInnen im öffentlichen Dienst, als LehrerInnen in Schulen usw.! Kostenlose Angebote für Sprachkurse (auch innerhalb der Arbeitszeit) für jede, zumindest von einer relevanten Minderheit in Österreich gesprochene Sprache auf freiwilliger Basis!

* Weg mit dem neuen Eisernen Vorhang für MigrantInnen an den Grenzen Österreichs und der EU! Offene Grenzen für alle!

21. Der hohe Anteil der MigrantInnen in der ArbeiterInnenklasse sowie ihre besondere Lage auf Grund ihrer Unterdrückung verleihen ihnen einen wichtigen Stellenwert im Klassenkampf und somit im Kampf für die sozialistische Revolution. Der Aufbau der revolutionären Partei muß daher notwendigerweise ein besonderes Gewicht auf die Organisierung von MigrantInnen legen.

R K O B



Revolutionär-Kommunistische Organisation zur Befreiung

Thesen

„Zu den (...) Besonderheiten des Imperialismus gehört die abnehmende Auswanderung aus den imperialistischen Ländern und die zunehmende Einwanderung (Zustrom von Arbeitern und Übersiedlung) in diese Länder aus rückständigeren Ländern mit niedrigeren Arbeitslöhnen. (...) Der Imperialismus hat die Tendenz, auch unter den Arbeitern privilegierte Kategorien auszusondern und sie von der großen Masse des Proletariats abzuspalten.“⁶

„Der Sinn, die Stärke und das Wesen des Bolschewismus bestehen darin, daß er sich nicht an die Oberschichten der Arbeiterklasse wendet, sondern an die unteren Schichten, an die Millionen, an die Unterdrücktesten der Unterdrückten.“⁷

„Als MigrantIn in Österreich zu leben, heißt vor allem eins: Keinen Respekt zu bekommen. Weder für das was man tut, geschweige denn für das, was man ist.“⁸

I. MIGRATION UND KAPITALISMUS

Migration und Rassismus sind im Zeitalter des modernen Kapitalismus unverrückbare Bestandteile der bürgerlichen Gesellschaft geworden. Sie spielen insbesondere eine zentrale Rolle in Ländern wie Österreich, das zu jenen mit dem weltweit höchsten Anteil an MigrantInnen zählt. Eine revolutionäre Strategie im Kampf gegen den Rassismus und für die gemeinsame Organisierung von heimischen ArbeiterInnen und Jugendlichen und MigrantInnen ist daher unabdingbar für den Kampf gegen das kapitalistische Ausbeutersystem.

Der Feudalismus im Mittelalter stellte eine weitgehend statische Gesellschaft dar, in der die Menschen an ihre unmittelbare Heimat („die Scholle“) gebunden waren und es zu größeren Völkerbewegungen höchstes im Gefolge eines Krieges kam. Doch die aufkommende kapitalistische

Produktionsweise zerschneidet die Fesseln der Leibeigenschaft und unterwarf die Völker Europas den Gesetzen der kapitalistischen Warenproduktion und Konkurrenz. Die Folgen waren massive Wanderbewegungen sowohl vom Land in die Städte als auch von einem Staat zu anderen. Erst ab dieser Zeit können wir von Migration als einer Wanderbewegung von einem Staat in einen anderen sprechen und von MigrantInnen als jener Menschengruppen, die in das betreffende Zielland einwandert, um dort zu arbeiten und eventuell auch zu leben.

Der russische Revolutionär Lenin faßte diesen Sachverhalt treffend mit den Worten zusammen: „Der Kapitalismus hat eine besondere Art der Völkerwanderung entwickelt.“⁹ Diese ‚Völkerwanderung‘ liegt in der Natur des Kapitalismus: Damit das Kapital sich profitabel verwerten kann, muß es alle und alles in Waren verwandeln und auf den freien Markt der Konkurrenz werfen. Diese *Kommodifizierung* (Verwandlung in Waren) betrifft nicht nur Güter, Dienstleistungen und Produktionsmitteln, sondern auch und insbesondere die Menschen. Von der Profitgier getrieben saugt das Kapital gierig immer neue Menschenmassen auf, verwandelt sie in Arbeitskräfte und dreht sie durch den Fleischwolf der kapitalistischen Ausbeutung, um so neuen Mehrwert aus ihnen herauspressen zu können. Der Kapitalismus untergräbt und zerstört unaufhaltsam alle alten Lebensgrundlagen und zwingt unzählige Millionen Menschen, sich außerhalb ihres Heimatortes Arbeit zu suchen. Deshalb ziehen seit Jahrhunderten viele Menschen vom Land in die Stadt und von einem Land zum anderen. Vor diesem Hintergrund ergeben sich zahlreiche Spannungen und Gegensätze, die die herrschende Klasse ausnützt und aufpeitscht, um dadurch die Unterdrückten gespalten und damit geschwächt zu halten. Migration und

Tabelle 1: Netto-Transfer von finanziellen Ressourcen in Entwicklungsländer und ehemalige stalinistische Staaten 1995-2008 (in Milliarden US-Dollar)²⁷

	1995	1997	1999	2001	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Afrika	5.7	-7.0	1.5	-16.8	-19.0	-35.4	-63.9	-87.2	-98.7	-91.4
Ost- und Südasiens	21.3	-32.1	-139.4	-121.0	-173.5	-181.1	-262.5	-383.6	-518.4	-478.9
West-Asien	23.0	12.4	2.7	-29.7	-46.7	-76.9	-145.4	-175.8	-150.0	-259.5
Lateinamerika	-0.6	23.2	8.9	3.7	-63.2	-84.6	-109.3	-135.4	-103.2	-60.9
Entwicklungsländer insgesamt	49.5	-3.6	-126.2	-163.8	-302.3	-378.0	-581.0	-781.9	-870.3	-890.7
Ehemalige stalinistische Staaten	-7.6	1.6	-25.1	-32.9	-38.0	-62.4	-95.7	-117.1	-98.3	-153.0
Entwicklungsländer und ehemalige stalinistische Staaten insgesamt	41.9	-2.0	-151.3	-196.7	-340.3	-440.4	-676.7	-899.0	-968.6	-1043.7

Rassismus sind daher keine krankhaften und heilbaren Auswüchse des Kapitalismus, die durch Aufklärung und sozialstaatliche Maßnahmen überwunden werden können (wie die verschiedenen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologen meinen), sondern eine unvermeidliche Konsequenz der Grundlagen des Kapitalismus: der stetige und immer schärfer werdende Kampf zwischen den KapitalistInnen um Profite und zwischen den kapitalistischen Staaten um Macht und Einfluß.

Besondere Bedeutung erlangt die weltweite Migration in der Epoche des Monopolkapitalismus, des Imperialismus.

¹⁰ Hier wird die Migration – nun v.a. von den armen, halbkolonialen oder rückständigeren imperialistischen Ländern – in die reichen, imperialistischen Staaten zu einem unausweichlichen Wesensmerkmal des Systems. Darauf wies auch schon Lenin in seinem Buch über den Imperialismus hin:

*„Zu den (...) Besonderheiten des Imperialismus gehört die abnehmende Auswanderung aus den imperialistischen Ländern und die zunehmende Einwanderung (Zustrom von Arbeitern und Übersiedlung) in diese Länder aus rückständigeren Ländern mit niedrigeren Arbeitslöhnen.“*¹¹

Als marxistische RevolutionärInnen sehen wir daher das Phänomen der Migration als ein im Kapitalismus naturnotwendiges und unvermeidliches Phänomen. Wir sehen das dahinter liegende Elend und die Entbehrungen, die viele Menschen zur Migration zwingt und die entwürdigenden Folgewirkungen für die Betroffenen. Aber ebenso erkennen wir im Prozeß der Migration ein enorm fortschrittliches historisches Potential – nämlich die Aufbereitung des Bodens für eine Annäherung der verschiedenen Völker und nationalen Kulturen und schließlich die Möglichkeit einer Fusion und Entwicklung hin zu einer höheren, internationalen, also wahren Menschheitskultur. Natürlich versucht der Kapitalismus nach Leibeskräften, die Migration für die Erhöhung seiner Profite auszunützen. Aber sowenig wie wir in der Migration eine Lösung der kapitalistischen Misere in der halbkolonialen Welt erblicken, so wenig stellen wir uns gegen die Migration und versuchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen.¹² Statt dessen blicken wir nach vorne und verbinden die Frage der Integration mit der Perspektive des Klassenkampfes in Österreich und international. Denn der Kampf für die proletarische Weltrevolution und eine sozialistische Zukunft der Menschheit frei von jeder Form der Ausbeutung und Herrschaft erfordert ein Aufgreifen des fortschrittlichen Potentials in jeder gesellschaftlichen Entwicklung und ihre Nutzbarmachung für das Schmieden eines internationalistischen Klassenbewußtseins und einer Kampfgemeinschaft der in ihrem Charakter multinationalen ArbeiterInnenklasse.

Mit diesem Verständnis, das sowohl den rosaroten Blickwinkel des imperialistischen Liberalismus als auch den rückwärtsgewandten Utopismus vermeidet, knüpfen wir an die Tradition des Marxismus in der Frage der Migration an, wie sie schon Lenin verteidigte:

„Es besteht kein Zweifel, daß nur äußerstes Elend die Menschen veranlaßt, ihre Heimat zu verlassen, und daß die Kapitalisten die eingewanderten Arbeiter in gewissenloser Weise ausbeuten. Doch nur Reaktionäre können vor der fortschrittlichen Bedeutung dieser modernen Völkerwanderung die Augen verschließen. Eine Erlösung vom Joch des Kapitals ohne weitere Entwicklung des Kapitalismus, ohne den auf dieser Basis geführten Klas-

*senkampf gibt es nicht und kann es nicht geben. Und gerade in diesen Kampf zieht der Kapitalismus die werktätigen Massen der ganzen Welt hinein, indem er die Muffigkeit und Zurückgebliebenheit des lokalen Lebens durchbricht, die nationalen Schranken und Vorurteile zerstört und Arbeiter aller Länder in den großen Fabriken und Gruben Amerikas, Deutschlands usw. miteinander vereinigt.“*¹³

II. DIE WACHSENDE BEDEUTUNG UND DER VERÄNDERTE CHARAKTER DER MIGRATION IN DER EPOCHE DES IMPERIALISMUS

Mit der Entwicklung des Kapitalismus und seiner Umwandlung vom freien Konkurrenzkapitalismus in den imperialistischen Monopolkapitalismus um 1895-1900 veränderte sich auch Zielrichtung und Charakter der Migration. Sieht man vom kolonialen Sklavenhandel ab, so bestand ursprünglich der Hauptwanderungsstrom von den alten kapitalistischen Staaten Europas in die neu entstandenen kapitalistischen Überseestaaten – v.a. die USA aber auch Kanada und Australien. Zwischen 1820 und 1914 migrierten 25.5 Millionen Menschen aus Europa in die USA.¹⁴ Diese Wanderungsbewegung hatte z.T. dramatische Ausmaße. Nach der großen Hungersnot in Irland zwischen 1845 und 1855 verließen fast zwei Millionen Iren ihre Heimat. Über ein Viertel der Bevölkerung Norwegens wanderte im 19. Jahrhundert in die USA aus.¹⁵

Aus Österreich-Ungarn wanderten zwischen 1880 und 1914 3.2 Millionen Menschen in die USA aus, da es dort ein weitaus größeres Wirtschaftswachstum gab als hierzulande. Gleichzeitig fand auch eine enorme Wanderungsbewegung innerhalb der entstehenden kapitalistischen Mächte statt. In Wien, der Hauptstadt des Habsburger Reiches, machten 1910 die Tschechen, Ungarn und anderen nicht-deutsche MigrantInnen aus dem Kolonialreich über 35% der EinwohnerInnen aus.¹⁶

Doch im späten 19. Jahrhundert nahm der Wanderungsstrom *weg aus* Europa ab und statt dessen begann eine Einwanderungswelle aus Osteuropa und den Kolonien vor allem *nach* Europa bzw. Nordamerika. Im Deutschen Reich zum Beispiel verdreifachte sich alleine zwischen 1890 und 1910 die Zahl der offiziell in Deutschland beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte auf 1.3 Millionen Menschen.¹⁷

Damit verschiebt sich auch der soziale Charakter der Migration: Die Migration vor dem Beginn der imperialistischen Epoche zur 19. Jahrhunderts setzte sich v.a. aus Weißen zusammen, die als Siedler aus Europa nach Übersee in ein neu zu kolonialisierendes Land gingen und dort guten Aufstiegsmöglichkeiten entgegen sahen. Die Migration seit Anbeginn der imperialistischen Epoche setzt sich vor allem aus Menschen zusammen, die aus unterdrückten, von den imperialistischen Mächten ausgebeuteten Ländern und Regionen kommen und die in den Metropolen eine besondere Schicht darstellen, die aufgrund ihrer nationalen Herkunft und in Hinblick auf ihre nationalen, demokratischen Rechte unterdrückt, als billige Arbeitskräfte überausgebeutet und als Menschen 2. Klasse systematisch diskriminiert werden. Lenin betonte daher völlig zurecht, daß eine solche Überausbeutung von MigrantInnen aus den ärmeren Ländern für den Wesensmerkmalen des Imperialismus zählt: *„Gerade für den Imperialismus ist eine*

solche Ausbeutung der Arbeit schlechter bezahlter Arbeiter aus rückständigen Ländern besonders charakteristisch.“¹⁸

Der Migrationszustrom variierte in den verschiedenen Perioden. In der Zwischenkriegszeit, in welcher der Weltmarkt insgesamt zurückgeworfen wurde und der Protektionismus zunahm, stagnierte phasenweise in manchen Ländern auch die Migration. Der vergleichsweise verminderte Austausch von Waren ging Hand in Hand mit einem geringeren Wanderungsstrom von (potentiellen) billigen Arbeitskräften, sprich MigrantInnen. Aber zu keinem Zeitpunkt konnte der imperialistische Kapitalismus ohne MigrantInnen-Arbeitskräfte auskommen. Auch das Deutsche Reich der Nazis bildet hier keine Ausnahme. Am Höhepunkt des Krieges, 1944, setzten die Nazis viele Millionen ausländische ZivilarbeiterInnen, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in der Wirtschaft ein. Schätzungen schwanken zwischen 10 und 15 Millionen.¹⁹ Insgesamt dürfte „rund ein Drittel der gesamten Arbeitsplätze vor dem Ausbruch des Krieges gegen Ende des Krieges mit Zwangsarbeitern besetzt“ gewesen sein.²⁰ Ab den 1960er Jahren kam es erneut zu einem massiven Anstieg von MigrantInnen in den meisten imperialistischen Staaten.²¹

III. IMPERIALISMUS UND DER EXTRAPROFIT DES MONOPOLKAPITALS

Bevor wir die Entwicklung der Migration in den letzten Jahrzehnten genauer untersuchen, ist es notwendig die grundlegenden Ursachen der Migration aus dem armen in die reichen Länder auszumachen. Die moderne Migration kann nämlich nicht verstanden werden, wenn sie nicht als Bestandteil und unvermeidliches Ergebnis des Imperialismus begriffen wird.

MarxistInnen verstehen die Epoche des Imperialismus als die historisch letzte Phase des Kapitalismus, jene Phase, wo sich die Widersprüche und Gegensätze bereits soweit entwickelt und zugespitzt haben, sodaß wir vom „sterbender Kapitalismus“, der „den Übergang zum Sozialismus“ vorbereitet, sprechen können.²² Die Herausbildung von Monopolen, die zunehmende Bedeutung des Kapitalexportes, die Herrschaft der Monopole über die nationale und internationale Wirtschaft und die Politik im Allge-

meinen, ihre zunehmende Verschmelzung mit dem Staat, die damit einhergehende Herausbildung einiger weniger Großmächte, die sich die Welt untereinander in Einflußsphären aufteilen und miteinander – ökonomisch, politisch und letztlich militärisch – um die Weltherrschaft konkurrieren – das sind die wichtigsten Merkmale der imperialistischen Epoche. Lenin faßte in seiner Definition des Imperialismus die Besonderheiten dieser Epoche folgendermaßen zusammen:

„1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses ‚Finanzkapitals‘; 3. der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung; 4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen, und 5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet. Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.“²³

Eine der wichtigsten Folgeerscheinungen dieser Entwicklung des imperialistischen Kapitalismus ist die Teilung oder besser gesagt Spaltung der Welt in *unterdrückende* und *unterdrückte* Nationen. Lenin's Feststellung von vor knapp 100 Jahren ist auch heute noch zutreffend: „Der Imperialismus ist die fortschreitende Unterdrückung der Nationen der Welt durch eine Handvoll Großmächte. (...) Eben deshalb muß die Einteilung der Nationen in unterdrückende und unterdrückte den Zentralpunkt in den sozialdemokratischen Programmen bilden, da diese Einteilung das Wesen des Imperialismus ausmacht und von den Sozialpatrioten, Kautsky inbegriffen, verlogeneweise umgangen wird. Diese Einteilung ist nicht wesentlich vom Standpunkt des bürgerlichen Pazifismus oder der kleinbürgerlichen Utopie der friedlichen Konkurrenz der freien Nationen unter dem Kapitalismus, aber sie ist eben das Wesentlichste vom Standpunkt des revolutionären Kampfes gegen den Imperialismus.“²⁴

Tabelle 2: Weltweite Migrationsströme 1950-2010⁵²

Major area	Net number of migrants (thousands)					
	1950-1960	1960-1970	1970-1980	1980-1990	1990-2000	2000-2010
More developed regions.....	20	646	1 147	1 507	2 697	2 943
Less developed regions.....	- 20	- 646	- 1 147	- 1 507	- 2 697	- 2 943
Least developed countries	- 104	- 156	- 473	- 850	- 124	- 395
Other less developed countries	84	- 491	- 674	- 657	- 2 573	- 2 549
Africa.....	- 137	- 241	- 296	- 274	- 402	- 521
Asia.....	146	23	- 361	- 473	- 1 502	- 1 286
Europe	- 447	27	355	448	952	1 505
Latin America and the Caribbean	- 67	- 316	- 426	- 784	- 725	- 1 099
Northern America.....	418	398	675	984	1 591	1 286
Oceania.....	85	109	53	99	86	115

Diese Unterdrückung zahlreicher Nationen durch einige wenige imperialistische Monopole und Großmächte ist natürlich kein Selbstzweck oder bloßes Resultat von Machtgier. Sie dient der Steigerung des Profits und zwar durch die Herauspressung eines Extraprofits. Lenin definierte Extraprofit folgendermaßen: „*Extraprofit (...), d. h. ein Profitüberschuß über den in der ganzen Welt üblichen normalen kapitalistischen Profit.*“²⁵

Die enorm hohen Extraprofite, die das imperialistische Monopolkapital bezieht, beruhen auf der Unterdrückung und strukturellen Ausbeutung – oder besser gesagt *Überausbeutung* – der großen Mehrheit der Weltbevölkerung in den halbkolonialen Ländern. Diese Überausbeutung der Halbkolonien findet im wesentlichen auf zwei Wegen statt: i) der Ausbeutung durch den Export von Kapital – in Form von Direktinvestitionen, Krediten sowie den verschiedenen Arten des Geld- und Spekulationskapitals. Ein Indikator für die imperialistische Ausbeutung durch den Kapitalexport ist folgende Zahl: Zusammengerechnet flossen alleine im Zeitraum 1995-2008 netto 5.183,9 Milliarden US-Dollar von den halb-kolonialen Ländern in Richtung imperialistische Zentren. (siehe Tabelle 1) Und das ist wie gesagt nur ein Teil des Extraprofits, der durch den Kapitalexport gewonnen wird und nicht vom Monopolkapital aus den Halbkolonien abgezogen wird.²⁶

ii) dem ungleichen Tausch. Die Mehrwertaneignung der imperialistischen Monopole aus den Halbkolonien findet neben dem Kapitalexport auch auf andere, zusätzliche Weise statt. Marx hat schon im ‚Kapital‘ auf die Auswirkungen der unterschiedlichen Arbeitslöhne und der unterschiedlichen Arbeitsproduktivität in den verschiedenen Ländern auf die Weltmarktkonkurrenz des Kapital hingewiesen.²⁸ Das Kapital aus den entwickelten Ländern kann aufgrund der höheren Produktivität seine Waren am Weltmarkt billiger verkaufen und dadurch die Kapitalien aus den weniger entwickelten Ländern ausstechen. Auf diese Weise – was oft auch „ungleichen Tausch“ genannt wird – kommt es zu einem Werttransfer, einer Übertragung von Mehrwert aus den kapitalistisch weniger entwickelten – sprich halbkolonialen – hin zu den kapitalistisch entwickelteren – sprich imperialistischen – Ländern. Marx schrieb dazu in den *Theorien über den Mehrwert*: „... zwischen verschiedenen Ländern (...) können sich 3 Arbeitstage eines Landes gegen einen eines anderen austauschen. Das Gesetz des Werts erhält hier wesentliche Modifikationen. (...) In diesem Fall exploitiert das reichere Land das ärmere, selbst wenn letzteres durch diesen Austausch gewinnt“²⁹

Das Resultat dieser verschiedenen Formen der Überausbeutung ist eine voranschreitende Verarmung und Verwüstung der halbkolonialen Länder. Daher wollen immer mehr Menschen aus diesem verarmten Teil der Welt fliehen und in die verhältnismäßig reichen Metropolen einwandern. Dort wiederum werden sie als billige Arbeitskräfte überausgebeutet und als eine besondere Schicht von nationalen oder rassischen Minderheiten unterdrückt. Die Überausbeutung der MigrantInnen ist also eine weitere Quelle des Extraprofits, der sich aus der imperialistischen Ausbeutung der Halbkolonien ergibt. Doch darauf werden wir später genauer eingehen. Halten wir hier nur einmal fest, daß das Monopolkapital also auf doppelte Weise von der imperialistischen Ausbeutung profitiert: einerseits durch die Ausbeutung in den Halbkolonien selber und andererseits durch die dadurch ausgelöste Migrationswelle,

die ihnen billige Arbeitskräfte in den Metropolen selber beschert.

IV. IMPERIALISMUS UND ARBEITERARISTOKRATIE

Diese hohen Extraprofite des imperialistischen Monopolkapitals bieten wiederum die Grundlage dafür, daß die Bourgeoisie die oberste Schicht der ArbeiterInnenklasse auf verschiedenen Wegen bestechen und so besser in das kapitalistische System integrieren kann.³⁰ Diese Bestechung kann sich in Form von höheren Löhnen, mehr Sozialleistungen, billigeren Waren u.ä. darstellen. Lenin bezeichnete diesen privilegiertesten Teil des Proletariats als *Arbeiteraristokratie*. Er wies in seinen Studien zum Imperialismus auf den Zusammenhang von imperialistischen Extraprofit und Arbeiteraristokratie immer wieder hin: „*Es ist klar, daß man aus solchem gigantischen Extraprofit (denn diesen Profit streichen die Kapitalisten über den Profit hinaus ein, den sie aus den Arbeitern ihres „eigenen“ Landes herauspressen) die Arbeiterführer und die Oberschicht der Arbeiteraristokratie bestechen kann. Sie wird denn auch von den Kapitalisten der „fortgeschrittenen“ Länder bestochen – durch tausenderlei Methoden, direkte und indirekte, offene und versteckte.*“³¹

Die Arbeiteraristokratie bildet die soziale Hauptbasis, die wichtigste, stabilste Stütze des Reformismus – der Sozialdemokratie und des Stalinismus – als der bürgerlichen Strömung innerhalb der ArbeiterInnenklasse. Diesen materiellen, ökonomischen Zusammenhang zwischen imperialistischer Herrschaft und Arbeiteraristokratie sowie ihre Widerspiegelung auf politischer Ebene zu verstehen ist besonders wichtig, denn er erklärt zu einem Gutteil die Stärke und Dauerhaftigkeit der Vorherrschaft der reformistischen Bürokratie sowohl auf politischer als auch gewerkschaftlicher Ebene.³²

Das bedeutet natürlich keineswegs, daß die Arbeiteraristokratie in jeder Frage oder auf immer und ewig auf Seiten der Bourgeoisie steht. Keineswegs, denn oft ist die Arbeiteraristokratie besonders gut in den Gewerkschaften organisiert und wehrt sich gegen Angriffe der Bourgeoisie auf ihre Errungenschaften. Diese durchaus häufige Teilnahme am Klassenkampf bedeutet allerdings noch nicht, daß sie sich deswegen vom Reformismus lösen würde. Gesellschaftliche Erschütterungen, scharfe Klassenkämpfe, revolutionäre Krise können aber zum Auslöser werden, daß Teile der Arbeiteraristokratie mit der Bourgeoisie und ihrer Politik brechen. Der Wirtschaftswissenschaftler Eugen Varga wies aufgrund seiner Erfahrungen in der ungarischen Revolution 1918/19 darauf hin, daß die Arbeiteraristokratie „*aktiv am revolutionären Kampf teilnehmen kann, wenn sich ihre Lage erheblich verschlechtert.*“³³

Diese Spaltung der ArbeiterInnenklasse durch die Bourgeoisie durch Bestechung ihres obersten Teils und Überausbeutung ihrer unteren Teile ist keineswegs ein neues Phänomen. Schon Marx und Engels beobachteten in Britannien – dem damals entwickeltsten und stärksten kapitalistischen Land die Tendenz zur Spaltung der ArbeiterInnenklasse entlang nationaler Linien und der Herausbildung besser gestellter Schichten. Sie betonten, wie verheerend die nationalistische Anbindung der englischen ArbeiterInnen an die eigene herrschende Klasse für den Kampf des Proletariats ist. Angesichts der Überausbeutung der irischen MigrantInnen in Britannien schrieb Marx:

Tabelle 3: Anzahl der im Ausland geborenen Arbeitskräfte sowie ihr Anteil an allen Beschäftigten in den OECD Staaten 1999-2008⁵⁵

Anzahl der im Ausland geborenen Arbeitskräfte in Tausenden; Anteil an allen Beschäftigten in Prozent

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
AUS Australia	2 360.2	2 397.1	2 450.6	2 502.0	2 584.0	2 663.1	2 778.9	2 914.9
% of total labour force	24.5	24.6	24.7	24.9	25.0	25.2	25.8	26.5
AUT Austria	470.1	474.2	514.9	507.3	557.3	584.6	624.6	662.0	695.4	682.8
% of total labour force	12.3	12.4	13.5	13.3	14.3	15.3	15.6	16.2	16.8	16.3
BEL Belgium	450.5	454.6	456.7	489.1	499.3	512.1	535.9	569.8	498.6	473.8
% of total labour force	10.4	10.4	10.7	11.3	11.4	11.5	11.7	12.3	10.6	10.0
CAN Canada	3 150.8	3 634.8
% of total labour force	19.9	21.2
CHE Switzerland	..	1 007.4
% of total labour force	..	26.3
DNK Denmark	154.4	161.0	167.1	175.3	188.1	202.7
% of total labour force	5.4	5.9	6.1	6.4	6.6	6.8
ESP Spain	645.1	804.4	1 085.5	1 448.4	1 832.6	2 240.7	2 782.0	3 229.6	3 719.8	4 132.6
% of total labour force	3.8	4.5	6.1	7.8	9.5	11.2	13.4	15.1	16.9	18.2
FIN Finland	81.3	87.6	96.0	102.1	112.8	124.2
% of total labour force	3.1	3.4	3.6	3.9	4.2	4.6
FRA France	2 855.8	3 052.9	3 025.6	3 146.6	3 308.6	3 332.8
% of total labour force	10.7	11.3	11.1	11.4	11.9	11.8
GBR United Kingdom	3 081.0	3 340.0	3 678.0
% of total labour force	11.0	11.8	12.6
GRC Greece	286.7	266.6	290.3	338.2	349.4	402.7	421.7	400.2	426.6	477.7
% of total labour force	6.4	5.9	6.5	7.4	7.5	8.5	8.9	8.3	8.8	9.8
HUN Hungary	68.7	66.8	55.2	54.8	77.0	85.2	78.9	73.8	73.7	89.8
% of total labour force	1.7	1.7	1.4	1.3	1.9	2.1	1.9	1.7	1.8	2.1
IRL Ireland	128.8	135.8	153.3	170.8	185.9	187.6	232.4	287.3	339.6	443.2
% of total labour force	7.8	7.9	8.7	9.5	10.1	9.9	11.8	13.9	15.8	20.3
ITA Italy	1 907.2	2 094.6	2 245.0	2 546.5
% of total labour force	7.9	8.6	9.2	10.3
LUX Luxembourg	72.6	75.5	79.0	79.8	84.1	89.1	89.8	91.3	98.3	98.7
% of total labour force	40.4	41.0	42.0	41.4	43.5	45.0	44.4	44.6	46.6	46.4
MEX Mexico	..	118.8
% of total labour force	..	0.4
NLD Netherlands	684.2	895.3	867.9	932.0	906.0	929.1	968.1	931.4	949.4	989.4
% of total labour force	8.7	11.2	10.7	11.3	10.9	11.2	11.6	11.0	11.1	11.4
NOR Norway	124.2	138.1	139.9	153.3	163.2	166.4	173.5	186.9	817.0	215.3
% of total labour force	5.4	6.0	6.0	6.5	7.0	7.1	7.4	7.8	8.4	8.5
NZL New Zealand	372.3	498.8
% of total labour force	19.9	23.8
POL Poland	58.8	55.9	50.9	43.2	51.7
% of total labour force	0.4	0.3	0.3	0.3	0.3
PRT Portugal	232.7	276.9	302.2	321.3	349.2	379.3	405.5	417.1	444.0	497.5
% of total labour force	4.8	5.6	6.1	6.3	6.8	7.4	7.8	7.9	8.4	9.4
SWE Sweden	428.3	445.5	448.7	442.5	452.8	461.4	497.8	521.6
% of total labour force	9.8	10.1	10.0	9.9	10.1	10.3	10.8	11.2
USA United States	17 054.7	18 028.5	18 994.1	20 917.6	21 563.6	21 985.2	22 421.6	23 342.9	24 777.8	25 085.5
% of total labour force	12.3	12.9	13.4	14.6	14.8	15.1	15.2	15.6	16.3	16.5

Note: For details on definitions and sources, refer to the metadata.

„Zweitens hat die englische Bourgeoisie das irische Elend nicht nur ausgenutzt, um durch die erzwungene Einwanderung der armen Iren die Lage der Arbeiterklasse in England zu verschlechtern, sondern sie hat überdies das Proletariat in zwei feindliche Lager gespalten. Das revolutionäre Feuer des keltischen Arbeiters vereinigt sich nicht mit der soliden, aber langsamen Natur des angelsächsischen Arbeiters. Im Gegenteil, es herrscht in allen großen Industriezentren Englands ein tiefer Antagonismus zwischen dem irischen und englischen Proletariat. Der gewöhnliche englische Arbeiter haßt den irischen als einen Konkurrenten, der die Löhne und den standard of life (Lebensstandard) herabdrückt. Er empfindet ihm gegenüber nationale und religiöse Antipathien. Er betrachtet ihn fast mit denselben Augen, wie die poor whites (armen Weißen, d. A.) der Südstaaten Nordamerikas die schwarzen Sklaven betrachteten. Dieser Antagonismus zwischen den Proletariern in England selbst wird von der Bourgeoisie künstlich geschürt und wachgehalten. Sie weiß, daß diese Spaltung das wahre Geheimnis der Erhaltung ihrer Macht ist.“

34

Die von Marx hier gemachte Beobachtung über das Verhältnis von unterschiedlichen nationalen Teilen des Proletariats und ihrer unterschiedlichen Stellung in der gesellschaftlichen Stufenleiter wurden später von Lenin und Trotzki in ihrer Imperialismus-Theorie verallgemeinert. Ihr Grundgedanke war, daß die nationale Spaltung innerhalb des Proletariats aufgrund der nationalen Unterdrückung nur dann überwunden und eine internationalistische Einheit der Klasse hergestellt werden kann, wenn die Tatsache dieser Spaltung und Unterdrückung anerkannt wird und ein offener und bewußter Kampf gegen diese geführt wird. Der aus der nationalen Unterdrückung erwachsende Nationalismus kann nicht überwunden werden, wenn diese Unterdrückung geleugnet oder in ihrer Bedeutung heruntergespielt wird. Im Gegenteil, ähnlich wie bei der Unterdrückung der Frau kann der Unterdrückung von nationalen Minderheiten nur durch die bewußte Anerkennung dieser Unterdrückung und einem expliziten Programm des Kampfes für die völlige Gleichberechtigung der Krieg erklärt werden. Dazu wiederum ist es notwendig, daß – wie Lenin darlegte – die Spaltung innerhalb der Klasse als eine Vielschichtige und Umfassende begriffen wird:

„Ist etwa die wirkliche Lage der Arbeiter der unterdrückenden und der unterdrückten Nationen, was die nationale Frage anbetrifft, die gleiche? Nein.

1. Ökonomisch ist der Unterschied der, daß Teile der Arbeiterklasse in den Unterdrückerländern Brosamen von dem Überprofit erhalten, den die Bourgeois der Unterdrückernationen einheimen, indem sie den Arbeitern der unterdrückten Nationen das Fell stets zweimal über die Ohren ziehen. Die ökonomischen Daten besagen außerdem, daß aus den Arbeitern der Unterdrückernationen ein größerer Prozentsatz zu ‚Zwischenmeistern‘ aufsteigt als aus den Arbeitern der unterdrückten Nationen, daß ein größerer Prozentsatz zur Aristokratie der Arbeiterklasse emporsteigt. (Anmerkung von Lenin: ‚Siehe z.B. das in englischer Sprache erschienene Buch von Hourwich über die Einwanderung und die Lage der Arbeiterklasse in Amerika (Immigration and Labor)‘) Das ist eine Tatsache. Die Arbeiter der unterdrückenden Nation sind bis zu einem gewissen Grade Teilhaber ihrer Bourgeoisie bei der Ausplünderung der Arbeiter (und der Masse der Bevölkerung) der unterdrückten Nation.

2. Politisch ist der Unterschied der, daß die Arbeiter der Unterdrückernationen auf einer ganzen Reihe von Gebieten des

politischen Lebens eine im Vergleich zu den Arbeitern der unterdrückten Nation privilegierte Stellung einnehmen.

3. Ideologisch oder geistig ist der Unterschied der, daß die Arbeiter der Unterdrückernationen durch die Schule und das Leben stets im Geiste der Verachtung oder Mißachtung der Arbeiter der unterdrückten Nationen erzogen werden.“³⁵

Diese Herauspressung eines Extraprofits, die Absonderung der Arbeiteraristokratie und die daraus folgende Spaltung des Proletariats ergibt sich nicht nur aus der Überausbeutung der halb-kolonialen Länder, sondern auch aus der Überausbeutung der MigrantInnen. Lenin verstand, daß die Arbeiteraristokratie und die Spaltung innerhalb der ArbeiterInnenklasse entlang nationaler Linien Schlüsselbegriffe sind, um auch die Rolle des Sozialchauvinismus und die Stellung der MigrantInnen zu verstehen.

Während der Diskussionen zur Überarbeitung des Parteiprogramms der Bolschewiki unterstützte Lenin 1917 den Vorschlag zur Einfügung des Hinweises auf die Bedeutung der Ausbeutung der migrantischen ArbeiterInnen. Er schrieb: „Gerade für den Imperialismus ist eine solche Ausbeutung der Arbeit schlechter bezahlter Arbeiter aus rückständigen Ländern besonders charakteristisch. Gerade darauf basiert in einem gewissen Grade der Parasitismus der reichen imperialistischen Länder, die auch einen Teil ihrer eigenen Arbeiter durch eine höhere Bezahlung bestechen, während sie gleichzeitig die Arbeit der ‚billigen‘ ausländischen Arbeiter maßlos und schamlos ausbeuten. Die Worte ‚schlechter bezahlten‘ müßten hinzugefügt werden, ebenso wie die Worte ‚und oft rechtlosen‘, denn die Ausbeuter der ‚zivilisierten‘ Länder machen sich immer den Umstand zunutze, daß die importierten ausländischen Arbeiter rechtlos sind.“³⁶

Wir werden später die Formen der Überausbeutung und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten für Extraprofite des Kapitals genauer behandeln und wenden uns nun einer anderen Frage zu – der Rolle der industriellen Reservearmee.

V. DIE ROLLE DER INDUSTRIELLEN RESERVEARMEE UND DER ÄUSSEREN SURPLUSBEVÖLKERUNG

Ein weiterer, für das Verständnis der Migration zentraler, Begriff in der marxistischen Theorie ist die sogenannte industrielle Reservearmee oder relative Über- bzw. Surplusbevölkerung. Darunter verstand Marx jenen Teil der ArbeiterInnenklasse, der zeitweise aus der kapitalistischen Produktion ausgestoßen wird. „Die relative Überbevölkerung existiert in allen möglichen Schattierungen. Jeder Arbeiter gehört ihr an während der Zeit, wo er halb oder gar nicht beschäftigt ist.“³⁷ Diese industrielle Reservearmee ist wesentlich für den Kapitalismus, um ein Pool an ArbeiterInnen zu liefern, daß es den KapitalistInnen ermöglicht, auf Phasen der Ausdehnung der Produktion zu reagieren, ebenso wie an die Auf und Abs der industrieller Konjunkturzyklen.

Diese industrielle Reservearmee entsteht nicht aus einer absoluten Überbevölkerung heraus, sondern ist das Resultat der Entwicklung des Kapitalismus selbst. Das Kapital setzt einerseits beständig Arbeitskräfte frei – sprich entläßt sie und beraubt sie ihrer Existenzgrundlage. Andererseits untergräbt der Kapitalismus zunehmend die soziale Basis der unteren Schichten am Land und in der Stadt und zwingt damit immer mehr, ihre Arbeitskraft am Markt als Ware anzubieten und somit dadurch in die industrielle Re-

servearmee einzutreten. Marx schreibt daher:
 „Die kapitalistische Akkumulation produziert vielmehr, und zwar im Verhältnis zu ihrer Energie und ihrem Umfang, beständig eine relative, d.h. für die mittleren Verwertungsbedürfnisse des Kapitals überschüssige, daher überflüssige oder Zuschuß-Arbeiterbevölkerung.“³⁸

Mit der Entwicklung des Kapitalismus schreitet auch die Akkumulation des Kapitals voran. Somit steigt die organische Zusammensetzung des Kapitals – das bedeutet, daß der Anteil des konstanten Kapitals (Maschinen und Rohmaterialien) permanent wächst und jener des variablen Kapitals (Löhne für Arbeitskräfte) im Gegenzug sinkt. Dies wiederum hat zur Folge, daß – im Verhältnis zur Zunahme des konstanten Kapitals – die Nachfrage nach Arbeitskräften weniger stark zunimmt. Die Folge ist ein Wachsen der relativen Surplusbevölkerung.

„Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee. Die disponible Arbeitskraft wird durch dieselben Ursachen entwickelt wie die Expansivkraft des Kapitals. Die verhältnismäßige Größe der industriellen Reservearmee wächst also mit den Potenzen des Reichtums. Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Übervölkerung, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschichte der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation. Es wird gleich allen andren Gesetzen in seiner Verwirklichung durch mannigfache Umstände modifiziert, deren Analyse nicht hierher gehört.“³⁹

Mit dem Anwachsen der industriellen Reservearmee nim-

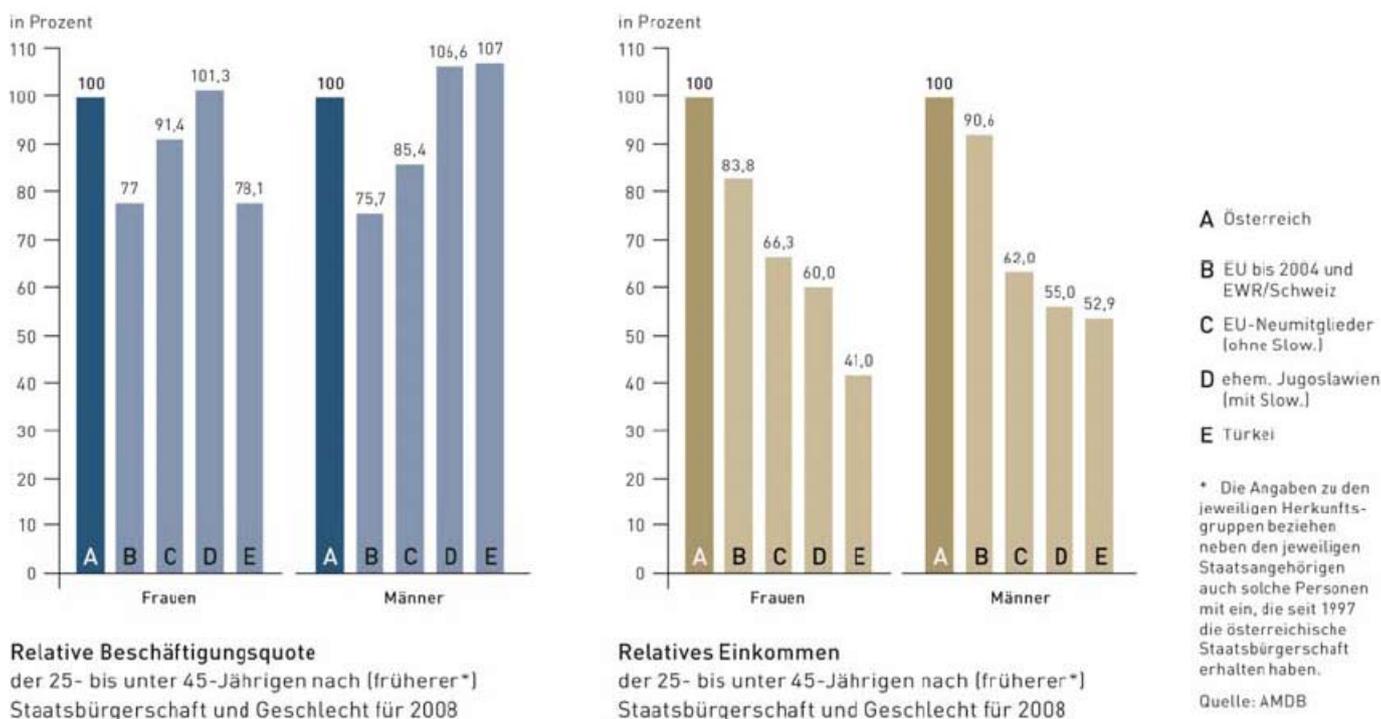
mt auch der Druck auf die beschäftigten ArbeiterInnen zu. Denn der/die KapitalistIn kann sie umso leichter ersetzen, je größer das Angebot an Arbeitssuchenden ist. Dadurch ist der dem/der KapitalistIn leichter möglich, den Lohn zu drücken und dadurch den Anteil des Mehrwerts zu erhöhen. Eine große relative Surplusbevölkerung ermöglicht daher dem Kapital, die Ausbeutung zu steigern.

Gerade dies war und ist ja auch ein entscheidender Grund, warum das Kapital massiv MigrantInnen ins Land holt. Sie sind billigere Arbeitskräfte und sind gleichzeitig auch ein Pool dafür, um die inländischen ArbeiterInnen unter Druck zu setzen und niedrigere Löhne zu akzeptieren. Der sozialistische Ökonom Fritz Sternberg nannte in den 1920er Jahren diese Rolle der Migration als einen wichtigen Faktor im Zeitalter des Imperialismus. Ausgehend von Marx's Kategorie der relativen Surplusbevölkerung entwickelte er die Unterscheidung in *innere Surplusbevölkerung* und *äußere Surplusbevölkerung*. Unter ersterer verstand er die im Inland durch die Abwanderung von der Landwirtschaft in die Städte erzeugte Surplusbevölkerung, unter zweiterer eben die MigrantInnen.⁴⁰ Wie wir weiter unten sehen werden, sind gerade MigrantInnen überproportional hoch in der industriellen Reservearmee vertreten. Sie werden häufiger als inländische ArbeiterInnen arbeitslos, verbleiben aber kürzer in Arbeitslosigkeit, sondern werden relativ rasch wieder vom Kapital als billige Arbeitskräfte genützt. Diese *äußere Surplusbevölkerung* wiederum erleichtert die Überausbeutung der unteren Schichten der ArbeiterInnenklasse.

In der Epoche des Imperialismus findet eine gewisse Veränderung bei der industriellen Reservearmee statt. Mit der zunehmenden Stockung des Kapitalakkumulationsprozesses wird eine wachsende *Lazarusschichte* (Marx)

Graphik 1: Beschäftigung und Einkommen von MigrantInnen im Vergleich zu inländischen Beschäftigten⁹⁶

Graphik 1: Mitgliederzahlen der SPÖ von 1945-2008



geschaffen, die keine Hoffnung mehr hat, Arbeit zu finden und abseits des Produktionsprozeß verelendet. Der marxistische Theoretiker Evgenij Preobrazenskij bezeichnet diese Tendenz des zunehmenden Ausschlusses von Teilen der Arbeiterklasse aus dem gesellschaftlichen Produktionsprozeß als Tendenz zur „Immobilisierung eines immer größer werdenden Teils der gesellschaftlichen Arbeitskraft“. ⁴¹ Diese Immobilisierung von Teilen der pauperisierten inländischen Arbeitslosen bewegt das imperialistische Kapital natürlich nicht dazu, diese immobilisierten Teile der Bevölkerung besser auszubilden und ihnen soziale Sicherheit zu ermöglichen. Vielmehr ist die Immobilisierung eine Triebfeder für das Kapital, sich Zufuhr von frischen, dynamischen, überausbeutbaren, qualifizierten Arbeitskräften im Ausland, bei den MigrantInnen zu suchen.

Es besteht daher ein Zusammenhang zwischen der Existenz und Stärke der Arbeiteraristokratie und der Existenz der industriellen Reservearmee. Durch die industrielle Reservearmee wird es dem Kapital erleichtert, die Überausbeutung der untersten Schichten der ArbeiterInnenklasse (darunter viele MigrantInnen) voranzutreiben. Dadurch wiederum wird ein Extraprofit geschaffen, der die Bestechung der Arbeiteraristokratie ermöglicht.

VI. DIE ENTWICKLUNGSLINIEN DER MIGRATION IN DIE IMPERIALISTISCHEN STAATEN SEIT DEN 1970ER JAHREN

Weltweit gesehen wuchs die Anzahl der MigrantInnen in den letzten 50 Jahren dramatisch an. So stieg die Zahl der MigrantInnen von 75.9 Millionen (1960) auf 81.5 Millionen (1970), 99.8 Millionen (1980), 154 Millionen (1990), 174.9 Millionen (2000) und schließlich 214 Millionen (2010). Kurz und gut, die Anzahl der MigrantInnen hat sich seit 1960 verdreifacht. Der Anteil der MigrantInnen an der Weltbevölkerung sank zuerst von 2.5% (1960) auf 2.2% (1975) und stieg dann an auf 2.9% (1990) und beträgt nun 3.1% (2010). ⁴² Fast genau die Hälfte der MigrantInnen – 49% – sind Frauen, in Europa sind sie über 52% sogar die Mehrheit.

Wenn man die Entwicklung genauer betrachtet, sieht man, daß die Bedeutung und der Zuwachs der Migration deutlich größer sind als die Zahlen auf den ersten Blick vermuten lassen. Ein Teil der in den offiziellen Statistiken angeführten MigrantInnen sind keine ArbeitsmigrantInnen im eigentlichen Sinn des Wortes, sondern Flüchtlinge. (Das soll allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß viele Flüchtlinge gezwungenermaßen zu ArbeitsmigrantInnen werden, um zu überleben). Daher werden z.B. auch die 1.7 Millionen offiziell in Flüchtlingslagern lebenden vertriebenen PalästinenserInnen in der palästinensischen Westbank und Gaza mit in der MigrantInnenstatistik gerechnet. ⁴³ Insgesamt ist die Entwicklung jedoch die, daß der Anteil der Flüchtlinge an den Migrationsströmen anteilmäßig geringer wird. So sank der Anteil der Flüchtlinge an den MigrantInnen von 12% (1990) auf 9% (2000) und wird für 2010 auf 8% geschätzt. ⁴⁴

Zweitens ist das Phänomen der Migration in erster Linie ein Phänomen der imperialistischen Staaten. So beträgt der Anteil der MigrantInnen an der Gesamtbevölkerung in den „weniger entwickelten Staaten“ (dieser Begriff der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft umfaßt jene Länder, die wir MarxistInnen als halbkoloniale Staaten

bezeichnen) nur 1.5% (2010) – ein Rückgang gegenüber 1.8% (1990), 1.6% (1970) und 2.1% (1960). In den imperialistischen Metropolen hingegen liegt dieser Anteil bei mittlerweile 10% – ein stetiger Anstieg gegenüber 8.3% (2000), 7.2% (1990), 4.3% (1970) und 4.0% (1960). ⁴⁵ Weltweit mögen also die Ausmaße der Entwicklung der Migration nicht dramatisch erscheinen, in den imperialistischen Ländern sind sie es hingegen sehr wohl.

Migration als spezifisches Phänomen des Monopolkapitalismus, wo MigrantInnen als billige Arbeitskräfte in die imperialistischen Metropolen einwandern, erkennt man auch anhand folgender Tatsache: alleine in Nordamerika und Europa leben mit 120 Millionen mehr als die Hälfte aller MigrantInnen weltweit. Insgesamt konzentrieren sich drei Viertel aller MigrantInnen weltweit in nur 29 Ländern. ⁴⁶

Gleichzeitig kommt es auch zu immer stärkeren Wanderungsbewegungen innerhalb einzelner Länder. So sind aus den verarmten Gegenden Chinas bis zu 150 Millionen Menschen in die Metropolen gezogen, nur um dort ein oftmals illegalisiertes Dasein zu fristen.

Ausnahme Golfstaaten

Ein Sonderfall sind die Handvoll erdölproduzierender Golfstaaten, in denen die MigrantInnen einen enorm hohen Anteil, z.T. sogar die Mehrheit, des Proletariats stellen. So machen MigrantInnen in Bahrain 49% der Gesamtbevölkerung aus, 29% in Oman, 27% in Saudi-Arabien, 81% in den Vereinigten Arabischen Emiraten, 69% in Kuwait und gar 89% der über 15-jährigen in Qatar. ⁴⁷ Insgesamt machen sie 36% der Gesamtbevölkerung (36 Millionen) in den Golfstaaten aus. ⁴⁸

Die Golfstaaten sind jedoch wie gesagt ein Sonderfall, da es sich hier um kleine (in Bezug auf die Bevölkerung) Staaten handelt, die von den imperialistischen Großmächten – allen voran die USA – besonders protegiert werden und aufgrund ihrer enormen Konzentration an Rohstoffreserven wirtschaftlich besonders reich sind. Sie sind besondere halbkoloniale Rentner-Staaten, deren herrschender Klassen aus politisch-strategischen sowie wirtschaftlichen Gründen von den imperialistischen Großmächten eine höchst privilegierte, parasitäre Existenz ermöglicht wird. ⁴⁹ Ähnliches gilt für den privilegierten Stadtstaat Singapur, wo 30% der Beschäftigten aus dem Ausland kommen.

Globalisierung

Mit dem Ende des langen Booms und dem Beginn der Krisenperiode der kapitalistischen Weltwirtschaft Anfang der 1970er Jahre setzte in den imperialistischen Metropolen ein massiver Anstieg der Migration ein. So stieg die Zahl der MigrantInnen in den imperialistischen Ländern zwischen 1970 und 2000 von 35.2 Millionen auf 80.8 Millionen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung verdoppelte sich somit von 4.3% auf 8.3%. Vor allem in die USA sowie Westeuropa strömten viele MigrantInnen. Lebten in den USA im Jahre 1960 noch 9.7 Millionen MigrantInnen, die 5.2% der Gesamtbevölkerung ausmachten, so stieg dieser Anteil bis ins Jahr 2000 auf 35 Millionen bzw. 12.3% der Gesamtbevölkerung. Ähnlich die Entwicklung in Westeuropa: Mächte in Kernländern wie Frankreich, Deutschland, Italien oder Belgien im Jahre 1960 der Anteil der MigrantIn-

nen an der Gesamtbevölkerung noch 4.6% aus, so stieg dieser Anteil bis ins Jahr 2002 auf ca. 33-35 Millionen MigrantInnen bzw. ca. 9% der Gesamtbevölkerung an.⁵⁰ Mit anderen Worten: Der Anteil der MigrantInnen an der Gesamtbevölkerung ist in den USA und Westeuropa um das Doppelte oder noch mehr angewachsen.

Insbesondere in den 1990er Jahren – einer Periode der intensiven Globalisierung und somit Verarmung der Masse der Weltbevölkerung – nahm die Migration in einigen imperialistischen Ländern massiv zu. So stieg die jährliche Einwanderung in die imperialistischen Metropolen von (durchschnittlich) +20.000 (1950-60), +646.000 (1960-70), +1.147.000 (1970-80), +1.507.000 (1980-90), +2.697.000 (1990-2000) auf +2.943.000 (2000-2010). Besonders stark war der Zuwachs des Migrationsstroms nach Europa. Betrug dieser zuerst noch +27.000 (1960-70), lag er in den 1980er Jahren schon bei +448.000, um schließlich auf +953.000 (1990-2000) und +1.505.000 (2000-2010) hochzuschleunigen.⁵¹

Zwischen 1990 und 2000 wuchs die Zahl der ausländischen StaatsbürgerInnen in Finnland, Irland, Italien, Portugal und Spanien um mehr als das Doppelte. In Österreich, Dänemark, Luxemburg und Großbritannien nahm sie um mehr als 50% zu. Ohne Migration würde die Bevölkerung der Europäischen Union mehr oder weniger stagnieren (90% des gesamten Bevölkerungswachstums der EU geht auf Migration zurück). Im Jahre 2008 machten in den USA alleine die im Ausland geborenen MigrantInnen (wir sprechen also nicht von der zweiten bzw. dritten Generation) 13,7% der Gesamtbevölkerung und 16,5%

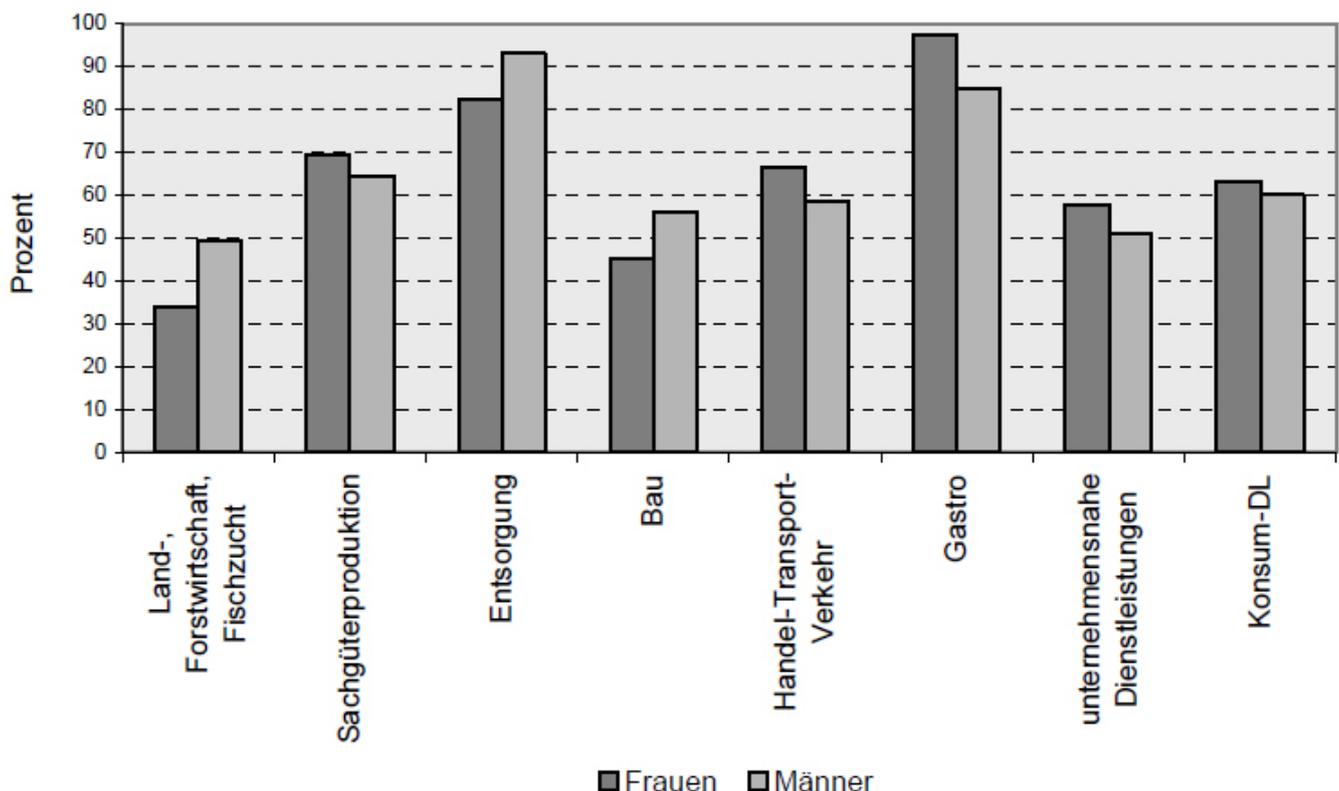
der Beschäftigten aus, in Australien 25,4% bzw. 26,5%, in Großbritannien 10,8% bzw. 12,6%, in den Niederlanden 10,9% bzw. 11,4%, in Frankreich 8,4% bzw. 11,8%. In Italien waren 2008 6,6% aller EinwohnerInnen ausländische StaatsbürgerInnen und 10,3% der Beschäftigten waren im Ausland geborene MigrantInnen und in Deutschland waren im gleichen Jahr 8,2% aller EinwohnerInnen und 9,4% aller Beschäftigten ausländische StaatsbürgerInnen.⁵³ Insgesamt sind in den letzten 20 Jahren über 26 Millionen MigrantInnen in die EU15-Staaten, 20 Millionen in die USA, 1,6 Millionen nach Australien und weniger als 1 Million nach Japan eingewandert.⁵⁴

Dramatische Auswirkungen für die Halbkolonien: Brain Drain und Remittances

Migration hat auch enorme Auswirkungen auf die halbkolonialen Länder selber. Einerseits kommt es zu einem enormen Verlust von z.T. qualifizierten Arbeitskräften, die ihre verarmte Heimat verlassen und ihre Wissen und ihre Qualifikation dem Kapital in den imperialistischen Ländern zur Verfügung stellen. (der sogenannte „brain drain“) Einem Bericht der Weltbank zufolge verlassen jährlich 23.000 afrikanische AkademikerInnen ihre Heimat. Mittlerweile leben alleine in den USA mehr afrikanische WissenschaftlerInnen und Ingenieure als auf dem gesamten afrikanischen Kontinent!⁵⁶

Andererseits spielen die Gelder, die MigrantInnen an ihre Familien in der Heimat überweisen (Remittances, ein Be-

Graphik 2: Bruttojahreseinkommen 2008 der (früher) ex-jugoslawischen Staatsangehörigen im Alter zwischen 25 und unter 45 Jahren in Prozent der (schon länger) österreichischen Staatsangehörigen mit dem gleichen Geschlecht und Alter, nach Wirtschaftszweig⁹⁷



griff der sich für Rücküberweisungen durch MigrantInnen zunehmend einbürgert) eine immer größere Rolle, die letzteren das Überleben unter den immer elender werdenden Bedingungen ermöglicht. Laut den jüngsten Berechnungen der *International Organization for Migration* machten im Jahr 2009 die Überweisungen von MigrantInnen an ihre Heimat bereits ca. 414 Milliarden US-Dollar aus und sind damit dreimal so hoch wie die offizielle Entwicklungshilfe der reichen Ländern!⁵⁷ In verschiedenen Ländern Afrikas machen diese Beiträge bereits 5-20% der jährlichen Brutto-Inlandsproduktes aus, in machen sogar die Hälfte.⁵⁸

Verstärkte Migration in der neuen Periode der historischen Krise des Kapitalismus

In den kommenden Jahren und Jahrzehnten ist mit einer weiteren massiven Zunahme der Migration zu rechnen. Mit der Großen Wirtschaftskrise 2008/09 ist der Kapitalismus in eine neue historische Periode des Niedergangs eingetreten. In den Perspektiven zur Weltlage beim letzten Kongreß der Liga für die Fünfte Internationale haben wir auf die Tiefe der Krise und die Schärfe der Widersprüche in der kommenden Periode hingewiesen: „Wir glauben, daß die Wirtschaftskrise von 2008 nicht nur eine besonders scharfe zyklische Rezession in Gang gebracht hat, sondern auch, wie Trotzki sagte ‚eine revolutionäre Krise des Systems als Ganzes‘, d.h. eine ausgedehnte Periode, die mehrere industrielle Zyklen umfaßt, in denen die allgemeine Tendenz sich auf die Stagnation und den Niedergang der Produktivkräfte zu bewegt.“⁵⁹ Der Kapitalismus kann Milliarden von Menschen keine Zukunft mehr bieten. Sein blinder Drang nach Profit führt unvermeidlich zu tiefen Rezessionen, der Verbreitung von Armut, Hunger, Umweltkatastrophen und der erhöhten Rivalität zwischen Großmächten und zu Kriegen. Kurz und gut, er gefährdet die Grundlagen unserer Zivilisation.

Dies wird enorme Auswirkungen auf die Migration, die „moderne Völkerwanderung“ (Lenin), haben. Selbst wenn wir die dramatischen Auswirkungen der Umweltkatastrophen außer Acht lassen, so ergibt sich alleine aufgrund der Krise und der Stagnation in der Landwirtschaft in den armen kapitalistischen Ländern ein Potential von 2.5 Milliarden „überflüssigen“ Menschen. Sie sind gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und entweder an einem anderen Ort in ihrem Land oder im Ausland die Grundlage zum Überleben zu finden.⁶⁰

VII. MIGRANTINNEN ALS NATIONAL UNTERDRÜCKTE SCHICHT VON ÜBERAUSGEBEUTETEN ARBEITSKRÄFTEN

Die vom marxistischen Standpunkt her korrekte Charakterisierung von MigrantInnen muß unserer Meinung nach folgendermaßen lauten: MigrantInnen in Österreich sind eine national unterdrückte Schicht von überausgebeuteten Arbeitskräften. Wie gelangen wir zu dieser Definition? Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist die Verwendung des Begriffs „MigrantInnen“ als eine *gesellschaftliche Kategorie und nicht als eine biologische oder rechtliche Kategorie*. Wir verstehen unter MigrantInnen daher nicht einfach alle „AusländerInnen“ oder alle „EinwanderInnen“

in einem bestimmten Land. Wie oben ausgeführt, ist die Migration eine besondere Form der Völkerwanderung aus den ärmeren Ländern in die imperialistischen Metropolen, damit die KapitalistInnen mit den MigrantInnen als billigere Arbeitskräfte Extraprofite machen können. Lenin's Beschreibung des national unterdrückten, überausgebeuteten Status der italienischen ArbeitsmigrantInnen im frühen 20. Jahrhundert trifft das Wesen des gesellschaftlichen Charakters der MigrantInnen:

„Die Italiener werden von anderen Nationen unterdrückt und erniedrigt. (...) das sind alles Bettler, die der nackte Hunger im wahrsten Sinne des Wortes aus ihrem Lande treibt, das sind alles Lieferanten von Arbeitskraft für die am schlechtesten bezahlten Industriezweige, diese ganze Masse bevölkert die engsten, ärmsten und schmutzigsten Viertel der amerikanischen und europäischen Städte.“⁶¹

Für MarxistInnen haben Kategorien eine gesellschaftlich-analytische Bedeutung, d.h. sie sollen helfen, bestimmte gesellschaftliche Phänomene und deren Platz in den ökonomischen, politischen usw. Herrschaftsverhältnissen zwischen den Klassen genauer zu erfassen. Der marxistische Philosoph Abram Deborin merkt dazu treffend an: „Der tiefste Sinn der marxistischen Lehre besteht doch letzten Endes in der Zurückführung der ökonomischen Kategorien auf gesellschaftliche Beziehungen der Menschen.“⁶²

Daher sind für MarxistInnen folgende Gesichtspunkte von großer Bedeutung. Erstens welchen *Klassencharakter* besitzt das Land, aus dem die jeweilige nationale Gruppe von EinwanderInnen kommt? Handelt es sich um ein halb-koloniales, unterdrücktes kapitalistisches Land⁶³, dessen unterdrückte, relativ ärmere Stellung am Weltmarkt bzw. in der Weltpolitik dazu führt, daß eine mehr oder weniger große Anzahl von Menschen von dort auswandern, um in den reicheren, imperialistischen Staaten ihre Arbeitskraft billig verkaufen zu können? Handelt es sich um ein relativ schwaches, rückständiges imperialistisches Land (z.B. wie Italien, Spanien und Portugal in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts), wo aufgrund mangelnder Produktivkraftentwicklung eine überschüssige Bevölkerung nach Arbeitsmöglichkeiten sucht und hofft, diese in den reicheren imperialistischen Staaten zu finden. Oder handelt es sich schließlich um StaatsbürgerInnen aus – im Verhältnis zum Einwanderungsland – genauso reichen oder reicheren, imperialistischen Staaten, die nicht aufgrund der systematischen Schlechterstellung ihres Landes auswandern, sondern aus „normalen“ Gründen der Suche nach Verdienstmöglichkeiten – ähnlich wie Beschäftigte ihren Job innerhalb der gleichen Branche und Qualifikationsstufe wechseln.⁶⁴

Der zweite und noch wichtigere, entscheidende Gesichtspunkt ist folgender: *Welche Stellung nehmen die EinwanderInnen in der gesellschaftlichen Stufenleiter der kapitalistischen Klassenordnung des Einwanderungslandes ein*. Diese Frage läßt sich im wesentlichen auf drei Ebenen beurteilen:

- i. Ist die jeweilige migrantische Gruppe in den unteren Schichten der ArbeiterInnenklasse bzw. des Kleinbürgertums systematisch und qualitativ überproportional vertreten? Ist die jeweilige migrantische Gruppe in (durchaus auch höher qualifizierten) Berufsgruppen überproportional vertreten, wo sie trotz gleicher oder ähnlicher Qualifikation ein deutlich geringeres Einkommen erzielen als ihre inländischen KollegInnen?
- ii. Ist die jeweilige migrantische Gruppe in politisch-

rechtlicher Hinsicht (Wahlrecht etc.) sowie bezüglich Ansprüche auf bestimmte Sozialleistungen systematisch und qualitativ benachteiligt?

iii. Ist die jeweilige migrantische Gruppe hinsichtlich ihrer Sprache (bei den Behörden, in den Ausbildungsstätten usw.) oder ihrer Kultur (z.B. Religion) systematisch und qualitativ benachteiligt?

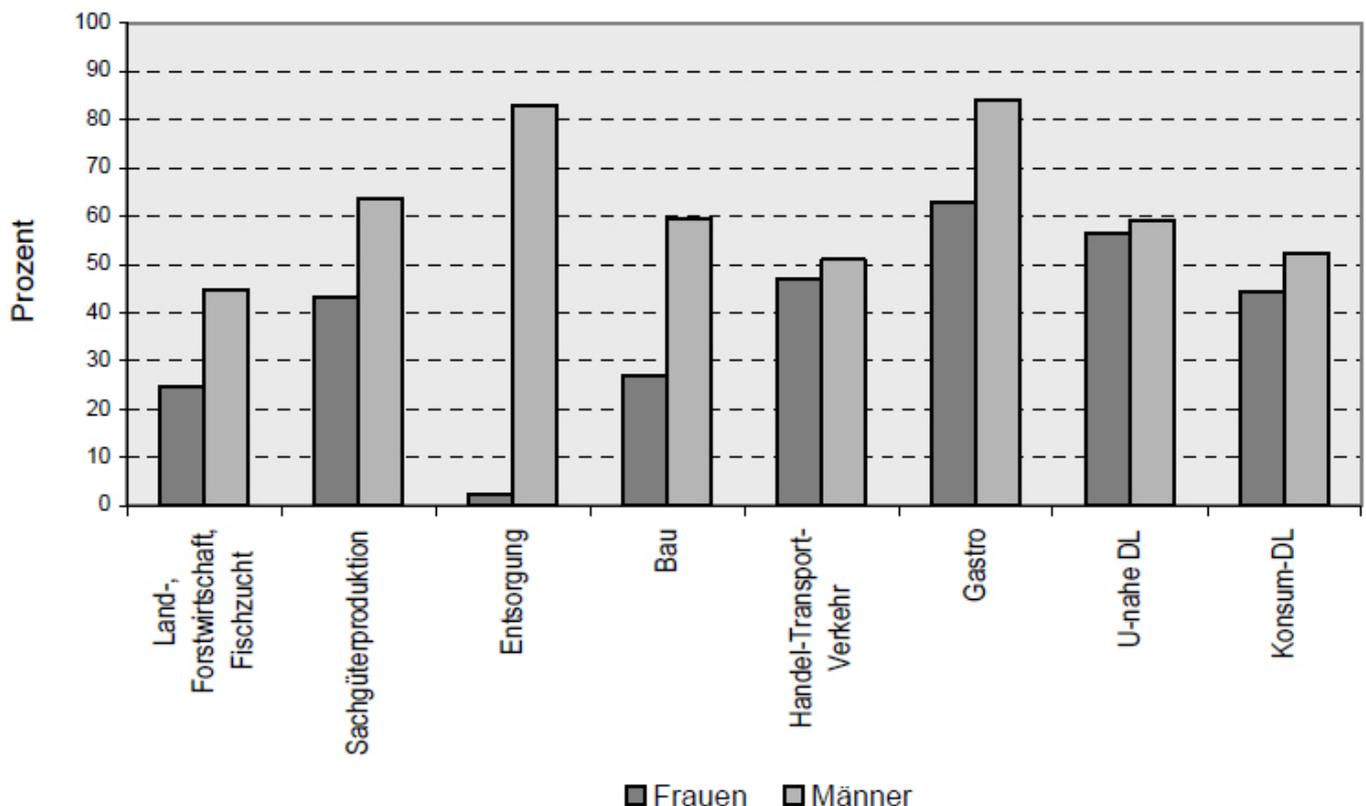
Diese hängt natürlich mit der Frage des Klassencharakters des Einwanderungslandes bzw. seines kapitalistischen Entwicklungsstandes zusammen, wie wir es gerade zuvor skizziert haben. Kommen die MigrantInnen aus ärmeren Ländern - „aus rückständigeren Ländern mit niedrigeren Arbeitslöhnen“ wie Lenin es formulierte - werden sie aufgrund ihrer Not und aufgrund der Unterdrückung durch den imperialistischen Staat bereit sein, in dem Einwanderungsland eine Arbeit im unteren, besonders schlecht bezahlten und ausgebeuteten Bereich anzunehmen. Kurz und gut sie nehmen in der gesellschaftlichen Stufenleiter der kapitalistischen Klassenordnung eine besonders untergeordnete Stellung ein. Auf den Zusammenhang der Unterdrückung der nationalen Minderheiten der MigrantInnen und ihrer niedrigeren Stellung in der gesellschaftlichen Stufenleiter der Kapitalismus wiesen schon die US-amerikanischen TrotzkiInnen hin: „Nicht nur die gesamte Arbeiterklasse ist ein Verbündeter der Juden, sondern auch alle anderen nationalen Minderheiten - die Mexikaner, die Chinesen, die Japaner, die Griechen, die Polen, die Russen - die von der herrschenden Klasse einen niedrigeren Status in der Gesellschaft zugewiesen bekommen, können für den Kampf für die Rechte der nationalen

*Minderheiten inklusive der Juden gewonnen werden.“*⁶⁵

Wie wir später zeigen werden, ist dies auch für Österreich durch das vorliegende, umfangreiche Zahlenmaterial leicht zu beweisen. Ebenso haben wir oft eine Überausbeutung bei MigrantInnen in hochqualifizierten Jobs. Diese werden zwar entsprechend ihrer Qualifikation beschäftigt, verdienen aber deutlich weniger als ihre inländischen KollegInnen. Doch diese Überausbeutung und Unterdrückung trifft nicht auf alle EinwanderInnengruppen im gleichen Ausmaß zu bzw. auf manche auch fast gar nicht. Bestimmte EinwanderInnengruppen - v.a. aus den reicheren imperialistischen wie Deutschland, der Schweiz, anderen westeuropäischen EU-Staaten oder den USA - sind nicht überproportional im unteren Bereich der gesellschaftlichen Stufenleiter vertreten. Im Gegenteil, bezüglich der Stellung in der Arbeitswelt und ihrem Einkommen sind sie im Durchschnitt zumindest nicht schlechter, wenn nicht sogar besser gestellt. Auf dem Gebiet der Sprache und den damit verbundenen Möglichkeiten des Zugangs zu Behörden und Ausbildung ergeben sich für Deutsche und Deutsch-SchweizerInnen keine Nachteile, für andere EinwanderInnengruppen aus reicheren imperialistischen Ländern hingegen schon. Auf der Ebene der politischen Rechte wiederum ergibt sich für alle ausländischen Staatsangehörigen eine Diskriminierung, wenn auch bei EU-StaatsbürgerInnen deutlich weniger als bei Nicht-EU-StaatsbürgerInnen.

Was hat das für Konsequenzen für unsere Definition von MigrantInnen? Ohne zu vergessen, daß alle Definitionen

Graphik 3: Bruttojahreseinkommen 2008 der (früher) türkischen Staatsangehörigen im Alter zwischen 25 und unter 45 Jahren in Prozent der (schon länger) österreichischen Staatsangehörigen mit dem gleichen Geschlecht und Alter, nach Wirtschaftszweig⁹⁸



nur einen bedingte Charakter haben als sie lebendige, stetigen Veränderungen unterworfenen Prozesse erfassen, ⁶⁶ können wir in etwa folgende Definition der MigrantInnen geben:

i. Migration ist ein Phänomen der durch die imperialistische Ausbeutung verursachten, zunehmenden Einwanderung „aus rückständigeren Ländern mit niedrigeren Arbeitslöhnen“ (Lenin) in die reichen imperialistischen Länder.

ii. MigrantInnen werden vom Kapital im ökonomischen Bereich überausgebeutet und sind im gesellschaftlichen und politischen Bereich eine unterdrückte, benachteiligte Schicht. MigrantInnen sind daher eine national unterdrückte Schicht von überausgebeuteten Arbeitskräften.

iii. Wie wir unten zeigen werden, zählen MigrantInnen, die bzw. deren Eltern oder Großeltern aus ärmeren (halb-kolonialen oder ehemals stalinistischen) Staaten in andere, entwickelte imperialistische Ländern (wie z.B. Österreich) kommen bzw. kamen und hier leben und/oder arbeiten (unabhängig davon, welche Staatsbürgerschaft sie besitzen) eindeutig zu der von uns definierten besonderen Schicht, die auf der Grundlage ihrer nicht-österreichischen (unterschiedlichen) nationalen Wurzeln vom Kapital im ökonomischen Bereich *überausgebeutet* und im gesellschaftlichen und politischen Bereich *unterdrückt und benachteiligt* wird.

iv. Auf MigrantInnen aus schwächeren imperialistischen Ländern wie Italien, Spanien, Portugal oder Griechenland trafen eine solche Unterdrückung und Überausbeutung zur Zeit der ersten GastarbeiterInnen-Einwanderungswellen in den späteren 1950er und 1960er Jahren sicherlich auch zu. Mit der Annäherung des kapitalistischen Entwicklungsniveaus dieser Länder und der teilweisen Integration dieser MigrantInnengruppen haben Unterdrückung und Überausbeutung sich zumindest vermindert und wir haben es hier mehr mit Zwischenformen und Teilaspekten des eigentlichen Migrantentums zu tun.

v. Bei EinwanderInnengruppen aus reichen imperialistischen Staaten, die in der Arbeitswelt nicht überausgebeutet werden, die aber auf sprachlicher und politischer Ebene gewissen Diskriminierungen ausgesetzt sind, können wir von einer Art *Untergruppe oder Ausnahmeerscheinung* sprechen, die nur zu einem gewissen Teil bzw. nur in einem bedingten Ausmaß Merkmale des Migrantentums trägt. Noch weniger Merkmale des MigrantInnen-Daseins haben schließlich aus den oben erwähnten Gründen deutsche EinwanderInnen.

MigrantInnen als Teil des Kleinbürgertums und der Bourgeoisie

Nicht alle MigrantInnen sind Lohnabhängige. Es gibt auch eine kleine Schicht des Kleinbürgertums sowie Mittelschichtaufsteiger, ja auch einige KapitalistInnen (z.B. Attila Dogudan von Do & Co) unter den MigrantInnen. ⁶⁷ Doch während der Anteil der Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft bei den inländischen Erwerbstätigen 8.9% beträgt, liegt der entsprechende Anteil bei migrantischen Erwerbstätigen aus der Türkei bei 6% und aus dem ehemaligen Jugoslawien bei 3.4% ⁶⁸, nach anderen Angaben gar bei nur 2%. ⁶⁹ Die Angaben der Statistik Austria zeigen, daß migrantische

Selbständige häufiger zum nicht-ausbeutenden Kleinbürgertum gehören (also Selbständige, die keine Lohnabhängigen angestellt haben) als inländische Selbständige. ⁷⁰ Dazu muß weiters noch angemerkt werden, daß ein nicht unerheblicher Teil dieser migrantische Selbständigen Scheinselbständige sind, d.h. ArbeiterInnen, die von den KapitalistInnen gezwungen werden, auf der Basis der Selbständigkeit für sie zu arbeiten. Ein bekanntes Beispiel dafür sind die Straßen-Zeitungsverkäufer. Damit zusammenhängend können wir davon ausgehen, daß auch die Mehrheit des migrantischen Kleinbürgertums (Gastgewerbe, Schnellimbibuden usw.) ein geringeres Einkommen bezieht als ihre inländischen KlassenkollegInnen.

Gleichzeitig aber muß man auch klar sehen, daß es auch eine dünne Schicht von migrantischen Unternehmern gibt, die gerade auch migrantische ArbeiterInnen ausbeuten und überausbeuten. Auch in solchen Betrieben werden MigrantInnen zu extrem schlechten Arbeitsbedingungen beschäftigt. Letztlich profitiert davon auch in erster Linie das imperialistische Monopolkapital, das durch seine Monopolstellung in der Wirtschaft einen Teil des in den migrantischen Klein- und Kleinstunternehmen erzeugten Mehrwerts sich als Monopolprofit aneignet.

Insgesamt sind die MigrantInnen in ihrer übergroßen Mehrzahl lohnabhängig und gehören zumeist den unteren Schichten der ArbeiterInnenklasse an. Jene, die dem Kleinbürgertum angehören, zählen auch hier zu den ärmeren Teilen. Wir kommen daher zur Schlußfolgerung, daß MigrantInnen im Durchschnitt, in ihrer Gesamtheit, in ihrer großen Mehrheit eine national unterdrückte Schicht von überausgebeuteten Arbeitskräften sind.

Die Besonderheit der nationalen Identität der MigrantInnen

Sind MigrantInnen eine nationale Minderheit? Ohne Zweifel sind sie eine Minderheit mit einer bestimmten, nationalen Identität (natürlich unterschiedlichen wie z.B. türkische, serbische usw.), auch wenn diese je nach Ausmaß der Unterdrückung und Ghettoisierung mehr oder weniger stark ausgeprägt ist. Diese nationale Identität der MigrantInnen rührt natürlich zuerst einmal von ihrer unterschiedlichen nationalen Herkunft aus anderen Ländern her. Es ist aber wichtig zu verstehen, daß die Erfahrung mit dem heimischen Rassismus die Identität der „Anders-Seins“ bekräftigt. Dieser Punkt ist umso wichtiger, je länger MigrantInnen hier leben bzw. für die hier aufwachsenden Jugendlichen (MigrantInnen der 2. oder 3. Generation.). Ihre enge Verbundenheit mit der Identität der „Heimat“-Nation kann aufgrund fehlender direkter Verbindungen schwächer werden. Die durch die rassistische Diskriminierung verstärkte Identität ist daher eine, die sich nicht nur und nicht einmal in erster Linie aus der nationalen Herkunft in einem anderen Heimatland ergibt, sondern insbesondere aus der benachteiligten gesellschaftlichen Position in dem imperialistischen Land, in dem sie wohnen und auch vorhaben ihr Leben zu verbringen. MigrantInnen als Angehörigen verschiedener nationaler Minderheiten unterscheiden sich aber von einer unterdrückten Nation – wie z.B. die Basken in Spanien oder die Ungarn in Serbien/Vojvodina – dadurch, daß sie nicht in die verschiedenen Klassen der kapitalistischen Gesellschaft differenziertes Volk darstellen, die ein einheitliches

Territorium bewohnen.⁷¹ MigrantInnen sind in erster Linie überausgebeutete Arbeitskräfte, damit die imperialistische Maschinerie der Profitproduktion geschmiert läuft. MigrantInnen haben also ihre Existenz als eine gesellschaftliche Schicht, die aufgrund ihrer andersartigen, nationalen Ursprünge aus der halb-kolonialen Welt diskriminiert werden, gemeinsam. Es wäre jedoch ein Irrglaube zu meinen, daß deswegen MigrantInnen eine Gruppe sind, die sich als eine gemeinsame Schicht versteht. Die türkischen MigrantInnen fühlen sich jenen aus dem ehemaligen Jugoslawien nicht unbedingt näher als den ÖsterreicherInnen. Ein Indikator dafür ist das niedrige Ausmaß an Paarbildungen. So ist der Anteil von bi-nationalen Ehen bzw. Lebensgemeinschaften von MigrantInnen aus unterschiedlichen Herkunftsländern gering. Sie machen nur 36.900 oder 1.8% aller Paare aus. (Als MigrantInnen werden hier gewertet, wer ausländische/r StaatsbürgerIn ist bzw. wer im Ausland geboren ist.)⁷² Was die MigrantInnen eint, ist *nicht eine gemeinsame nationale Identität*, sondern eine *gemeinsame soziale Identität als überausgebeutete soziale Schicht, die eine gemeinsame negative nationale Identität besitzen*, nämlich daß sie „Nicht-ÖsterreicherInnen“ mit Wurzeln in – im Verhältnis zum Einwanderungsland – ärmeren Ländern sind.

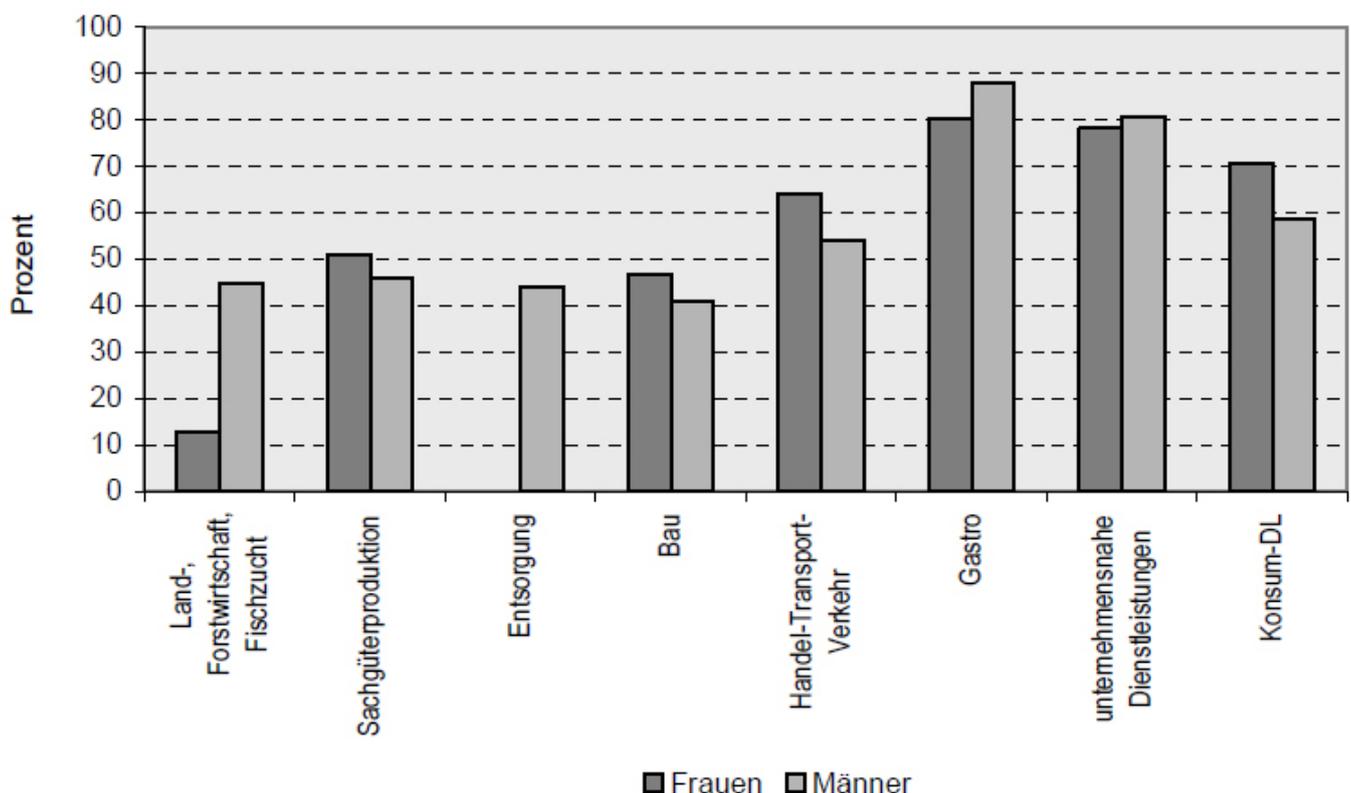
VIII. DIE GRUNDLAGEN DER ÜBERAUSBEUTUNG DER MIGRANTINNEN VOM GESICHTSPUNKT DER MARXISTISCHEN THEORIE

In unseren Thesen legen wir dar, daß MigrantInnen als billige Arbeitskräfte in den imperialistischen Ländern ausgebeutet werden. Es zeigt sich ebenso, daß viele MigrantInnen in den schlechter bezahlten Jobs konzentriert sind bzw. für die gleiche Arbeit weniger Lohn bekommen. Wie wir anhand der vorliegenden Zahlen darlegen, liegt ihr durchschnittliches Einkommen um 35-60% unter dem Niveau ihrer österreichischen KollegInnen. Wir haben bereits oben darauf hingewiesen, daß die Ursachen der Migration und der Überausbeutung der MigrantInnen in den Metropolen in der imperialistischen Herrschaft über die halbkolonialen Länder zu suchen sind. Doch wie genau erklärt sich und stellt sich die Überausbeutung der MigrantInnen dar? Da wir MarxistInnen diesen Tatbestand nicht auf die Bosheit einzelner UnternehmerInnen zurückführen wollen (wie es gerne von reformistischer Seite getan wird) oder allgemeiner gesprochen auf die „rassistischen Vorurteile der Gesellschaft“ (wie es gerne die linksliberal-grünen Gutmenschen machen), woraus erklärt sich dann die Überausbeutung?

Der Wert der Ware Arbeitskraft

Um diese Überausbeutung genauer zu verstehen, ist es notwendig auf die Analyse der Ware Arbeitskraft und

Graphik 4: Bruttojahreseinkommen 2008 der (früher) ost- und außereuropäischen Staatsangehörigen im Alter zwischen 25 und unter 45 Jahren in Prozent der (schon länger) österreichischen Staatsangehörigen mit dem gleichen Geschlecht und Alter, nach Wirtschaftszweig⁹⁹



ihrer Ausbeutung von Marx zurückzugreifen. Marx erklärt, daß der Lohn, den der Arbeiter erhält weniger ist als der Wert der Waren, die er in einer bestimmten Zeit herstellt. Der Lohn dient der Abdeckung der Kosten zur Reproduktion des Arbeiters bzw. die Arbeiterin, damit er/sie auch weiterhin seine/ihre Arbeitskraft verkaufen kann. Den Rest – also die Differenz zwischen dem Lohn und dem Wert der produzierten Waren – eignet sich der Kapitalist als Eigentümer der Produktionsmittel und damit auch der vom Arbeiter bzw. die Arbeiterin hergestellten Waren. Diese Differenz nennt Marx den Mehrwert.

Marx definiert daher den Wert der Ware Arbeitskraft aus ihren Reproduktionskosten – also den Kosten für ihre Wiederherstellung. Darunter fallen alle Kosten für direkte physische und psychische Erhaltung und Erholung der ArbeiterInnen – wie Wohnung, Lebensmittel, Freizeit usw. – sowie für die Aufzucht von Kindern als zukünftige Arbeitskräfte.

„Der Wert der Arbeitskraft, gleich dem jeder andren Ware, ist bestimmt durch die zur Produktion, also auch Reproduktion, dieses spezifischen Artikels notwendige Arbeitszeit. So sie Wert, repräsentiert die Arbeitskraft selbst nur ein bestimmtes Quantum in ihr vergegenständlichter gesellschaftlicher Durchschnittsarbeit. Die Arbeitskraft existiert nur als Anlage des lebendigen Individuums. Ihre Produktion setzt also seine Existenz voraus. Die Existenz des Individuums gegeben, besteht die Produktion der Arbeitskraft in seiner eignen Reproduktion oder Erhaltung. Zu seiner Erhaltung bedarf das lebendige Individuum einer gewissen Summe von Lebensmitteln. Die zur Produktion der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit löst sich also auf in die zur Produktion dieser Lebensmittel notwendige Arbeitszeit, oder der Wert der Arbeitskraft ist der Wert der zur Erhaltung ihres Besitzers notwendigen Lebensmittel. Die Arbeitskraft verwirklicht sich jedoch nur durch ihre Äußerung, betätigt sich nur in der Arbeit. Durch ihre Betätigung, die Arbeit, wird aber ein bestimmtes Quantum von menschlichem Muskel, Nerv, Hirn usw. verausgabt, das wieder ersetzt werden muß. Diese vermehrte Ausgabe bedingt eine vermehrte Einnahme. Wenn der Eigentümer der Arbeitskraft heute gearbeitet hat, muß er denselben Prozeß morgen unter denselben Bedingungen von Kraft und Gesundheit wiederholen können. Die Summe der Lebensmittel muß also hinreichen, das arbeitende Individuum als arbeitendes Individuum in seinem normalen Lebenszustand zu erhalten.“⁷³

Weiters unterscheidet Marx zwischen dem *historischen* und dem *physischen* Element des Werts der Ware Arbeitskraft. Mit dem physischen Element meint er das unmittelbar Notwendigste, damit der Arbeiter bzw. die Arbeiterin mit der gleichen Kraft und Konzentration weiterarbeiten kann. Mit dem historischen (oder gesellschaftlichen) Element meint er jenen Lebensstandard, der sich im Laufe eines bestimmten Zeitraums entwickelt und durchgesetzt hat. Errungenschaften, an die man sozusagen gewöhnt ist (heute z.B. ein Fernseher oder in den imperialistischen Staaten ein Auto). Daraus ergibt sich, daß dieses historische oder gesellschaftliche Element Veränderungen unterliegen kann und auch unterliegt – und zwar sowohl aufwärts als auch abwärts.

„Die natürlichen Bedürfnisse selbst, wie Nahrung, Kleidung, Heizung, Wohnung usw., sind verschieden je nach den klimatischen und andren natürlichen Eigentümlichkeiten eines Landes. Andererseits ist der Umfang sog. notwendiger Bedürfnisse, wie die Art ihrer Befriedigung, selbst ein historisches Produkt und hängt daher größtenteils von der Kulturstufe eines Landes,

unter andrem auch wesentlich davon ab, unter welchen Bedingungen, und daher mit welchen Gewohnheiten und Lebensansprüchen die Klasse der freien Arbeiter sich gebildet hat. Im Gegensatz zu den andren Waren enthält also die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element. Für ein bestimmtes Land, zu einer bestimmten Periode jedoch, ist der Durchschnitts-Umkreis der notwendigen Lebensmittel gegeben.“⁷⁴

In seinen beiden Reden vor dem Generalrat der I. Internationale im Juni 1865 entwickelt Marx diese Überlegung:

„Der Wert der Arbeitskraft wird aus zwei Elementen gebildet – einem rein physischen und einem historischen oder gesellschaftlichen. Seine äußerste Grenze ist durch das physische Element bestimmt, d.h. um sich zu erhalten und zu reproduzieren, um ihre physische Existenz auf die Dauer sicherzustellen, muß die Arbeiterklasse die zum Leben und zur Fortpflanzung absolut unentbehrlichen Lebensmittel erhalten. Der Wert dieser unentbehrlichen Lebensmittel bildet daher die äußerste Grenze des Werts der Arbeit.“⁷⁵

„Außer durch dies rein physische Element ist der Wert der Arbeit in jedem Land bestimmt durch einen traditionellen Lebensstandard. Er betrifft nicht das rein physische Leben, sondern die Befriedigung bestimmter Bedürfnisse, entspringend aus den gesellschaftlichen Verhältnissen, in die die Menschen gestellt sind und unter denen sie aufwachsen.“⁷⁶

Verschiedene Formen der Überausbeutung der MigrantInnen

Damit kommen wir auch schon zum Wert der MigrantInnen-Arbeitskraft. MigrantInnen im eigentlichen Sinne (also nicht die ZuwanderInnen, die aus reichen, imperialistischen Ländern kommen und mehr oder weniger keiner bzw. viel geringeren Diskriminierung unterliegen) kommen aus ärmeren, halb-kolonialen Staaten (bzw. im Falle Jugoslawiens oder Osteuropas vor 1990 aus einem ärmeren, stalinistischen Staat). Die KapitalistInnen brauchen MigrantInnen, denn sie können leichter zu geringen Löhnen angestellt werden als einheimische ArbeiterInnen. Warum? Weil sich MigrantInnen in einer verzweiferten Lage befinden und der Armut in ihrer Herkunftsländern entfliehen wollen. Um in dem vergleichsweise reicheren imperialistischen Land leben zu können, sind sie bereit, dort zu niedrigen Löhnen zu arbeiten und oft auch in Jobs, die weit unter ihrer Qualifikation liegen. Aufgrund der ärmlichen Bedingungen in ihrer Heimat sind sie auch niedrigere Lebensstandards gewöhnt. Sie sind auch in gewissem Maß gewillt, für Jobs hierzulande niedrigere Löhne als die einheimischen Arbeitskräfte zu akzeptieren, da sie oft nicht die Perspektive haben, ihr restliches Leben in den imperialistischen Zielländern zu verbringen. Das MigrantInnen-Dasein hier hat für sie oft einen Übergangsscharakter.⁷⁷ Das heißt, der niedrige Lohn hierzulande könnte ihnen nach einer gewissen Zeit ein relativ gute Zukunft in den Heimatländern ermöglichen.

Marx wies im III. Band des *Kapital* darauf hin, daß die UnternehmerInnen auf verschiedene Weise versuchen, ihren Profit zu steigern. Als eine der wichtigsten Ursachen benannten Marx die Herauspressung eines Extraprofits durch die überdurchschnittliche Ausbeutung der ArbeiterInnen: „In der Tat ist das besondere Interesse, das ein Kapitalist oder das Kapital einer bestimmten Produktionssphäre an der Exploitation der direkt von ihm beschäftigten Arbeiter

nimmt, darauf beschränkt, daß entweder durch ausnahmsweise Überarbeitung oder aber durch Herabsetzung des Lohns unter den Durchschnitt oder durch ausnahmsweise Produktivität in der angewandten Arbeit ein Extraschnitt, ein über den Durchschnittsprofit übergreifender Profit gemacht werden kann.“⁷⁸

Allgemein bezeichnete er das „Herunterdrücken des Arbeitslohns unter seinen Wert“ als eine der wichtigsten Maßnahmen des Kapitals zur Steigerung der Profitrate: „Herunterdrücken des Arbeitslohns unter seinen Wert. Dies wird hier nur empirisch angeführt, da es in der Tat, wie manches andre, was hier aufzufahren wäre, mit der allgemeinen Analyse des Kapitals nichts zu tun hat, sondern in die, in diesem Werk nicht behandelte, Darstellung der Konkurrenz gehört. Doch ist es eine der bedeutendsten Ursachen, die die Tendenz zum Fall der Profitrate aufhalten.“⁷⁹

Wie wir zeigen werden, verdienen MigrantInnen in der Tat in der gleichen Branche deutlich weniger als ihre inländischen KollegInnen. Wir haben hier also eine erste Form der Überausbeutung der MigrantInnen.

Kommen wir zur nächsten Form der Überausbeutung. Die KapitalistInnen müssen für die MigrantInnen der ersten Generation keine Kosten für ihre Ausbildung zahlen. Er bekommt sozusagen kostenlos eine bereits mehr oder weniger qualifizierte Arbeitskraft zur Verfügung gestellt. Welche großen Ausmaße dieser Werttransfer annimmt, haben wir bereits oben gesehen, als wir die enormen Unkosten des sogenannten „brain drain“ für die halbkolonialen Länder anführten.

Eine weitere Form der Überausbeutung sind die in Wirklichkeit geringeren Kosten für Pensionen. Die meisten MigrantInnen sind noch relativ jung. Für nur wenige MigrantInnen werden Pensionszahlungen schlagend. Und ob in 20, 30, 40 Jahren Jahren für das Kapital Pensionsleistungen schlagend werden, ist alles andere als gewiß. Wer weiß, wie sich das Pensionssystem bis dorthin entwickelt und ob die zu diesem Zeitpunkt vielleicht wieder in ihrer Heimat leben. Das Resultat dieser Form der Überausbeutung ist, daß MigrantInnen jährlich weitaus weniger in das Sozialsystem einzahlen als sie ausbezahlt bekommen. Im Jahr 2007 zum Beispiel haben MigrantInnen in Österreich 1.2 Milliarden Euro netto mehr eingezahlt als sie an Auszahlungen erhielten.

Kosten für die künftigen Generationen der MigrantInnen – also für Kinder – müssen die KapitalistInnen auch nur bedingt zahlen, da angenommen wird, daß viele MigrantInnen wieder zurückgehen und nicht hier eine Familie gründen.

Diese verschiedenen Formen der Überausbeutung beruhen natürlich auf einer „gesellschaftlichen Annahme“, die in erster Linie durch den imperialistischen Staat – dieser „Maschine der Klassenherrschaft“⁸⁰ – erzwungen wird. Durch seine weitreichenden Möglichkeiten zu Zwangsmaßnahmen gegen ausländische StaatsbürgerInnen bis hin zur Verweigerung der Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung oder gar Abschiebung können MigrantInnen gar nicht fix planen, daß sie länger hier leben. Hinzu kommt natürlich auch, daß viele MigrantInnen selber noch nicht wissen, ob sie wieder zurückgehen wollen oder vielleicht sogar dies vorhaben, später dieses Vorhaben aufgrund der tristen Zustände in ihrer Heimat ändern. Diese Ungewißheit über die eigene Zukunftsplanung inklusive dem Damokles-Schwert der rechtlichen Unterdrückung hat aber einen wesentlichen Einfluß auf die gesell-

schaftlich durchschnittlichen Reproduktionskosten der MigrantInnen-Arbeitskräfte. Aufgrund der Annahme, daß die MigrantInnen nach einer gewissen Zeit wieder in ihre Herkunftsländer gehen, werden bestimmte längerfristige Zukunftsinvestitionen als nicht notwendig angenommen (Haus bauen, Lebensversicherung etc.) Es geht hier nicht darum, ob das in den einzelnen Fällen zutrifft. Es geht darum, daß dies die gesellschaftliche Annahme ist, die vom imperialistischen Staat durch seine Repressionspolitik gegen „AusländerInnen“ erzwungen wird und zum Teil auch auf die subjektive Perspektive der MigrantInnen selber zutrifft. Zu all dem kommt noch der meistens geringe bis gar nicht vorhandene Organisationsgrad der MigrantInnen in den Gewerkschaften und somit die geringeren Widerstandsmöglichkeiten gegen die Überausbeutung durch die KapitalistInnen. Kurz und gut, das historische oder gesellschaftliche Element des Werts der MigrantInnen-Arbeitskraft liegt unterhalb jenem der einheimischen Arbeitskraft.

Für die KapitalistInnen ergeben sich daraus natürlich enorme Vorteile. Der Tauschwert einer Ware ergibt sich nach Marx aus der in ihr steckenden gesellschaftlich durchschnittlich notwendigen Arbeitszeit. Einen Teil des Werts dieser Arbeitszeit eignet sich der Kapitalist als Mehrwert bzw. Profit an, einen anderen Teil zahlt er dem Arbeiter als Lohn. Wenn nun also der Lohn des migrantischen Arbeiters unterhalb des im gegebenen imperialistischen Land durchschnittlichen Lohnniveaus liegt, so kann sich also der Kapitalist einen größeren Teil des in der Ware enthaltenen Wertes als Mehrwert aneignen als er dies beim österreichischen Arbeiter kann. Hinzu kommen die Aneignung der vom heimischen Kapitalisten unbezahlten Ausbildungskosten und die geringen Kosten für die Pensionen. Aus diesen Gründen sprechen wir von der *Überausbeutung* der MigrantInnen durch die KapitalistInnen. Das heißt, die Ausbeutung – der ja im Kapitalismus alle ArbeiterInnen unabhängig von ihrer Hautfarbe und Herkunft unterworfen sind – der MigrantInnen liegt über dem durchschnittlichen Niveau der einheimischen ArbeiterInnen. Die Kehrseite dieses Prozesses vom Standpunkt der Bourgeoisie betrachtet besteht darin, daß der Kapitalist die durch den MigrantInnen hergestellte Waren zu den im imperialistischen Land üblichen durchschnittlichen Preisniveaus verkaufen kann, dem migrantischen Arbeiter aber nur einen unterdurchschnittlichen Lohn auszahlen muß. Somit kann sich der Kapitalist mittels der migrantischen Arbeitskräfte einen *Extraprofit* aneignen. In einen gewissen, übertragenen Sinn kann man sagen, daß die MigrantInnen die innere Kolonie des Imperialismus sind.

Wenn wir von den unterdurchschnittlichen Löhnen für MigrantInnen sprechen, so trifft dies natürlich nicht auf alle MigrantInnen zu. Es gibt MigrantInnen, die den gleichen Lohn verdienen wie ihre inländischen KollegInnen. Wir sprechen hier vom Durchschnitt, von dem Charakteristischen, für die Mehrzahl der MigrantInnen aus den halbkolonialen Ländern.

Das historische Element des Werts der MigrantInnen-Arbeitskraft unterliegt nun aber naturgemäß einem gesellschaftlichen Spannungs- und Änderungsprozeß. Unabhängig davon, wieviel ihr Lohn im Herkunftsland wert sein mag, der Migrant lebt – zumindest für eine gewisse Zeit – in dem gegebenen imperialistischen Land und muß dort Waren zur Erhaltung seiner Arbeitskraft konsumieren.

eren. Mit anderen Worten: während er oder sie nur über ein unterhalb des gesellschaftlichen Durchschnitts liegendes Lohnniveau verfügen, muß der/die MigrantIn Waren zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft kaufen, die dem durchschnittlichen Preisniveau entsprechen – also über seinem/ihrer Lohnniveau liegen. Hinzu kommt, daß MigrantInnen immer häufiger viele Jahre hier leben oder überhaupt hier seßhaft werden. Der Widerspruch zwischen den allgemeinen gesellschaftlichen Lebensbedingungen und den besonderen Ausbeutungsbedingungen wird somit für die MigrantInnen immer offensichtlicher und drückender. Dies ist neben der kulturellen Diskriminierung ein Grund, warum es oft zur Herausbildung von Gegenden kommt, in denen hauptsächlich MigrantInnen leben und in denen sich auch ein eigenes Preisniveau entwickelt, das unter dem durchschnittlichen Niveau liegt (z.B. die zahlreichen 1-Euro-Geschäfte, Sewa-Läden). Dies hat allerdings auch zur Folge, daß die Qualität der Produkte dementsprechend sinkt.

Das gesamte Ausmaß des durch die Überausbeutung der MigrantInnen erzielten Wertransfers zugunsten des imperialistischen Kapitals läßt sich naturgemäß nur schwer errechnen. Ein Indiz für die enormen Auswirkungen sind aber Aussagen von bürgerlichen Politikern und Wissenschaftlern selber. So veröffentlichte der britische Minister für Migration, Liam Byrne, Angaben, die z.B. für das Jahr 2006 einen Gewinn für die „britische Wirtschaft“ (d.h. v.a. die KapitalistInnen) von 6 Milliarden Pfund ausgingen. Laut Angaben des Finanzministers soll die Arbeit der (billigen) MigrantInnen in den Jahren 2001-2006 für 15-20% des Wirtschaftswachstums in Britannien verantwortlich sein.⁸¹ Alleine diese offiziellen Angaben der britischen Regierung zeigen, daß die Überausbeutung der migrantischen Arbeitskräfte eine wichtige Rolle für die Schaffung von Extraprofiten spielt.

Politische und ideologische Mittel für die Überausbeutung

Dies alles skizziert nur die ökonomische Seite, sozusagen die materielle Basis, der rassistischen Unterdrückung der MigrantInnen. Diese Unterdrückung ist natürlich – so wie die Unterdrückung der ArbeiterInnenklasse insgesamt – weitaus umfangreicher und betrifft auch die politische, gesellschaftliche und ideologische Ebene. Rufen wir uns hierfür noch einmal folgende marxistische Grunderkenntnis in Erinnerung. Kapitalismus ist nicht bloß Ökonomie und dann Politik, Gesellschaft, Ideologie usw. als Anhängsel. Diese verschiedenen Ebenen beeinflussen sich vielmehr wechselseitig, wobei die in letzter Instanz entscheidende Ebene die der Ökonomie ist. Der Kapitalismus ist eine politische und ökonomische Einheit der (Klassen-)Gegensätze. Er kann nur als Totalität der ökonomischen Produktionsverhältnisse und des politischen, gesellschaftlichen sowie des ideologischen Überbaus verstanden werden. Diese verschiedenen Ebenen bedingen sich gegenseitig und können nur in wechselseitiger Abhängigkeit existieren. Es ist kein Zufall, daß Marx und wir in seinem Gefolge von der *politischen Ökonomie* und nicht bloß der Ökonomie sprechen. Es gebe keine ökonomische Auspressung von Mehrwert im Betrieb, würde nicht auch gleichzeitig der bürgerliche Staatsapparat die entsprechenden Rechtsverhältnisse gewährleisten und notfalls mit Gewaltmitteln erzwingen.

Die Aufrechterhaltung des widersprüchlichen Gleichgewicht einer von Klassengegensätzen zerfressenen Gesellschaft wäre undenkbar, gebe es nicht die zahlreichen, in den Klassengegensatz eingewobenen und mit ihm verschmolzenen gesellschaftlichen Unterdrückungsformen (Frauen, Jugend, nationale und ethnische Minderheiten usw.). Ebenso wenig könnte die Herrschaft des Kapitals auch nur einen Tag überleben ohne das feinmaschige, ideologische Gewebe, welches die unterdrückten Klasse und Schichten an die Bourgeoisie bindet und dafür sorgt, daß sich diese mit Ausbeutung und Unterdrückung in einem gewissen Ausmaß abfinden. Kapitalismus setzt also nicht nur die Herstellung und Wiederherstellung von Waren und Kapital voraus, sondern auch – damit naturnotwendig verbunden – die Herstellung und Wiederherstellung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die ersteres erst ermöglichen. Daher stellte Nikolai Bucharin, einer der führenden Theoretiker der Kommunistischen Internationale in den 1920er Jahren, richtigerweise fest:

„Der Prozeß der Reproduktion ist nicht nur ein Prozeß der Reproduktion der materiellen Elemente der Produktion, sondern ein Prozeß der Reproduktion der Produktionsverhältnisse selbst.“⁸²

Die kapitalistische Unterdrückung und Gefügigmachung der MigrantInnen erfordert auch eine politische und gesellschaftliche Seite. Lenin's Feststellung *„Politik ist der konzentrierte Ausdruck der Ökonomik“⁸³* trifft ganz besonders im Falle des Rassismus zu. Der imperialistische Staat spielt eine Schlüsselrolle bei der gesellschaftlichen Unterdrückung der MigrantInnen. Der Staat ist der Organisator und das Exekutionsorgan der herrschenden kapitalistischen Klasse, er ist *„Organ der Klassenherrschaft, ein Organ zur Unterdrückung der einen Klasse durch die andere...“⁸⁴* Das trifft ganz besonders auf den entwickeltesten kapitalistischen Staat – den Staat im modernen Zeitalter des historisch überlebten Kapitalismus, des Imperialismus – zu.⁸⁵ Der imperialistische Staat ermöglicht oder sagen wir besser erzwingt den benachteiligten oder gar rechtslosen Zustand, in dem MigrantInnen leben und dadurch vom Kapital überausbeutet werden können.

Um nur einige Beispiele zu nennen: Die Unterdrückung durch den imperialistischen Staat besteht u.a. in den mit Arbeitserlaubnis usw. verbundenen bürokratischen Hürden, in der Vorenthaltung des Wahlrechts auf der allgemeinen-politischen Ebene für die Mehrzahl der MigrantInnen (bzw. deren massive Einschränkung im Falle der ausländischen EU-StaatsbürgerInnen). In Österreich wurde MigrantInnen bis zum Jahre 2006 sogar das passive Wahlrecht auf der Betriebsratsebene verweigert. Sie besteht weiter in der sprachlichen Diskriminierung, da die Muttersprache der MigrantInnen in der Regel weder in den öffentlichen-gesellschaftlichen Bereichen noch am Arbeitsplatz als gleichwertig anerkannt wird. Sie drückt sich ebenso in den schlechten Wohnverhältnissen aus, die sich wiederum aus der ökonomischen Überausbeutung ergeben. Auf gesellschaftlicher Ebene schließlich drückt sich die Unterdrückung der MigrantInnen in einem mal offenen, mal versteckten Rassismus aus in allen gesellschaftlichen Bereichen – sei es durch die Polizei, sei es durch Lehrer in der Schule, sei es durch Behörden oder sei es einfach auf der Straße durch Anpöbelungen von RassistInnen.

IX. DIE FORMEN DER UNTERDRÜCKUNG VON MIGRANTINNEN IN ÖSTERREICH UND DIE UNTERSCHIEDE ZWISCHEN DEN VERSCHIEDENEN EINWANDERINNENGRUPPEN

In den offiziellen bürgerlichen Statistiken gelten als MigrantInnen oft nur entweder (a) ausländische StaatsbürgerInnen oder (b) diese sowie die im Ausland geborene österreichischen StaatsbürgerInnen.⁸⁶ Bei Variante (b) fallen jedoch die bereits im Inland geborenen Kinder von MigrantInnen heraus bzw. bei Variante (a) die eingebürgerten MigrantInnen. Diese machen jedoch oft einen sehr hohen Anteil aus. In Wien zum Beispiel gibt es ungefähr genauso viele MigrantInnenjünglinge mit österreichischer Staatsbürgerschaft wie MigrantInnenjünglinge mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft! Mittlerweile hat jedoch die allgemeine Akzeptanz der Bedeutung des immer größer werdenden Phänomens der Migration zu einer gewissen Korrektur dieser Definition geführt. In der neuesten offiziellen Statistik über Migration in Österreich werden unter dem Begriff der MigrantInnen – wir nennen es hier Variante (c) – nun auch „*alle Personen, deren Eltern im Ausland geboren sind, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit*“ verstanden.⁸⁷ Wir werden später sehen, daß auch diese Definition ungenügend ist, wollen zuerst einmal jedoch die offiziellen Zahlen auflisten.

Laut den neuesten Statistiken leben in Österreich gegenwärtig (Stichtag 1. Januar 2010) rund 895.000 „AusländerInnen“ – also Personen, die keine österreichische Staatsbürgerschaft haben. Dies entspricht einem Anteil von 10,7% an der Gesamtbevölkerung (8,375 Millionen). Die Mehrzahl dieser „AusländerInnen“ (63%) lebt seit mehr als 5 Jahren in Österreich. Nimmt man als Kriterium einen ausländischen Geburtsort, so leben in Österreich rund 1,293 Millionen Menschen – das sind 15,4% der Gesamtbevölkerung. Die Mehrheit der im Ausland Geborenen (60%) besitzt einen ausländischen Paß, während rund 40% bereits eingebürgert waren, also die österreichische Staatsangehörigkeit haben. Definiert als „Personen ausländischer Herkunft“ lebten zum Stichtag 1. Januar 2010 rund 1,423 Millionen in Österreich. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung entsprach dies einem Anteil von 17%. Integriert man in die Berechnung alle Personen, deren beide Eltern im Ausland geboren sind, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit so lebten im Jahr 2009 rund 1,468 Millionen Personen mit Migrationshintergrund in Österreich (17,8% der Gesamtbevölkerung). 1,082 Millionen davon zählen zur „ersten Generation“, da sie selbst im Ausland geboren wurden und nach Österreich zugezogen sind. Die verbleibenden knapp 385.500 Personen sind in Österreich geborene Nachkommen von Eltern mit ausländischem Geburtsort („zweite MigrantInnengeneration“).

Wenn wir uns nun die Lage der MigrantInnen genauer anschauen, müssen wir auf wichtige Unterschiede innerhalb jener Gruppe, die in den offiziellen Statistiken als MigrantInnen oder ZuwanderInnen angeführt, hinweisen. Grob gesprochen können wir sagen, daß EinwanderInnen aus *reicheren imperialistischen* Staaten (im Falle Österreichs v.a. aus Deutschland) *nur in einem eingeschränkten Maße relevanten Diskriminierung* ausgesetzt sind. Damit wollen wir keineswegs behaupten, daß es überhaupt keine Benachteiligungen für westeuropäische EinwanderInnen gibt. Im

Falle jener, die nicht aus Deutschland bzw. der deutschsprachigen Schweiz kommen, gibt es die sprachliche Barriere. Den SchweizerInnen wiederum fehlen die politischen Rechte, die den EU-StaatsbürgerInnen zustehen. Trotzdem existieren hier beträchtliche, qualitative Unterschiede zu der großen Mehrheit der MigrantInnen, die aus den nicht-imperialistischen Ländern kommen.

Vergleicht man z.B. die Nettojahreseinkommen 2008 (Median) der ganzjährig unselbständig Erwerbstätigen, so liegen diese bei den EinwanderInnen aus den westeuropäischen EU-Staaten mit 21.015 Euro (Medianwert für 2008) fast auf dem gleichen Niveau wie das der österreichischen Erwerbstätigen (21.542 Euro). Insgesamt sind deutsche EinwanderInnen im Durchschnitt in höher qualifizierten Jobs tätig bzw. studiert ein Teil von ihnen an den Universitäten (2007 waren es knapp 15.000). Der Anteil der AkademikerInnen ist bei den deutschen EinwanderInnen dreimal so hoch wie bei den ÖsterreicherInnen. Während bei den WissenschaftlerInnen und TechnikerInnen die deutschen EinwanderInnen deutlich höher repräsentiert sind als die ÖsterreicherInnen, ist deren Anteil unter den HilfsarbeiterInnen nur halb so hoch.⁸⁸ Besonders deutlich wird das Fehlen einer systematischen Überausbeutung auch dann, wenn man sich die Position in der beruflichen Hierarchie ansieht. So üben 41,3% der deutschen Erwerbstätigen in Österreich eine höhere bis führende Tätigkeit als Angestellte aus, während der Vergleichswert für österreichische Erwerbstätige bei 27,8% liegt.⁸⁹ Auch im Falle der Sprache sind deutsche EinwanderInnen auch keiner Benachteiligung ausgesetzt. Und im politisch-juristischen Bereich genießen EU-BürgerInnen nunmehr eine Reihe von Rechten. Diese Gruppe der EinwanderInnen aus Deutschland umfaßt 213.000 Menschen, zusammen mit den EinwanderInnen aus den westeuropäischen EU-Staaten und der Schweiz sind das rund 308.000 Menschen. Die Gruppe der westeuropäischen EinwanderInnen – insbesondere die ZuwanderInnen aus Deutschland – zählen also nur sehr bedingt zu den MigrantInnen als systematisch unterdrückte und überausgebeutete Schicht.

Vollkommen anders hingegen bei den MigrantInnen aus der halb-kolonialen Welt – sei es aus der Türkei, dem Balkan, aus Osteuropa oder anderen Ländern. Diese werden sowohl im Betrieb, in den Ausbildungsstätten und vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen systematisch und massiv diskriminiert. Sie stellen die Mehrzahl der MigrantInnen, trotz der (oben dargelegten) Unterschätzung in den offiziellen Statistiken. Unter diesen offiziell 1.160.000 MigrantInnen stellen die Menschen mit Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien (496.200) sowie der Türkei (247.500) die größten Gruppen.⁹⁰ Man kann also sagen, daß in Österreich offiziell rund eine halbe Millionen MigrantInnen mit Wurzeln im ehemaligen Jugoslawien sowie eine Viertel Million mit Wurzeln in der Türkei leben. Aus den osteuropäischen EU-Staaten kommen schließlich insgesamt 265.000 MigrantInnen.⁹¹

Diese Gruppen der MigrantInnen haben laut den offiziellen Statistiken ein Nettojahreseinkommen 2008 (Median) der ganzjährig unselbständig Erwerbstätigen von um die 17.500 Euro (Medianwert für 2008).⁹² MigrantInnen aus noch ärmeren Ländern haben ein noch geringeres Einkommen (15.720 Euro). Damit liegt das Durchschnittseinkommen der MigrantInnen um knapp 20% oder noch mehr unterhalb jenem der ÖsterreicherInnen. Dieser Einkom-

mensunterschied um ein Fünftel bei den hochgerechneten Ganzjahreseinkommen ist faktisch der gleiche wie vor 10-15 Jahren.⁹³ Diese Zahlen sind jedoch statistische Verzerrungen, da sie die Einkommen auf der Grundlage einer ganzjährigen Beschäftigung berechnen. In Wirklichkeit jedoch sind viele migrantische ArbeiterInnen in der Situation, daß sie keine feste, dauerhafte Anstellung bekommen (von der Schwarzarbeit einmal ganz zu schweigen).⁹⁴ Gestützt auf Angaben aus der Arbeitsmarktdatenbank in Wien kommt eine aktuelle Studie zu folgendem Ergebnis: „Sowohl Frauen als auch Männer aller nichtösterreichischen Staatsbürgerschaftsgruppen erreichten im Jahr 2008 ein geringeres Einkommen als Beschäftigte mit österreichischer Staatsbürgerschaft des gleichen Geschlechts. Die Einkommensunterschiede sind dabei beträchtlich. Weibliche und männliche Beschäftigte aus den neuen EU-Staaten, dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei verfügen nur über 40% bis 65% des Einkommens von Beschäftigten mit österreichischer Staatsbürgerschaft des gleichen Geschlechts.“⁹⁵ Kurz und gut, der tatsächliche Verdienst der migrantischen ArbeiterInnen in Wien liegt um 35-60% unterhalb dem durchschnittlichen Einkommen ihrer inländischen KollegInnen! Wir haben allen Grund zur Annahme, daß diese Einkommensunterschiede in etwa ebenso in den anderen Bundesländern existieren.

Die massive Benachteiligung der MigrantInnen auf der Ebene des Lohns erklärt sich nicht bloß daraus, daß MigrantInnen v.a in Branchen beschäftigt sind, die sogenannten Niedriglohnbranchen sind. Auch innerhalb der gleichen Branche verdienen MigrantInnen deutlich weniger als ihre inländischen KollegInnen. Wie die Graphiken zeigen, verdienen z.B. die ex-jugoslawischen ArbeiterInnen in der Baubranche nur 45-55% des Lohns, den die inländischen KollegInnen erzielen. Bei den türkischen MigrantInnen liegt der Wert zwischen 30-60%. In der Sachgüterproduktion beträgt das Lohnniveau bei diesen beiden wichtigsten MigrantInnengruppen nur zwischen 40-70%. Diese gravierende Schlechterbezahlung kommt v.a. dadurch zustande, daß MigrantInnen viel seltener einen vollwertigen Vollzeit Arbeitsplatz bekommen, sondern formell nur mit einer kürzeren Beschäftigungsdauer (z.B. geringere Wochenarbeitsstunden, Saisoniers) angestellt werden. Dafür müssen sie dann meist viele (unbezahlte) Überstunden machen.

Ebenso typisch ist auch die Tatsache, daß unselbständig Beschäftigte aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei zu 2/3 ArbeiterInnen im arbeitsrechtliche Sinne sind, während der entsprechende Anteil bei den österreichischen unselbständig Beschäftigte bei nur 23.5% liegt. Noch deutlicher ist die nationale Diskriminierung der MigrantInnen, wenn man sich die Position in der beruflichen Hierarchie ansieht. Beinahe zwei Drittel der aus der Türkei stammenden migrantischen Erwerbstätigen (64,1%) sind in Arbeiterberufen mit Hilfs- bis mittleren Tätigkeiten zu finden, etwas weniger sind es bei Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien (56,5%). Bei im Inland geborenen Beschäftigten hingegen liegt der Anteil bei dieser Berufsgruppe bei bloß 13.1%!¹⁰⁰

Vergleicht man den Anteil der MigrantInnen bzw. der ÖsterreicherInnen in den jeweiligen Branchen, sind folgende Unterschiede hervorzuheben. Ein besonders überdurchschnittlich hoher Anteil der MigrantInnen findet sich in der Branche Beherbergung und Gastronomie: fast jeder

neunte Erwerbstätige mit ausländischen Wurzeln arbeitet in diesem Wirtschaftszweig, bei den in Österreich Geborenen ist dies nur jeder bzw. jede 20. (11.0% zu 5.1%). Besonders stark vertreten ist diese Branche bei Personen aus „sonstigen Drittstaaten“ (also den halbkolonialen Nicht-EU-Staaten) – 19.1% arbeiten in der Beherbergung bzw. Gastronomie (das sind 20.200 Beschäftigte). Auch im Bauwesen sind MigrantInnen überdurchschnittlich oft anzutreffen (11.9% bzw. 8.6%). 16,9% der MigrantInnen sind im industriellen Verarbeitenden Gewerbe beschäftigt, dies sind anteilmäßig etwas mehr als im Inland Geborene mit 15.4%. Ähnlich stark verbreitet wie bei den Erwerbstätigen insgesamt ist der Handel bzw. die Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern mit 15.9 % (Durchschnitt: 16.2%).¹⁰¹ Einen hohen Anteil stellen ausländische StaatsbürgerInnen unter den in der Landwirtschaft beschäftigten ArbeiterInnen. Im Jahr 2005 machten sie 29.7% der insgesamt 26.800 Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft aus. 4/5 von ihnen sind SaisonarbeiterInnen oder ErntehelferInnen.¹⁰²

Unterscheidet man die Berufstätigkeit der MigrantInnen nach Geschlechtern, so ergeben sich folgende Unterschiede. Männer mit ausländischem Geburtsland konzentrieren sich neben dem Verarbeitenden Gewerbe auch auf das Bauwesen; vier von zehn MigrantInnen sind in diesen beiden Branchen vertreten (41.4% bzw. 145.600). Im Bauwesen überwiegt der Anteil der im Ausland geborenen Männer deutlich; 20.6% der MigrantInnen arbeiten in diesem Wirtschaftszweig, allerdings nur 13.2% der in Österreich Geborenen. Besonders hervorzuheben sind hier folgende Länder: Aus Bosnien und Herzegowina stammende Männer sind in der Baubranche am häufigsten vertreten – mehr als ein Drittel dieser Erwerbstätigen fand hier einen Arbeitsplatz (35.2%; 21.100). Von den Männern aus den osteuropäischen EU-Staaten ist beinahe jeder Vierte (22.8%) in der Baubranche tätig, von den Türken jeder Fünfte (19.9%). Drei von zehn Türken sind im Verarbeitenden Gewerbe tätig (29.9%; 17.800). Ein Viertel der aus dem ehemaligen Jugoslawien stammenden Männer ist im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigt (24.7%; 30.200), ein Fünftel der Männer aus den zwölf osteuropäischen EU-Ländern (19.7%; 9.900). 15.6% (54.900) der im Ausland geborenen Männer arbeiten im Handel bzw. in der Instandhaltung von Kfz und Gebrauchsgütern, der Anteil der gebürtigen Österreicher ist in dieser Branche etwas geringer (13.8%). Überdurchschnittlich häufig sind Männer aus den „alten“ EU-Ländern (EU15), aber auch aus sonstigen Drittstaaten in diesem Wirtschaftszweig anzutreffen (jeweils rund 19% bzw. je 11.000 Beschäftigte). Im Gastgewerbe ist der Anteil der MigrantInnen dreimal so hoch wie bei im Inland geborenen Männern (31.300 bzw. 8.9% zu 3.0%). Jeder fünfte Mann aus sonstigen Drittstaaten ist in dieser Branche tätig (20.9% bzw. 12.200).

Bei den Frauen ergibt sich folgendes Bild: Von den Migrantinnen arbeiten 16.4% (48.900) im Handel – im Vergleich zu den in Österreich geborenen Frauen sind sie in dieser Branche unterrepräsentiert (19.2%). Von den Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien ist jede fünfte im Handel tätig (19.6%; 19.700). Fast ebenso viele Migrantinnen sind insgesamt im Gesundheits- und Sozialwesen anzutreffen, mit 16.1% (48.000) liegt der diesbezügliche Anteil über dem Durchschnitt (14.8%). Von den Frauen aus der Europäischen Union ist mindestens jede fünfte im Gesund-

heits- und Sozialwesen beschäftigt, von den Deutschen 23.1%. Auch in der Branche „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ ist der Anteil der Migrantinnen überdurchschnittlich hoch (11.1% bzw. 33.200 Frauen; in Österreich Geborene: 3.3%). Bei Frauen aus dem früheren Jugoslawien findet sich hier ein Wert von 17.9%; 18.100). Auch das Gastgewerbe und die Warenherstellung zählen zum Arbeitsgebiet von jeweils rund 13.0% der Migrantinnen; verglichen mit gebürtigen Österreicherinnen sind sie in diesen beiden Branchen viel häufiger vertreten. Im Gastgewerbe ist der Anteil der Migrantinnen beinahe doppelt so hoch wie bei den Österreicherinnen (13.4% gegenüber 7.6%). Je rund 16.0% der Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien sind in diesen beiden Wirtschaftsabschnitten beruflich tätig.

Migrantische ArbeiterInnen sind traditionell vor allem in Unternehmen mit einer kleineren Betriebsgröße beschäftigt. Vergleicht man die inländischen mit den ausländischen Arbeitskräften, so fällt auf, daß letztere stärker auf die Betriebsgrößenklassen bis 500 Beschäftigte konzentriert sind als ihre inländischen KollegInnen. Diese wiederum sind in den Großbetrieben mit mehr als 500 Beschäftigten deutlich stärker vertreten. Ausländische Arbeitskräfte sind überproportional oft in Kleinstbetrieben beschäftigt. 1999 arbeiteten 37.3% der AusländerInnen und 32.4% der InländerInnen in Betrieben mit bis zu 19 Beschäftigten. Ebenso sind MigrantInnen in Betrieben mit 20 bis zu 99 Beschäftigten stärker als InländerInnen vertreten. In Großbetrieben hingegen, v.a. solche mit mehr als 1.000 Beschäftigten, waren nur 8.8% der ausländischen Arbeitskräfte gegenüber 21.6% der österreichischen beschäftigt.¹⁰³ Dies ist ein Resultat der auf Klassenzusammenarbeit mit dem Kapital beruhenden Politik der Gewerkschaftsbürokratie. Sie setzte durch, daß im Bereich ihrer unmittelbaren Basis – in den ehemaligen verstaatlichten Großbetrieben – nur wenig MigrantInnen arbeiten durften. Daher sind diese vor in den kleineren Betrieben konzentriert, wo traditionell die Ausbeutung höher und die kollektive, gewerkschaftliche Organisation schwieriger ist.

Ein weiteres charakteristisches Merkmal der Unterdrückung der MigrantInnen als überausgebeutete Arbeitskräfte ist die Tatsache, daß sie viel häufiger als inländische Arbeitskräfte in Jobs eingesetzt werden, für die sie deutlich überqualifiziert sind. Während der Anteil von inländischen Beschäftigten, die einen Job ausüben, der unterhalb ihrer beruflichen Qualifikation liegt, 9.7% beträgt, sind dies bei den EinwanderInnen dreimal so viel (27.5%). Bei den mittleren und höher qualifizierten EinwanderInnen ist der Anteil sogar noch höher: „39% der berufstätigen Einwanderinnen und Einwanderer mit einem Abschluss über der Pflichtschule übten 2001 Berufe aus, für die sie nicht so viel Bildung benötigen, wie sie bereits hatten. Sie waren dequalifiziert worden.“¹⁰⁴ Während dies bei den deutschen EinwanderInnen deutlich weniger der Fall ist, sind MigrantInnen aus den osteuropäischen EU-Staaten (ein Drittel) oder dem ehemaligen Jugoslawien (30.9%) häufig überqualifiziert. Bei den MigrantInnen mit mittlerer und höherer Ausbildung aus dem ehemaligen Jugoslawien oder der Türkei liegt der Anteil sogar bei 51.8%!¹⁰⁵ Insgesamt gilt, daß MigrantInnen aus der Ersten Generation davon natürlich stärker betroffen sind (29,1%) als jene der Zweiten Generation (15,3%). Auffallend ist auch, daß vor allem Frauen in den untersten Schichten der ArbeiterInnenklasse (in der

bürgerlichen Soziologie wird dafür der Begriff „Arbeiterinnen, Arbeiter, Hilfs- bis mittlere Tätigkeit“ verwendet) außergewöhnlich stark betroffen sind. Fast jede zweite Migrantin (46.7%) in dieser Sparte ist für ihre Tätigkeit überqualifiziert.¹⁰⁶ Diese Nichtanerkennung ihrer Ausbildung bedingt durch die rassistische Unterdrückung hat für die MigrantInnen zur Folge, daß die ausländischen Staatsangehörigen aus den osteuropäischen EU-Ländern sowie den Nicht-EU-Ländern ein Einkommen beziehen, das rund 30% unter jenem liegt, welches sie von ihrer Ausbildung her beziehen müßten. Im Falle der eingebürgerten MigrantInnen liegt deren Einkommen um rund 20% niedriger.¹⁰⁷

Diese Überqualifizierung der MigrantInnen spricht übrigens Hohn über die zuweilen von Verteidigern des Sozialchauvinismus geäußerte Behauptung, daß v.a. jene MigrantInnen einwandern, die in ihren Heimatländern zu unqualifiziert und erfolglos wären.

Diese systematische Unterbewertung der Qualifikation der MigrantInnen ist in erster Linie auf ihre Unterdrückung als MigrantInnen zurückzuführen und nicht darauf, daß die Ausbildung in dem jeweiligen Heimatland nicht den Anforderungen in Österreich entspricht. Denn auch wenn die MigrantInnen ihren Schulabschluß in Österreich machen, erfahren sie eine überdurchschnittlich hohe

Tabelle 4: Wiener Wohnbevölkerung nach Bezirken und Migrationshintergrund 2008¹³⁷

Bezirke	Ingesamt	davon mit Migrationshintergrund	
	In Zahlen	In Zahlen	In Prozent
1.	17.184	5.733	33,4
2.	95.819	40.135	41,9
3.	83.925	29.007	34,6
4.	30.392	10.571	34,8
5.	52.596	21.748	41,3
6.	29.590	10.072	34,0
7.	30.120	10.256	34,1
8.	24.094	8.014	33,3
9.	39.574	13.706	34,6
10.	171.517	59.873	34,9
11.	85.908	25.862	30,1
12.	86.030	30.370	35,3
13.	51.042	10.655	20,9
14.	83.792	22.507	26,9
15.	70.723	33.015	46,7
16.	94.170	37.203	39,5
17.	52.686	19.743	37,5
18.	47.642	14.944	31,4
19.	68.157	18.619	27,3
20.	82.284	33.932	41,2
21.	138.619	31.441	22,7
22.	151.004	33.132	21,9
23.	90.999	17.718	19,5
Wien	1.677.867	538.256	32,1

Dequalifikation am Arbeitsmarkt. Zu diesem Schluß kommt auch der anerkannte bürgerliche Migrationsforscher August Gächter: „... , dass nach der Geburt im Ausland der Ort des Schulabschlusses zwar ein Einfluss auf den beruflichen Erfolg in Österreich ist, aber kein entscheidender. Es ist nicht möglich, die Geburt im Ausland durch einen Schulabschluss im Inland auszugleichen. Trotz inländischem Abschluss bleiben massive Nachteile bei der beruflichen Verwertung der Bildung bestehen.“¹⁰⁸

MigrantInnen dienen nicht nur als billige Arbeitskräfte, sondern auch als leichter einsetzbare, flexible, industrielle Reservearmee. Ihre Arbeitsverhältnisse sind daher deutlich unsicherer, sie sind leichter kündigbar. Daher haben wir auch das scheinbar widersprüchliche Bild, daß MigrantInnen einerseits stärker als InländerInnen von Arbeitslosigkeit betroffen sind, sie andererseits jedoch kürzer arbeitslos sind. So lag die Arbeitslosenquote bei österreichischen StaatsbürgerInnen bei 6.7%, bei StaatsbürgerInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien (11%) und der Türkei (14%) jedoch deutlich höher. Gleichzeitig sind 2.9% der österreichischen StaatsbürgerInnen länger als 12 Monate arbeitslos, während dies nur auf 1.6% der KollegInnen aus der Türkei und 1.3% aus dem ehemaligen Jugoslawien zutrifft. Die größere Armut und – im Falle der ausländischen Staatsangehörigkeit – die Angst vor dem Verlust der Aufenthaltsbewilligung und somit vor der Abschiebung durch den imperialistischen Staat Österreich treibt die MigrantInnen (noch mehr als die arbeitslosen ÖsterreicherInnen) dazu, rasch und oft zu den furchtbarsten Bedingungen jeden sich bietenden Job anzunehmen.

Die Benachteiligung der MigrantInnen wird auch in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen offensichtlich. So z.B. beträgt die durchschnittliche Wohnfläche für ÖsterreicherInnen 46m², bei MigrantInnen aus Osteuropa hingegen 38m², bei jenen aus dem ehemaligen Jugoslawien 25m² und denen aus der Türkei gar nur 20m². Während bei ÖsterreicherInnen als abgeschlossene Ausbildung 13% eine Pflichtschule, 59% eine Lehre bzw. BMS, 14% eine Matura und 14% eine Universität absolviert haben, liegen die entsprechenden Anteile bei MigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien bei 39%, 43%, 13% und 5% und bei MigrantInnen aus der Türkei bei 68%, 22%, 6% und 4%.

Eine besondere Form der Benachteiligung erfahren auch moslemische MigrantInnen, da sie nicht nur als MigrantInnen unterdrückt, sondern auch bezüglich ihres religiösen Glaubens diskriminiert werden. In Österreich dominiert bekanntlich die katholische Kirche und ist auf verschiedene Weise über das Konkordat eng mit dem imperialistischen Staatsapparat verbunden. Vor dem Hintergrund des imperialistischen Krieges gegen den Terror und den wachsenden Rassismus kommt es in Österreich immer häufiger zu Hetzkampagnen gegen den Bau von Moscheen oder für das Verbot des Tragens einer Burka. Dies ist umso wichtiger, als die moslemischen MigrantInnen eine stark anwachsende Minderheit in Österreich sind. Lebten 1991 noch 158.766 Moslems in Österreich, waren es 2001 bereits 338.988. Und im Jahr 2009 lebten bereits 515.914 – also mehr als eine halbe Million – Menschen islamischen Glaubens in Österreich, was einem Anteil von rund 6.2% der Bevölkerung entspricht.¹⁰⁹ Mit anderen Worten, die moslemische Bevölkerung hat sich in den letzten 18 Jahren verdreifacht.

Ein Teil der MigrantInnen bleibt nur für wenige Jahre in

Österreich. Aber eine Mehrheit lebt hier für längere Zeit oder hat überhaupt vor, hier ihr restliches Leben zu verbringen. So sind von den heute in Österreich lebenden MigrantInnen 385.500 in Österreich geboren, 208.600 sind vor 1980, 160.000 sind zwischen 1980-1990 und 332.600 sind zwischen 1990-1999 eingewandert.¹¹⁰ Das heißt, insgesamt sind fast 1,1 Millionen MigrantInnen entweder hier geboren oder leben hier seit mehr als 10 Jahren. Dies zeigt, daß die MigrantInnen mehrheitlich keine kurzfristig in Österreich – als „GastarbeiterInnen“ – verweilende Gruppe sind, sondern eine *gesellschaftliche relevante und verwurzelte Schicht*.

Bei den in Österreich arbeitenden MigrantInnen sind wiederum zwei Gruppen zu unterscheiden. Einerseits jene (die Mehrzahl der MigrantInnen), die in Österreich arbeiten und leben. Andererseits jene, die für kurze Zeit aus den umliegenden halbkolonialen Ländern nach Österreich zum arbeiten kommen. (eine Minderheit unter den MigrantInnen, die v.a. aus der Slowakei, der Tschechischen Republik, Polen, Ungarn und Slowenien kommt.) Dazu gehört auch die Saisonarbeit, bei der MigrantInnen für einige Wochen oder Monate nach Österreich kommen. Vor allem die Bereich Tourismus (im Winter) und Bauwesen (Sommer) sind hierbei Hauptfelder saisonaler Arbeit.

Eine andere Unterscheidung kann zwischen jenen MigrantInnen, die eine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen und jenen, die keine haben, gemacht werden. Die Unterschiede sind – v.a. was demokratischen Rechte und staatliche Ansprüche anbelangt – nicht unerheblich. Aber das Gemeinsame zwischen diesen beiden Schichten ist weitaus größer als das Trennende. Ob erste oder zweite Generation, egal aus welchem Land – für die MigrantInnen in ihrer Gesamtheit gilt die Erfahrung, die Nina Gunić treffend in folgenden Worten zusammenfaßt: „Als MigrantIn in Österreich zu leben, heißt vor allem eins: Keinen Respekt zu bekommen. Weder für das was man tut, geschweige denn für das, was man ist.“¹¹¹ Die Überausbeutung am Arbeitsplatz, die gesellschaftliche Benachteiligung wegen ihrer Herkunft, die Schlechterstellung im Falle mangelnder deutscher Sprachkenntnisse usw. – als das berechtigt uns, von den MigrantInnen als *eine gesellschaftliche Schicht* zu sprechen, wollen wir den Begriff der MigrantInnen nicht als schematische Checkliste, sondern auf dialektische Weise als *allseitige, elastische, das Wesen der Sache begreifende Kategorie* verwenden.

X. DIE 2. GENERATION DER MIGRANTINNEN: BESONDERHEITEN DER UNTERDRÜCKUNG

Wir haben betont, daß für MarxistInnen der Begriff „MigrantInnen“ eine *gesellschaftliche Kategorie* und keine biologische oder rechtliche ist. Nun könnte man einwenden, daß dann die MigrantInnen der zweiten oder dritten Generation nicht zu den MigrantInnen gezählt werden sollten, da sie sich ja integrieren. Natürlich besteht in der Tat ein Unterschied zwischen den MigrantInnen der ersten und der zweiten Generation. Letztere sprechen oft besser die Mehrheitsprache Deutsch und haben im Schnitt einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt. Tatsache aber ist, daß die MigrantInnen der zweiten und dritten Generation wenn auch nicht auf die gleiche, so doch auf eine sehr massive Weise unterdrückt werden, eben wegen ihrer nationalen Herkunft und den damit verbundenen Prob-

Graphik 5: Anteil von MigrantInnen mit ausländischer Staatsbürgerschaft an der Wohnbevölkerung 138

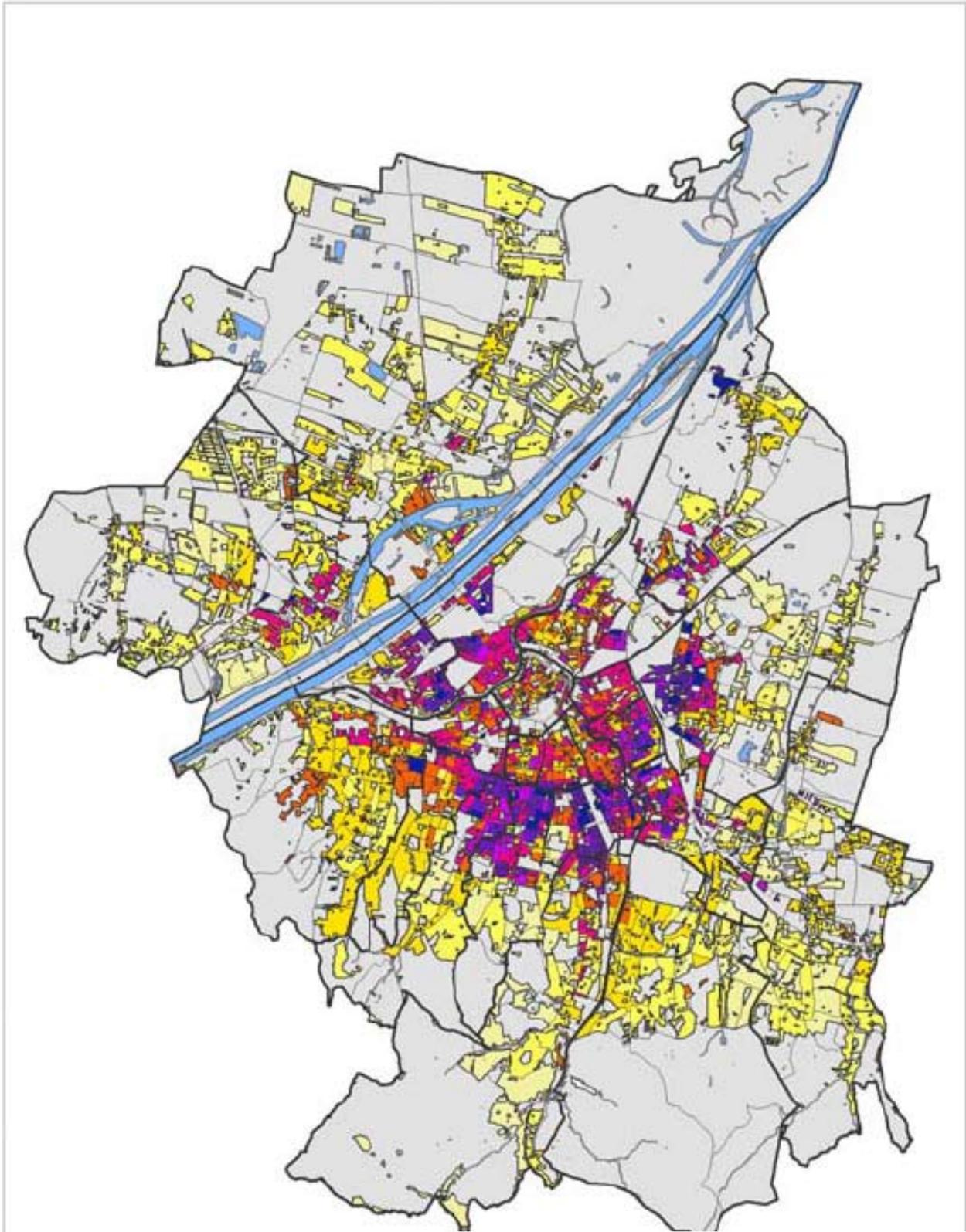
Zeichenerklärung

- Legend**
- zjeb polygon
 - bez polygon

Anteil nicht österreichische Staatsbürger an der Gesamtbevölkerung nach Zählgebieten

- unter 7%
- 7 bis unter 12%
- 12 bis unter 18%
- 18 bis unter 22%
- 22 bis unter 30%
- 30 bis unter 35%
- 35 bis 43%
- über 43%

Maßstab: 1:100.000
0 1 100 2 200 4 400 Meter



MA 18
Stadtentwicklung und Stadtplanung
Bearbeiter: Mag. Rainer Hauswirth, MA 18

Quellenangabe: Stadt Wien
MA 18 - Stadtentwicklung und Stadtplanung

Erstellt am 25.11.2009



Zitat zur räumlichen Verteilung: keine räumliche Konzentration von MigrantInnen, keine räumliche Segregation

lemen in der imperialistischen, inländisch-dominierten Gesellschaftsordnung.

Um einen Vergleich zu bringen: es ist offensichtlich, daß Frauen heute in den imperialistischen Ländern nicht in der gleichen Weise unterdrückt werden wie das noch vor 40-50 Jahren der Fall war. Heute stehen deutlich mehr Frauen im Erwerbsleben, es gibt mehr Frauen in öffentlichen Führungspositionen, der Zugang zu Verhütungsmitteln ist leichter, die rechtliche Lage der Frauen hat sich verbessert usw. Aber es wäre ebenso absurd zu meinen, daß es nun mehr keine oder auch nur keine nennenswerte Frauenunterdrückung gebe. Nein, die Unterdrückung der Frauen existiert nach wie vor, nur haben sich die spezifischen Formen der Unterdrückung verändert (verschärfte Doppelbelastung etc.).

Auch im Fall der MigrantInnen der zweiten und dritten Generation stellen sich bestimmte Probleme anders als für ihre Eltern, zum Teil aber sogar noch schärfer. Die Bedingungen der Armut, unter denen sie und ihre Familien leben, der Druck, möglichst rasch zur Verbesserung des Familieneinkommens beizutragen oder Tätigkeiten im Haushalt zu übernehmen, die beengten Wohnverhältnisse, die Diskriminierung ihrer Sprache und der erschwerte Zugang zur Bildung – all das führt dazu, daß MigrantInnengenerationen innerhalb der Gruppe der Gleichaltrigen wiederum am unteren Ende der gesellschaftlichen Stufenleiter stehen.

Wie oben angeführt, gelten 385.500 Personen als Zweite MigrantInnengeneration, da sie in Österreich geborene Nachkommen von Eltern mit ausländischem Geburtsort sind. Verwendet man die breitere Definition von MigrantInnen (mit zumindest einem im Ausland geborenen Elternteil) liegt der Anteil höher. So haben zum Beispiel 13% aller WienerInnen, die in Österreich geboren und österreichische StaatsbürgerInnen sind, zumindest einen Elternteil, der im Ausland geboren wurde.¹¹²

Natürgemäß finden sich die meisten MigrantInnen der zweiten Generation unter den Jugendlichen. In der Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen stellen die MigrantInnen der Ersten Generation 21.2% der Bevölkerung und jene der Zweiten Generation nur 3.2%. Nicht viel anders ist die Situation bei den 20- bis 24-Jährigen: die Erste Generation macht 19.6% der Bevölkerung aus, die Zweite Generation 4.7%. Doch bei den 15- bis 19-Jährigen gibt es schon annähernd gleich viele MigrantInnen der Ersten Generation (9.3%) wie der Zweiten Generation (8.5%). Bei den noch jüngeren MigrantInnen dominiert dann schon die Zweite Generation. Von den unter 5-Jährigen wurden nur 1.3% der Bevölkerung im Ausland geboren, 19.4% der Kinder unter 5 Jahren haben aber im Ausland geborene Eltern.¹¹³ Unter der Wiener Gesamtbevölkerung gehören 26.4% zu den MigrantInnen der Ersten Generation und 9.4% MigrantInnen der Zweiten Generation.¹¹⁴

Die Benachteiligung der MigrantInnen der Zweiten Generation wird deutlich, wenn man sich ihren Zugang zur Bildung und zum Arbeitsmarkt anschaut. Vergleicht man die 17-Jährigen MigrantInnen in Wien mit ihren gleichaltrigen inländischen KollegInnen sieht man, daß Erstere deutlich häufiger nach der Pflichtschule oder nach einem Schulabbruch als HilfsarbeiterInnen arbeiten gehen oder arbeitslos sind. Während SchülerInnen mit anderen Erstsprachen als Deutsch nur 16 % der gesamten Schülerschaft ausmachen, beträgt ihr Anteil bei den SchülerInnen

in Sonderschulen 27 %.¹¹⁵ Und während im Durchschnitt 6.8% der 17-jährigen langansässigen WienerInnen einen Beruf ausüben, liegt der Anteil bei MigrantInnen der Ersten Generation bei 14.2% und bei den MigrantInnen der Zweiten Generation (die ausländische StaatsbürgerInnen sind) bei 16.2%; bei den MigrantInnen der Zweiten Generation (die österreichische StaatsbürgerInnen sind) immerhin noch 12.1%. Ebenso ist die Jugendarbeitslosigkeit unter den MigrantInnen deutlich höher. Von den MigrantInnen der Zweiten Generation, die keine österreichische Staatsbürgerschaft haben, sind 18.5% erwerbslos.¹¹⁶ Während nur 10% der österreichischen Jugendlichen als an- oder ungelernete ArbeiterInnen tätig sind, fallen bei den migrantischen Jugendlichen der Zweiten Generation 25% in diese Kategorie.¹¹⁷ Über ein Drittel der MigrantInnen der Zweiten Generation im Haupterwerbsalter haben keinen Job oder sind im Haushalt tätig – sprich sie zählen zu den Nicht-Erwerbspersonen (34.3%), während der Durchschnitt in der Bevölkerung bei 25.1% liegt.¹¹⁸

Kurz und gut, das Zahlenmaterial ist so eindeutig, daß selbst manche SozialwissenschaftlerInnen, die im Auftrag des bürgerlichen Staates die Lage der MigrantInnen untersuchen, das Ausmaß der Benachteiligung offen anerkennen müssen: *„In so ferne als die 2. Generation jene Jugendlichen und junge Erwachsene umfasst, die Nachkommen der zwei größten Herkunftsgruppen, nämlich EinwanderInnen aus Ex-Jugoslawien und der Türkei, meint, handelt es sich nicht um eine kleine Subgruppe, die von Benachteiligungen betroffen ist, sondern es ist von einer mehrheitlichen Benachteiligung auszugehen. Diese Benachteiligung ist in Bildungsinstitutionen und auf dem Arbeitsmarkt so stark ausgeprägt, dass von ethnischer Segmentierung gesprochen werden kann.“*¹¹⁹ Auch wenn wir MarxistInnen den Begriff „*nationale Unterdrückung*“ für zutreffender als „*ethnische Segmentierung*“ halten, so ändert das nichts an der Tatsache, daß die Autorin dieses Zitats den Nagel auf den Kopf trifft.

Auch wenn die MigrantInnen der Zweiten Generation national unterdrückt werden, so ist ihre nationale Identität zwiespältig. Sie ist nämlich mehr eine Identität, was sie *nicht* sind, als eine klare, auf ein bestimmtes Land bezogene. MigrantInnen der Zweiten Generation sprechen oft davon, daß sie im „*Niemandsland*“ („*nikova zemlja*“ auf serbokroatisch) sind. Von der Einwanderergesellschaft werden sie benachteiligt und unterdrückt. Doch die alte Heimat kennen sie oft nur aus Erzählungen oder Urlaubsbesuchen. Diese Niemandsland-Identität verstärkt einerseits die gesellschaftliche Existenz als Ausgestoßene. Gleichzeitig aber eröffnet sie auch die Möglichkeit, daß diese MigrantInnen in einer Zeit des Klassenkampfaufschwunges, der Belebung einer kämpferischen ArbeiterInnenbewegung offener für die Suche nach einer neuen, internationalistischen, klassenkämpferischen Identität sind.

Nina Gunić, Sprecherin der damaligen LSR und heute der RKOB, hat in einem Thesenpapier diese Erfahrungen folgendermaßen zusammengefaßt:

„Die nachfolgenden Generationen haben meist den Wunsch im „neuen“ Land zu bleiben und schaffen immer mehr Verbindungen zur neuen Heimat durch tagtägliche Ausbildung bzw. Arbeit und das Leben im Allgemeinen in der neuen Gesellschaft. Dies wird nicht als Verrat gegenüber der alten Heimat empfunden, da die meisten MigrantInnen – vor allem der Zweiten Generation – ihre Herkunft weder leugnen noch unglücklich darüber sind. Im Gegenteil, oft ist ein ausgeprägter Stolz auf die eigenen Wurzeln

da. Vereinen die MigrantInnen der Zweiten Generation doch die Fähigkeit in beiden Gesellschaften klar zu kommen, mindestens zwei Sprachen fließend zu sprechen, zwei Kulturen genau zu kennen. Eine völlige Integration oder Identifizierung mit einer der beiden ist andererseits selten.

Somit haben MigrantInnen der zweiten oder der folgenden Generationen den Vorteil, dass sie meist leichter mit beiden bürgerlichen Gesellschaften brechen können, da sie zu keiner wirklich vollständig dazugehören – beste Voraussetzung für ein Bewusstwerden der Klassengegensätze und die Entwicklung wie auch Annahme revolutionärer Perspektiven.“¹²⁰

XI. DIE OFFIZIELLEN STATISTIKEN ÜBER DIE MIGRANTINNEN IN ÖSTERREICH UND IHRE MÄNGEL

Wir haben oben darauf hingewiesen, daß die offiziellen Statistiken nur sehr zögerlich und unzureichend das wahre Ausmaß der Migration widerspiegeln. Ursprünglich wurden meist nur ausländische StaatsbürgerInnen gewertet, nun werden häufiger auch die im Ausland geborenen StaatsbürgerInnen hinzugezählt. Teilweise werden heute in manchen Statistiken unter dem Begriff der MigrantInnen auch jene Personen angeführt, deren Eltern im Ausland geboren sind, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Nichtsdestotrotz werden bei dieser breiteren Definition mehrere Gruppen von MigrantInnen nicht berücksichtigt.¹²¹ Hier sind zuerst einmal die MigrantInnen der dritten Generation zu nennen. Daß es sich hierbei um einen nicht unerheblichen Teil der MigrantInnen handelt, zeigen folgende Zahlen. Laut der offiziellen Statistik machen im Jahre 2008 „Personen mit Migrationshintergrund“ im Alter von 0-14 Jahren rund 19% der Gesamtbevölkerung dieser Altersgruppe aus.¹²² Nimmt man jedoch die Umgangssprache als Indikator der nationalen Herkunft so scheint der wirkliche MigrantInnenanteil höher zu liegen. So wurden bei den VolksschulbesucherInnen – die aufgrund des allgemeinen Charakters für Jugendliche der Altersgruppe der 6-10 Jährigen relativ repräsentativ ist – im Schuljahr 2008/09 österreichweit 22.3% als „SchülerInnen mit nicht-deutscher Umgangssprache“ registriert.¹²³ Die Differenz ergibt über 40.000 Migrantenkinder bzw. -jugendliche.

Eine weitere Gruppe, die naturgemäß aus diesen Zahlen herausfällt, ist die der illegal in Österreich lebenden MigrantInnen. Darüber liegen natürlich nur Schätzungen vor. Der damalige EU-Kommissar Franco Frattini meinte vor drei Jahren: „Die Zahl von illegal beschäftigten Ausländern ist laut unserer Folgenabschätzung zwischen 1995 und 2004 von 75.000 auf 114.000 gestiegen.“¹²⁴ Diese Zahl ist seit 2004 sicherlich höher geworden. Man rufe sich nur den Boom an – geschätzten 40.000 – osteuropäischen PflegerInnen in Erinnerung, die illegal in Österreich für einen Stundenlohn von 1-2 Euro arbeiten.¹²⁵

Schließlich muß auch berücksichtigt werden, daß bei den oben angeführten offiziellen MigrantInnenzahlen nur jene berücksichtigt sind, die in Österreich ihren gemeldeten Hauptwohnsitz haben. Jene MigrantInnen, die z.B. nur saisonbedingt in Österreich arbeiten oder tage- bzw. wochenweise über die Grenze pendeln, werden bei diesen Angaben nicht angeführt.

Besonders wichtig ist folgender Mangel in den offiziellen Statistiken: Eine weitere Gruppe der MigrantInnen, die in

der offiziellen Definition des österreichischen Staates nicht berücksichtigt wird, sind jene, bei denen ein Elternteil nicht-österreichischer Herkunft und der andere Teil österreichischer Herkunft ist.¹²⁶ Dabei handelt es sich um eine durchaus relevante Gruppe: Bei 11.1% aller in Österreich registrierten Ehen bzw. Lebensgemeinschaften ist ein Teil ÖsterreicherIn und der andere Teil im Ausland geboren, wobei solche „Misch-Ehen“ massiv im Ansteigen begriffen sind.¹²⁷ (In Österreich geborene MigrantInnen sind hier also noch gar nicht berücksichtigt). 181.400 Kinder leben in solchen Partnerschaften.¹²⁸

XII. DER TATSÄCHLICHE ANTEIL DER MIGRANTINNEN AN DER GESAMTBEVÖLKERUNG ÖSTERREICHS

Leider liegen nur wenige Zahlen für ganz Österreich vor, die zeigen, wie groß der Unterschied zwischen den offiziellen und dem tatsächlichen Anteil der MigrantInnen an der Gesamtbevölkerung tatsächlich ist. Doch wurden in der letzten Zeit einige Statistiken sowohl für Gesamtösterreich als auch für Wien bekannt, die eindeutig veranschaulichen, daß der Anteil der MigrantInnen – wenn MigrantInnen in einem mehr an die Wirklichkeit heranreichenden Sinne definiert werden – deutlich höher liegt. So berichteten einige anerkannte SozialwissenschaftlerInnen, daß in Österreich in Wirklichkeit 2 Millionen Menschen leben, die „einen Migrationshintergrund haben“. Diese Aussage wurde in den Medien weitgehend totgeschwiegen, ist es

Tabelle 5: Wiens MigrantInnen-Bevölkerung 2008 – die 25 wichtigsten Herkunftsländer¹³⁹

Herkunftsland	In Zahlen
Serbien, Montenegro und Kosovo	109.579
Türkei	71.864
Deutschland	42.433
Polen	38.531
Bosnien und Herzegowina	31.568
Kroatien	19.924
Tschechische Republik	19.907
Rumänien	18.259
Ungarn	13.879
Slowakei	10.031
Mazedonien	10.425
Volksrepublik China	9.653
Russische Föderation	9.416
Iran	8.747
Philippinen	8.660
Ägypten	8.516
Bulgarien	8.260
Indien	8.214
Italien	5.951
USA	4.838
Frankreich	4.479
Nigeria	4.465
Großbritannien	4.174
Ukraine	3.304
Schweiz	3.053

aber wert hervorgehoben zu werden: **in Österreich leben 2 Millionen MigrantInnen oder ein Viertel der gesamten Bevölkerung und nicht bloß 1,46 Millionen!** Diese Schätzung ergibt sich daraus, daß hier den UNO-Empfehlungen entsprechend auch jene als MigrantInnen gezählt werden, bei denen nur ein und nicht beide Elternteile im Ausland geboren sind.¹²⁹ Wir bezeichnen diese zutreffendere, weil der Wirklichkeit näherkommende, Definition von MigrantInnen als „die breite Definition von MigrantInnen“ im Unterschied zu den verschiedenen – oben als Varianten (a), (b) oder (c) angeführte – zu engen, unzureichenden Definitionen. Wie wichtig der Unterschied zwischen richtigen und falschen Definitionen ist, sehen wir anhand der Tatsache, daß die offizielle bürgerliche Statistik den wirklichen Anteil der MigrantInnen an der Gesamtbevölkerung *um mehr als ein ganzes Viertel* unterschraubt.

Ähnliches sehen wir in Wien. Offiziell machen die MigrantInnen in Wien laut dem Innenministerium und der Statistik Austria je nach Zählweise 32.8% bzw. 35.8% der Gesamtbevölkerung aus. Einige SozialwissenschaftlerInnen haben im Auftrag der Stadt Wien eine genauere Untersuchung über die MigrantInnen in Wien gemacht. Sie kamen zu folgendem Ergebnis: wenn man die MigrantInnen mit nur einem im Ausland geborenen Elternteil hinzuzählt – und sie befürworten eine solche Vorgangsweise – dann machen die MigrantInnen nicht 32% oder 35%, sondern 44% der Bevölkerung aus, also knapp eine Dreiviertel Million Menschen!¹³⁰

Versuchen wir also – basierend auf dem angeführten Zahlenmaterial und unter dem Gesichtspunkt einer marxistischen Herangehensweise an die Definition – eine Schätzung des tatsächlichen MigrantInnenanteils in Österreich zu geben. Einerseits sind von den ca. 2 Millionen MigrantInnen aus oben genannten Gründen die 213.000 deutschen ZuwanderInnen (und wohl auch einen Gutteil der anderen westeuropäischen EU-StaatsbürgerInnen) nur zu einem gewissen Grad als MigrantInnen zu sehen oder sollten besser gesagt als eine Art Untergruppe oder Ausnahmeerscheinung von MigrantInnen gesehen werden. Andererseits sollten wir die illegal beschäftigten MigrantInnen (die Schätzungen aus 2004 lagen bei 114.000) und die MigrantInnen der 3. Generation (40.000?) hinzuzählen. Eine weitere Gruppe, über die uns jedoch keine Zahlen vorliegen, sind die MigrantInnen, die in Österreich arbeiten, aber nur kurzfristig über die Grenze kommen und daher nicht hier gemeldet sind. Es ist daher sicherlich nicht übertrieben, wenn wir von ca. 2.2 Millionen MigrantInnen inklusive der Untergruppen bzw. Ausnahmeerscheinung (also den westeuropäischen EU-EinwanderInnen) und ohne die nur kurzfristig über die Grenze kommenden MigrantInnen ausgehen.

XIII. EXKURS: MIGRANTINNEN IN WIEN

Wie bereits erwähnt, stellen die MigrantInnen nach den offiziellen Statistiken 17.8% der Bevölkerung Österreichs. Es existieren jedoch innerhalb Österreichs sehr starke Unterschiede: So war der offizielle Anteil der MigrantInnen in der Bundeshauptstadt Wien mit 35.8% mehr als doppelt so hoch wie im österreichischen Durchschnitt.¹³¹ Die Bundesländer Vorarlberg (20%) und Salzburg (18%) verzeichnen zwar auch leicht überdurchschnittliche Werte. Doch wie man sieht, sticht die Bedeutung Wiens für die

MigrantInnen klar hervor.

Die in Österreich lebenden MigrantInnen sind v.a. auf die großen Städte Österreichs konzentriert. Anfang 2010 wohnten 39% der in Österreich lebenden MigrantInnen in Wien, während dies nur bei 16% der einheimischen Bevölkerung der Fall ist. Auch in den anderen großen Städten Österreichs gibt es einen größeren Bevölkerungsanteil von MigrantInnen. Insgesamt leben etwa 62% der Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit und/oder ausländischem Geburtsort in Städten mit mehr als 20.000 EinwohnerInnen. Bei der österreichischen Bevölkerung hingegen liegt dieser Anteil jener, die in Städten dieser Größenklasse leben, bei nur knapp einem Drittel (32%). Daher war der Anteil der MigrantInnen an der Gesamtbevölkerung in Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern mit 28% auch mehr als dreimal so hoch wie in kleinen Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern (8%).

Ebenso konzentrieren sich MigrantInnen auf Orte, wo sie bereits einen höheren Anteil an der Bevölkerung stellen. Das ist natürlich alles andere als verwunderlich, leben sie doch in einem feindlich gesonnenen Land, wo es gilt so gut wie möglich den Hindernissen zu trotzen. Denn dort ist Nachbarschaftshilfe und Solidarität gegen Diskriminierung stärker als in anderen Landesteilen. So leben knapp die Hälfte (47%) aller MigrantInnen und Migranten in Gemeinden mit einem „MigrantInnenanteil“ von über 25%. In diesen Gebieten wiederum lebt nur ein Fünftel der Gesamtbevölkerung.¹³²

Wie bereits weiter oben dargelegt, sind die realen Einkommensunterschiede zwischen migrantischen und inländischen ArbeiterInnen enorm. Die Löhne der MigrantInnen liegen um 35-60% unterhalb dem durchschnittlichen Einkommen ihrer inländischen KollegInnen. Auch die Arbeitslosigkeit ist bei den MigrantInnen in Wien mit 11.1% mehr als doppelt so hoch wie bei ihren inländischen KollegInnen (5.4%).¹³³ Während 60% der männlichen MigrantInnen erwerbstätig sind, liegt der entsprechende Prozentsatz bei Frauen bei 46% und damit gleich hoch wie bei Frauen ohne Migrationshintergrund. Inländische Männer sind dagegen im Durchschnitt deutlich seltener erwerbstätig (49%) als ihre migrantischen Kollegen.¹³⁴

In welchen Bezirken leben die MigrantInnen? Wie die Tabelle zeigt, stellen MigrantInnen in allen Bezirken einen relevanten Anteil (und das, obwohl hier eine engere, unzureichende Definition von MigrantInnen verwendet wird). Verwendet man die breite Definition von MigrantInnen so sind laut ORF-Radio MigrantInnen in vier Wiener Bezirken Rudolfsheim-Fünfhaus, Leopoldstadt, Margareten und Brigittenau in der Mehrheit.¹³⁵ Es wird aber auch aus der hier abgebildeten Tabelle offensichtlich, daß in verschiedenen klassischen ArbeiterInnenbezirken ein besonders hoher Anteil von MigrantInnen lebt. Die Mehrheit der MigrantInnen (276.019 oder 51.3%) lebt in 8 Bezirken, dem 2., 5., 10., 12., 15., 16., 17. und 20. Wiener Gemeindebezirk. Noch deutlicher wird die Konzentration, wenn man sich ansieht, wo die MigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei wohnen. Diese konzentrieren sich auf einige wenige Bezirke, wie die AutorInnen einer aktuellen Studie der Gemeinde Wien feststellen: „Jene Sozialraumtypen, die durch eine Heterogenität bei teilweise deutlicher Prägung durch Personen mit den Geburtsländern ehemaliges Jugoslawien oder Türkei gekennzeichnet sind, befinden sich mehrheitlich im dicht bebauten Stadtgebiet

des V., X. und XII., in den Bezirken XV. bis XVII. sowie im II. und XX. Bezirk. Besonders im V., X., XV. und XVI. sind jene Sozialraumtypen in größerer Häufung zu finden, die von ex-jugoslawischen und türkischen MigrantInnen geprägt sind.“¹³⁶ Insgesamt lebt die Mehrheit der MigrantInnen in einer Art sichel-förmigen Gebiet, das die Wiener Innenstadt vom Norden über den Westen hin zum Süden umschließt, wie die Graphik zeigt.

Wie stellt sich die nationale Zusammensetzung der MigrantInnen in Wien dar? Auch die Zahlen in der Tabelle beziehen sich auf die offiziellen Statistiken, die – wie oben erklärt – eine enge, unzureichende Definition der MigrantInnen verwenden. Daher gehen diese Zahlen von den offiziellen Angaben aus, laut denen in Wien 545.770 MigrantInnen leben. Nimmt man die (unvollständige, weil nur die größten 25 Herkunftsländer anführende) Tabelle her, so kommen von diesen zumindest mindestens 344.000 oder 63% aus dem ehemaligen Jugoslawien, der Türkei oder den osteuropäischen EU-Staaten. Hingegen kommen nur knapp 65.000 oder 11.9% aus den westeuropäischen EU-Staaten, der Schweiz oder den USA.

Werfen wir abschließend noch einen Blick auf den Bildungsbereich. Ihrem Charakter als national unterdrückte Schicht entsprechend, sind MigrantInnenjugendliche in Wien auch in ihrem Zugang zu Bildung benachteiligt. Mittlerweile sind mehr als die Hälfte aller Jugendlichen im Volksschulalter migrantischer Herkunft (definiert nach „nicht-deutscher Umgangssprache“). Während bei den VolksschülerInnen 50.6% migrantischer Herkunft sind, liegt ihr Anteil in den Hauptschulen gar bei 60.9%. Doch mit dem Ende des Pflichtschulalters fallen viele MigrantInnenjugendliche raus. In den Berufsschulen stellen sie dann noch 30.2% und in den Allgemein Höher Bildenden Schulen nur noch 27.9%.¹⁴⁰

XIV. DIE ROLLE DES RASSISMUS IM IMPERIALISTISCHEN KAPITALISMUS

Ideologie ist ein unauslöschlicher Bestandteil einer jeden herrschenden Klasse und ihres Staates. Darauf wies schon Friedrich Engels hin: „Im Staate stellt sich uns die erste ideologische Macht über den Menschen dar. ... Der Staat aber, einmal eine selbständige Macht geworden gegenüber der Gesellschaft, erzeugt alsbald eine ... Ideologie.“¹⁴¹ Der Rassismus oder Chauvinismus ist ein zentraler, unabdingbarer Bestandteil der kapitalistischen Ideologie. Rassismus ist die bürgerliche Ideologie, die Menschen anderer nationaler bzw. ethnischer Herkunft als nicht gleichwertig gegenüber den Mitgliedern der in dem betreffenden Land dominierenden Nation ansieht.¹⁴² Die geringere Produktivität der Arbeit in den kapitalistisch weniger (oder früher in der Frühphase des Kolonialismus gar nicht) entwickelten Länder war die Grundlage dafür, daß diese Völker von den Ideologen der Großmächte als „minderwertig“ bezeichnet werden konnten. Deren Eroberung, Unterwerfung und schließlich der Export von Waren, Kapital, Religion und sonstigen ideologischen Werten erschien den herrschenden Ideologen daher als eine Kulturtat.¹⁴³ In der Geschichte haben wir zahlreiche Formen des Rassismus oder Chauvinismus in den imperialistischen Staaten gesehen. Zahlreiche nationale/ethnische bzw. religiöse Minderheiten waren bzw. sind davon betroffen. Als Beispiele dafür seien genannt die brutale Unterdrückung der Kolonialvölker, der Antisemi-

tismus gegen die Juden/Jüdinnen, der Rassismus gegen die Schwarzen in den USA, die Unterdrückung der nationalen Minderheiten im Zarenreich vor 1917, später unter dem Stalinismus und auch heute in Rußland, die Unterdrückung der SlowenInnen in Österreich, der BaskInnen in Spanien, der SüdtirolerInnen in Italien, der Roma & Sinti in ganz Europa).¹⁴⁴ In bestimmten historischen Phasen ging diese chauvinistische Unterdrückung sogar soweit, daß versucht wurde, systematisch ganze Volksgruppen auszurotten. Beispiele hierfür sind die Nazi-Greuel (die Shoa mit 6 Millionen ermordeten Juden/Jüdinnen sowie der Porrajmos (Vernichtung), der bis zu eineinhalb Millionen Roma zum Opfer fielen), die Vernichtung der im Osmanischen Reich lebenden Armenier 1915/16 oder die Auslöschung von 85% der 10 Millionen IndianerInnen durch die spanischen Eroberer unter Cortez.¹⁴⁵ Wir wollen uns in diesen Thesen jedoch auf den MigrantInnen betreffenden Rassismus oder Chauvinismus konzentrieren.

In den imperialistischen Staaten betrifft der gegen MigrantInnen gerichtete Rassismus oder Chauvinismus seitens der Mehrheitsbevölkerung in der Regel jene Minderheiten, die aus halb-kolonialen Staaten (bzw. Kolonien) kommen. Rassismus kann sich aber in bestimmten Situationen auch gegen Menschen aus imperialistischen Staaten richten (z.B. gegen Japaner in den USA während des II. Weltkrieges). Rassismus bzw. Chauvinismus ist wie gesagt eine für den Kapitalismus typische ideologische Erscheinungsform und daher existiert er nicht nur in den imperialistischen Metropolen, sondern auch in den kapitalistischen Halbkolonien. (z.B. gegen Kurden in der Türkei, gegen AlbanerInnen in Serbien/Montenegro und Mazedonien, gegen die BosnierInnen während des Balkankrieges in den 1990er Jahren, gegen Indios in Lateinamerika, gegen AraberInnen in Israel).¹⁴⁶

Der Rassismus kann unterschiedliche ideologische Formen annehmen. Früher begründeten die Rassisten die biologisch-genetische Überlegenheit ihrer Nation/Rasse bzw. das Auserwähltsein ihres Volkes durch Gott. Diese Form des Rassismus existiert weiterhin, in dieser voll entwickelten, offenen Form jedoch in erster Linie nur im (semi-)faschistischen Lager. Weitaus verbreiteter und von der bürgerlichen Öffentlichkeit akzeptiert hingegen ist jene Form des Rassismus, die die Überlegenheit eines Volkes bzw. einer Gruppe von Völkern (z.B. der westlichen Wertegemeinschaft) mit einem höher stehenden kulturellen Niveau (Stand der Zivilisation u.ä.) begründet. Oft wird dieses höher stehende Niveau der Zivilisation durch den höheren Entwicklungsgrad der materiellen Produktivkräfte und des allgemeinen Lebensstandards, der bürgerlich-demokratischen Rechte, mehr Rechte für Frauen usw. definiert. Es versteht sich von selbst, daß in der konkreten Praxis des Rassismus Überschneidungen und Kombinationen dieser verschiedenen Formen des Rassismus häufig anzutreffen sind. Noch wichtiger ist es zu betonen, daß diese verschiedenen Varianten des Chauvinismus viel mehr eint als trennt und daß sie sich unabhängig von den genauen Rechtfertigungen letztlich gegen die gleiche Gruppen von Menschen richten.

Eine in den letzten Jahren besonders ausgeprägte Form des Rassismus ist die Hetze gegen die ca. 500.000 moslemischen MigrantInnen und ihre Religion.¹⁴⁷ Mit Behauptungen, daß der Islam nicht „zu unserer Kultur paßt“, daß Europa eine christliche Tradition habe¹⁴⁸, die es gegen

fremde Kultureinflüsse zu verteidigen gelte, oder daß es unsere „aufgeklärten Werte“ gegen den „rückständigen Islam“ hochzuhalten gelte, wird von zahlreichen Seiten eine breite Hetze betrieben. Besondere Schwerpunkte der Hetze sind erstens die Kampagnen gegen den Bau von Moscheen – eine Kampagne, die v.a. von Seiten der rechten, offen rassistischen Parteien wie der FPÖ, dem BZÖ und teilweise auch der ÖVP betrieben wird. Ein weiterer Schwerpunkt der Anti-Islam-Hetze ist die Kampagne gegen das Tragen von Kopftüchern bzw. einer Burka von moslemischen Frauen. Diese Kampagne reicht von ganz rechts bis in die Sozialdemokratie und zahlreichen linksliberalen Intellektuellen (inklusive den pseudo-linken antinationalen Kreisen) hinein.¹⁴⁹

Auch wenn die ungleiche und kombinierte Entwicklung, vor allem bedingt durch bessere Produktionsbedingungen in den heutigen imperialistischen Ländern, die historische Ursache ist, warum sich einige Länder als große kapitalistische Mächte etablieren konnten, während andere noch auf einem feudalen Produktionssystem beruhten, ist es heute der Imperialismus, der die Entwicklung der halbkolonialen Welt zurückhält. Denn was diese Variante des kulturellen Rassismus wohlweislich ignoriert, ist die Tatsache, daß die „Rückständigkeit“ und „Primitivität“ der halbkolonialen Welt erstens durch die imperialistische Ausbeutung und Weltherrschaft bedingt ist und das umgekehrt die kapitalistische Zivilisation undenkbar wäre ohne die rückständig machende Ausbeutung durch den Imperialismus. Leo Trotzki wies darauf hin, daß die bürgerliche Demokratie die aristokratischste aller kapitalistischen Herrschaftsformen sei, weil sie nur auf der Grundlage der reichen Metropolengesellschaft möglich ist, welche wiederum auf der imperialistischen Ausbeutung der (halb)kolonialen Welt basiert.¹⁵⁰ In der Tat, die imperialistische Demokratie würde nicht existieren ohne die monströse Ausbeutung der halb-kolonialen Welt. Und zweitens wäre es zynisch zu vergessen, als wie barbarisch sich die imperialistische Bourgeoisie in ihrer Geschichte erwiesen hat! Denn es ist diese Bourgeoisie, die zwei Weltkriege und die Shoa/Holocaust verursacht hat, die Atombomben entwickelt und einsetzt, die durch barbarische Kriege und Wirtschaftssanktionen alleine im Irak hunderttausende Menschen ermordet hat und die den globalen Klimawandel und die damit heraufziehenden Naturkatastrophen verursacht.

Diese Form des Rassismus ist die heute vorherrschende und dient als ideologischer Mantel sowohl für konservative Kräfte als auch wichtige Teile der Sozialdemokratie und des linksliberalen Establishments (inklusive der Antinationalen/Antideutschen). Historisch knüpft dieser kulturelle Rassismus an den imperialistischen Liberalismus an, jener Ideologie im späten 19. Jahrhundert, deren Befürworter den Kolonialismus mit der zivilisatorischen Überlegenheit Großbritanniens bzw. Europas oder allgemeiner des Westens rechtfertigten. Die imperialistische „Demokratische Revolution“ – jenes Schlagwort, mit dem die US-amerikanischen Neokonservativen ihre permanente Konterrevolution im Nahen Osten schmückten – ist ebenso Ausdruck dieser Form des Rassismus wie das zivilgesellschaftliche Aufklärertum der Antinationalen.¹⁵¹ So sehr die Bourgeoisie den Chauvinismus für ihre Zwecke nützt, so ist sie gleichzeitig äußert „unpatriotisch“, wenn es ihren wirtschaftlichen und politischen In-

teressen dient. Im Zeitalter der Globalisierung sehen wir deutlich, daß wenn es z.B. in einem ärmeren Land möglich ist, billiger Waren herzustellen, die KapitalistInnen keine Sekunde zögern und einen heimischen Betrieb zusperrten um eine Fabrik in dem ärmeren Land zu eröffnen. Ebenso „unpatriotisch“ ist das Kapital, wenn es sich Steuern und Abgaben ersparen kann, indem es seinen Firmensitz auf eine karibische Insel verlegt oder Konten in Liechtenstein eröffnet. Ebenso „internationalistisch“ ist das Kapital dabei, nützliche Manager aus dem Ausland zu holen und in die Chefetagen zu setzen. Wir sehen: der Patriotismus des Kapitals ist nur ein ideologischer Betrug für die ArbeiterInnenklasse.

XV. WIE ERLEBEN MIGRANTINNEN DEN RASSISMUS?

Die rassistische Unterdrückung ist für alle MigrantInnen ein wichtiger Bestandteil ihres Lebens, auch wenn sich die verschiedenen Gruppen der MigrantInnen auf unterschiedliche Weise dagegen wehren. Nina Gunić schreibt dazu:

„Rassismus und Unterdrückung erleben alle Generationen verschieden stark, je nach Stufe ihrer Integration im neuen Land. Am stärksten spüren ArbeiterInnen, die nur für eine begrenzte Zeit im fremden Land arbeiten, die für sie fremde Sprache nicht beherrschen und eine niedrige Qualifikation aufweisen, den Rassismus. Sie können sich nur sehr schwer wehren, haben meist keinen Anschluß – meist auch nicht zu Communities und sind im Grunde fast vollkommen allein. Außerdem sind sie offensichtlich fremd und somit vermehrt Ziel rassistischer Angriffe. Der Rassismus wird spürbar wahrgenommen, aber meist als Teil der fremden Kultur empfunden, als charakterliche Schwäche der fremden Bevölkerung. Zusätzlich ist der Aufenthalt begrenzt und der Gedanke an die baldige Rückkehr hilft beim Ertragen der Unterdrückung.

Die Erste Generation zeichnet sich meist durch diese Form des MigrantInnendaseins aus. Aber diese Generation gründet Familien und erfährt wachsende Verbindung zum neuen Land, meist auch durch das Hineinwachsen in eine Community und durch die Möglichkeiten Familienmitglieder in der Heimat finanziell zu unterstützen. Diese MigrantInnen erleben den Rassismus sehr stark, haben aber eine durch ihre Arbeit geschaffene „Legitimität“ und sind meistens fähig, sich zu verständigen, wenn auch in gebrochener Sprache oder mit Hilfe anderer MigrantInnen. Sie nehmen dadurch aber bewusster wörtliche Angriffe oder Beleidigungen wahr, und spüren zusätzlich zur offenen Aggression auch feinere, subtilere, nur verbale Angriffe oder Beleidigungen.

Die zweite Generation und die darauffolgende hat meist die Fähigkeit gekonnt gegen rassistische Angriffe vorzugehen, sei es verbal oder körperlich. Sie unterscheidet in den meisten Fällen zwischen RassistInnen und den nicht rassistischen „InländerInnen“. Oft sind auch Freundschaften und andere soziale Bindungen zu „InländerInnen“ gegeben. Hierbei spielt auch der soziale Background bzw. die tagtägliche Umgebung eine große Rolle. MigrantInnen der zweiten Generation, die zum Beispiel eine proletarisch zusammengesetzte Schule mit hohem MigrantInnenanteil besuchen, sind oft verstärkt mit MigrantInnen zusammen, während wiederum MigrantInnen, die eher vereinzelt in ihrer Umgebung sind, meist integrierter sind.

Die Gemeinsamkeit aller Generationen von MigrantInnen ist die verstärkte Feindseligkeit und Unterdrückung und die offen-

sichtlichere Notwendigkeit zum Widerstand und der sich daraus ergebende starke soziale Zusammenhalt der Community. Gleichzeitig wirken dieser Zusammenhalt und der Stolz auf die heimatliche Kultur oft penetrant auf die anderen, „inländischen“ ArbeiterInnen. Einerseits empfinden sie die in der Regel schlechter bezahlten, für den kapitalistischen Arbeitgeber attraktiveren, MigrantInnen als Bedrohung und gleichzeitig treten diese selbstbewusst auf und halten ihre Herkunft und ihre Andersartigkeit hoch. Somit wird das Gefühl eines Generalangriffes gegen den eigenen Wert und die eigenen Werte geschaffen. Die verstärkte Präsenz der MigrantInnen nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch im gesellschaftlichen Leben, an öffentlichen Orten, ganzen Bezirken verstärkt die Angst verdrängt zu werden. Die zunehmende Armut, Unterdrückung und Ausbeutung wird mit der zunehmenden Migration in Zusammenhang gebracht. Bürgerliche, rechte Parteien wie die FPÖ machen sich dies zunutze. Sie versuchen ihren Einfluß durch scharfe, rassistische Propaganda zu stärken und bei einem Teil der Bevölkerung zu verankern. Sie sind genauso Feind der ArbeiterInnenklasse wie alle bürgerlichen Parteien, die ausnahmslos mit der Bourgeoisie unter einer Decke stecken.“¹⁵²

XVI. GESELLSCHAFTLICHE GRUNDLAGE DES SOZIALCHAUVINISMUS

Der Rassismus ist eine zutiefst reaktionäre Ideologie, die es der Bourgeoisie ermöglicht, die ArbeiterInnenklasse, die Jugend und alle unterdrückten Schichten zu spalten und von den wahren Ursachen der gesellschaftlichen Probleme abzulenken. Deswegen wird in den kapitalistischen Staaten der Chauvinismus, die Betonung der nationalen Identität, der hervorzuhebenden eigenen Geschichte und das angeblich besondere nationale Wertesystems von allen Institutionen des bürgerlichen Herrschaftsapparates (Staat, Medien, Schule etc.) propagiert.

Es wäre aber falsch und unmaterialistisch die Tatsache zu ignorieren, daß der Rassismus und Sozialchauvinismus bei der heimischen ArbeiterInnenklasse in gewissen Ausmaß auf einen fruchtbaren Boden fällt. Dafür gibt es mehrere Ursachen. Erstens wird der Chauvinismus nicht nur vom bürgerlichen Herrschaftsapparat tagtäglich der ArbeiterInnen und Jugendlichen eingetrichtert. Die Handlanger der Bourgeoisie innerhalb der Reihen der ArbeiterInnenbewegung – die reformistische Bürokratie in Gewerkschaft und Partei (in Österreich v.a. die SPÖ) – trägt die Ideologie des „Österreich zuerst“ in die Reihen des Proletariats.¹⁵³

Zweitens gibt es – wie wir oben ausgeführt haben – aufgrund der imperialistischen Ausbeutung der halbkolonialen Welt eine gewisse Basis für den Chauvinismus im Proletariat. Die durch diese Überausbeutung erzielten Extraprofite ermöglichen es der Bourgeoisie, die obersten Schichten der ArbeiterInnenklasse zu korrumpieren. Die dadurch gebildete Arbeiteraristokratie ist also in gewisser Weise materiell an den Fortbestand des imperialistischen Kapitalismus gebunden und somit für die Ideen des Rassismus und Sozialchauvinismus empfänglich. („Die privilegierte Oberschicht des Proletariats der imperialistischen Mächte lebt zum Teil auf Kosten der vielen Hundert Millionen Menschen der nichtzivilisierten Völker.“)¹⁵⁴

Wie Lenin ausführte, beinhaltet diese Überausbeutung nicht nur den Werttransfer aus der halbkolonialen Welt selber, sondern auch die Einfuhr und Ausbeutung von MigrantInnen aus den halbkolonialen in die imperialistischen

Staaten. Die Überausbeutung der MigrantInnen selber ist daher eine weitere Quelle für die Extraprofite des imperialistischen Kapitals: „In allen fortgeschrittenen Ländern sehen wir, wie die Führer und die Oberschichten der Arbeiterklasse demoralisiert und korrumpiert werden und auf die Seite der Bourgeoisie übergehen, weil die Bourgeoisie ihnen Almosen hinwirft, diesen Führern ‚einträgliche Pöstchen‘ gibt, diesen Oberschichten Brocken von ihren Profiten zukommen läßt den importierten rückständigen Arbeitern die am schlechteste bezahlte und schwerste Arbeit aufbürdet und die Privilegien der ‚Aristokratie der Arbeiterklasse‘ im Vergleich zur Masse vergrößert.“¹⁵⁵

Daraus ergibt sich eine weitere Quelle für den Sozialchauvinismus in der ArbeiterInnenklasse. Denn die Unterdrückung der MigrantInnen ermöglicht es dem Staat, von den MigrantInnen jedes Jahr nicht unerhebliche Beträge in das Sozialversicherungssystem abzuschöpfen. Im Jahr 2007 gab der damalige Sozialminister Buchinger bekannt, daß die in Österreich beschäftigten ausländischen Staatsbürger damals rund 1.6 Milliarden Euro in die Sozialversicherung einzahlten, jedoch nur 0.4 Milliarden ausbezahlt bekommen. Übrig bleibt also ein jährlicher Netto-Gewinn des Staates – im Fall von 2007 waren das 1.2 Milliarden Euro – wodurch auch mehr Geld für die Auszahlung von Sozialleistungen an inländische Beschäftigte vorhanden ist.¹⁵⁶ Das Jahr 2007 ist hier keineswegs eine Ausnahme. Wie Studien zeigen, zahlen MigrantInnen jedes Jahr mehr in das Sozialsystem ein, als sie ausgezahlt bekommen.¹⁵⁷ Auch hier haben wir also eine gewisse materielle Basis für den Sozialchauvinismus im inländischen Teil der ArbeiterInnenklasse.

Ebenso spielt die enorme Kluft zwischen dem relativen Wohlstand des heimischen Proletariats (Sozialstaat, verhältnismäßig hoher Lebensstandard im globalen Vergleich) und der verarmten Lebensbedingungen in den Heimatländern der MigrantInnen eine wichtige Rolle. Unter kapitalistischen Verhältnissen – d.h. solange die Bourgeoisie weiterhin die Produktionsmittel besitzt und die Verteilung kontrolliert – würde ein unbegrenzter Zustrom von verarmten MigrantInnen auf die Dauer tatsächlich zu enormen Konflikten um die Arbeitsplätze, Wohnungen etc. führen. Daher der chauvinistische Abwehrreflex vieler einheimischer ArbeiterInnen gegen den „Ansturm der Barbaren“, um „den Sozialstaat“ gegen diese „zu verteidigen“ (Sozialstaats-Chauvinismus). Auch dadurch bindet der Imperialismus breite Teile des Proletariats an sich.

Schließlich gibt es noch einen tieferliegenden Grund für die Tatsache, daß der gegen die MigrantInnen gerichtete Rassismus eine gewisse Überzeugungskraft für viele ArbeiterInnen verleiht. Der Rassismus der ArbeiterInnenklasse der herrschenden Nation gegenüber den MigrantInnen stellt eine besondere Form des Warenfetischismus dar. Unter Warenfetischismus versteht Marx den „den gegenständlichen Schein der gesellschaftlichen Arbeitsbestimmungen“.¹⁵⁸ Im Kapitalismus erscheint die auf Warenproduktion beruhende Wirtschaft für die Menschen fälschlicherweise als ein Verhältnis von Dingen und nicht als gesellschaftliches Verhältnis zwischen Menschen oder besser gesagt Menschengruppen, also Klassen:

„Das Geheimnisvolle der Warenform besteht also einfach darin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eignen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der

*Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen. (...) Es ist nur das bestimmte gesellschaftliche Verhältnis der Menschen selbst, welches hier für sie die phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen annimmt.“*¹⁵⁹

Viele ArbeiterInnen erleben die MigrantInnen, durch die sie aus ihren angestammten Arbeitsplätzen verdrängt werden, als die eigentliche Ursache ihrer Misere – basierend auf der realen Konkurrenz zwischen ProletarierInnen am kapitalistischen Arbeitsmarkt v.a. in den Niedriglohn-Branchen mit relativ unqualifizierten Arbeitskräften aber auch in bestimmten Branchen, wo hoch-qualifizierte Dienstleistungsjobs ausgelagert werden. Mit anderen Worten: Die relativ billige Ware (MigrantInnen-)Arbeitskraft erscheint für den/die heimische/n ArbeiterIn als Ursache für den Verlust von Lohn bzw. Arbeitsplatz. Das heißt, daß die Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse, die wahren Hintergründe, im Bewußtsein der ArbeiterInnen und Jugendlichen verkehrt erscheinen: Nicht die kapitalistische Klasse und der Weltmarkt, welche Armut und Arbeitslosigkeit in allen Teilen der Welt erzeugen, sind Schuld, sondern die MigrantInnen aus den halbkolonialen Ländern. Hier zeigt sich einmal mehr die besondere Funktion der Ideologie, welche die Wirklichkeit als auf den Kopf gestellt erscheinen läßt – „wie in einer Camera obscura.“ (Marx)¹⁶⁰

Wie alle imperialistischen Staaten benützt auch der imperialistische Staat Österreich eine nationalistischen Ideologie. Der austro-patriotische Österreich-Kult, die Abgrenzung gegenüber anderen, kulturell fremden Völkern usw. sind notwendige Bestandteile, um die heimische Bevölkerung bewußtseinsmäßig an den bürgerlichen Staat zu binden. Daher werden auch Geschichtsbilder geschaffen, die zur Aufrechterhaltung des sich gegen MigrantInnen abgrenzenden Chauvinismus nützlich sind. Ein Beispiel dafür ist der Mythos des Kampfes gegen die Türkenbelagerungen, die heute noch – nicht ohne Erfolg – Jugendlichen in den Schulen eingetrichtert wird.¹⁶¹ Hinzu kommt noch die verheerende Rolle der Sozialdemokratie, die in der ArbeiterInnenklasse die Ideen des österreichischen Chauvinismus verbreitet und mittels der Sozialpartnerschaft jahrzehntelang die Ausgrenzung von MigrantInnen aus den Großbetrieben und den Gewerkschaften betrieben hat.¹⁶² Gerade für Österreich mit seiner verspäteten und verstümmelten Nationsentwicklung und den historischen Schwächen als kapitalistische Gesellschaftsformation spielte und spielt der Chauvinismus ein besonders wichtige Rolle als ideologisches Band, um die ArbeiterInnenklasse an die herrschende Klasse zu fesseln.¹⁶³

Mit der Herausbildung der Europäischen Union als sich zunehmend formierender imperialistischer Staatenbund wird auch von dieser Seite eine pro-europäische chauvinistische Ideologie gefördert, der sich der österreichische Staat natürlich anschließt. Diese Ideologie richtet sich u.a. gegen die verarmten, „unser Sozialsystem ausnützenden“, Flüchtlinge einerseits sowie auch gegen die angeblich so fremdartigen Moslems andererseits.

Die chauvinistische Ideologie in Österreich beinhaltet also, daß MigrantInnen nicht als gleichberechtigte BürgerInnen im Einwanderungsland behandelt werden können. Dies ist auch der wesentliche Grund dafür, daß seit vielen Jahren in den offiziellen Statistiken des Staates Österreich der wirkliche Anteil der MigrantInnen an der Bevölkerung

heruntergespielt wird. Je geringer man den Anteil der MigrantInnen in der Öffentlichkeit darstellt, umso leichter kann man sie als „Gastarbeiter“, die nicht zur „österreichischen Mehrheitsgesellschaft“ mit ihrem „Recht auf Heimat, kulturelle Identität und Sicherheit“¹⁶⁴ gehören, bezeichnen.

Diese chauvinistische Ideologie trifft jedoch auf gewisse Widersprüche. Tatsache ist, daß die österreichische, und überhaupt die gesamte europäische, Bevölkerung massiv älter wird und zahlenmäßig schrumpft. Angesichts seiner krisenhaften Entwicklung braucht das Kapital immer dringender frische, dynamische, am besten noch gut qualifizierte (sprich leistungsfähige und ausbeutungswillige) Arbeitskräfte. Daher die Forderungen der Industrielassenvereinigung nach dem Zuzug von mehr qualifizierten MigrantInnen.¹⁶⁵ Daher die Ideen mit der Blue Card der EU für qualifizierte Arbeitskräfte, daher die Pläne eines Außenministers Spindelegger, 100.000 Fachkräfte aus dem Ausland nach Österreich zu holen. Kurz, das Kapital braucht zunehmend MigrantInnen. Verschiedene Kreise in der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie drängen daher in den letzten Jahren darauf, man solle doch anerkennen, daß „Österreich ein Einwanderungsland“ sei und daß es hierzulande eben eine kulturelle „Diversität“ (Vielfältigkeit) gebe. Wenn man immer mehr und immer dringender MigrantInnen braucht, dann kann man nicht nur die Peitsche verwenden, sondern braucht auch etwas – zumindest (kostenloses) ideologisches – Zuckerbrot. Dies ist die objektive Grundlage dafür, daß ein zunehmender Teil der IdeologInnen der herrschenden Klasse – SozialwissenschaftlerInnen, JournalistInnen usw. – auch den tatsächlichen Anteil der MigrantInnen anerkennt.

Dieser verstärkte Bedarf nach MigrantInnen führt auch dazu, daß die herrschende Klasse versucht, eine Mittelschicht unter den MigrantInnen herauszubilden und zu integrieren. Die Erfahrungen mit der Reaktion der US-amerikanischen Bourgeoisie auf die Revolte der Schwarzen in den 1960er Jahren zeigen, daß eine herrschende Klasse unter bestimmten Bedingungen versucht, Handlanger mit einer gewissen sozialen Basis in den Reihen der Unterdrückten selbst zu kreieren. Die ersten Ansätze der Rekrutierung von jungen MigrantInnen für die Polizei, von migrantischen Intellektuellen für den Staatsdienst usw. sind Belege dafür, daß hier ein gewisses Umdenken zumindest in Teilen der Bourgeoisie weg von der groben Herrschaftsform der offenen Unterdrückung hin zur verfeinerten Herrschaftsform von Zuckerbrot und Peitsche stattfindet.¹⁶⁶

XVII. DIE ZUSÄTZLICHE UNTERDRÜCKUNG DER FRAUEN UND JUGENDLICHEN

Migrantische Frauen sind einer besonders intensiven Form der Unterdrückung ausgesetzt, da sie dreifach diskriminiert werden: zuerst einmal als Arbeiterin, dann als Migrantin und darüber hinaus auch als Frau. Migrantinnen verdienen im Durchschnitt noch weniger als ihre männlichen Kollegen, die selber bereits zu den schlechtest bezahlten Schichten der ArbeiterInnenklasse gehören. Allerdings sind die Lohnunterschiede zwischen migrantischen Männern und Frauen aufgrund der Tatsache, daß beide so massiv in den unteren proletarischen Schichten konzentriert sind, nicht so stark wie bei ihren inländischen KollegInnen. Laut einer WIFO-Statistik beträgt das

Median-Einkommen von inländischen Lohnbezieherinnen 67% des Einkommens ihrer männlichen Kollegen, während die ausländischen Lohnbezieherinnen 72% des Einkommens ihrer männlichen Kollegen verdienen.¹⁶⁷ Migrantinnen sind in noch höherem Ausmaß als Migranten als Hilfsarbeitskräfte tätig: Während ein Fünftel der im Ausland geborenen Männer solche Tätigkeiten verrichtet, ist es bei den Frauen jede Dritte (20.0% zu 32.9%). Bei den Migrantinnen aus der Türkei sind fast sechs von zehn Erwerbstätige Hilfsarbeiterinnen (57.5% bzw. 16.600), von den Migrantinnen aus dem ehemaligen Jugoslawien ist dies etwa jede Zweite (51.9%).¹⁶⁸

Oft üben Migrantinnen Berufe aus, die eine kollektive Organisation sehr erschweren (z.B. Putzfrau, Hausmeisterin) oder sie sind Hausfrauen. Während unter den österreichischen Frauen die Erwerbsquote 69% beträgt, liegt sie bei den Migrantinnen aus dem ehemaligen Jugoslawien bei 61%, bei jenen aus der Türkei bei 39% und bei den Frauen aus sonstigen Staaten bei 52%. Zu all dem kommt noch ihre Unterdrückung als Frau in patriarchalen Familienstrukturen. Da MigrantInnen in der Regel in ärmeren Verhältnissen leben, treten die in der bürgerlichen Familie im Kapitalismus grundsätzlich vorhandenen patriarchalen Strukturen – die absolute Dominanz des männlichen Familienoberhauptes – oftmals schärfer und brutaler hervor. Die z.T. noch aus dem Heimatland entstammende bäuerlich-patriarchal geprägte Kultur verstärkt auch noch diese Tendenzen. Daraus ergeben sich dann oft größere Schwierigkeiten für Frauen, alleine (bzw. ohne männliche Begleitung) in ihrer Freizeit außer Haus zu gehen, Sprachen zu erlernen oder sich von ihrem Mann selbstständig zu machen. Die in den Medien öfters erwähnten Zwangsverheiratungen von moslemischen jungen Frauen sind ein extremes (und auch eher seltenes) Beispiel für die Unterdrückung von Migrantinnen. Häufiger jedoch erleben migrantische Frauen einen starken Druck seitens ihrer Eltern (bzw. des Vaters), daß diese nur mit Einverständnis dieser eine Beziehung mit einem Mann eingehen dürfen. Ebenso leiden migrantische Jugendliche unter einer zusätzlichen Unterdrückung: Als Teil der ArbeiterInnenklasse, als MigrantInnen und eben als Jugendliche. 16.4% der Kinder aller Altersstufen weisen einen Migrationshintergrund auf – bei 391.400 Kindern wurden beide Elternteile im Ausland geboren. Zwei Drittel der Kinder mit Migrationshintergrund (65.8% bzw. 257.700) zählen zur Zweiten Generation.¹⁶⁹ Migrantenjunge sind stärker als inländische Jugendliche von Arbeitslosigkeit betroffen, auch wenn der Unterschied nicht bei allen Gruppen gleich groß ist. Die Gesamtjugendarbeitslosigkeit für die 15- bis 24-Jährigen betrug im Jahr 2009 rund 10%. Bei Jugendlichen mit türkischer Staatsangehörigkeit oder eines Nachfolgestaates Jugoslawiens waren jeweils 12,6% arbeitslos. Jugendliche aus sonstigen Nicht-EU-Staaten waren hingegen besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen (21,6%).¹⁷⁰ Aufgrund der verschiedenen Formen der Unterdrückung (Armut, Sprache) haben Migrantenjunge meist kein wesentlich höheres Bildungsniveau als ihre Eltern. Rund drei Viertel der Migrantenjungen haben keine über die Pflichtschule hinausgehende Ausbildung, zum Teil auch keinen Hauptschulabschluß.¹⁷¹

Zusätzlich zu den materiellen Schwierigkeiten, die sich aus der zumeist proletarischen Herkunft und der Diskriminierung als MigrantInnen ergeben, werden sie auch

als Jugendliche unterdrückt. Neben der allgemeinen gesellschaftlichen Rechtlosigkeit sind sie auch der patriarchalen Familienstruktur ausgesetzt.

Eben diese zusätzliche Unterdrückung von Frauen und Jugendlichen bildet einerseits ein wichtiges Hindernis für ihre Teilnahme an der Befreiungsbewegung der ArbeiterInnenklasse. Der Besuch politischer Veranstaltungen, der Beitritt zu einer revolutionären Organisation u.ä. kann zu scharfen Zusammenstößen mit der patriarchalen Familienstruktur führen. Andererseits aber stellen diese direkten, unmittelbaren Erfahrungen gesellschaftlicher Unterdrückung auch die Grundlage da, aus der KämpferInnen hervorgehen, die nichts als ihre Ketten zu verlieren haben und die der Sache der Revolution ergeben sind.

XVIII. DER KAMPF GEGEN REAKTIONÄRE KRÄFTE INNERHALB DER MIGRANTINNEN-GEMEINDE

Die MigrantInnen-Gemeinde ist natürlich kein homogener Körper. Vielmehr ziehen sich Spaltungslinien und Interessensgegensätze zwischen verschiedenen politischen Klassenkräften auch durch die MigrantInnen. Diese Klassenspaltung findet aber unter dem besonderen Umstand der gemeinsamen nationalen Unterdrückung statt. Nina Gunić hat diese Spaltungslinien richtigerweise folgendermaßen skizziert:

„Die ArbeiterInnenklasse (ist) jene Klasse, in der sich die meisten MigrantInnen befinden. Somit ist die natürliche Konsequenz eine zwiespältige Stellung der gesamten ArbeiterInnenklasse zum Rassismus. Die MigrantInnen sehen den Rassismus natürlicherweise als Bedrohung und wehren sich gegen diese Form der direkten Unterdrückung. Die Community, sprich der Zusammenschluß von MigrantInnen aus einem Land, ist eine Form der natürlichen Abwehr. Der Rückzug zur heimischen Kultur, den „eigenen“ Leuten, gibt ein Gefühl der Sicherheit und Stärke. Diese im Grunde organisierte Form der MigrantInnen bildet kleine Inseln von Minigesellschaften in der dominanten, inländischen Gesellschaft. Der Vorteil dieser Zusammenschlüsse ist eine bestehende Solidarität gegen Angriffe und Unterdrückung.

Andererseits sind auch die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kräfte aus dem Heimatland in solchen Communities vertreten. Die bürgerlichen Kräfte solcher Communities sind natürlich auch unterdrückt und werden mit Rassismus konfrontiert, allerdings in geringerem Ausmaß als die ArbeiterInnen. Hinzukommend sind sie oft in der Gesellschaft etabliert und bereichern sich durchaus am kapitalistischen System, wenn auch im geringeren Ausmaß als die inländische Bourgeoisie. Dies bedeutet wiederum, dass sich die Klassengegensätze zwischen proletarischen, kleinbürgerlichen und bürgerlichen Kräften auch innerhalb der Community widerspiegeln.

Jede Form von kämpferischen Widerstand der MigrantInnencommunity würde die bürgerlichen MigrantInnen in ihren Positionen gefährden. Der Kampf gegen die inländischen KapitalistInnen könnte die ArbeitermigrantInnen dazu verleiten, sich auch gegen die heimische Bourgeoisie zu wenden. Ein vorangeschrittenes, entwickeltes Klassenbewusstsein des Proletariats ist für die Bourgeoisie eine ernstzunehmende Gefahr, unabhängig von der Nationalität dieser Bourgeoisie. Somit stellen auch die bürgerlichen MigrantInnen ein Hindernis in der Organisation des proletarischen Widerstandes dar.“¹⁷²

Unsere konsequente Ablehnung des kulturellen Rassismus

und des imperialistischen Liberalismus hat daher nichts mit einer Glorifizierung der bürgerlichen Kultur, die in den halb-kolonialen Staaten und daher auch teilweise in den MigrantInnen-Gemeinden vorherrscht, zu tun. Während die Gesellschaften in den Metropolen von einer kapitalistischen Kultur unter imperialistischen Vorzeichen geprägt sind, so sind die Gesellschaften der Halbkolonien ebenfalls von einer kapitalistischen Kultur geprägt, wenn auch unter bestimmten anderen Vorzeichen. Einerseits ist diese Kultur aufgrund der verspäteten kapitalistischen Entwicklung noch stärker mit vor-kapitalistischen, oftmals patriarchalen Kulturformen vermischt. Viele MigrantInnen – z.B. aus der Türkei – kommen aus ländlichen Gegenden, wo patriarchale Strukturen noch stark ausgeprägt sind. Andererseits ist sie auch von der imperialistischen Dominanz („Kulturimperialismus“) geprägt, aber auch von der daraus oft resultierenden Ablehnung durch die unterdrückten Völker. Marxistische InternationalistInnen kämpfen daher ebenso gegen alle reaktionären Aspekte der bürgerlichen Kultur in den Halbkolonien und unter den MigrantInnen.

Der Kampf gegen bürgerliche Kräfte innerhalb der MigrantInnen-Gemeinde ist daher unverzichtbar. Dies beinhaltet den Kampf gegen organisierte bürgerliche Kräfte, die unter den MigrantInnen eine befriedende Rolle spielen. Ein Paradebeispiel dafür sind die Spitzen der *Islamischen Glaubensgemeinschaft*, die in den letzten Jahren alles daran gesetzt haben, um die Empörung vieler moslemischer MigrantInnen gegen die Kriegsverbrechen der USA und Israels so selten wie möglich auf der Straße zum Ausdruck kommen zu lassen. Viele NGO's arbeiten auch eng mit den Behörden zusammen und spielen eine ähnlich befriedende Rolle. Gleichzeitig gibt es aber auch radikalere, jedoch um nichts weniger reaktionäre Kräfte wie z.B. islamistische FundamentalistInnen. Aufgrund des Versagens der offiziellen MigrantInnenvertretungen konnten sie ihren Einfluß ausbauen. Umso wichtiger ist es, daß sozialistische RevolutionärInnen mit fortschrittlichen Kräften dafür arbeiten, um eine eigenständige Organisation – sei es in den Gewerkschaften, sei es in besonderen Bewegungen – der MigrantInnen unabhängig von den traditionellen Führungen oder radikal-reaktionären Pseudo-Alternativen voranzutreiben.

Ebenso wichtig ist der organisierte Kampf gegen jede Form von patriarchalen gesellschaftlichen Strukturen. Die ArbeiterInnenbewegung muß breite Kampagnen für die Rechte der Frauen und Jugendlichen organisieren sowie für ein breites öffentliches Beschäftigungsprogramm gerade auch für migrantische Frauen und Jugendliche organisieren. Wir treten ebenso für das Recht auf eigenständige Versammlungen von Frauen bzw. Jugendliche ein, wo sie ihre Schwierigkeiten mit patriarchalen Strukturen und den Kampf dagegen besprechen können. Ebenso befürworten wir das Recht von Frauen bzw. Jugendliche auf eine ihrem Anteil entsprechende Vertretung in den Führungsstrukturen der MigrantInnenorganisationen.

XIX. DIE TRADITION DER REVOLUTIONÄREN ARBEITERINNENBEWEGUNG

Seit Beginn der ArbeiterInnenbewegung nahm die Frage der Migration einen wichtigen Stellenwert ein. Karl Marx

erklärte bereits kurz nach der Gründung der I. Internationale, daß eine konsequent internationalistische Haltung in dieser Frage von entscheidender Bedeutung sei:

*„Eine der besonderen Funktionen, die unsere Assoziation bis jetzt mit Erfolg ausgeübt hat, ist der Widerstand gegen die Intrigen der Kapitalisten, die stets bereit sind, bei Arbeitseinstellungen und Aussperrungen die Arbeiter fremder Länder als Werkzeuge gegen die Arbeiter ihrer eigenen Länder zu mißbrauchen. Es ist eine der großen Aufgaben der Assoziation, zu erreichen, daß die Arbeiter der verschiedenen Länder sich nicht nur als Brüder und Kameraden der Emanzipationsarmee fühlen, sondern auch als solche handeln.“*¹⁷³

Marx und Engels sahen die große Migration vieler europäischer ArbeiterInnen in die USA als einen aufgrund der ungleichzeitigen Entwicklung des Kapitalismus und der großen Armut in Europa als einen unausweichlichen Prozeß. Sie sahen sehr wohl, daß die KapitalistInnen die Migration als Waffen gegen Streiks und zur Drückung des Lohns mißbrauchen würden. Aber letztlich – so führte Friedrich Engels in einem Artikel aus – würde die Migration den „*revolutionären Gang der Ereignisse*“ befördern.¹⁷⁴

Die I. Internationale im Kampf gegen das Streikbrechertum

Eine für die I. Internationale wichtige Frage war die Anheuerung von ausländischen ArbeiterInnen durch KapitalistInnen, um Streiks in ihren Betrieben zu brechen. Die I. Internationale betonte, daß der Feind nicht der ausländische Arbeiter, sondern der Kapitalist ist und daß das Ziel der gemeinsame Kampf ist. In einer Resolution am Genfer Kongreß (1866) bekräftigte sie:

*„Eine der besonderen Funktionen der Assoziation, welche bereits bei verschiedenen Gelegenheiten mit großem Erfolg ausgeführt worden, ist den Intrigen der Kapitalisten entgegen zu treten, die stets bereit sind, in Fällen von Arbeitseinstellungen und Ausschlüssen die Arbeiter fremder Länder als Werkzeuge zur Vereitlung der Ansprüche der Arbeiter ihrer eigenen Länder zu mißbrauchen. Es ist einer der größten Zwecke der Assoziation, daß die Arbeiter verschiedener Länder sich nicht allein wie Brüder fühlen, sondern auch als vereinte Teile der Emanzipations-Armee zu handeln wissen.“*¹⁷⁵

Bei dem darauffolgenden Kongreß in Lausanne (1867) konnte die Führung der Internationale - der Generalrat – in seinem Bericht eine positive Bilanz ziehen:

„Die zahlreichen Dienste, welche die Internationale Arbeiterassoziation in den mannigfachen Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit in den verschiedenen Ländern erwiesen hat, zeigen deutlich die Notwendigkeit einer derartigen Organisation. Wenn die Arbeiter die willkürlichen Bedingungen der Kapitalisten in England zurückwiesen drohten diese, sie durch 'Hände' vom Kontinent zu ersetzen. Die Möglichkeit einer solchen Importation hat in mehreren Fällen genügt, die Arbeiter zum Nachgeben zu veranlassen. Die Wirksamkeit des Generalrats verhinderte, daß solche Drohungen zutage traten wie ehemals. So oft derartiges vorkommt, genügt ein Wink, um die Pläne der Kapitalisten zum Scheitern zu bringen. Bricht ein Streik oder eine Aussperrung unter den Vereinen aus, die zur Internationalen Arbeiterassoziation gehören, dann werden sofort die Arbeiter aller Länder von der Sachlage unterrichtet und vor den Werbeagenten der Kapitalisten gewarnt. Diese Wirksamkeit des Generalrats beschränkt sich übrigens nicht bloß auf die Vereine der Internationalen Arbeiterassoziation die Unterstützung der Assoziation wird al-

len zuteil die sie anrufen. Vor allem half die Internationale den englischen Arbeitern dadurch, daß sie die gewerkschaftliche Organisation allenthalben außerhalb Englands aufs lebhafteste förderte.“¹⁷⁶

Auseinandersetzungen in der II. Internationale

Am Ende des 19. Jahrhunderts und dem Beginn der Migration unter imperialistischen Vorzeichen gewann diese Frage noch mehr an Bedeutung in den Auseinandersetzungen in der ArbeiterInnenbewegung. Die ArbeiterInnenbewegung war damals politisch in den sogenannten II. Internationale organisiert, die 1889 gegründet wurde und sich aus eine Reihe von sozialdemokratischen Parteien zusammensetzte. Die Verbürgerlichung der Sozialdemokratie und das Vordringen reformistischer Positionen spiegelten sich in verschiedenen Anträgen wieder, die eine gesetzliche Beschränkung der Einwanderung forderten. Doch insgesamt verfolgten die sozialdemokratischen Parteien oftmals einen internationalistischen Kurs und die marxistischen, internationalistischen Kräfte konnten solchen reaktionären Positionen Einhalt gebieten.

So sprach sich die II. Internationale 1893 auf ihrem Kongreß in Zürich auf Antrag der italienischen Delegation für eine enge Zusammenarbeit zwischen den Parteien und Gewerkschaften der Ein- und Auswanderungsländer aus sowie für die Organisation der Wanderarbeiter und die Verbreitung eines internationalistischen Bewußtseins. In einer Resolution auf dem Amsterdamer Kongreß 1904 wurden zwar nicht die negativen Auswirkungen der Migration auf das Lohnniveau etc. geleugnet, doch forderte man gerade deswegen die Aufhebung jeder Diskriminierung und gleiche politische Rechte für Einwanderer. Weiters hielt die Resolution fest:

*„Der Kongreß verurteilt jedoch jede Gesetzesmaßregel, welche die Auswanderung hindern oder fremde Arbeiter im Einwanderungsland ausschließen oder schlechter behandeln wollte.“*¹⁷⁷

Eine reformistische, sozialchauvinistische Minderheit forderte jedoch schon damals die Beschränkung der Einwanderung. Die MarxistInnen bezeichneten diese reaktionäre Politik als Sozialchauvinismus, da sie unter dem Vorwand der Verteidigung sozialer Errungenschaften eine ausländerfeindliche, chauvinistische Haltung einnimmt. Beim Amsterdamer Kongreß 1904 forderten die holländischen, britischen und amerikanischen Delegationen in einer Resolution, daß sich die Internationale für gesetzliche Einschränkung der Einwanderung von ArbeiterInnen „rückständiger Rassen“ aussprechen soll. Einer ihrer Sprecher, der US-amerikanische Delegierte Morris Hillquit begründete die Resolution damit, man müsse „einen Unterschied machen zwischen Arbeitern zivilisierter Länder und solchen, die dazu noch nicht die geringste Vorbedingung aufweisen“. Daher sei die „Fernhaltung der Kulis und Neger“ ein „Lebensinteresse unserer Arbeiterbewegung“, und daher sei diese Forderung in keinster Weise „reaktionär“.

¹⁷⁸ Ein anderes Beispiel für diese nationalistische Haltung ist ein Beitrag des deutschen Delegierten und Sekretärs der Maurergewerkschaft, Max Paepflow, auf dem Stuttgarter Kongreß 1907, der gleichzeitig auch Vorsitzender des Maurerverbandes war. Seine Worte könnten heute mühelos aus dem Munde eines führenden Gewerkschaftsbürokraten stammen:

„Unmöglich können wir zulassen, daß in Ländern mit hochent-

*wickelter Arbeiterbewegung die Errungenschaften jahrzehntelanger politischer und gewerkschaftlicher Organisation mit einem Schlage illusorisch gemacht werden durch Masseneinwanderung fast völlig bedürfnisloser Arbeiter.“*¹⁷⁹

Die reformistischen Kräfte beließen es nicht nur bei Worten, sondern setzten ihre sozialchauvinistische Politik teilweise auch in Taten um. So forderten einige französische Gewerkschaften in den 1890er Jahren in vielen Städten eine 10-Prozent-Quotierung bei der Ausländerbeschäftigung durch – es durften also von den Stadtverwaltungen bei öffentlichen Arbeiten nicht mehr als 10% der Lohnabhängige MigrantInnen sein. In der deutschen Stadt Chemnitz beantragten die sozialdemokratischen Kommunalvertreter, daß Unternehmer von der Vergabe öffentlicher Aufträge der Stadt ausgeschlossen werden, *„wenn sie nicht-deutsche Gehilfe und Arbeiter in erster Linie beschäftigen.“*¹⁸⁰

Eine zentristische Mittelposition wurde von dem austromarxistischen Theoretiker Otto Bauer vertreten. Er lehnte die offen sozialchauvinistische Haltung von Teilen der angelsächsischen Delegierten ab, bekundete jedoch gleichzeitig Verständnis für deren Motive und befürwortete eine kombinierte, widersprüchliche Politik: Einerseits sollte die ArbeiterInnenbewegung in den europäischen Ländern sehr wohl versuchen, das „kulturelle Niveau“ der EinwanderInnen zu heben und sie gewerkschaftlich zu organisieren. Andererseits aber können *„die Arbeiter nicht darauf verzichten, ihre Arbeitsstellen gegen die billigeren fremden Arbeitskräfte zu verteidigen. Sie werden daher im Staate und in den Selbstverwaltungskörpern verlangen, daß bei öffentlichen Bauten und Unternehmungen fremde Arbeiter nur dann herangezogen werden dürfen, wenn die heimischen Arbeiter voll beschäftigt sind.“*¹⁸¹ Wir sehen hier also bei dem Zentristen Otto Bauer einen würdigen Vorläufer der heutigen ZentristInnen, die die Verteidigung der Arbeitsplätze von einheimischen ArbeiterInnen gegen MigrantInnen auf ihre Fahne schreiben. (wie z.B. beim rassistischen „British Jobs for British Workers“-Streik bei den bei der Lindsey Ölraffinerie im Frühjahr 2009)

Doch die Mehrheit des Stuttgarter Kongresses verfolgte eine weitgehend internationalistische Linie. Julius Hammer, ein Delegierter der US-amerikanischen Sozialistischen Arbeiterpartei, kritisierte den Resolutionsentwurf zur Beschränkung der Einwanderung japanischer und chinesischer Arbeitern als „unsozialistisch“. Er lehnte Einwanderungsbeschränkungen ab und trat dafür ein, daß die internationale ArbeiterInnenklasse eine „große Nation“ werde: *„Eine gesetzliche Beschränkung der Einwanderung muß verworfen werden. Auf gesetzgeberischem Wege durch Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Parteien kann für den Sozialismus nichts erreicht werden. (...) Ich bitte Sie, in keine gesetzlichen Beschränkungen der Ein- und Auswanderung einzuwilligen. Wir müssen eine große Nation der Ausgebeuteten bilden.“*¹⁸²

Schließlich wurde eine Resolution in diesem Sinne einstimmig angenommen. Der Kongreß lehnte natürlich den Import von StreikbrecherInnen durch die KapitalistInnen ab, sprach sich aber klar gegen die sozialchauvinistische Politik der Ausgrenzung von bestimmten Einwandergruppen aus. Man müsse gegen die *„verwerfliche Ausschließung bestimmter Rassen und Nationen“* bei der Einwanderung eintreten und stattdessen die Freizügigkeit der Einwanderung fordern. Ebenso sprach sich der Kongreß

auf Anregung des ungarischen Delegierten Jozsef Diner-Denes für einen Mindestlohn für MigrantInnen aus, um so deren Funktion als LohndrückerInnen entgegenzuwirken. Ebenso wurde auch die weitreichende gewerkschaftliche Organisierung der MigrantInnen gefordert.

In einem Bericht über die Ergebnisse des Stuttgarter Kongresses wies Lenin zurecht darauf hin, daß diese rückständige, sozialchauvinistische Minderheitsposition nicht bloß eine Meinungsverschiedenheit war, sondern die materiellen Interessen einer privilegierten Minderheit – der obersten Schicht der ArbeiterInnenaristokratie – innerhalb der ArbeiterInnenklasse widerspiegelte:

*„Über die Resolution zur Aus – und Einwanderungsfrage wollen wir nur einige Worte sagen. Auch hier wurde in der Kommission versucht, zünftlerisch beschränkte Anschauungen zu verfechten, ein Verbot der Einwanderung von Arbeitern aus den rückständigen Ländern (Kulis aus China usw.) durchzubringen. Das ist der selbe Geist des Aristokratismus unter den Proletariern einiger „zivilisierter“ Länder, die aus ihrer privilegierten Lage gewisse Vorteile ziehen und daher geneigt sind, die Forderungen internationaler Klassensolidarität zu vergessen. Auf dem Kongreß selbst fanden sich keine Verfechter dieser zünftlerischen und spießbürgerlichen Beschränktheit. Die Resolution entspricht durchaus den Forderungen der revolutionären Sozialdemokratie.“*¹⁸³

Die gleiche Schlußfolgerung zog Clara Zetkin in ihrem Bericht über den Stuttgarter Kongreß:

*„Ein nahe verwandtes Problem (mit der Kolonialpolitik d. A.) hatte die Frage der Ein- und Auswanderung aufgerollt. Auch hier entstand der unbedingten Klassensolidarität der Proletarier aller Länder und Rassen eine Gegnerin in der kurzsichtigen Politik, die Lohninteressen organisierter Arbeiter in den Einwanderungsländern, wie Amerika und Australien, durch Einwanderungsverbote gegen rückständige, angeblich 'nicht organisationsfähige' Proletarier aus China und Japan schützen wollte. Es sprach aus dieser letzteren Tendenz derselbe Geist der Ausschließung und des Egoismus, der die alten englischen Trade Unions als eine Arbeiteraristokratie in Gegensatz zu der großen Masse der vom Kapitalismus am brutalsten ausgebeuteten und herabgedrückten Klassengenossen gebracht hatte. Der Kongreß hat hier, im Sinne und Geiste der deutschen Gewerkschaften und ihrer Praxis entsprechend, die Solidarität der Klasse als eines großen Weltbundes des Proletariats aller Rassen und Nationen hochgehalten, wie er in der Kolonialfrage den großen Weltbund der gleichen und verbrüdernten Menschheit aller Kulturstufen und Welteile zum Triumph geführt hat“.*¹⁸⁴

Das Beispiel der Zusammenarbeit der deutschen und italienischen Gewerkschaften

Ein positives praktisches Beispiel der internationalistischen Gewerkschaftspolitik ist die Kampagne, die die deutschen Gewerkschaften gemeinsam mit ihren italienischen KollegInnen entfalteten. Diese fand vor dem Hintergrund statt, daß die deutschen Unternehmer Ende des 19. Jahrhunderts italienische MigrantInnen als LohndrückerInnen und StreikbrecherInnen ins Land holten. Je nach Saison hielten sich 50-100.000 italienische ArbeitsmigrantInnen in Deutschland auf. Die deutschen Gewerkschaften reagierten darauf, indem sich mit den italienischen Gewerkschaften koordinierten. Es entstand eine Zusammenarbeit der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften und den italienischen Gewerkschaften.

Sie entfalteten eine systematische Aufklärungskampagne unter den deutschen und italienischen ArbeiterInnen.

Ihr Ziel war nicht das Hinausdrängen der italienischen ArbeiterInnen, sondern deren Gewinnung für die gewerkschaftliche Organisierung und deren Weigerung, sich als StreikbrecherInnen mißbrauchen zu lassen. In einem Appell an die italienischen MigrantInnen schrieben die deutschen Gewerkschaften u.a.: *„Wir haben nichts dagegen, daß ihr um Arbeit zu finden nach Deutschland kommt, ... denn der deutsche Arbeiter ist international und fühlt sich solidarisch verbunden mit den Arbeitern aller anderer Länder, und wir wünschen darum auch nicht, euch aus Deutschland zu entfernen. Wir verlangen nur, daß ihr mit uns solidarisch vorgeht, daß ihr nicht zu einem niedrigeren Lohnsatz und mit einer längeren täglichen Arbeitszeit als wir... Bei uns, bei euren deutschen Genossen ist euer Platz; mit uns und nicht gegen uns müßt ihr kämpfen. Wir wollen in dauernder Verbindung mit euch bleiben...“* Der Aufruf schließt mit den Losungen: *„Der Kapitalismus und die kapitalistischen Nutznießer sind unsere gemeinsamen Gegner und gegen diese wollen wir in geschlossenen Reihen marschieren. Es lebe die befreite Arbeit!!! Es lebe die internationale Solidarität!!!“*¹⁸⁵ Ebenso unternahmen sie solche Versuche hinsichtlich der polnischen ArbeitsmigrantInnen.

Die deutschen Gewerkschaften gaben zu diesem Zweck alleine zwischen 1892 und 1896 insgesamt 875.000 Stück des Flugblattes *„An die vom Ausland kommenden Arbeiter“* in italienischer und polnischer Sprache heraus. Später veröffentlichten sie eine italienisch-sprachige Zeitung *„L'Operaio Italiano“* – zuerst erschien sie alle zwei Wochen und später wöchentlich. Die Zeitung hatte in den Jahren 1908-10 eine durchschnittliche Auflage von 7.-10.500 Stück.

Darüberhinaus wurden zahlreiche Agitationsveranstaltungen in Italien organisiert. In Zusammenarbeit mit der italienischen Gewerkschaftszentrale wurden in den Wintermonaten alljährlich zwei italienisch-sprachige, deutsche Gewerkschaftsagitatoren nach Italien geschickt, um in den Heimatorten die MigrantInnen aufzuklären. Der italienische Bauarbeiterverband organisierte 1907/1908 insgesamt 400 Vorträge in nord- und zentral-italienischen Provinzen. Insgesamt war die Kampagne durchaus erfolgreich, da der Streikbruch durch italienische ArbeitsmigrantInnen weitgehend eingeschränkt wurde und viele ArbeiterInnen für die Gewerkschaften gewonnen werden konnten.¹⁸⁶

Doch mit dem Ausbruch des I. Weltkrieges 1914 gewannen die reformistischen, pro-kapitalistischen Kräfte schließlich die Oberhand in der II. Internationale.¹⁸⁷ Die Führungen der sozialdemokratischen Parteien gingen nun auf einen offen reformistischen Standpunkt über und unterstützten direkt oder indirekt die Kriegspolitik ihrer herrschenden Klasse. Das führte auch zu einer offenen Revision ihrer Haltung zur Frage der Einwanderung. Auf einer vom Internationalen Gewerkschaftsbund 1917 in Stockholm einberufenen Konferenz, wurden zwar prinzipielle Einwanderungsverbote noch abgelehnt. Aber die Resolution macht klar, daß *„die internationale Arbeiterbewegung ein Interesse daran bekundet, daß die Einwanderung nicht eine Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft des Einwanderungslandes durch den Massenimport unorganisierter und an niedrige Lebenshaltung gewöhnte Arbeiter herbeiführt“.*¹⁸⁸ Da man unter den gegebenen Bedingungen davon ausgehen müsse, daß dies der Fall sein werde, sollte in Zukunft die Forderung internationaler Freizügigkeit mit der

Forderung nach staatlicher Kontrolle der Einwanderung – unter Beteiligung der Gewerkschaften – verbunden werden.

Die Kommunistische Internationale im Kampf gegen den Sozialchauvinismus

Angesichts des Verrats der II. Internationale und ihres Überganges in das Lager des Reformismus spalteten sich die revolutionären MarxistInnen ab, organisierten sich unter der Führung Lenin's als *Zimmerwalder Linke* innerhalb der Antikriegsbewegung von Zimmerwald¹⁸⁹ und gründeten schließlich 1919 die *Kommunistische Internationale* (Komintern), welche auch III. Internationale genannt wurde. Die Komintern machte sich die konsequente Anwendung revolutionärer, internationalistischer Positionen zum Prinzip. Lenin betonte, daß Internationalismus nur möglich ist, wenn man zuerst einmal die Tatsache anerkennt, daß „... das Grundlegende, Wesentliche und Unvermeidliche beim Imperialismus die Einteilung der Nationen in unterdrückte und unterdrückende“ ist.¹⁹⁰

Daher war die internationale Solidarität mit den unterdrückten Völkern und ArbeitsmigrantInnen ein Grundpfeiler der Kommunistischen Internationale. Sie beschloß auf ihrem IV. Kongreß:

„Dieser Umstand (die Ausnützung von MigrantInnen als Billigstarbeitskräfte, d. A.) veranlaßte die Arbeiter der imperialistischen Länder, eine Einführung von Gesetzen gegen die Einwanderung und gegen die farbigen Arbeiter zu fordern, sowohl in Amerika als auch in Australien. Diese Gesetze vertiefen den Gegensatz zwischen den farbigen und den weißen Arbeitern, zersplittern und schwächen die Einheit der Arbeiterbewegung. Die Kommunistischen Parteien Amerikas, Kanadas und Australiens müssen eine energische Kampagne führen gegen die Gesetze zur Verhinderung der Einwanderung und müssen den proletarischen Massen dieser Länder klarmachen, daß solche Gesetze, indem sie den Rassenhaß schüren, letzten Endes ihnen selbst zum Schaden gereichen.

Andererseits verzichten die Kapitalisten auf Gesetze gegen die Einwanderung, um die freie Einfuhr billiger Arbeitskräfte zu ermöglichen und auf diese Weise die Arbeitslöhne der weißen Arbeiter herabzudrücken. Diese Absicht der Kapitalisten, zum Angriff überzugehen, kann nur durch ein Mittel erfolgreich vereitelt werden – die einwandernden Arbeiter müssen in die bestehenden Gewerkschaften der weißen Arbeiter aufgenommen werden. Gleichzeitig muß gefordert werden, daß die Entlohnung der farbigen Arbeiter den Arbeitslöhnen der weißen Arbeiter gleichgestellt wird.“¹⁹¹

Die revolutionäre Komintern (d.h. vor ihrer stalinistischen Degeneration ab 1924) unterschied sich von der II. Internationale unter anderem dadurch, daß bei ihr keine Kluft zwischen festlichen Resolutionen und der Praxis existierte. Die Kommunistischen Parteien und die von ihr geführten Gewerkschaften setzten diese Politik auch gegen den vehementen Widerstand der Sozialdemokratie und auch gegen die Vorurteile vieler einheimischer ArbeiterInnen um. So betrieb z.B. die von der Kommunistischen Partei Frankreichs geführte Gewerkschaft CGTU eine konsequent internationalistische Politik.

„Sie befürwortete offene Grenzen, eine Einheitsfront zwischen den französischen und ausländischen ArbeiterInnen sowie die Gleichheit der Rechte und in der Behandlung französischer und ausländischer ArbeiterInnen. Sie hielt diese Politik auch in

Zeiten der Arbeitslosigkeit aufrecht, wo sie die Politik der (sozialdemokratischen, d. A.) CGT kritisierte, die eine Bevorzugung der französischen ArbeiterInnen verlangte.“¹⁹²

Erst als die StalinistInnen ihre reformistische, pro-kapitalistische Politik durchsetzten, gab die CGTU ihre internationalistische Haltung auf.

Die IV. Internationale gegen die Überausbeutung der MigrantInnen

Die trotzkistische IV. Internationale, die das revolutionäre Erbe der Komintern aufgriff und fortsetzte, trat weiterhin für einen internationalistische Kurs ein. So forderte sie z.B. 1934 in ihrem Aktionsprogramm für Frankreich *„die Verhinderung jeder Sondergesetzgebung für ausländische und koloniale Arbeiter.“*

Ebenso schrieb sie sich den Kampf gegen die Überausbeutung der MigrantInnen auf ihre Fahnen: *„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Abschaffung der Überausbeutung der Frauen, jungen Leute, Ausländer und Arbeiter aus den Kolonien.“¹⁹³*

XX. DAS KONZEPT DER REVOLUTIONÄREN INTEGRATION

Das Konzept der revolutionären Integration beruht auf folgenden Grundsätzen:

i) Unser Ziel ist die Erringung der internationalen Einheit der ArbeiterInnenklasse aller Länder und der internationalistischen Einheit der in ihrem Charakter multinationalen ArbeiterInnenklasse in jedem einzelnen Land. Diese Einheit kann niemals durch Zwang hergestellt werden, sondern ausschließlich auf Grundlage der Freiwilligkeit und Gleichberechtigung. Letztlich wollen wir die nationalen Kulturen zusammenführen, vereinen, auf eine höhere Stufe stellen indem wir eine neue, sozialistische Menschheitskultur schaffen.

ii) Diese Einheit erfordert sowohl beharrliche Propaganda für den Internationalismus und gegen den Rassismus als auch den konsequenten Kampf für vollkommene Gleichberechtigung und volle demokratische Rechte für alle MigrantInnen.

iii) Diese Einheit kann nur im gemeinsamen Klassenkampf und durch diesen sowie mittels der gemeinsamen Organisation geschaffen werden. Sie muß als ein langfristiges Ziel verstanden werden, als einen Prozeß, der durch den Klassenkampf beginnt und erst im entwickelten Sozialismus zu Ende gehen wird.

Der Kampf gegen den Rassismus und für die revolutionäre Integration kann nur dann vollständig begriffen werden, wenn wir ihn als Teil der Strategie der permanenten Revolution verstehen. Migration ist ein Resultat der ungleichen und kombinierten Entwicklung der Produktivkräfte im Weltkapitalismus und der damit verbundenen Ausbeutung und Unterdrückung der armen Länder durch die imperialistischen Staaten. Der Kampf für die sozialistische Revolution kann nur erfolgreich sein, wenn er alle Widersprüche, alle Formen der Unterdrückung aufgreift und sie zu einer revolutionären, auf den Sturz der herrschenden Klasse gerichteten, Strategie bündelt. Eine Strategie hingegen, die sich ausschließlich auf den ökonomischen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit beschränkt und nicht auch die damit verbundenen gesellschaftlichen Gegensätze – zu denen auch die rassistische Unterdrückung

gehört – aufgreift, ist vulgärer imperialistischer Ökonomismus und zum Scheitern verurteilt. Die Strategie der Revolution muß vielmehr einen totalen, einen umfassenden gesamtgesellschaftlichen Charakter tragen und den Kampf für die revolutionäre Integration als unauflöslich verknüpft mit allen anderen Ausdrucksformen des gesellschaftlichen Klassenkampfes (für höheren Lohn, Arbeitsplätze, gegen Bildungsabbau, Frauenunterdrückung usw.) verstehen. In einer seiner wichtigsten Schriften – „Was tun“ – brachte Lenin dieses Grundverständnis des kämpferischen, tatsächlichen Marxismus in folgenden Sätzen auf den Punkt:

*„Man kann nicht genug betonen, daß das noch nicht Sozialdemokratismus ist, daß das Ideal eines Sozialdemokraten nicht der Sekretär einer Trade-Union, sondern der Volkstribun sein muß, der es versteht, auf alle Erscheinungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch auftreten mögen, welche Schicht oder Klasse sie auch betreffen mögen, der es versteht, an allen diesen Erscheinungen das Gesamtbild der Polizeiwilkkür und der kapitalistischen Ausbeutung zu zeigen, der es versteht, jede Kleinigkeit zu benutzen, um vor aller Welt seine sozialistischen Überzeugungen und seine demokratischen Forderungen darzulegen, um allen und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen.“*¹⁹⁴

Der erfolgreiche Kampf für die sozialistische Revolution erfordert die Einheit der ArbeiterInnenklasse. Dies macht den Kampf für die Überwindung der durch die kapitalistische Gesellschaftsstruktur verursachten Spaltungslinien innerhalb des Proletariats und der unterdrückten Schichten notwendig (Jugend, Frauen, nationale/ethnische Minderheiten usw.). Der Kampf gegen den Rassismus und die Kampfeinheit aller ArbeiterInnen und Jugendlichen unabhängig von ihrer nationalen/ethnischen Herkunft ist daher eine Frage von strategischer Bedeutung für die sozialistische Revolution – insbesondere in Europa und Österreich.

Der Kampf für die Einheit der ArbeiterInnenklasse bedingt zuallererst einmal den Kampf gegen den Rassismus und gegen jede Form chauvinistischer Vorurteile von ArbeiterInnen der herrschenden Mehrheitsnation. Die revolutionäre Strategie kann jedoch nicht bloß aus Agitation und Aufklärung gegen Rassismus bestehen, sondern muß die realen, gesellschaftlichen Unterdrückungsstrukturen – die wir in unserem Programm zu Recht als „*Mini-Apartheid*“ bezeichnet haben – zu ihrem Ausgangspunkt machen.¹⁹⁵ Das heißt, Kampf gegen Rassismus bedeutet Kampf gegen konkrete gesellschaftliche Benachteiligung von MigrantInnen und Kampf für ihre Rechte. Mit anderen Worten: Kampf für ihre vollständige Gleichstellung gegenüber der einheimischen Bevölkerung.

Das erfordert ebenso die Anerkennung der Tatsache, daß die ArbeiterInnenklasse in den imperialistischen Metropolen einen multinationalen bzw. multiethnischen Charakter besitzt. Ein ‚Internationalismus‘, der diese nationalen Unterschiede nicht anerkennt, sondern sie im Namen der Vorrangigkeit der Klasse leugnet oder in ihrer Bedeutung herabmindert, ist kein Internationalismus, sondern verkappter Sozialchauvinismus, oder – um eine Kategorie Lenins zu verwenden – *imperialistischer Ökonomismus*.¹⁹⁶

Nationale Kultur und sozialistische Menschheitskultur

Wir glorifizieren keineswegs die jeweiligen nationalen Kulturen. Auch wenn in jeder nationalen Kultur ein widersprüchliches – die Klassegegensätze widerspiegelndes – Potential steckt, so ist Kultur im Kapitalismus zuallererst und vor allem bürgerliche Kultur, Kultur der herrschenden Klasse. Wir trachten daher nicht danach, die jeweiligen nationalen Kulturen, die nationalen Differenzen zwischen den Völkern zu konservieren und zu verewigen. Nein, wir wollen letztlich die nationalen Unterschiede im positiven Sinne aufheben und auf einer höheren Stufe der Menschheitskultur aufheben. Deswegen lehnen wir das kleinbürgerlich-zivilgesellschaftliche Konzept des Multikulturalismus ab. Unsere Methode ist die des Lenin’schen Internationalismus:

*„Die klassenbewußten Arbeiter beschränken sich nicht darauf, gegen jegliche nationale Unterdrückung und gegen jegliche nationale Privilegien zu kämpfen. sie kämpfen gegen jeden, selbst den verfeinertsten Nationalismus und vertreten nicht nur die Einheit, sondern auch den Zusammenschluß der Arbeiter aller Nationalitäten im Kampf gegen die Reaktion und gegen jeden bürgerlichen Nationalismus. Nicht die Nationen voneinander zu trennen ist unsere Aufgabe, sondern die Arbeiter aller Nationen zusammenzuschließen. Nicht die ‚nationale Kultur‘ haben wir auf unser Banner geschrieben, sondern die internationale Kultur, die alle Nationen zu einer höheren, sozialistischen Einheit verbindet und die durch die internationale Vereinigung des Kapitals schon heute vorbereitet wird.“*¹⁹⁷

Aber dieser Prozeß ist ein langfristiger und er muß vor allem freiwillig, ohne auch nur den Hauch von Zwang und Druck stattfinden. Er muß das Ergebnis eines langen Prozesses der gesellschaftlichen Veränderung und Angleichung der Bedingungen sein und nicht irgendwelcher Beschlüsse und Willensbekundungen. Ist eine vollständige Fusion der verschiedenen Kulturen, ist eine völlige Integration der MigrantInnen vor der sozialistischen Revolution daher überhaupt möglich? Nein, das ist nicht möglich und kann auch nicht einmal in der ersten Phase nach der Revolution stattfinden. Zu tief sind die gesellschaftlichen Spaltungen, die unterschiedlichen, über Jahrhunderte und viele Generationen eingepprägten Kulturen und Vorurteile in den verschiedenen Nationen. Der Prozeß der sozialistischen Integration der verschiedenen Völker, der Menschheit, wird erst schrittweise im Rahmen des Voranschreitens des Sozialismus vollzogen werden. Mit dem Absterben der Klassen und des Staates wird es auch zur Aufhebung der unterschiedlichen nationalen Kulturen und der Herausbildung einer sozialistischen Menschheitskultur, der Erringung eines höheren, noch nie dagewesenen Geistes- und Kulturniveaus, kommen. Eine solche Kultur wird kein monolithischer Einheitsbrei sein, sondern sich durch die breitestmögliche Vielfalt, durch die Einbeziehung der unzähligen Reichtümer der bisherigen nationalen Kulturen, auszeichnen.

Das Programm der revolutionären Integration würde auch das Konzept einer *sozialistischen Palatalisierung von unten* beinhalten. In Kroatien findet seit den 1990er Jahren eine reaktionäre Palatalisierung von oben statt. Dabei wird von den bürgerlich-nationalistischen Regierungen eine systematische Sprachreform betrieben, um künstlich eine kroatische Sprache im Unterschied zum alten Serbokroatischen herauszubilden. Aufgabe einer starken, sozial-

istischen ArbeiterInnenbewegung wäre es, den umgekehrten Weg zu gehen und eine Annäherung der Sprachen, eine Übernahme von Wörtern in die Sprache der anderen nationalen Volksgruppe zu fördern. Natürlich sind die Möglichkeiten dafür begrenzt, solange nicht die ArbeiterInnenklasse die Macht übernommen hat und die Gesellschaft bewußt und systematisch umgestalten kann. Aber in Wirklichkeit findet ein solcher Prozeß bereits spontan statt. Die MigrantInnen der Zweiten Generation sprechen oft ein „Misch-Masch“ von Deutsch und ihrer Muttersprache. Deutsch-sprachige Jugendliche übernehmen viele englische Worte in ihren Sprachschatz.

Reaktionäre Politik der Assimilation

Integration von einem internationalistischen und sozialistischen Standpunkt hat nicht das Geringste mit der im bürgerlichen (inklusive den reformistischen Kräften) Lager vorherrschenden Auffassung von Assimilation zu tun. Integration bedeutet nicht, daß sich die MigrantInnen an die vorherrschende (deutsch-österreichisch, imperialistische) Kultur der Mehrheitsbevölkerung *anpassen*, also ihre jeweilige nationale Identität aufgeben und die der Mehrheitsbevölkerung annehmen. Wir lehnen dieses chauvinistische Konzept der Assimilation ab. Diese offizielle, vom imperialistischen Staat betriebene, Assimilationspolitik wird auch nicht besser, wenn sie mit liberalen Worten ausgeschmückt wird.

So schreibt z.B. der damalige Innenminister der SPÖ/ÖVP-Regierung Günther Platter: *„Wir wollen mit unserer Politik das Recht der österreichischen Mehrheitsgesellschaft auf Heimat, auf kulturelle Identität und Sicherheit gewährleisten. Gleichzeitig wollen wir auch das Verständnis, den Respekt und die Mitmenschlichkeit gegenüber allen Personen mit Migrationshintergrund in Österreich sicherstellen. (...) Integration ist keine Einbahnstraße. Sie setzt den Respekt der Zugewanderten vor unserem Land und die Bereitschaft zur Integration voraus.“*

¹⁹⁸ Die Botschaft ist eindeutig: MigrantInnen bekommen „*Verständnis, Respekt und Mitmenschlichkeit*“ (sprich Toleranz), WENN sie sich an die „*österreichische Mehrheitsgesellschaft*“ anpassen (sprich Unterordnung).

Ähnlich geht die sozialdemokratische Bürokratie vor. In einer Massenaussendung an alle Wiener Haushalte schreibt der Wiener SPÖ-Vorsitzende und Bürgermeister, Michael Häupl, unmißverständlich unter den Titeln *„Klare Worte. Klare Wege.“* bzw. *„Klare Regeln fürs Zusammenleben.“*: *„Ein Schlüssel für ein friedliches Zusammenleben ist die gemeinsame Sprache. Darum lege ich größten Wert darauf, dass alle Zuwanderinnen und Zuwanderer Deutsch lernen. Wir haben deswegen in Wien verpflichtende Deutschkurse und ein Vorschuljahr für alle Kinder eingeführt. Es geht mir aber auch um die Unterstützung der Frauen und Töchter in Zuwandererfamilien bei deren Überwindung von patriarchalen Strukturen. Funktionierende Integrationskonzepte sind mit ein Grund dafür, dass Wien auch heuer zur lebenswertesten Stadt der Welt gewählt wurde.“* ¹⁹⁹

Auch wenn es aufgeklärt klingt, daß sich ein SPÖ-Bürgermeister für die Rechte der migrantischen Frauen ins Zeug wirft, so läßt sich doch kaum leugnen, daß er und die SPÖ-Bürokratie in der Vergangenheit genügend Zeit hatten, ihr Interesse für die Besserstellung der Frauen unter Beweis zu stellen. Doch leider verdienen lohnabhängige Frauen in „seiner“ Stadt noch immer ein um 25,2% niedrigeres Nettoeinkommen. ²⁰⁰ Ebenso werden Frauen in zahlre-

ichen, der Gemeinde Wien nahestehende, Publikationen als (Halb)Nackt-Models mißbraucht. Jedenfalls ist auch hier die Botschaft klar: „funktionierende Integration“ ist, wenn die MigrantInnen gezwungen werden, Deutsch zu lernen und die westlich-imperialistischen Wertvorstellungen übernehmen. Punkt.

Das ist in Wirklichkeit nichts anderes als chauvinistische Assimilationspolitik, aber keine tatsächliche Integration. Nicht zufälligerweise bedeutet Integration wortwörtlich *„Vereinigung“* bzw. *„Herstellen eines Ganzen aus Einzelteilen“*. Assimilation ist reaktionär, ist auf die Unterwerfung und Aufrechterhaltung der Unterdrückung der MigrantInnen ausgerichtet und nicht auf gleichberechtigter Vereinigung. Integration bedeutet für uns als revolutionäre InternationalistInnen etwas völlig anderes als Assimilation. Es bedeutet ein auf freiwilliger Grundlage erfolgendes Zusammenwachsen und wechselseitiges Befruchten der verschiedenen Kulturen und Traditionen, wobei wir das Fortschrittliche und Rebellische aus allen Kulturen stärken und das Unterdrückerische und Patriarchale aus allen Kulturen überwinden wollen. Wir wollen nicht, daß sich die MigrantInnen an die ÖsterreicherInnen anpassen, sondern daß alle vollkommene Gleichberechtigung genießen und daß es auf diese revolutionär-demokratische Weise zu einem schrittweisen Prozeß der Annäherung und Verschmelzung hin zu einer höheren, internationalistischen Form der Kultur kommt.

Die Schein-Alternative der multikulturellen Segregation

Unsere Alternative zur Assimilation ist die revolutionäre Integration, nicht jedoch die Politik des Separatismus, der multikulturellen Segregation – also der Absonderung der einzelnen Gemeinden voneinander. In Ländern, wo von der herrschenden Klasse diese Politik angewandt wurde (wie z.B. in den USA gegenüber den Schwarzen), führte dies dazu, daß die imperialistische Bourgeoisie VertreterInnen der kleinen Schicht der Mittelklasse bzw. Kapitalisten unter der nationalen Minderheit gewissen Machtbefugnisse für die Kontrolle/Verwaltung über ihre Gemeinde gab bzw. gibt. Im anglosächsischen Raum nennt sich diese Konzept *„community control“* und läuft darauf hinaus, daß die Kirchenvertreter bzw. Imame oder UnternehmerInnen die Kontrolle über „ihre Gemeinde“ im Interesse der Aufrechterhaltung der herrschenden Ordnung ausüben und dafür von der weißen Bourgeoisie mit kleineren Privilegien belohnt werden.

Wenn wir MarxistInnen das ständige Drängen von (klein) bürgerlichen NationalistInnen in einem unterdrückten Land nach einem eigenen Staat als Kleinstaaterei kritisieren, trifft dies noch viel mehr auf die (klein)bürgerlichen Gemeinde-VertreterInnen zu, die nach Kontrolle über ihr kleines Viertel streben. Das ist keine Kleinstaaterei, sondern eine Mikro“staaterei“.

Eine solche multinationale Segregation kann jedoch nicht das Ziel von SozialistInnen sein. Natürlich verteidigen wir das *Recht* von MigrantInnen, unter sich zu sein. Niemand muß die Sprache der Mehrheitsnation lernen. Aber unser Ziel ist es, die verschiedenen nationalen Gruppen in einem Land auf freiwilliger Grundlage zusammenzubringen. Absonderung und *„community control“* sind daher kein politisches Konzept für eine internationalistisch und

auf die gesamte Gesellschaft ausgerichtete ArbeiterInnenklasse, sondern für (klein)bürgerliche Handlanger, die im Austausch für die Kontrolle über eine relativ kleine Gemeinde (und den damit verbundenen Privilegien) sich in den Dienst der Herrscher der „großen Gemeinde“ – sprich des imperialistischen Staates – stellen.

XXI. DIE PROGRAMMATISCHEN FORDERUNGEN IM KAMPF GEGEN DIE UNTERDRÜCKUNG DER MIGRANTINNEN

153. Die *Revolutionär-Kommunistische Organisation zur Befreiung* (RKOB) sowie die ehemals revolutionäre LFI bzw. LSR haben daher in ihren Programmen eine Reihe von internationalistischen, sozialistischen Forderungen aufgestellt, die sich die nationale und soziale Befreiung der MigrantInnen im Rahmen eines auf die sozialistische Revolution abzielenden Übergangsprogramm zur Aufgabe setzen.²⁰¹ Im Folgenden legen wir die vorrangigen Losungen unseres Programms für die Befreiung der MigrantInnen dar und erläutern sie.

Wir fordern **volle Staatsbürgerrechte für alle MigrantInnen – unabhängig davon, welche Paß sie besitzen und ob sie EU-BürgerInnen sind oder nicht**. Das beinhaltet u.a. das aktive und passive Wahlrecht auf allen – kommunal, regional und landesweit – Ebenen. Ebenso fordern wir **Abschaffung aller Sondergesetze für MigrantInnen (z.B. Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz, Ausländerbeschäftigungsgesetz)**! MigrantInnen müssen **gleichberechtigten Zugang haben zu den Ansprüchen auf alle Sozialleistungen**.

Eine besonders stark verfolgte und unterdrückte Gruppe unter den MigrantInnen sind die in Österreich illegal Lebenden sowie die AsylwerberInnen. Wir fordern daher die **sofortige Legalisierung aller illegal in Österreich Lebenden** sowie die **sofortige Freilassung aller Schubhäftlinge**.

Die Funktion der MigrantInnen als billige Arbeitskräfte und somit als LohndrückerInnen erfordert einen entschlossenen und gemeinsamen Kampf der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften müssen sich die völlige Gleichberechtigung der migrantischen ArbeiterInnen einsetzen. Sie müssen eine entschlossene Kampagne zur **Organisierung der illegal Beschäftigten sowie der MigrantInnen** im Allgemeinen betreiben. Ausgehend von dem Prinzip **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit** müssen sie für die massive Angleichung der Löhne der MigrantInnen nach oben auf das Niveau der österreichischen KollegInnen eintreten. Ebenso wichtig ist die Forderung nach gleichem Mindestlohn für MigrantInnen wie für InländerInnen!

Ebenso ist es wichtig, daß Gewerkschaften und Betriebsräte für die Gleichberechtigung am Arbeitsplatz eintreten! Es darf nicht hingenommen werden, daß MigrantInnen viel häufiger als ihre inländischen KollegInnen für die unangenehmeren, gefährlicheren, unbeliebten Tätigkeiten eingesetzt werden!

Der gemeinsame Kampf gegen das rassistische Auseinanderdividieren erfordert auch eine Orientierung der Gewerkschaften über die Grenzen hinweg. Im Geiste der gemeinsamen Kampagne der deutschen und italienischen Gewerkschaften gegen die Spaltung entlang nationaler Linien vor über 100 Jahren gilt es für einen **gemeinsamen**

Kampf des ÖGB mit den Gewerkschaften in West- und Osteuropa sowie der Türkei um eine Anhebung der Arbeits- und Lebensbedingungen einzutreten.

Es ist notwendig, daß die Gewerkschaften radikal umgewandelt werden. Sie müssen zu Organen werden, die sich konsequent für die Interessen der inländischen und migrantischen KollegInnen einsetzen. Dazu müssen die Gewerkschaften die Forderungen der MigrantInnen aufgreifen und entsprechend **massiv MigrantInnen in ihre Reihen aufnehmen**. Damit verbunden ist es auch vordringlich, daß Gewerkschaften und Betriebsräte ein multinationales Gesicht bekommen. Daher müssen **MigrantInnen das Recht auf eigene Treffen in der Gewerkschaft und im Betrieb** haben, um dort über mögliche Benachteiligungen zu beraten und sich ein gemeinsames Vorgehen für ihre Rechte zu überlegen. Ebenso sollen **MigrantInnen** entsprechend ihrem Anteil unter den Beschäftigten direkt proportional **im Betriebsrat bzw. in den Gewerkschaftsgremien vertreten** sein.

Wir wenden uns bedingungslos gegen die sich ausbreitende Hetze gegen moslemische MigrantInnen. Wir treten für das **Recht auf freie Religionsausübung** ein. Die Hetze gegen den Islam ist in Wirklichkeit eine Form des Rassismus gegen eine Gruppe von MigrantInnen. Wir verteidigen daher das **Recht von Moslems Moscheen zu bauen (auch mit Minaretten, wenn sie das wünschen)**. Wir verteidigen auch das **Recht von moslemischen Frauen, an ihrer Arbeitsstelle und jedem öffentlichen Raum eine Verschleierung (Kopftuch bis Burka) zu tragen**! Genauso verteidigen wir aber auch das **Recht von Frauen und Jugendlichen, sich jedem Druck und Zwang von religiösen Familie und Institutionen zu widersetzen**. Niemand darf gezwungen werden, sich gegen seinen bzw. ihren Willen religiösen Vorschriften (wie z.B. das Tragen eines Kopftuches) unterzuordnen!

Notwendig ist schließlich auch ein entschlossenes Vorgehen der gesamten ArbeiterInnenbewegung und der MigrantInnenorganisationen gegen faschistische und rassistische Angriffe. Die vermehrten Anschläge auf migrantische Wohnheime zeigen die wachsende Gefahr für die Sicherheit und das Leben von MigrantInnen. Gegen diese Gefahr muß mit allen Mitteln und aller Entschlossenheit vorgegangen werden. Kein Vertrauen darf es dabei in die Polizei geben. Offiziell gibt es ein Verbotsgesetz für Nazis, doch trotzdem sind sie so stark wie schon lange nicht mehr. Statt sich an den bürgerlichen Staat zu wenden, ist ein militantes, notfalls auch gewaltsames Vorgehen der ArbeiterInnenbewegung gegen die Nazis vordringlich. **Zerschlagt die faschistischen Organisationen! Verhindert jedes öffentliche Auftreten von FaschistInnen! Für den Aufbau von gemeinsamen Selbstverteidigungseinheiten der InländerInnen und MigrantInnen zum Schutz vor faschistischen und rassistischen Angriffen!**

Internationalismus und das Recht von MigrantInnen auf Verwendung ihrer Muttersprache

Angesichts der klaren Benachteiligung von MigrantInnen auf dem Gebiet der offiziellen Sprache bei den Behörden, in den Ausbildungsstätten und anderen öffentlichen Räumen treten wir für folgende Losungen ein: **Abschaffung von Deutsch als offizieller Amtssprache! Gleichberechtigte Anerkennung zumindest der häufiger verwendeten**

Sprachen der MigrantInnen in allen öffentlichen Institutionen (Behörden, im Unterricht in den Schulen und Universitäten, Medien usw.)! Massive Neueinstellung von MigrantInnen im öffentlichen Dienst, als LehrerInnen in Schulen usw.! Kostenlose Angebote für Sprachkurse (auch innerhalb der Arbeitszeit) für alle in Österreich gesprochenen Sprachen auf freiwilliger Basis!

Dieses Programm für die konsequente Gleichberechtigung der MigrantInnen auch auf dem Gebiet der Sprachen wird von fast allen Organisationen der ArbeiterInnenbewegung abgelehnt. Diese Ablehnung geht weit über die Grenzen der Sozialdemokratie. So stießen wir auf heftige Kritik, als wir im Rahmen des Wahlkampfes mehrerer linker Organisationen bei den Nationalratswahlen 2008 die Forderung nach mehrsprachigen Schulen zur Integration der MigrantInnen aufstellten. Gruppen wie die zentristische „Sozialistische LinksPartei“ (SLP) oder die Kommunistische Initiative (KI) lehnten diese Forderung mit dem Argument ab, das würden die österreichischen ArbeiterInnen „nicht verstehen“. Vielmehr traten sie für bessere Angebote für MigrantInnen ein, damit diese leichter die offizielle Staatssprache Deutsch lernen könnten. Wir halten diese politische Herangehensweise für eine sozialchauvinistische Anpassung an die im imperialistischen Staat herrschende (österreichische) Nation.

Diese Gruppen glauben, daß Losungen wie das Recht auf Muttersprache falsch seien, weil sie den Kampf mit den österreichischen ArbeiterInnen erschweren, weil man diese dadurch abschrecken würde. Sie verstehen nicht, daß der konsequente Kampf für die demokratischen Rechte der MigrantInnen gerade auch für die Schärfung des Klassenbewußtseins des inländischen Teils des Proletariats – für seine „politische Erziehung“ (Trotzki) – unabdingbar ist. Trotzki's Feststellung über die zentrale Bedeutung des Befreiungskampfes der Schwarzen für die US-amerikanischen weißen ArbeiterInnen läßt sich unschwer verallgemeinern auf den zentralen Stellenwert des Kampfes gegen den Rassismus und für die vollständige Gleichberechtigung der MigrantInnen für das inländische Proletariat:

*„Das Argument, daß der Slogan der Selbstbestimmung vom Klassenstandpunkt wegführe, ist eine Anpassung an die Ideologie der weißen Arbeiter. Der Neger kann zu einem Klassenstandpunkt nur gebracht werden, wenn der weiße Arbeiter erzogen ist. Im Ganzen ist die Frage der kolonialen Völker in erster Linie eine Frage der Erziehung des Metropolen-Arbeiters.“*²⁰²

Wir sind für die Abschaffung von Deutsch als offizielle Amtssprache der Republik Österreich, weil eine offizielle Staatssprache nicht anderes als bürokratischer Zwang ist oder – in den Worten Lenins - „Polizeizwang“²⁰³ Dies müssen sogar bürgerliche Wissenschaftler zugeben. 204 Wir fordern stattdessen die Gleichstellung der Sprachen der MigrantInnen in allen öffentlichen Institutionen ein. Die MigrantInnen stellen einen großen und wichtigen Teil der Gesellschaft dar. Deutsch darf daher nicht mehr das Monopol in den öffentlichen Institutionen besitzen. Wir befürworten das Angebot von kostenlosen Deutsch-Kursen für MigrantInnen. Aber wir lehnen jeden Zwang, daran teilzunehmen ab oder gar eine Prüfung über die Deutschkenntnisse und das Wissen von den geschichtlichen „Glanzzeiten“ Österreichs abzulegen. (Integrationspakt 2003). Ganz besonders lehnen wir das Verbot der Verwendung der Muttersprache von MigrantInnen in ihrem privaten Umgang, wie dies im Sommer 2010 an einer katholischen

Privatschule in Salzburg erfolgte. 205

Wir fordern aber darüber hinaus die gleichberechtigte Anerkennung der Sprachen der MigrantInnen bei den Behörden, in den Schulen usw. (dies betrifft insbesondere türkisch und serbo-kroatisch). Viele LehrerInnen sind arbeitslos, viele migrantische SchülerInnen können mehr schlecht als recht dem Unterricht folgen. Wieso ist eine Ausbildung in türkischer Sprache weniger wert als in deutscher Sprache?! Die Lösung muß also die sein, daß über ein öffentliches Beschäftigungsprogramm – finanziert aus den Profiten der Nutznießer der Migration, den Kapitalisten – tausende MigrantInnen als Lehrer, Übersetzer, Verwalter ausgebildet und bei den Behördenstellen usw. angestellt werden.

Hierbei knüpfen wir an die Herangehensweise Lenin's und der russischen Bolschewiki an, die für die konsequente Gleichberechtigung der unterdrückten Nationalitäten eintraten und jede Form von Chauvinismus und nationalistischer Isolation bekämpften:

*„Soweit in der kapitalistischen Gesellschaft, die auf Ausbeutung, Bereicherung und Hader begründet ist, ein nationaler Friede möglich ist, ist er nur bei einer konsequenten, restlos demokratischen, republikanischen Staatsordnung erreichbar, die die völlige Gleichberechtigung aller Nationen und Sprachen gewährleistet und keine obligatorische Staatssprache festlegt, der Bevölkerung Schulen garantiert, in denen in allen im betreffenden Ort vertretenen Sprachen unterrichtet wird, und in die Verfassung ein grundlegendes Gesetz aufnimmt, wonach alle wie immer gearteten Privilegien der einen oder anderen Nation und alle wie immer gearteten Verstöße gegen die Rechte einer nationalen Minderheit für ungesetzlich erklärt werden. (...) Die Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten innerhalb der Grenzen eines Staates ist vom Standpunkt der Demokratie im allgemeinen und der Interessen des Klassenkampfes des Proletariats im besonderen schädlich.“*²⁰⁶

Die konsequente, revolutionär-demokratische Forderung nach Recht auf Muttersprache wurde von den Bolschewiki auch in Programmen von 1903 und 1919 aufgestellt. So forderten sie:

*„Vollständige Verwirklichung der Grundsätze der einheitlichen Arbeitsschule mit Unterricht in der Muttersprache...“*²⁰⁷ bzw. *„Das Recht der Bevölkerung auf Bildung in der Muttersprache, gewährleistet durch Schaffung der hierfür erforderlichen Schulen auf Kosten des Staates und der Selbstverwaltungsorgane; das Recht jedes Bürgers, auf Versammlungen in der Muttersprache zu sprechen, die gleichberechtigte Einführung der Muttersprache neben der Staatssprache in allen örtlichen gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen.“*²⁰⁸

Bürgerliche Kräfte – nicht nur die FPÖ, sondern auch die SPÖ Wien – stehen für eine Politik des Deutsch-Zwangs. Sie fordern, daß es verpflichtende Deutschkurse für ausländische Kinder bzw. Jugendliche geben soll. Das begründen sie damit, daß diese Deutschkurse die Grundlage für das Verstehen des kommenden Unterrichts seien und daß es auch im Betrieb notwendig sei, sich verständigen zu können. Wir lehnen diese Politik strikt ab. Ein solcher Zwang zum Erlernen der deutschen Sprache verstärkt noch mehr die Stellung von Deutsch als Monopolsprache und stärkt ebenso eine chauvinistische bzw. ignorante Haltung bei österreichischen ArbeiterInnen und Jugendlichen („Die sollen erstmal unsere Sprache lernen“). Ebenso führt ein solcher Zwang zur Erlernung der deutschen Sprache – und verpflichtende Kurse werden nun einmal

als aufgezwungen empfunden – zu einer Entfremdung der MigrantInnen, zur Stärkung des bereits vorhandenen Nationalbewußtseins unter den MigrantInnen und des durchaus berechtigten Empfinden, diskriminiert zu werden. Stattdessen fordern wir ein verstärktes Angebot von Unterricht nicht nur der deutschen Sprache, sondern auch von anderen von großen Minderheitsgruppen Österreichs gesprochenen Sprachen an den Schulen und Universitäten.

Im Interesse einer Integration lehnen wir eigene Klassen oder Schulen für MigrantInnenjugendliche ab.²⁰⁹ Diese sollen vielmehr in den ganz „normalen“ Klassen sitzen, wo jeweils mehrere Lehrer (in verschiedenen Sprachen) unterrichten. Der „Hauptunterricht“ muß nicht in Deutsch stattfinden, es soll vielmehr je nach Proportion die am stärksten vertretene Sprache gewählt und die anderen Sprachen ergänzend von den Zusatzlehrern unterrichtet werden. Das Einstellen mehrerer LehrerInnen für jede Klasse wirkt nicht nur der massiven Arbeitslosigkeit in diesem Sektor (und bei den MigrantInnen) entgegen, sondern verbessert auch die Betreuungsmöglichkeiten für SchülerInnen und verhindert auch das oft angeführte „Verschlechtern der Klasse“ durch nicht-deutsch-sprechende-SchülerInnen.

Gemeinsame Klassen von inländischen und MigrantInnen-Kindern fördern auch das bessere Verständnis und legen die Grundlage für ein Vermischen der Sprachen und somit für eine künftige multinational-internationalistische Sprachkultur in Österreich.

Wir fordern weiter, daß in Betrieben während der Arbeitszeit freiwillige, kostenlose Kurse für die Sprachen der größeren MigrantInnengruppen stattfinden. Dadurch haben auch österreichische ArbeiterInnen die Möglichkeit, türkisch oder serbo-kroatisch zu lernen. So können beide „Seiten“ die andere Sprache erlernen.

Wir fordern weiters: In den Betrieben sollen – bei einem bestimmten MigrantInnenanteil unter den Beschäftigten – alle arbeitsrelevanten Informationen auf Kosten des Unternehmens mehrsprachig veröffentlicht werden.

In Bezug auf öffentliche Institutionen und Behörden fordern wir die Einstellung von mehrsprachigen Lohnabhängigen bzw. von migrantischen Beschäftigten. Weiters fordern wir, daß alle Formulare in den gängigsten Fremdsprachen (in Österreich wären dies: Serbo-Kroatisch, Türkisch, Polnisch, Slowenisch, Slowakisch, Tschechisch, Englisch, Französisch, Italienisch) aufliegen.

Die Frage der rassistischen Einwanderungskontrolle

Einen wichtigen Platz in unserem Programm nehmen auch folgende Forderungen ein: **Weg mit dem neuen Eisernen Vorhang für MigrantInnen an den Grenzen Österreichs und der EU! Offene Grenzen für alle!**

Diese Forderungen wurden und werden von den sozialdemokratischen, stalinistischen und auch diversen zentristischen Kräften heftig abgelehnt. Unsere Argumente dafür sind folgende: Die Macht des bürgerlichen Staatsapparates, die Bedingungen für die Einwanderung und die Arbeitsbewilligung von MigrantInnen zu bestimmen, ist ein wichtiges Instrument zur Unterdrückung von MigrantInnen. Es sagt viel aus, daß die kapitalistische Zweite Republik jahrzehntelang auf der gleichen gesetzlichen Grundlage für die Beschäftigung von ausländischen Staatsangehörigen arbeitete wie die Nazis. „Die Zweite Republik hatte 1945

die Deutsche „Reichsverordnung über ausländische Arbeitnehmer“ ohne jede Änderung in den Rechtsbestand übernommen. Sie war in Deutschland am 23. Januar 1933 in Kraft getreten. Eine Woche später wurde Hitler Kanzler. In Österreich galt sie seit 1. April 1941. Die Arbeitnehmerin bzw. der Arbeitnehmer musste um eine Arbeitsbewilligung ansuchen, die Arbeitgeberin bzw. der Arbeitgeber um eine Beschäftigungsbewilligung. Erst wenn beides erteilt war, konnte auf einem bestimmten Arbeitsplatz für eine bestimmte Zeit gearbeitet werden.“²¹⁰

Das Eintreten für offene Grenzen bedeutet Kampf gegen alle Formen der Einwanderungskontrolle durch den imperialistischen Staat und für das uneingeschränkte Recht von MigrantInnen, in die imperialistischen Metropolen zu kommen. Dies ist nur die Konsequenz unserer gesamten Analyse der Migration. Immer größer wird die Kluft zwischen den armen und reichen Ländern. Die Migration ist das unvermeidliche Produkt der imperialistischen Ausbeutung der halbkolonialen Welt und daher ein natürlicher Bestandteil dieses Systems. Angesichts der zunehmenden Verschärfung der Krisen und des Elends werden die imperialistischen Staaten immer brutaler und mit immer mehr militärischen Mitteln (US-Nationalgarde an der Grenze zu Mexiko, Frontex an der EU-Außengrenze) gegen MigrantInnen vorgehen.²¹¹

Die Bedeutung der marxistischen Forderung nach „Offenen Grenzen“ liegt darin, daß wir damit

i. erstens für die Rechte der MigrantInnen eintreten – jener, die vom imperialistischen Weltsystem ausgebeutet und unterdrückt werden, die dessen Opfer darstellen.

ii. Und zweitens für das Zerreißen jeglichen politischen und ideologischen Bandes eintreten, welches die inländische ArbeiterInnenklasse an ihre „eigene“ herrschende Klasse fesselt.

Es geht nicht nur darum, den Opfern des Imperialismus die Möglichkeit auf ein besseres Leben zu gewähren. Es geht auch darum, jegliches Verbundenheitsgefühl der inländischen ArbeiterInnen mit „unserem“ Land – das in Wirklichkeit „den anderen“, der Bourgeoisie, gehört –, mit „unserer“ Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung – die in Wirklichkeit nur dem Kapital dient –, zu untergraben und zu zertrümmern. Solange die inländische ArbeiterInnenklasse an die „eigene“ Bourgeoisie gebunden bleibt, solange kann sie auch nicht erfolgreich für ihre Klasseninteressen kämpfen. Wie Lenin schon sagte: „Die Unterdrückung der ‚Fremdstämmigen‘ ist ein zweischneidiges Schwert. Einerseits schlägt es die ‚Fremdstämmigen‘, andererseits das russische Volk.“²¹² Ähnlich ist ja auch der Sinn der Lenin’schen Politik des revolutionären Defaitismus im imperialistischen Krieg, der mit der Losung „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ auf die Untergrabung des bürgerlichen Patriotismus und die Vorbereitung des offenen Klassenkampfes bis hin zum Bürgerkrieg gegen die eigene herrschende Klasse abzielte.

Natürlich versuchen die UnternehmerInnen die MigrantInnen als Lohndrücker gegen die heimischen ArbeiterInnen einzusetzen (wie im Übrigen auch gegen die schon länger ansässigen MigrantInnen) Die Konkurrenz am Arbeitsmarkt ist ebenso ein zentraler Bestandteil des Kapitalismus. Von dieser Logik waren die österreichischen Lohnabhängige schließlich auch lange Zeit auf umgekehrte Weise betroffen. Die Tatsache, daß Konzerne wie General Motors, Siemens usw. in Österreich und nicht in anderen Ländern ihre Standorte aufbauten, geht ja gerade

darauf zurück, daß sich mit österreichischen ArbeiterInnen mehr Profit machen ließ bzw. läßt als anderswo. Die Konkurrenz am Arbeitsmarkt ist im Übrigen nicht auf AusländerInnen – InländerInnen beschränkt. Sie existiert z.B. genauso zwischen Männern und Frauen, älteren und jüngeren KollegInnen und fix Angestellten und prekär Beschäftigten. Deswegen war auch eine wichtige Aufgabe von SozialistInnen im 19. Jahrhundert, die Ablehnung der Anstellung von Frauen durch manche Gewerkschaften zu bekämpfen. Konkurrenz am Arbeitsmarkt läßt sich also im Kapitalismus nicht abschaffen und daher sind Abschottung und Grenzen-dicht-Strategie sowohl reaktionär als auch utopisch.

Entscheidend für die Fähigkeit der ArbeiterInnenklasse, ihre Errungenschaften zu verteidigen und neue zu erringen, ist nicht der Anteil der MigrantInnen. Das Ausmaß der Migration ist ein untergeordneter Faktor für das Lohnniveau und die Höhe der Arbeitslosigkeit. In Österreich z.B. ging in den 1980er Jahren die Ausländerbeschäftigungsquote deutlich zurück, während gleichzeitig die Arbeitslosigkeit anstieg. In Japan – einem Land, wo der Anteil von MigrantInnen an den Lohnabhängigen bloß 1-1.5% beträgt – ist die Arbeitslosigkeit in den 1990er Jahren auf den Nachkriegshöchststand hinaufgeschnellt. Ausschlaggebend ist vor allem einmal die Entwicklung der Weltwirtschaft und der Konkurrenz. Vor diesem Hintergrund entscheidet nicht der Anteil der MigrantInnen über die erfolgreiche Verteidigung von Errungenschaften, sondern vielmehr die politische und gewerkschaftliche Kampfkraft. In der deutschen Metallbranche sind sehr viele KollegInnen türkischer oder jugoslawischer Abstammung beschäftigt und trotzdem zählen die MetallerInnen in der BRD zu den weltweit Bestverdienenden.

Es ist kein Zufall, daß gerade in Ländern wie Österreich und Japan der Nationalismus/Chauvinismus besonders stark ausgeprägt ist. Je weniger eine ArbeiterInnenklasse kämpft, desto weniger Klassenbewußtsein hat sie, und desto anfälliger ist sie für das Gift der rassistischen Propaganda. Ebenso besteht ein Zusammenhang zwischen dem niedrigen Klassenbewußtsein einerseits und dem kometenhaften Aufstieg von Haiders FPÖ 1986-2000 bzw. dem historischen Übergewicht der konservativen Liberaldemokratischen Partei in Japan, die fünf Jahrzehnten lang faktisch ununterbrochen regiert, andererseits. Dies ist natürlich nicht die individuelle Schuld der „rückständigen“, „unaufgeklärten“ japanischen oder österreichischen ArbeiterInnen, wie es arrogante kleinbürgerliche Zivilgesellschaftslinken gerne behaupten. Vielmehr ist es die Strafe für historische Niederlagen, die die ArbeiterInnenbewegungen in Österreich und Japan zwischen 1945 und 1950 aufgrund des Verrats der sozialdemokratischen und stalinistischen Parteien einstecken mußten und deren Folgen durch die weiterbestehende Vorherrschaft dieser Kräfte innerhalb der Gewerkschaften konserviert wurden.

In der jüngeren Vergangenheit hat die Frage des Zugangs von MigrantInnen zum heimischen Arbeitsmarkt erneut an enormer Brisanz gewonnen. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie hat sich gerade angesichts des EU-Beitritts von 12 osteuropäischen Ländern 2004 bzw. 2007 massiv für Einwanderungsbeschränkungen ausgesprochen. Und im Frühjahr 2009 kam es in Britannien bei der Lindsey Ölfraffinerie zu einem spontanen Streik,

der sich unter dem nationalistischen Motto „*British Jobs for British Workers*“ gegen die Anstellung von migrantischen ArbeiterInnen und für den Vorzug für einheimische Arbeitskräfte aussprach.

Dieser Streik war durch und durch reaktionär, da er nicht auf die Einbeziehung der MigrantInnen in den Kampf und in die Gewerkschaften, nicht auf die Forderung nach gleichen Löhnen für die MigrantInnen wie für die einheimischen Arbeitskräfte und nicht auf Jobs für alle – MigrantInnen und einheimischen ArbeiterInnen – abzielte. SozialistInnen und InternationalistInnen mußten für solche Forderungen eintreten und wir taten dies damals auch gemeinsam mit unseren damaligen GenossInnen in der britischen LFI-Sektion *Workers Power*.

Beschämenderweise hat der Großteil der britischen Linken – von der Kommunistischen Partei über den Respect-Abgeordneten George Galloway bis zur „*Socialist Party*“ (die Schwesterorganisation der *SLP* in Österreich) und „*Socialist Appeal*“ (die Schwesterorganisation des *Funke* in Österreich) – diesen rassistischen Streik unterstützt. Sie rechtfertigten ihre Unterstützung, indem sie entweder den Nationalismus offen verteidigten oder seine Bedeutung herunterspielten. Kurz und gut: sie umgaben einen reaktionären Streik mit einem fortschrittlichen Mäntelchen. Wie wir im Kapitel über die Tradition der revolutionären ArbeiterInnenbewegung zeigen, existierten solche sozialchauvinistischen Positionen auch früher in der ArbeiterInnenbewegung. Sie waren Teil der Politik des reformistischen Flügels und der entstehenden ArbeiterInnenbürokratie, die sich an den imperialistischen Sozialchauvinismus und Nationalismus anpaßte.²¹³

Eine solche Politik der Kapitulation vor dem Sozialchauvinismus müssen MarxistInnen konsequent und rücksichtslos bekämpfen. Lenin bezeichnete anhand des Beispiels der reformistischen US-amerikanischen ArbeiterInnenbewegung solche Linke als „*Jingo-Sozialisten*“, als „*Sozialisten*“, die sich in Wirklichkeit sich an den Chauvinismus der herrschenden Klasse anpassen:

*„In unserem Kampf für wahren Internationalismus und gegen 'Jingo-Sozialismus' verweisen wir in unserer Presse stets auf die opportunistischen Führer der SP in Amerika, die dafür eintreten, daß die Einwanderung chinesischer und japanischer Arbeiter beschränkt wird (besonders nach dem Stuttgarter Kongreß von 1907 und entgegen seinen Beschlüssen). Wir denken, daß niemand Internationalist sein und zugleich für derartige Beschränkungen eintreten kann. Und wir behaupten, daß Sozialisten in Amerika, besonders englische Sozialisten, die der herrschenden, also einer unterdrückenden Nation angehören, wenn sie sich nicht gegen jedwede Einwanderungsbeschränkung und gegen die Besitzergreifung von Kolonien (Hawaii-Inseln) wenden, wenn sie nicht für die volle Unabhängigkeit der letzteren eintreten, daß solche Sozialisten in Wirklichkeit 'Jingos' sind.“*²¹⁴

Solche „Linke“ wurden von den MarxistInnen damals politisch bekämpft und diese Aufgabe stellt sich für uns ebenso.

XXII. DIE STRATEGISCHE BEDEUTUNG DER MIGRANT*INNEN IM KAMPF FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION

Der Kampf gegen den Rassismus darf nicht einfach nur ein Kampf für die Rechte der MigrantInnen, sondern muß auch ein Kampf der MigrantInnen sein. Revolutionäre Praxis ist Kampf der direkt Betroffenen und keine StellvertreterInnenpolitik für sie. Deswegen hat die revolutionäre Strategie der Integration nichts mit der wohlmeinenden Politik der NGO's und aufgeklärter PolitikerInnen zu tun, die diese oder jene Vergünstigung für die MigrantInnen erreichen wollen. Unser Ziel ist der Kampf der MigrantInnen gemeinsam mit österreichischen ArbeiterInnen und Jugendlichen durch Selbstorganisation an der Basis.

Die Bedeutung des Kampfes gegen den Rassismus beschränkt sich nicht auf die direkt betroffenen MigrantInnen. Der Kampf gegen den Rassismus ist ebenso von enormer Bedeutung für die „weißen“, heimischen ArbeiterInnen. Nur wenn die heimischen ArbeiterInnen mit dem Rassismus brechen, trennen sie das innere Band, das sie an die eigene Bourgeoisie fesselt. Eine ArbeiterInnenklasse, die mit den Kernpunkten des Rassismus gegenüber den MigrantInnen nicht gebrochen hat, ist unfähig für eine revolutionäre Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft.

Marx wies auf diesen wichtigen Gedankengang bei seiner Analyse der nationalen und rassistischen Unterdrückung wiederholt hin. Angesichts seiner Erfahrungen in der britischen ArbeiterInnenbewegung, der Herausbildung einer bessergestellten Schicht von englischen ArbeiterInnen und überausgebeuteten irischen ArbeiterInnen und der daraus resultierenden verheerenden Spaltung des Proletariats schrieb er:

„Alle industriellen und kommerziellen Zentren Englands besitzen jetzt eine Arbeiterklasse, die in zwei feindliche Lager gespalten ist, englische proletarians [ArbeiterInnen, d.A.] und irische proletarians [ArbeiterInnen, d.A.]. Der gewöhnliche englische Arbeiter haßt den irischen Arbeiter als einen Konkurrenten, welcher den standard of life [Lebensstandard, d.A.] herabdrückt. Er fühlt sich ihm gegenüber als Glied der herrschenden Nation und macht sich deswegen zum Werkzeug seiner Aristokraten und Kapitalisten gegen Irland, befestigt damit deren Herrschaft über sich selbst. Er hegt religiöse, soziale und nationale Vorurteile gegen ihn. Er verhält sich ungefähr so zu ihm, wie die poor whites (armen Weißen, d.A.) zu den niggers (Schwarzen, d.A.) in den ehemaligen Sklavenstaaten der amerikanischen Union. Der Irländer zahlt es ihm mit gleicher Münze zurück. Er sieht zugleich in dem englischen Arbeiter den Mitschuldigen und das stupide Werkzeug der englischen Herrschaft in Irland.

Dieser Antagonismus wird künstlich wachgehalten und gesteigert durch die Presse, die Kanzel, die Witzblätter, kurz, alle den herrschenden Klassen zu Gebot stehenden Mittel. Dieser Antagonismus ist das Geheimnis der Ohnmacht der englischen Arbeiterklasse, trotz ihrer Organisation. Er ist das Geheimnis der Machterhaltung der Kapitalistenklasse. Letztere ist sich dessen völlig bewußt. (...)

England, als Metropole des Kapitals, als bis jetzt den Weltmarkt beherrschende Macht, ist einstweilen das wichtigste Land für die Arbeiterrevolution, dazu das einzige Land, wo die materiellen Bedingungen dieser Revolution bis zu einem gewissen Reifegrad entwickelt sind. Die soziale Revolution in England zu beschleunigen, ist daher der wichtigste Gegenstand der Internationalen Arbeiterassoziation. Das einzige Mittel sie zu beschleunigen ist

die Unabhängigmachung Irlands. Daher die Aufgabe der ‚International‘, überall den Konflikt zwischen England und Irland in den Vordergrund zu stellen, überall für Irland offene Partei zu ergreifen. Die spezielle Aufgabe des Zentralrats in London, das Bewußtsein in der englischen Arbeiterklasse wachzurufen, daß die nationale Emanzipation Irlands für sie keine question of abstract justice or humanitarian sentiment (keine Frage des abstrakten Rechts oder menschenfreundlichen Gefühls, d.A.) ist, sondern the first condition of their own social emancipation (die erste Bedingung für ihre eigene Befreiung, d.A.).“²¹⁵

Und angesichts des auch unter den weißen ArbeiterInnen in den USA weitverbreiteten Rassismus formulierte er im Zusammenhang mit dem amerikanischen Bürgerkrieg gegen die Sklavenhalter der Südstaaten die internationalistische Position prägnant in den Worten: *„Die Arbeit in weißer Haut kann sich nicht dort emanzipieren, wo sie in schwarzer Haut gebrandmarkt wird.“²¹⁶*

Revolutionäre Integration ist also ein Prozeß der Annäherung und Verschmelzung der verschiedenen Kulturen. Aber es ist kein objektiver Prozeß, der automatisch passiert, sondern ein Prozeß der bereits jetzt durch das bewußte subjektive Eingreifen der revolutionären Kräfte beginnen muß. Und zwar nicht durch diese oder jene Reform von oben, von irgendwelchen wohlmeinenden BürokratInnen, sondern durch den gemeinsamen Klassenkampf von unten. Der Kampf gegen die AusländerInnenhetze kann und muß von den Opfer des Rassismus und der kapitalistischen Sparpolitik selbst geführt werden: den MigrantInnen und Migranten, den Arbeiterinnen und Arbeitern und den Jugendlichen.

Im Kampf, in der gemeinsamen Wendung gegen die UnterdrückterInnen – die KapitalistInnen, die staatliche Bürokratie, die Schulbehörde usw. – sind österreichische und MigrantInnen-Arbeiter und Jugendliche eher in der Lage, das gesellschaftlich-politische Alltagsbewußtsein mit all seinen reaktionären (inklusive rassistischen) Vorurteile zu überwinden. Denn durch den Kampf, durch die Bildung einer Kampfgemeinschaft, kann die Arbeiterklasse und Jugend leichter die drückenden, spaltenden Ideologien der Bourgeoisie und den gesellschaftlichen Nebel des Kapitalismus (Warenfetischismus) durchbrechen und ihre gemeinsamen Interessen erkennen als unter den konservativen Bedingungen der Alltagsroutine, wo sie im von bürgerlichen Strukturen geprägten Umfeld verharren.

Genau hierin steckt im übrigen auch der tiefere Sinn der Marx'schen Thesen über Feuerbach, wonach erst die „menschliche Tätigkeit, Praxis“ es ermöglicht, daß die „Erzieher selbst erzogen werden“ und eine „Selbstveränderung“ der Menschen – über und gegen die kapitalistische Verkleisterung der Hirne – erreicht werden kann.²¹⁷

Aus der Analyse, daß die MigrantInnen keine unterdrückte Nation sind, sondern eine Schicht von national unterdrückten Minderheiten, ergeben sich auch wichtige Konsequenzen für die revolutionäre Strategie. Eine unterdrückte Nation kämpft für ihre Rechte in der Regel in der Form von Forderungen, die einen territorialen Charakter tragen (Recht auf Lostrennung vom Unterdrückerstaat und Bildung eines eigenen Staates, Recht auf Autonomie innerhalb eines Staates o.ä.). Der Kampf der MigrantInnen hingegen trägt keine territoriale Komponente, sondern ist von seinem innersten Wesen her ein Kampf für Gleichheit, für vollkommene Gleichberechtigung innerhalb des Staates und auf allen kommunalen Ebenen. Es geht nicht um die Re-

chte einer nationalen Minderheit im, sagen wir, 15. Wiener Gemeindebezirk, sondern um die gesellschaftlichen Rechte der MigrantInnen überall dort wo sie leben – also in der ganzen Gesellschaft und nicht bloß in einem bestimmten Ort.

Den MigrantInnen kommt eine strategische Bedeutung im Kampf für die sozialistische Revolution in Österreich – und allgemein in den imperialistischen Metropolen – zu. Ihre Bedeutung ergibt sich nicht bloß aus dem numerisch wachsenden Anteil an der Bevölkerung. Sie wird noch klarer, wenn wir die Konzentration der MigrantInnen in den Schlüsselsektoren des Klassenkampfes zur Kenntnis nehmen. Sie sind in der Regel in den Großstädten, unter den unteren, nicht-privilegierten Schichten der Arbeiterklasse sowie der Jugend stark überrepräsentiert. Dies wird insbesondere deutlich, wenn man sich das Beispiel Wien ansieht. Man kann also zusammengefaßt sagen, daß die MigrantInnen unter der städtischen, nicht-privilegierten Masse der Arbeiterklasse und der Jugend eine zahlenmäßig sehr große Minderheit und stellenweise sogar die Mehrheit stellen.

Die besondere Existenz der MigrantInnen in nationaler Hinsicht – ihre Verbundenheit sowohl mit ihrer ursprünglichen Heimat als auch dem Land, in dem sie jetzt leben mit all den widersprüchlichen Bewußtseinsformen des für die MigrantInnen der Zweiten Generation typischen *Niemandsländ/nikova zemlja*-Denken – all das schafft besondere Voraussetzungen für die Rolle von MigrantInnen im Klassenkampf.

Einerseits gibt es Faktoren, die die Organisation der MigrantInnen und ihre Einbeziehung in den Klassenkampf erschweren. Ihre verhältnismäßig geringere Präsenz in Großbetrieben, ihre geringere gewerkschaftliche Organisation, die Spannungen zwischen den einzelnen nationalen MigrantInnengruppen, die sprachlichen Barrieren sowie die oftmals zeitlich begrenzte Lebens- und Arbeitsperspektive stellen massive Schwierigkeiten für die Integration der multinationalen ArbeiterInnenklasse im Kampf dar.

Andererseits gibt es eine Reihe von Faktoren, die den MigrantInnen im Falle des Aufbrechens der verstockten Klassenkampfruhe und der damit verbundenen spießbürgerlichen Sozialpartnerschaftsmentalität eine herausragende Rolle im Kampf für die Befreiung ermöglichen können. Ihre geringe Einbeziehung in die reformistische ArbeiterInnenbewegung, ihr stärkeres Interesse an internationalen Klassenkampfeignisse – v.a. zu Fragen der imperialistischen Kriegs- und Kolonialpolitik (siehe die herausragende Rolle der MigrantInnen bei den Gaza-Demonstrationen 2009 und 2010 ²¹⁸) -, ihr weitaus höherer Anteil unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen (sichtbar auch in der Rolle von Migrantenjugendlichen bei den SchülerInnenstreiks der letzten Jahre), ihr aus der mehrfachen Unterdrückung heraus geborene potentielle Haß auf die herrschende Ordnung, ihre aus der nationalen Zerrissenheit potentiell größeren Offenheit für die Suche nach einer neuen, internationalistischen, klassenkämpferischen Identität – all das sind Faktoren, die unter bestimmten Bedingungen zu einem scharfen Schwert in unserem sozialistischen Befreiungskampf werden können. Die überproportional große Rolle, die Schwarze in der US-amerikanischen ArbeiterInnenbewegung und dem politischen Leben allgemein seit der Bürgerrechtsbewegung und den

Aufständen in den Ghettos in den 1960er Jahren spielen, ist ein Beispiel für eine solche Entwicklung. Sozialistische RevolutionärInnen können – ohne sich leichtfertig über die Schwierigkeiten hinweg zu täuschen – an diesem Potential ansetzen.

Es sind gerade diese Schichten – die unteren Schichten der Arbeiterklasse und die Jugend – der wir als marxistische RevolutionärInnen eine wichtige Bedeutung für den Klassenkampf und die Revolution und somit auch der Partei der Revolution zumessen. Trotzki brachte dieses wesentliche Element des Verständnisses des Bolschewismus auf den Punkt:

„Der Sinn, die Stärke und das Wesen des Bolschewismus bestehen darin, daß er sich nicht an die Oberschichten der Arbeiterklasse wendet, sondern an die unteren Schichten, an die Millionen, an die Unterdrücktesten der Unterdrückten.“ ²¹⁹

Trotzki wies auch darauf hin, daß dabei gerade auch migrantische ArbeiterInnen eine wichtige Rolle für den revolutionären Kampf und den Aufbau der revolutionären Partei spielen können. So schrieb er in einem Brief an jüdische ArbeiterInnen, die in Frankreich lebten:

„Vor allem repräsentieren die ausländischen Arbeiter einen großen Faktor in der Entwicklung des Landes sogar noch mächtiger als die der Neger in Amerika, mit denen sie ihren Paria-Status gemeinsam haben. (...) Traditionell haben die rein französischen Organisationen keinen Massencharakter. Bis zu einem gewissen Maß haben sie eine Basis in der politischen und gewerkschaftlichen ‚Aristokratie‘ der Arbeiterklasse. Die übergroße Mehrheit bleibt unorganisiert und distanziert von den Aktivitäten der politischen und Gewerkschaftsorganisationen. In Frankreich ist das die Kardinalfrage. Für mich sieht es so aus, daß die Rolle, die die ausländischen Arbeiter in Frankreich heute spielen, den starken Konservatismus des Landes durcheinanderbringen wird. Die allergrößte Mehrheit der ausländischen Arbeiter gehört zu den niedrigsten Schichten des Proletariats des Landes. Deshalb sind sie den unteren Schichten des einheimischen Proletariats nahe, an sie gebunden und teilen das gleiche Schicksal. Die unteren Schichten des eingeborenen Proletariats haben die größte Distanz zu den offiziellen Organisationen. Die ausländischen Arbeiter haben ein anderes Bewußtsein, weil sie fremd sind; ein Emigrantenbewußtsein, mobiler, empfänglicher für revolutionäre Ideen. Das ist der Grund, warum bei den ausländischen Arbeitern der Kommunismus die Perspektive eines mächtigen Instruments zum Eindringen in die tiefsten Schichten der französischen Arbeiterklasse besitzt. Die ausländischen Arbeiter dienen zur revolutionären Befruchtung der französischen Arbeiterklasse.“ ²²⁰

Wichtig ist, daß SozialistInnen MigrantInnen nicht als Objekt der Befreiung betrachten, welche sich als arme Opfer nicht selber helfen können. Nicht antirassistisches Gutmenschtum, sondern Klassensolidarität im gemeinsamen Kampf gegen die KapitalistInnen und die imperialistischen Großmächte ist gefragt. Wir sehen die MigrantInnen daher vielmehr als Subjekte des proletarischen Befreiungskampfes – gemeinsam mit ihren inländischen KlassenkollegInnen. Denn MigrantInnen können wichtige Erfahrungen von Klassenkämpfen in ihren Heimatländern einbringen. Darauf wies auch Nina Gunić in einem Artikel hin: *„Revolutionäre Integration bedeutet somit das Beste unserer Herkunft einzusetzen, um das System zu zerschlagen, das uns unterdrückt. Es bedeutet die Erfahrungen unserer türkischen Brüder und Schwestern im Kampf gegen das Regime in der Türkei auf Österreich umzulegen. Es bedeutet, das Wissen*

*um den Kampf gegen den Faschismus, das unsere Brüder und Schwestern vom Balkan sammeln konnten, hier und heute auch gegen die Nazis in Österreich einzusetzen.“*²²¹

Daher geht es nicht darum, daß inländische SozialistInnen Politik für die Rechte der MigrantInnen machen, sondern daß sozialistischen AktivistInnen und klassenbewußte GewerkschafterInnen – sowohl inländischer als auch migrantischer Herkunft – sich gemeinsam organisieren und gemeinsam gegen Rassismus und Kapitalismus kämpfen. Trotzki legte Anfang der 1930er Jahre diese revolutionäre Haltung, die die Unterdrückten als aktive Subjekte des Klassenkampfes sieht und nicht als Opfer, mit denen man solidarisch ist, in seiner Kritik an dem deutschen zentristischen Politiker Ledebour treffend dar:

„Nichtsdestotrotz überschreitet Ledebours Positionen auch in dieser Frage nicht die Grenzen des Zentrismus. Ledebour fordert den Kampf gegen koloniale Unterdrückung, er wird im Parlament gegen Kolonialkredite stimmen, er wird die kühne Verteidigung der Opfer eines Kolonialaufstandes auf sich nehmen. Aber Ledebour wird nie teilnehmen an der Vorbereitung eines Kolonialaufstandes. Solch eine Arbeit hält er für Putschismus, Abenteuererium, Bolschewismus. Und hier liegt der Kern der Sache.“

*Was den Bolschewismus in der nationalen Frage kennzeichnet, ist, daß er die unterdrückten Nationen, selbst die rückständigsten, nicht nur als Objekte, sondern auch als Subjekte der Politik betrachtet. Der Bolschewismus begnügt sich nicht mit der Anerkennung des ‚Rechtes‘ auf Selbstbestimmung und mit parlamentarischen Protesten gegen die Mißachtung dieses Rechtes. Der Bolschewismus dringt tief in die unterdrückten Nationen ein, erhebt sie gegen die Unterdrücker, verbindet ihren Kampf mit dem Kampf des Proletariats der kapitalistischen Länder, unterweist die unterdrückten Chinesen, Inder und Araber in der Kunst des Aufstandes und nimmt die volle Verantwortung für diese Arbeit vor dem Angesicht der zivilisierten Henkersknechte auf sich. Hier erst beginnt der wahre Bolschewismus, d.h. der revolutionäre Marxismus der Tat. Was vor dieser Grenze stehenbleibt, bleibt alles Zentrismus.“*²²²

Die Erkenntnis, daß MigrantInnen unter bestimmten Bedingungen eine besondere Rolle im Klassenkampf spielen können, muß mit folgenden Schlußfolgerungen verbunden werden. Erstens MigrantInnen und die unteren Schichten der ArbeiterInnenklasse im allgemeinen können eine vorantreibende Rolle im Klassenkampf spielen. Aber dies ist keinesfalls zwangsläufig der Fall. Oft können in bestimmten Situationen andere, bessergestellte, inländische, ja sogar arbeitertokratistische Schichten eine aktivere Rolle im Klassenkampf spielen. Das dynamische, kämpferische Potential der MigrantInnen führt nicht zu einer Avantgarde-Rolle innerhalb des Proletariats.

Wenn man dies nicht versteht, läuft man in Gefahr, einem kindischen Schematismus zu verfallen, der den untersten Schichten eine Art permanente und quasi-natürliche Avantgarde-Rolle in der ArbeiterInnenklasse zukommen läßt. Ein Extrembeispiel dieses Unsinn sind dann solche ultralinken Karikaturen des Marxismus – wie bestimmte Spielarten des Stalinismus in der Vergangenheit und Gegenwart – die die inländische ArbeiterInnenklasse als Ganzes zur Arbeiteraristokratie (oder überhaupt als verbürgerlicht) erklären und die national oder rassistisch unterdrücktesten Schichten der Klasse zur Avantgarde erklärten.²²³

Entscheidend ist zu verstehen, daß klassenbewußte,

fortschrittliche MigrantInnen eine zentrale, vorantreibende Rolle im Klassenkampf spielen können, daß sie eine zentrale Rolle im Kampf für ihre Befreiung einnehmen können und müssen, aber nicht alleine, nicht als separate Avantgarde, sondern nur *gemeinsam* mit den klassenbewußten, fortschrittlichen Teilen der inländischen ArbeiterInnen. Daher ist die Orientierung auf den gemeinsamen Kampf und die gemeinsame Organisation von migrantischen und inländischen ArbeiterInnen und Jugendlichen in der ArbeiterInnenbewegung (u.a. Gewerkschaften, revolutionäre Partei) entscheidend für den revolutionären Klassenkampf und auch für die Befreiung der MigrantInnen selber.

Die Haltung in der MigrantInnen-Frage ist in gewissem Maß ein Gradmesser, wie weit die Organisationen der heimischen ArbeiterInnenbewegung bereits mit dem eigenen Imperialismus gebrochen haben. Es gilt die Formel: *„Sag mir, wie du zu den Rechten der MigrantInnen stehst und ich sage dir, wie weit du dich selber an die Bourgeoisie fesselst.“* Gerade wegen des üblicherweise zentralen Einflusses der bessergestellten Schichten im allgemeinen und der Arbeiteraristokratie im besonderen in den Gewerkschaften, treten SozialistInnen dafür ein, daß sich die ArbeiterInnenbewegung auf die unteren, besonders unterdrückten Schichten orientiert und versucht, diese zu gewinnen. Trotzki betonte zurecht, daß gerade in diesen unteren Schichten ein besonderes revolutionäres Potential schlummert:

*„Wenn die Arbeiteraristokratie die Basis für den Opportunismus ist, eine der Ursachen für die Anpassung an die kapitalistische Gesellschaft, dann sind die am meisten Unterdrückten und Benachteiligten das dynamischste Milieu der Arbeiterklasse.“*²²⁴

Es ist daher eine Kardinalfrage, wie weit es der revolutionären Organisation und der revolutionären Jugendbewegung gelingt, MigrantInnen zu gewinnen und eine tatsächlich multinationale Organisation zu schaffen. Die aufzubauende revolutionäre Partei in Österreich wird daher eine multinationale Partei sein oder sie wird die ArbeiterInnenklasse nicht zur Revolution führen können. Gegenüber seinen US-amerikanischen GenossInnen in der *Socialist Workers Party* merkte Trotzki einmal an, daß es für ihre weitere Entwicklung entscheidend ist, ob sie es schaffen, nicht nur in der weißen, teilweise besser gestellten, ArbeiterInnenklasse verankert zu sein, sondern ob es ihnen auch gelingt, zu der Minderheit der Schwarzen – eine der untersten, am meisten unterdrückten Schichten des Proletariats – vorzudringen: *„Wenn es uns in der SWP nicht gelingt, Zugang zu dieser Schicht zu finden, dann sind wir nichts wert. Die permanente Revolution und all das wäre nur eine Lüge.“*²²⁵ Dieser Grundgedanke hat auch heute für sozialistische RevolutionärInnen zentrale Bedeutung.

Im Unterschied zu der linksliberalen Intellektuellen-Schickeria ist unsere Analyse der MigrantInnen-Frage kein akademischer Selbstzweck, sondern ist diktiert von unserem Verständnis der kapitalistischen Gesellschaftsordnung als einer dem Niedergang geweihten, einer, die gestürzt werden muß, damit die Menschheit frei und friedlich leben kann. Trotzki's Formel – *„Der Marxismus ist selbstverständlich keine akademische Lehre, sondern ein Hebel revolutionärer Praxis.“*²²⁶ – unterstreicht den tieferen Sinn der revolutionären Analyse. Die zentralen Achsen unseres politischen Denkens lauten: Keine Zukunft ohne Sozialismus! Kein Sozialismus ohne Revolution! Keine Revolution ohne Partei! Diese drei Eckpunkte der revolu-

tionären Strategie bedeutet, daß der Kampf gegen die Unterdrückung der MigrantInnen auf Dauer nur dann Erfolg haben kann, wenn er in eine internationale sozialistische Revolution mündet, in den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft ohne jede Form von Ausbeutung und Unterdrückung. Dies ist jedoch unmöglich, wenn es nicht vorher gelingt, eine Kampfpartei aufzubauen, die den Widerstand gegen den Rassismus und alle anderen Angriffe

der Bourgeoisie organisiert und mit der Vorbereitung der Revolution verbindet. „Ohne die Partei, außerhalb der Partei, unter Umgehung der Partei, durch ein Parteisurrogat kann die proletarische Revolution nicht siegen.“²²⁷ Diese Partei in Österreich und weltweit – die 5. Internationale – aufzubauen, ist daher das vorrangige Ziel der RKOB in der kommenden Periode.

Fußnoten

1 W.I. Lenin, Konspekt zu Hegels „Wissenschaft der Logik“. Die Lehre vom Begriff (1914); in: LW 38, S. 160

2 Zahlreiche Bilder von den Anti-Kriegsdemonstrationen seit 2003 und der Intervention der LSR bzw. der Jugendorganisation REVOLUTION fanden sich im Multimedia-Bereich auf der LSR Homepage www.sozialistische-revolution.org, die jedoch wie auch die LSR selber nicht mehr existieren..

3 Einige unserer Reden sowie Videos der Demonstrationen können auf dem YouTube-Channel der LSR www.youtube.com/user/RevolutionSocialism

4 Abram Deborin: Lenin - der kämpfende Materialist, 1924, S. 11

5 „In der Anwendung auf das gesellschaftliche Sein kann die erwähnte Definition folgendermaßen konkretisiert werden: die materialistische Dialektik ist die Methodologie des sozialen Wissens auf der Grundlage des Handelns und der gesellschaftlichen Praxis auf der Grundlage des Wissens.“ (Iwan K. Luppel: Die materialistische Dialektik und die Arbeiterbewegung (1928); in: Unter dem Banner des Marxismus, II. Jahrgang (1928), S. 228, Hervorhebung im Original; neuabgedruckt im theoretischen Journal der LSR, FA-REV Nr. 2-3, 2008)

6 W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß (1917), in: LW 22, S. 287f.

7 Leo Trotzki: Aussichten und Aufgaben im Osten. Rede bei der Feier zum dreijährigen Bestehen der Kommunistischen Universität der Werktätigen des Ostens (21. April 1924); in: Schriften 2.1 (Über China), S. 22

8 Nina Gunić: Wessen Land ist das hier? Unser aller! Wir MigrantInnen sind zahlreich und wir fordern gleiche Rechte! (2009); in: BEFREIUNG Nr. 177, <http://arbeiterinnenstandpunkt.net/phpwcms/index.php?id=31,645,0,0,1,0>

9 W. I. Lenin: Kapitalismus und Arbeitsimmigration (1913); in: LW 19, S. 447

10 Eine ausführlichere Behandlung des Imperialismus im Allgemeinen und der Periode der Globalisierung im Besonderen findet sich bei Michael Pröbsting: Imperialismus, Globalisierung und der Niedergang des Kapitalismus, in: Revolutionärer Marxismus 39 (2008) sowie Luke Cooper: An historic crisis of capitalism. Part 1: The crisis of globalisation: overaccumulation and the re-ordering of the world, in: Fifth International Vol. 3, Issue 3 (2009)

11 W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß (1917), in: LW 22, S. 287f.

12 Unter halb-kolonialen Ländern verstehen wir jene Staaten, die zwar formal unabhängige Staaten sind, in Wirklichkeit jedoch in der Stufenleiter der herrschenden Weltordnung eine untergeordnete, ausgebeutete Position einnehmen und daher wirtschaftlich und somit letztlich auch politisch den imperialistischen Staaten untergeordnet sind und von dessen Monopolkapital ausgebeutet werden.

13 W. I. Lenin: Kapitalismus und Arbeitsimmigration (1913); in: LW 19, S. 447

14 Lydia Potts: The World Labour Market. A History of Migration, London 1990, S. 131

15 Ran Abramitzky, Leah Boustan, Katherine Eriksson: Productivity and migration: New insights from the 19th century (2010), <http://www.voxeu.org/index.php?q=node/4628>

16 Michael John: Die Zuwanderung im mitteleuropäischen

Raum. Zur historischen Migration im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert; in: Johann Burger/Elisabeth Morawek (Hrsg.): Flucht und Migration. Die neue Völkerwanderung (1991), Informationen zur Politischen Bildung Nr. 2, Herausgegeben vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst, S. 19 bzw. 23.

17 Siehe Brigitte Fuchs: Nationale Märkte, internationale Migrationen und internationale Sozialdemokratie: Zur „Frage der Ein- und Auswanderung“ zur Zeit der Ersten und Zweiten Internationale (1864-1918) (1992), S. 23f.

18 W. I. Lenin: Zur Revision des Parteiprogramms (1917); in: LW 26, S.155

19 Ein im Jahr 2000 erstelltes Gutachten für die Historikerkommission der Republik Österreich schätzt die Gesamtzahl der im III. Reich beschäftigten ausländischen ZivilarbeiterInnen, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge auf mindestens 11,3 Millionen. (Mark Spoerer: Schätzung der Zahl, der im Jahr 2000 überlebenden Personen, die auf dem Gebiet der Republik Österreich zwischen 1939 und 1945 als Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen eingesetzt waren, S. 4)

20 Claus Radt: Der deutsche Faschismus. Mythos und Wirklichkeit, Frankfurt a.M. 1987, S. 195

21 In manchen imperialistischen Staaten bleibt bzw. bleibt das Ausmaß der Migration allerdings gering. So fand bis in die 1990er Jahre kaum eine Migration nach Italien statt und noch heute gibt es relativ wenig MigrantInnen in Japan. Abgesehen von spezifischen politisch-kulturellen Faktoren ist der wesentliche Grund für diese Ausnahmen darin zu suchen, daß in diesen Ländern aufgrund der relativ agrarisch geprägten, rückständigen Sozialstruktur im eigenen Land noch ein großes Reservoir an relativ billigen Arbeitskräften vorhanden war bzw. ist. Im Falle Italiens ist dies eindeutig die arme Bevölkerung des unterentwickelten Südens - des Mezzogiorno - von denen viele in den Norden auswandern und dort auf massive reaktionäre Vorurteile rechter Kräfte stoßen (Lega Nord!).

22 W. I. Lenin: Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus (1916); in: LW 23, S. 104 (Hervorhebung im Original)

23 W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß (1917), in: LW 22, S. 270f.

24 W. I. Lenin: Das revolutionäre Proletariat und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen (1916), in: LW 21, S. 416 (Hervorhebung im Original). An dieser Stelle wollen wir darauf hinweisen, daß der Begriff „Sozialdemokrat“ oder „sozialdemokratisch“ in dieser Zeit noch eine andere Bedeutung hatte als heute. Bis zum Ersten Weltkrieg, dem Verrat der II. Internationale und der Gründung der Kommunistischen Internationale bezeichneten sich die revolutionären MarxistInnen in der Regel als „Sozialdemokraten“. Karl Kautsky war bis in das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts einer der wichtigsten Theoretiker des Marxismus. Er degenerierte jedoch politisch, brach mit der revolutionären Methode des Marxismus und wurde einem der führenden Vertreter des Zentrismus und somit einem scharfen Gegner von Lenin und Rosa Luxemburg. Lenin stellte daher nach 1914 immer wieder den marxistischen Kautsky vor dem Ersten Weltkrieg und den zentristischen Kautsky danach gegenüber - „als Kautsky noch ein Marxist war und kein Renegat“. (siehe z.B. W. I. Lenin: „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: LW 31, S.6)

25 W. I. Lenin: Der Imperialismus und die Spaltung des

Sozialismus (1916); in: LW 23, S. 111f.

26 Siehe dazu u.a. Michael Pröbsting: Der Verrat der ‚Lin-ken‘ im Gaza-Krieg; in: Unter der Fahne der Revolution (FAREV, Theoretisches Journal der Liga der Sozialistischen Revolution), Nr. 4 (2009), S. 46 sowie Michael Pröbsting: Imperialismus, Globalisierung und die Ausbeutung der Halbkolonien (2007), in: BEFREIUNG Nr. 154; <http://arbeiterinnenstandpunkt.net/phpw-cms/index.php?id=18,332,0,0,1,0>

27 United Nations: World Economic Situation and Prospects 2008, S. 69, World Economic Situation and Prospects 2009, S. 62 sowie United Nations: World Economic Situation and Prospects 2010, S. 73

28 Im 1. Band des ‚Kapital‘ behandelt Marx den Austausch von Waren zwischen Ländern mit unterschiedlicher Arbeitsproduktivität und unterschiedlichen Lohnniveaus: „Nationale Verschiedenheit der Arbeitslöhne. Im fünfzehnten Kapitel beschäftigten uns die mannigfachen Kombinationen, welche einen Wechsel in der absoluten oder relativen (d.h. mit dem Mehrwert verglichenen) Wertgröße der Arbeitskraft hervorbringen kann, während andererseits wieder das Quantum von Lebensmitteln, worin der Preis der Arbeitskraft realisiert wird, von dem Wechsel dieses Preises unabhängig oder verschiedene Bewegungen durchlaufen konnte. Wie bereits bemerkt, verwandeln sich durch einfache Übersetzung des Werts, resp. Preises der Arbeitskraft in die exoterische Form des Arbeitslohns alle seine Gesetze in Gesetze der Bewegung des Arbeitslohns. Was innerhalb dieser Bewegung als wechselnde Kombination, kann für verschiedene Länder als gleichzeitige Verschiedenheit nationaler Arbeitslöhne erscheinen. Beim Vergleich nationaler Arbeitslöhne sind also alle den Wechsel in der Wertgröße der Arbeitskraft bestimmende Momente zu erwägen, Preis und Umfang der natürlichen und historisch entwickelten ersten Lebensbedürfnisse, Erziehungskosten des Arbeiters, Rolle der Weiber- und Kinderarbeit, Produktivität der Arbeit, ihre extensive und intensive Größe. Selbst die oberflächlichste Vergleichung erheischt, zunächst den Durchschnitts-Taglohn für dieselben Gewerbe in verschiedenen Ländern auf gleich große Arbeitstage zu reduzieren. Nach solcher Ausgleichung der Taglöhne muß der Zeitlohn wieder in Stücklohn übersetzt werden, da nur der letztere ein Gradmesser sowohl für die Produktivität als die intensive Größe der Arbeit. In jedem Lande gilt eine gewisse mittlere Intensität der Arbeit, unter welcher die Arbeit bei Produktion einer Ware mehr als die gesellschaftlich notwendige Zeit verbraucht, und daher nicht als Arbeit von normaler Qualität zählt. Nur ein über den nationalen Durchschnitt sich erhebender Intensitätsgrad ändert, in einem gegebenen Lande, das Maß des Werts durch die bloße Dauer der Arbeitszeit. Anders auf dem Weltmarkt, dessen integrierende Teile die einzelnen Länder sind. Die mittlere Intensität der Arbeit wechselt von Land zu Land; sie ist hier größer, dort kleiner. Diese nationalen Durchschnitte bilden also eine Stufenleiter, deren Maßeinheit die Durchschnittseinheit der universellen Arbeit ist. Verglichen mit der weniger intensiven, produziert also die intensivere nationale Arbeit in gleicher Zeit mehr Wert, der sich in mehr Geld ausdrückt. Noch mehr aber wird das Wertgesetz in seiner internationalen Anwendung dadurch modifiziert, daß auf dem Weltmarkt die produktivere nationale Arbeit ebenfalls als intensivere zählt, sooft die produktivere Nation nicht durch die Konkurrenz gezwungen wird, den Verkaufspreis ihrer Ware auf ihren Wert zu senken.

Im Maß, wie in einem Lande die kapitalistische Produktion entwickelt ist, im selben Maß erheben sich dort auch die nationale Intensität und Produktivität der Arbeit über das internationale Niveau. Die verschiedenen Warenquanta derselben Art, die in verschiedenen Ländern in gleicher Arbeitszeit produziert werden, haben also ungleiche internationale Werte, die sich in verschiedenen Preisen ausdrücken, d.h. in je nach den internationalen Werten verschiedenen Geldsummen. Der relative Wert des Geldes wird also kleiner sein bei der Nation mit entwickelterer kapitalistischer Produktionsweise als bei der mit wenig entwickelter. Folgt also, daß der nominelle Arbeitslohn, das Äquivalent der Arbeitskraft ausgedrückt in Geld, ebenfalls höher sein wird bei der ersten Nation als bei der zweiten; was keineswegs besagt, daß dies auch für den wirklichen Lohn gilt, d.h. für die dem Arbeiter zur Verfügung gestellten Lebensmittel. Aber auch abgesehen von dieser relativen Verschiedenheit des Geldwerts in verschiedenen Ländern, wird man häufig finden, daß der Tages-, Wochen-, etc. Lohn bei der ersteren Nation höher ist als bei der zweiten, während der relative Arbeitspreis, d.h. der Arbeitspreis im Verhältnis, sowohl zum Mehrwert wie zum Wert des Produkts, bei der zweiten Nation höher steht als bei der ersten.“ (Karl Marx: Das Kapital, Band I, MEW 23, S. 583f.)

29 Karl Marx: Theorien über den Mehrwert, III. Teil, MEW

26.3, S. 101

30 „Der Imperialismus hat die Tendenz, auch unter den Arbeitern privilegierte Kategorien auszusondern und sie von der großen Masse des Proletariats abzuspalten.“ (W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß (1917), in: LW 22, S. 288)

31 W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß (1917). Vorwort von 1920, in: LW 22, S. 198

32 Darauf wies Lenin wiederholt hin. So schrieb er 1914: „Die ökonomische Grundlage des Opportunismus und des Sozialchauvinismus ist ein und dieselbe: die Interessen einer ganz geringfügigen Schicht von privilegierten Arbeitern und Kleinbürgern, die ihre privilegierte Stellung, ihr „Recht“ auf Brocken vom Tische der Bourgeoisie verteidigen, auf Brocken von den Profiten, die „ihre“ nationale Bourgeoisie durch die Ausplünderung fremder Nationen, durch die Vorteile ihrer Großmachtstellung usw. einstreicht.

Der ideologisch-politische Inhalt des Opportunismus und des Sozialchauvinismus ist ein und derselbe: Zusammenarbeit der Klassen statt Klassenkampf, Verzicht auf revolutionäre Kampfmittel, Unterstützung der „eigenen“ Regierung in einer für sie schwierigen Lage statt Ausnutzung dieser Schwierigkeiten für die Revolution.“ (W.I. Lenin: Sozialismus und Krieg (1914); in: LW 21, S. 311)

33 Eugen Varga: Die Arbeiteraristokratie nach dem Zweiten Weltkrieg; in: Ausgewählte Schriften 1918-1964, Band 3, S. 190

34 Karl Marx: Der Generalrat an den Föderalrat der romanischen Schweiz (1870); in: MEW 16, S. 388 (Hervorhebung im Original)

35 W. I. Lenin: Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den ‚imperialistischen Ökonomismus‘ (1916), in: LW 23, S. 48 (Hervorhebung im Original)

36 W. I. Lenin: Zur Revision des Parteiprogramms (1917); in: LW 26, S.155

37 Karl Marx: Das Kapital, Band I, MEW 23, S. 670

38 Karl Marx: Das Kapital, Band I, MEW 23, S. 658

39 Karl Marx: Das Kapital, Band I, MEW 23, S. 673f. An gleicher Stelle führt Marx aus: „Das Gesetz, wonach eine immer wachsende Masse von Produktionsmitteln, dank dem Fortschritt in der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit, mit einer progressiv abnehmenden Ausgabe von Menschenkraft in Bewegung gesetzt werden kann - dies Gesetz drückt sich auf kapitalistischer Grundlage, wo nicht der Arbeiter die Arbeitsmittel, sondern die Arbeitsmittel den Arbeiter anwenden, darin aus, daß, je höher die Produktivkraft der Arbeit, desto größer der Druck der Arbeiter auf ihre Beschäftigungsmittel, desto prekärer also ihre Existenzbedingung: Verkauf der eignen Kraft zur Vermehrung des fremden Reichtums oder zur Selbstverwertung des Kapitals. Rascheres Wachstum der Produktionsmittel und der Produktivität der Arbeit als der produktiven Bevölkerung drückt sich kapitalistisch also umgekehrt darin aus, daß die Arbeiterbevölkerung stets rascher wächst als das Verwertungsbedürfnis des Kapitals.“ (Karl Marx: Das Kapital, Band I, MEW 23, S. 674)

40 Fritz Sternberg: Der Imperialismus (1926), S. 46. Wir können hier nicht näher darauf eingehen, daß Sternberg ungeachtet seiner interessanten Beobachtungen grundsätzlich einer falschen Theorie des Imperialismus anhing, nämlich einer von Rosa Luxemburgs Theorie inspirierten, die den Imperialismus als Expansionsdrang des Kapitals nach „nicht-kapitalistischen Raum“ verstand. Siehe dazu die über weite Strecken richtige Kritik von Nikolai Bucharin: Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapitals (1926)

41 Evgenij Preobrazenskij: The Decline of Capitalism (1931); Übersetzung von Richard Day (1983), S. 9 (eigene Übersetzung aus dem Englischen)

42 Siehe United Nations Department of Economic and Social Affairs: World Economic and Social Survey 2004. International Migration (2004), S. viii sowie United Nations Department of Economic and Social Affairs, Population Division: Trends in International Migrant Stock: The 2008 Revision (2009), S. 1

43 International Organization for Migration (IOM): World Migration Report 2008. International Labour Mobility in the Evolving Global Labour Market (2008), S. 472

44 Siehe UNHCR: 2009 Global Trends. Refugees, Asylum-seekers, Returnees, Internally Displaced and Stateless Persons (2010), S. 2 sowie United Nations Department of Economic and

Social Affairs, Population Division: Trends in International Migrant Stock: The 2008 Revision (2009), S. 2

45 United Nations Department of Economic and Social Affairs, Population Division: Trends in International Migrant Stock: The 2008 Revision (2009), S. 1f.; United Nations Department of Economic and Social Affairs: World Economic and Social Survey 2004. International Migration (2004), S. 24 sowie IOM: World Migration 2005. Costs and Benefits of International Migration (2005), S. 396

46 United Nations Department of Economic and Social Affairs, Population Division: Trends in International Migrant Stock: The 2008 Revision (2009), S. 3

47 Siehe United Nations: World Economic Situation and Prospect 2010 (2010), S. 135

48 International Organization for Migration: World Migration Report 2008. International Labour Mobility in the Evolving Global Labour Market (2008), S. 474

49 Mit Rentner-Staaten meinen wir jene Länder, deren herrschende Klasse kaum eine Mehrwert produzierende Industrie besitzt, sondern hauptsächlich von den Einkünften der aus der Rohstoffgewinnung erzielten Rente sowie den Zinsen ihres - meist im Ausland angelegten - Geldkapitals lebt.

50 Siehe Rainer Münz/Heinz Fassmann: Migrants in Europe and their Economic Position: Evidence from the European Labour Force Survey and from Other Sources (2004), S. 5f.

51 United Nations: World Population Prospects. The 2008 Revision, Highlights (2009), S. 19

52 United Nations: World Population Prospects. The 2008 Revision, Highlights (2009), S. 19

53 OECD: International Migration Outlook 2010, S. 207, 227, 249, 251, 299, 350 sowie 352

54 Tito Boeri: It is migration, stupid (2009), <http://www.voxeu.org/index.php?q=node/3688>

55 OECD: International Migration Outlook 2010, S. 355

56 Siehe Yohannes Woldetensae: Optimizing the African Brain Drain - Strategies for Mobilizing the Intellectual Diaspora towards Brain-Gain (2007), S. 3

57 International Organization for Migration: About Migration. Facts & Figures (2010), <http://www.iom.int/jahia/Jahia/about-migration/facts-and-figures/lang/en>

58 Emmanuel Boon und Albert Ahenkan: The Socio-economic Contribution of African Migrants to their Home and Host Countries: The Case of Ghanaian Residents in Belgium, S. 12

59 Liga für die Fünfte Internationale: The Crisis of Global Capitalism. A new age of instability, resistance and revolution has opened; Resolution des VIII. Weltkongreß 2010

60 Siehe dazu u.a. August Gächter: Globale Migration (2007), ZSI, Arbeitspapiere Migration und soziale Mobilität Nr. 5

61 W. I. Lenin: Imperialismus und Sozialismus in Italien (1916); in: LW 23, S. 363f.

62 Abram Deborin: Lenin als revolutionärer Dialektiker (1925); in: Nikolai Bucharin/Abram Deborin: Kontroversen über dialektischen und mechanistischen Materialismus, Frankfurt a.M. 1974, S. 67

63 Beziehungsweise ob es sich um einen degenerierten ArbeiterInnenstaat handelt, also stalinistischen Ländern (wie Jugoslawien vor 1990), in denen auf der Grundlage proletarischer Eigentumsverhältnisse eine Bürokratie diktatorisch herrschte. Diese Länder sahen sich ebenfalls einem Druck durch die die Weltordnung beherrschende imperialistischen Staaten gegenüber.

64 In diesem Zusammenhang wollen wir darauf hinweisen, daß wir hier natürlich immer vom gesellschaftlichen Durchschnitt sprechen. Damit meinen wir, daß es natürlich immer einzelne Personen oder kleinere Minderheiten von einzelnen nationalen EinwanderInnengruppen geben wird, die eine qualitative bessere bzw. qualitative schlechtere Stellung in der gesellschaftlichen Stufenleiter einnehmen werden, als es dem Durchschnitt ihrer Gruppe entspricht. Doch gesellschaftliche Begriffe richten sich nicht nach Ausnahmen, sondern nach dem Durchschnitt, nach dem Typischen für die deutliche Mehrzahl ihrer Gruppe.

65 The Founding of the Socialist Workers Party. Minutes and Resolutions 1938-39, S. 255

66 Gerade bei der Frage der Migration ist wichtig, sich zu vergegenwärtigen, daß der Marxismus immer mit Kategorien, mit Begriffen arbeiten muß, die Prozesse, die Bewegungen, zum Ausdruck bringen und die sowohl das Wesen der Sache herausstreichen, als auch die verschiedenen Übergangsformen berücksichtigen. Deshalb wies Lenin - als er eine Definition des Imperialismus gab - auf diese Bedingtheit der Definition an sich hin: „Deshalb muß man - ohne zu vergessen, daß alle Definitionen überhaupt nur bedingte und relative Bedeutung haben, da eine Definition niemals die allseitigen Zusammenhänge einer Erscheinung in ihrer vollen Entfaltung umfassen kann - eine solche Definition des Imperialismus „ (W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß (1917), in: LW 22, S. 270f.)

67 Siehe dazu u.a. Regina Haberfellner, Fritz Betz, Martina Böse, Johanna Riegler: „Ethnic Business“ - Integration vs. Segregation (2000), ZSI; ebenso: Regina Haberfellner: Ethnische Ökonomien als Forschungsgegenstand der Sozialwissenschaften; in: SWS-Rundschau Nr. 1/2000, S. 43-61

68 Statistik Austria: Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Überblick (2010), S. 53

69 Franz Wolf-Maier, Margit Kreuzhuber: Arbeitsmarkt und Wirtschaft. Schlüsselfaktor Beschäftigung; in: Bundesministerium für Inneres: gemeinsam kommen wir zusammen. Expertenbeiträge zur Integration (2008), S. 74

70 Statistik Austria: Arbeits- und Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Österreich. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2008 (2009), S. 150

71 Zur Definition der Nation sowie dem sozialistischen Programm der nationalen Befreiung siehe neben verschiedenen in diesem Dokument erwähnten Schriften von Lenin zur nationalen Frage u.a. die unter Anleitung von Lenin und mit Hilfe von Bucharin verfaßten Werk von J.W. Stalin: Marxismus und nationale Frage (1913) sowie die Thesen unserer damaligen internationaler Organisation Liga für eine Revolutionär-Kommunistische Internationale (LRKI): Nationalismus, Nationalstaat und nationale Befreiung (1994); in: Revolutionärer Marxismus Nr. 15 (LRKI hieß unsere internationale Organisation von ihrer Gründung 1989 bis zur Umbenennung in LFI im Jahre 2003)

72 Statistik Austria: Arbeits- und Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Österreich. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2008 (2009), S. 78

73 Karl Marx: Das Kapital, Band 1; in: MEW 23, S. 185

74 Karl Marx: Das Kapital, Band 1; in: MEW 23, S. 185

75 Karl Marx: Lohn, Preis und Profit; in: MEW 16, S. 147 (Hervorhebung im Original)

76 Karl Marx: Lohn, Preis und Profit; in: MEW 16, S. 148 (Hervorhebung im Original)

77 So verließen zwischen 1996 und 2000 rund 235.000 ausländische Staatsbürger Österreich. (Rainer Münz/Peter Zuser/Josef Kytir: Grenzüberschreitende Wanderungen und ausländische Wohnbevölkerung: Struktur und Entwicklung; in: Heinz Fassmann/Irene Stacher (Hrsg.): Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht, Klagenfurt 2003, S. 31). Eine Umfrage unter in Österreich beschäftigten MigrantInnen aus Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei vorgenommene Umfrage ergab, daß die Hälfte bereits nach weniger als einem Jahr in ihre Heimat zurückging und weitere 26% nach etwa einem Jahr. Diese Untersuchung ist jedoch bereits mehr als 10 Jahre alt. (siehe Christiane Hintermann: Die „neue“ Zuwanderung nach Österreich - Eine Analyse der Entwicklungen seit Mitte der 80er Jahre; in: SWS-Rundschau Nr. 1/2000, S. 13) Schätzungen zufolge leben z.B. in Deutschland nur 40% aller MigrantInnen 10 Jahre nach ihrer Ankunft und weniger als 35% 25 Jahre nach ihrer Ankunft. (THE EU ECONOMY 2005 REVIEW. Rising International Economic Integration Opportunities and Challenges, S. 110)

78 Karl Marx: Das Kapital, Band III, MEW 25, S. 207

79 Karl Marx: Das Kapital, Band III, MEW 25, S. 245

80 Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich; in MEW, Bd. 17, S. 336

81 Siehe den Bericht des House of Lords: Report - Economic Impact of Migration in UK (2008), S. 22

82 Nikolai Bucharin: Ökonomik der Transformationsperiode (1920), S. 69 (Hervorhebung im Original)

83 W. I. Lenin: Lenin, Noch einmal über die Gewerkschaft

ten, die gegenwärtige Lage und die Fehler Troztkis und Bucharins (1921); in: LW 32, S. 73

84 W. I. Lenin: Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution (1917); in: LW 25, S. 398ff.

85 Der marxistische Theoretiker Nikolai Bucharin bezeichnet den imperialistischen Staat mit den treffenden Worten: „So entsteht eine einzige allumfassende Organisation, der moderne imperialistische Raubstaat als die omnipotente Herrschaftsorganisation der Bourgeoisie...“ Nikolai Bucharin: Der imperialistische Raubstaat (1916); in: Jugend-Internationale Nr. 6, S. 8f.

86 Siehe dazu: Statistik Austria: 1,353 Mio. Menschen in Österreich mit Migrationshintergrund (8.11.2007), http://www.statistik.at/web_de/presse/pressemitteilungen_laufendes_jahr/027382?year=2007. „Als Personen mit Migrationshintergrund werden hier jene bezeichnet, die im Ausland geboren wurden sowie weite Teile jene, die zwar im Inland zu Welt kamen, aber keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen.“

87 Siehe Statistik Austria und Kommission für Migrations- und Integrationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften: Migration & Intergration. Zahlen.Daten. Indikatoren 2010 (2010), S. 20. Im Folgenden beziehen sich alle Zahlen, so nicht andere Quellen angeführt werden, auf diesen offiziellen Bericht, der vom Innenministerium sowie dem Europäischen Integrationsfonds mitfinanziert wurde.

88 Siehe Österreichischer Integrationsfond: Integration im Fokus, Nr. 4/2008, S. 17

89 Statistik Austria: Arbeits- und Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Österreich. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2008 (2009), S. 47

90 Statistik Austria: Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Überblick (2010)

91 Genauer aufgeschlüsselt setzen sich die EinwanderInnen bzgl. ihrer nationalen Herkunft laut der jüngsten Statistik des Innenministeriums und der Statistik Austria folgendermaßen zusammen: Deutschland: 213.000 Personen, Serbien, Montenegro und dem Kosovo: 207.000; Türkei: 183.000, Bosnien und Herzegowina: 130.000, Kroatien: 70.000, Rumänien: 63.000, Polen: 59.000, Tschechische Republik: 46.000, Ungarn: 39.000, Italien: 29.000, Russische Föderation: 27.000, Slowakei: 25.000, Mazedonien: 22.000, Slowenien: 17.000 und die Schweiz: 15.000. Außerhalb Europas stellen Personen aus China, Ägypten, dem Iran, den Philippinen, Indien und den Vereinigten Staaten von Amerika die größten Gruppen (mit jeweils rund 10.000 bis 15.000 Angehörigen) dar. Es sei an dieser Stelle angemerkt, daß diese Angaben nicht vollkommen mit anderen in diesem Dokument verwendeten Zahlen übereinstimmen. So sind die in dieser Anmerkung angeführten Zahlen bzgl. der MigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei etwas niedriger als die an anderen Stellen verwendete Zahl. Beide Angaben stammen von der Statistik Austria, werden auf derselben Homepage veröffentlicht, sind beide im Jahr 2010 erschienen und beziehen sich laut den AutorInnen auf die letzten verfügbaren Zahlenmaterialien. Was die Ursache für diese Unterschiede ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

92 Unter Medianwert wird in der Statistik folgendes verstanden: der Median ist der Zentralwert, der genau in der Mitte einer Verteilung liegt. Das heißt 50% aller Fälle liegen unter dem Median, 50% darüber.

93 So lag der Medianwert der unselbständig Beschäftigten aus dem ehemaligen Jugoslawien um 19.3% und jener aus der Türkei um 17.4% unter jenem ihrer österreichischen KollegInnen; in: ÖSTAT: Lebensbedingungen von AusländerInnen in Österreich; in: SWS-Rundschau Nr. 1/2000, S. 86)

94 So schreiben die Autoren des Berichts „Monitoring Intergration Wien“: „Diese Unterschiede sind nicht in erster Linie auf niedrigere Bruttolöhne zurückzuführen, sondern auf kürzere Beschäftigungszeiten (z.B. Saisoniers, geringere Wochenstunden).“ (Projektteam Integrationsmonitor (Theodora Manolacos, Karin König, Rainer Hauswirth, Kemal Boztepe): Monitoring Intergration Wien (2010), S. 107)

95 Eugen Antalovsky, Herbert Bartik, Alexander Wolffhardt in Zusammenarbeit mit Kenan Güngör: Gesamtfassung des ersten Wiener Diversitätsmonitors 2009, Erstellt im Auftrag der Stadt Wien, MA 17 Integration und Diversität, S. 105

96 Eugen Antalovsky, Herbert Bartik, Alexander Wolffhardt in Zusammenarbeit mit Kenan Güngör: Gesamtfassung des ersten Wiener Diversitätsmonitors 2009, Erstellt im Auftrag der Stadt Wien, MA 17 Integration und Diversität, S. 105 (in der Statistik werden als österreichische Erwerbstätige auch jene MigrantInnen inkludiert, die bereits vor 1997 die Staatsbürgerschaft erhielten. Umgekehrt werden jene österreichischen StaatsbürgerInnen, die die Staatsbürgerschaft nach 1997 erhielten gemeinsam mit den MigrantInnen mit ausländischer Staatsbürgerschaft als MigrantInnen gezählt.)

97 Projektteam Integrationsmonitor (Theodora Manolacos, Karin König, Rainer Hauswirth, Kemal Boztepe): Monitoring Intergration Wien (2010), S. 103 (in der Statistik werden als österreichische Erwerbstätige auch jene MigrantInnen inkludiert, die bereits vor 1997 die Staatsbürgerschaft erhielten. Umgekehrt werden jene österreichischen StaatsbürgerInnen, die die Staatsbürgerschaft nach 1997 erhielten gemeinsam mit den MigrantInnen mit ausländischer Staatsbürgerschaft als MigrantInnen gezählt.)

98 Projektteam Integrationsmonitor (Theodora Manolacos, Karin König, Rainer Hauswirth, Kemal Boztepe): Monitoring Intergration Wien (2010), S. 104 (in der Statistik werden als österreichische Erwerbstätige auch jene MigrantInnen inkludiert, die bereits vor 1997 die Staatsbürgerschaft erhielten. Umgekehrt werden jene österreichischen StaatsbürgerInnen, die die Staatsbürgerschaft nach 1997 erhielten gemeinsam mit den MigrantInnen mit ausländischer Staatsbürgerschaft als MigrantInnen gezählt.)

99 Projektteam Integrationsmonitor (Theodora Manolacos, Karin König, Rainer Hauswirth, Kemal Boztepe): Monitoring Intergration Wien (2010), S. 105 (in der Statistik werden als österreichische Erwerbstätige auch jene MigrantInnen inkludiert, die bereits vor 1997 die Staatsbürgerschaft erhielten. Umgekehrt werden jene österreichischen StaatsbürgerInnen, die die Staatsbürgerschaft nach 1997 erhielten gemeinsam mit den MigrantInnen mit ausländischer Staatsbürgerschaft als MigrantInnen gezählt.)

100 Statistik Austria: Arbeits- und Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Österreich. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2008 (2009), S. 46

101 Alle Angaben zu den Anteilen der MigrantInnen bzw. der ÖsterreicherInnen in den jeweiligen Branchen beziehen sich auf die Studie der Statistik Austria: Arbeits- und Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Österreich. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2008 (2009), S. 45f.

102 Gudrun Biffel, Julia Bock-Schappelwein: Zur Niederlassung von Ausländerinnen und Ausländern in Österreich (2006), WIFO, S. 31ff.

103 Siehe Gudrun Biffel; Mobilitäts- und Verdrängungsprozesse auf dem österreichischen Arbeitsmarkt: Die Situation der unselbständig beschäftigten Ausländer; in: Heinz Fassmann/Irene Stacher (Hrsg.): Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht, Klagenfurt 2003, S. 67 sowie Gudrun Biffel: Ausländische Arbeitskräfte auf dem österreichischen Arbeitsmarkt; in: WIFO-Monatsberichte 8/2002, S. 543f.

104 August Gächter, Bettina Stadler: Qualifizierung, Dequalifizierung und berufliche Weiterbildung in Österreich 2001 und 2005 (2007), Zentrum für Soziale Innovation, Statistik Austria, Arbeitspapiere Migration und soziale Mobilität Nr. 3, S. 1

105 August Gächter, Bettina Stadler: Qualifizierung, Dequalifizierung und berufliche Weiterbildung in Österreich 2001 und 2005 (2007), Zentrum für Soziale Innovation, Statistik Austria, Arbeitspapiere Migration und soziale Mobilität Nr. 3, S. 10; Siehe zu diesem Thema auch August Gächter: Dequalifizierung in Österreich 2001 (2006)

106 So nicht andere Quellen angeführt werden beziehen sich die Angaben zur Überqualifikation auf die Studie der Statistik Austria: Arbeits- und Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Österreich. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2008 (2009), S. 59ff.

107 August Gächter: Die Armut der Eingewanderten (2007), ZSI, Arbeitspapiere Migration und soziale Mobilität Nr. 8, S. 3

108 August Gächter: Bildungsverwertung am Arbeitsmarkt 2005 (2007), Arbeitspapiere Migration und soziale Mobilität Nr. 6, S. 15

- 109 Alexander Janda, Mathias Vogl (Hrsg.): Islam in Österreich (2010), Österreichischer Integrationsfonds, S. 5f.
- 110 Statistik Austria: Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Überblick (2010)
- 111 Nina Gunić: Wessen Land ist das hier? Unser aller! Wir MigrantInnen sind zahlreich und wir fordern gleiche Rechte! (2009); in: BEFREIUNG Nr. 177, <http://arbeiterinnenstandpunkt.net/phpwcms/index.php?id=31,645,0,0,1,0>
- 112 Projektteam Integrationsmonitor (Theodora Manolakos, Karin König, Rainer Hauswirth, Kemal Boztepe): Monitoring Intergration Wien (2010), S. 41
- 113 Statistik Austria: Arbeits- und Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Österreich. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2008 (2009), S. 28ff.
- 114 Statistik Austria: Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Überblick (2010), S. 107
- 115 Deborah Nusche, Claire Shewbridge und Christian Lamhauge Rasmussen: OECD-Länderprüfungen: Migration und Bildung - Österreich (2009), S. 25
- 116 Siehe Günther Simonitsch, Gudrun Biffel: Bildung und Sprache. Nachfrage nach höheren Qualifikationen; in: Bundesministerium für Inneres: gemeinsam kommen wir zusammen. Expertenbeiträge zur Integration (2008), S. 40
- 117 Claire Wallace (Projektleiterin): Jugendliche MigrantInnen in Bildung und Arbeit. Auswirkungen von Sozialkapital und kulturellem Kapital auf Bildungsentscheidungen und Arbeitsmarktteilnahme (2007), Endbericht, Österreichisches Institut für Jugendforschung, OeNB Jubiläumsfonds Projektnr.: 11762, S. 32
- 118 Statistik Austria: Arbeits- und Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Österreich. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2008 (2009), S. 37
- 119 Barbara Herzog-Punzenberger: Die „2. Generation“ an zweiter Stelle? Soziale Mobilität und ethnische Segmentation in Österreich – eine Bestandsaufnahme (2003); Gefördert durch den Wiener Integrationsfond und die MA 7 der Stadt Wien, S. 47
- 120 Nina Gunić: Thesen zu Immigration und Rassismus und die revolutionäre Antwort (2006); in: BEFREIUNG Nr. 147
- 121 Selbst ein offizieller Bericht der Regierung muß dies zugeben: „Die für Österreich angewendete Schätzmethode für den Anteil der Personen mit Migrationshintergrund dürfte das wahre Ausmaß etwas unterschätzen.“ (Günther Simonitsch, Gudrun Biffel: Bildung und Sprache. Nachfrage nach höheren Qualifikationen; in: Bundesministerium für Inneres: gemeinsam kommen wir zusammen. Expertenbeiträge zur Integration (2008), S. 28) Auch eine Gruppe von SozialwissenschaftlerInnen, die im Auftrag der Stadt Wien Migrationsforschung betreiben, weisen auf die unzureichende Erfassung der tatsächliche MigrantInnenbevölkerung aufgrund dieser viel zu engen Kriterien hin. (Siehe Projektteam Integrationsmonitor (Theodora Manolakos, Karin König, Rainer Hauswirth, Kemal Boztepe): Monitoring Intergration Wien (2010), S. 20-22) Und auch die vom Wiener Gemeinderat eingesetzte „Wiener Zuwanderungskommission“ merkt in ihrem offiziellen Bericht kritisch über die offizielle Definition von MigrantInnen in den Statistiken an: „Nicht enthalten sind in Österreich geborene Kinder eingebürgerter ZuwanderInnen mit österreichischer Staatsbürgerschaft, also ein beträchtlicher Teil der sog. „zweiten Generation“ (Bericht Wiener Zuwanderungskommission: Migration, Mobilität, Vielfalt (2010), S. 14)
- 122 Statistik Austria: Arbeits- und Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Österreich. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2008 (2009), S. 87
- 123 Würden wir diesen Prozentsatz von 22.3% als Richtwert für den MigrantInnenanteil unter den 0-14 Jährigen anlegen, so hätten wir in dieser Altersgruppe (bei einer Gesamtzahl von 1.27 Millionen) ca. 40.000 MigrantInnen mehr als in der offiziellen Statistik angeführt. Diese Zahl ist allerdings aus folgenden Gründen zu niedrig angesetzt. Erstens wird wahrscheinlich nicht jedes MigrantInnenkind als „Schüler mit nicht-deutscher Umgangssprache“ registriert. Zweitens geht ein Teil der SchülerInnen zwischen 6-10 Jahren nicht in die Volksschule, sondern in eine Sonderschule. Dies betrifft insbesondere MigrantInnenkinder.
- 124 Zitiert in der Zeitung Aktion, der Zeitschrift der AK-Vorarlberg (Ausgabe vom Juli 2007), S. 1
- 125 Siehe Norbert Mappes-Niedliek: Zwei Euro sind genug. PflegerInnen aus Osteuropa: ausgebeutet (2008); in: MOMENT. Gazette für Menschenrechte # 11, S. 11ff.
- 126 Die Statistik Austria benützt folgende Definition: „Von Personen mit Migrationshintergrund wurden beide Elternteile im Ausland geboren, wobei Angehörige der Ersten Generation selbst im Ausland geboren wurden und Personen der Zweiten Generation in Österreich zur Welt gekommen sind.“ (Statistik Austria: Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Überblick (2010), http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_migrationshintergrund/index.html). Wenn zumindest ein Teil der Eltern ÖsterreicherIn ist, gilt das Kind automatisch als ÖsterreicherIn und hat offiziell keinen Migrationshintergrund: „„Österreich‘ bedeutet, mind. ein Elternteil wurde im Inland geboren; sind beide Elternteile in einem unterschiedlichen Staat des Auslandes zur Welt gekommen, wird das Geburtsland der Mutter herangezogen.“ (Statistik Austria: Arbeits- und Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Österreich. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2008 (2009), S. 88) Selbst die UNO empfiehlt eine Zählweise, die auch Menschen, von denen nur ein Elternteil im Ausland geboren ist, als MigrantIn bzw. als jemand „mit Migrationshintergrund“ zu zählen.
- 127 Während noch 1971 nur 5.2% aller Ehen zwischen einem österreichischen und einem ausländischen Partner stattfanden, war dies 2005 bereits bei 25.7% aller Eheschließungen der Fall. (siehe Gudrun Biffel: SOPEMI Report on Labour Migration. Austria 2005-06 (2006), WIFO, S. 60)
- 128 Statistik Austria: Arbeits- und Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Österreich. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2008 (2009), S. 78
- 129 Siehe den ORF-Bericht: In vier Bezirken Wiens Migranten als Mehrheit, 30.3.2009; <http://wien.orf.at/stories/351995/>
- 130 Projektteam Integrationsmonitor (Theodora Manolakos, Karin König, Rainer Hauswirth, Kemal Boztepe): Monitoring Intergration Wien (2010), S. 23
- 131 Da die statistische Methode der breiteren Erfassung der MigrantInnen, die aufzeigt, daß sie 44% der Wiener Bevölkerung ausmachen, leider fast nirgendwo angewandt wird, beziehen sich die im Kapitel zu Wien angeführten Zahlen - so nicht anders genannt - auf die offizielle Zählweise des Innenministeriums.
- 132 Siehe Statistik Austria und Kommission für Migrations- und Integrationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften: Migration & Intergration. Zahlen.Daten.Indikatoren 2010 (2010), S. 56
- 133 Siehe Österreichischer Integrationsfond: Integration im Fokus, Nr. 2/2010, S. 40f.
- 134 Eugen Antalovsky, Herbert Bartik, Alexander Wolffhardt in Zusammenarbeit mit Kenan Güngör: Gesamtfassung des ersten Wiener Diversitätsmonitors 2009, Erstellt im Auftrag der Stadt Wien, MA 17 Integration und Diversität, S. 104
- 135 ORF: In vier Bezirken Wiens Migranten als Mehrheit, 30.3.2009, <http://wien.orf.at/stories/351995/>
- 136 Stadtentwicklung Wien, Magistratsabteilung 18: Soziale Veränderungsprozesse im Stadtraum. Wiener Sozialraumanalyse mit Vertiefung in acht ausgewählten Stadtvierteln (2010), S. 32
- 137 Projektteam Integrationsmonitor (Theodora Manolakos, Karin König, Rainer Hauswirth, Kemal Boztepe): Monitoring Intergration Wien (2010), S. 121
- 138 Projektteam Integrationsmonitor (Theodora Manolakos, Karin König, Rainer Hauswirth, Kemal Boztepe): Monitoring Intergration Wien (2010), S. 122
- 139 Bericht Wiener Zuwanderungskommission: Migration, Mobilität, Vielfalt (2010), S. 61
- 140 Siehe Österreichischer Integrationsfond: Integration im Fokus, Nr. 2/2010, S. 40f.
- 141 Friedrich Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie; in: MEW 21, S. 302
- 142 Hierbei kann es natürlich auch besondere Formen des Rassismus geben wie z.B. die Bewegung der Neonazis, die die Einheit aller Weißen - über die nationalen Grenzen Europas und Nordamerikas hinweg - gegen die anderen Rassen herstellen möchte. Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß ein solcher Rassismus sich durchsetzt. Der Rassismus ist in seiner objektiven Bedeutung ein Instrument der herrschenden Klasse und die

Bourgeoisie ist in der Regel an einen konkreten Nationalstaat gebunden. Daher muß der Rassismus in der Regel mit der ideologischen Vorherrschaft der eigenen Nation verbunden sein, wobei es hier natürlich Abstufungen bzgl. der anderen Völker geben kann (andere weiße Völker sind qualitativ weniger minderwertig als jene aus den Halbkolonien).

143 Ein akademischer Marxist, Peter Schmitt-Egner, meinte dazu einst treffend: „*Der Export von Kapital erscheint als Export von ‚Zivilisation‘ und ‚Kultur‘ schlechthin*“. Völker, die dem Kapital nicht als Gebrauchswert Arbeit gegenüber treten und daher ausbeutbar sind, erscheinen daher dem Kapital als „wertlos“ und „gesellschaftlich überflüssig“. Dadurch ist die Rechtfertigung geschaffen, diese Völker „umzuerziehen oder auszurotten“ (Peter Schmitt-Egner: Wertgesetz und Rassismus. Zur begrifflichen Genesis kolonialer und faschistischer Bewußtseinsformen; in: Gesellschaft Beiträge zur Marxschen Theorie, Nr. 8/9, Frankfurt a. M., S. 389 bzw. S. 385)

144 Unsere damalige internationale Organisation - die Liga für die 5. Internationale - hat die Unterdrückung dieser nationalen Gruppen in verschiedenen Publikationen behandelt. Siehe u.a. Michael Pröbsting: Israel, Zionismus und Antisemitismus (2006); Workers Power Britain: Socialism and Black Liberation - The revolutionary struggle against racism (1995); Margit Bauer: 80 Jahre Volksabstimmung in Kärnten - Nein zum Austro-Patriotismus! (in: ArbeiterInnenstandpunkt, Nr. 111, Nov/Dez. 2000); Dave Ellis: The Basque National Question, in: Fifth International Nr. 2 (2004); Michael Pröbsting: The Roma - Europe's Forgotten Nationality, in: Fifth International Nr. 1 (2003) (in deutsch als Broschüre unter dem Titel „Die Unterdrückung der Roma in Osteuropa“ (August 2003).

145 Siehe dazu u.a. die LSR-Broschüre von Michael Pröbsting: Israel, Zionismus und Antisemitismus, S. 27ff.

146 Siehe dazu u.a. Liga der Sozialistischen Revolution: Hände weg von Kurdistan! in: BEFREIUNG Nr. 155 (2007); Michael Gatter: Vom nationalen Befreiungskampf zur permanenten Revolution - Zur revolutionären Strategie im Kosovo, in: Revolutionärer Marxismus Nr. 25 (1998); ArbeiterInnenstandpunkt: Freiheit für Kosova - Ein revolutionäres Aktionsprogramm (1998); Liga für eine Revolutionär-Kommunistische Internationale: Bosnia: imposed partition or renewed war? Trotskyist Bulletin Nr. 5 (1994); Liga für eine Revolutionär-Kommunistische Internationale: Resolution über die neuesten Entwicklungen in Bosnien, in: Revolutionärer Marxismus Nr. 13 (1994); Michael Gatter: Are the Bosnian Muslims a Nation?, in: Trotskyist International Nr. 13/14 (1994); Liga für eine Revolutionär-Kommunistische Internationale: Marxism and the Nationale Question in Latin America, in: Trotskyist Bulletin Nr. 6 (1995)

147 Siehe dazu u.a. Michael Pröbsting: Wie stehen KommunistInnen zum Islam? Fragen und Antworten angesichts der Debatte um den Islam und der Situation der Moslems in Österreich; in: ArbeiterInnenstandpunkt Nr. 154 (Oktober 2007).

148 Die Europäische Union schrieb in die Präambel des „Vertrag über die Europäische Union“ die zentrale Bedeutung des religiösen Erbes fest: „SCHÖPFEND aus dem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas, aus dem sich die unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte des Menschen sowie Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit als universelle Werte entwickelt haben, „ (Siehe dazu auch die LSR-Broschüre von Michael Pröbsting: Der EU-Reformvertrag, seine Hintergründe und die revolutionäre Strategie (2007))

149 Siehe dazu u.a. Hannes Hohn: Drohendes Burka-Verbot in Frankreich: Rassismus mit Verhüllung, www.sozialistische-revolution.org/phpwcm/index.php?id=31,794,0,0,1,0 sowie Michael Pröbsting: Die unheilige Allianz gegen die Moslems. Zur Diskussion über das Verbot der Burka, www.sozialistische-revolution.org/phpwcm/index.php?id=31,746,0,0,1,0

150 „Die Bourgeoisie der Mutterländer ist in stände gewesen, ihrem eigenen Proletariat, vor allem dessen oberer Schicht, mittels eines Teils der aufgehäuften Überprofite aus den Kolonien eine privilegierte Position zu sichern. Ohne das würde die Beständigkeit der demokratischen Regimes unmöglich gewesen sein. In ihrer entwickeltsten Form ist und bleibt die Demokratie immer eine Regierungsform, welche nur den aristokratischen und ausbeutenden Nationen zugänglich ist. Die antike Demokratie fußte auf Sklaverei, die imperialistische Demokratie fußt auf der Ausplünderung der Kolonien.“ (Leo Trotzki: Marxismus

in unserer Zeit (1939), S. 19)

151 Siehe dazu auch Kapitel III des Artikels „Über den politischen Charakter der Antinationalen, den Holocaust und den Zionismus. Eine Antwort auf die Verleumdungen des antinationalen Journalisten Karl Pfeifer“; in: Michael Pröbsting: Israel, Zionismus und Antisemitismus

152 Nina Gunić: Thesen zu Immigration und Rassismus und die revolutionäre Antwort (2006); in: BEFREIUNG Nr. 147

153 Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Ideologie des Austropatriotismus natürlich kein Monopol der Sozialdemokratie ist. Genaugenommen ist sogar die eigentliche Urheberin die stalinistische KPÖ, die Mitte der 1930er Jahre die Existenz der österreichischen Nation erfand und einen wüsten Nationalismus propagierte (1938 wollte sie den österreichischen imperialistischen Staat gemeinsam mit dem Austrofaschisten Schuschnigg verteidigen und gab zu diesem Zweck die Parole „Rot-Weiß-Rot bis in den Tod!“ aus. Diese Tradition setzten die StalinistInnen nach 1945 fort und traten vehement für die Verteidigung der österreichischen Unabhängigkeit, die Stärkung des österreichischen Eigentums gegen ausländisches Kapital usw. Bezeichnenderweise lautete der Titel des KPÖ-Programms von 1982 „Sozialismus in Österreichs Farben“. Auch wenn die KPÖ nie auch nur annähernd den Einfluß der Sozialdemokratie erlangte, so trug sie mit ihrem ordinären Patriotismus zur ideologischen Verwirrung in den Reihen der fortgeschrittensten ArbeiterInnen und Jugendlichen bei. Denn jene lernten auf diese Weise keinen roten, sondern einen Marxismus in rot-weiß-roten Farben - also eine national-bornierte Entstellung der revolutionären Theorie - kennen. Umso bedauerlicher ist es, daß kritische und engagierte GenossInnen wie jene der Kommunistischen Initiative und der Antiimperialistischen Koordination an diese Tradition des Austropatriotismus anknüpfen. Diese Tradition geht auf die stalinistische Utopie zurück, laut der es möglich sei, den Sozialismus in einem Land aufzubauen. Mit den revolutionären Grundsätzen des marxistischen Internationalismus hat dies jedoch nichts zu tun.

154 W. I. Lenin: Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus (1916); in: LW 23, S. 104

155 W. I. Lenin: Wie die Bourgeoisie die Renegaten ausnutzt (1919); in: LW 30, S. 17

156 Siehe Hans Gmundner: Straches Handlangerdienste, KPÖ, 10.11.07, [http://www.kpoe.at/index.php?id=23&tx_ttnews\[tt_news\]=105&tx_ttnews\[backPid\]=2&cHash=7fe484e968](http://www.kpoe.at/index.php?id=23&tx_ttnews[tt_news]=105&tx_ttnews[backPid]=2&cHash=7fe484e968)

157 Im Jahr 1993 zum Beispiel war der Betrag, den AusländerInnen netto mehr in das Sozialsystem einzahlten, 5,6 Mrd. Schilling. (siehe Gudrun Biff: Die Zuwanderung von Ausländern nach Österreich. Kosten-Nutzen-Überlegungen und Fragen der Sozialtransfers (1997), WIFO, S.8)

158 Karl Marx: Das Kapital, Band 1; in: MEW 23, S. 97

159 Karl Marx: Das Kapital, Band 1; in: MEW 23, S. 86

160 Karl Marx: Die Deutsche Ideologie; in: MEW 3, S. 26

161 So ergab eine Studie unter SchülerInnen in Wien: „Mehr als 40% sind sich darin einig, dass die Türkenbelagerungen gezeigt haben, dass das christliche Europa und die islamische Türkei nicht zusammen gehören, und dass dies auch heute noch gilt.“ (Christiane Hintermann: Dissonante Geschichtsbilder? Empirische Untersuchung zu Geschichtsbewusstsein und Identitätskonstruktionen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Wien, Demokratiezentrum Wien, 2007, S. 121)

162 Zur Sozialpartnerschaft und ihrer verheerenden Rolle für die ArbeiterInnenklasse siehe u.a. Michael Pröbsting: Die historisch reaktionäre Rolle der Sozialpartnerschaft. Aufstieg, Geschichte und Niedergang eines arbeiterInnenfeindlichen System der Klassenzusammenarbeit; in: Michael Pröbsting und Roman Birke: Neoliberale SPÖ - Ursachen und Alternativen (2007), LSR-Broschüre

163 Die Besonderheiten der historische Entwicklung des österreichischen Kapitalismus haben wir an mehreren Stellen behandelt. Siehe u.a. ArbeiterInnenstandpunkt: Der österreichische Kapitalismus auf dem Weg in die EU (1993); in: Revolutionärer Marxismus Nr. 9; Michael Gatter: Gestärkt aber nicht stark genug. die Rezession erinnert den österreichischen Imperialismus an seine historische Schwächen (1993), in: Revolutionärer Marxismus Nr. 10; Michael Pröbsting: Vier Jahre Bürgerblock. Kapitalismus und Klassenkampf in Österreich (2004); in: Revolutio-

närer Marxismus Nr. 34

164 Originalton des damaligen Innenminister. Siehe Günther Platter: Integration gestalten; in: Bundesministerium für Inneres: gemeinsam kommen wir zusammen. Expertenbeiträge zur Integration (2008), S. 11

165 Siehe u.a. Peter Slepcevic-Zach, Gernot Pagger: Was braucht die Industrie? Was leistet die berufliche Bildung? Migration und Integration, in: Beiträge der Festschrift zum 3. Österreichischen Wirtschaftspädagogikkongress 2009, S. 103-110

166 Lenin wies darauf hin, daß die Bourgeoisie sich nicht nur der Mittel der offenen Unterdrückung, sondern auch der Bestechung und Vereinnahmung bedient und zu diesem Zweck auch bereit ist, gewisse Zugeständnisse zu machen. Dies wiederum führt oft zur Spaltung und Differenzen innerhalb der ArbeiterInnenklasse und der Unterdrückten. „Eine außerordentlich wichtige Ursache, die unter den Teilnehmern der Arbeiterbewegung Differenzen erzeugt, sind schließlich die Veränderungen in der Taktik der herrschenden Klassen im allgemeinen und der Bourgeoisie im besonderen. Wäre die Taktik der Bourgeoisie immer die gleiche oder zumindest gleichartig, so würde die Arbeiterklasse rasch lernen, sie mit einer ebenso gleichbleibenden oder gleichartigen Taktik zu beantworten. In Wirklichkeit bildet die Bourgeoisie in allen Ländern unvermeidlich zwei Systeme des Regierens heraus, zwei Methoden des Kampfes für ihre Interessen und für die Verteidigung ihrer Herrschaft, wobei diese zwei Methoden bald einander ablösen, bald sich miteinander in verschiedenartigen Kombinationen verflechten.

Die erste Methode ist die Methode der Gewalt, die Methode der Verweigerung jeglicher Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung, die Methode der Aufrechterhaltung aller alten und überlebten Institutionen, die Methode der unnachgiebigen Ablehnung von Reformen. Darin besteht das Wesen der konservativen Politik, die in Westeuropa immer mehr aufhört, die Politik der Grundbesitzerklassen zu sein, die immer mehr zu einer der Spielarten der allgemeinen bürgerlichen Politik wird. Die zweite Methode ist die Methode des „Liberalismus“, der Schritte in Richtung auf die Entfaltung politischer Rechte, in der Richtung auf Reformen, Zugeständnisse usw.

Nicht aus böser Absicht einzelner Personen und nicht zufällig geht die Bourgeoisie von der einen Methode zur anderen über, sondern infolge der radikalen Widersprüche ihrer eigenen Lage. Die normale kapitalistische Gesellschaft kann sich nicht erfolgreich entwickeln ohne ein gefestigtes Repräsentativsystem, ohne gewisse politische Rechte der Bevölkerung, die selbstverständlich verhältnismäßig hohe Ansprüche in „kultureller“ Hinsicht stellt. Diese Ansprüche auf ein bestimmtes Minimum an Kultur werden erzeugt durch die Verhältnisse der kapitalistischen Produktionsweise selbst mit ihrer hohen Technik, ihrer Kompliziertheit, Elastizität, Beweglichkeit, mit der raschen Entwicklung der Weltkonkurrenz usw.

Schwankungen in der Taktik der Bourgeoisie, Übergänge vom System der Gewaltanwendung zum System von Scheinzugeständnissen sind infolgedessen charakteristisch für die Geschichte aller europäischen Länder im letzten halben Jahrhundert, wobei die verschiedenen Länder in bestimmten Perioden vorwiegend die eine oder die andere Methode entwickelten.“ (W.I. Lenin: Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung (1910.); in: LW 16, S. 356f.)

167 WIFO: Arbeitsmarktrelevante Effekte der Ausländerintegration in Österreich (2002), S. 273f.

168 Statistik Austria: Arbeits- und Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Österreich. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2008 (2009), S. 45

169 Statistik Austria: Arbeits- und Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Österreich. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2008 (2009), S. 77f.

170 Siehe Statistik Austria und Kommission für Migrations- und Integrationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften: Migration & Intergration. Zahlen.Daten.Indikatoren 2010 (2010), S. 56

171 Franz Wolf-Maier, Margit Kreuzhuber: Arbeitsmarkt und Wirtschaft. Schlüsselfaktor Beschäftigung; in: Bundesministerium für Inneres: gemeinsam kommen wir zusammen. Expertenbeiträge zur Integration (2008), S. 65. An dieser Stelle wollen wir auf die symbolhafte Ironie hinweisen, daß dieser über 200 Seiten starke Band des Innenministeriums mit dem Titel „gemeinsam kommen wir zusammen“ es zustande bringt, daß sich unter den 16 AutorInnen kein einziger Migrant findet! So viel zum „gemeinsam zusammenkommen“ des bürgerlichen Staates!

172 Nina Gunić: Thesen zu Immigration und Rassismus und die revolutionäre Antwort (2006); in: BEFREIUNG Nr. 147

173 Karl Marx: Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats zu den einzelnen Fragen (1866); in: MEW 16, S. 191

174 „Die Zahl der amerikanischen Geldfürsten ist noch weit größer. Und diese fabelhafte Reichtumsakkumulation wird durch die enorme Einwanderung in Amerika noch von Tag zu Tag gesteigert. Denn direkt und indirekt kommt dieselbe in erster Linie den Kapitalmagnaten zugute. Direkt, indem sie die Ursache einer rapiden Steigerung der Bodenpreise ist, indirekt, indem die Mehrzahl der Einwanderer den Lebensstand der amerikanischen Arbeiter herabdrückt. Schon jetzt finden wir in den zahllosen Streikberichten, welche unsere amerikanischen Bruderorgane melden, einen immer größeren Prozentsatz von Streiks zur Abwehr von Lohnreduktionen, und die meisten auf Lohnerhöhung abzielenden Streiks sind im Grunde auch nichts anderes, denn sie sind entweder hervorgerufen durch die enorme Steigerung der Preise oder durch das Ausbleiben der sonst im Frühjahr üblichen Lohnerhöhungen.

Auf diese Weise trägt der Auswandererstrom, den Europa jetzt jährlich nach Amerika entsendet, nur dazu bei, die kapitalistische Wirtschaft mit all ihren Folgen auf die Spitze zu treiben, so daß über kurz oder lang ein kolossaler Krach drüben unvermeidlich wird. Dann wird der Auswandererstrom stocken oder vielleicht gar seinen Lauf zurücknehmen, d.h. der Moment gekommen sein, wo der europäische, speziell der deutsche Arbeiter vor der Alternative steht: Hungertod oder Revolution! Steht aber die Alternative einmal, so dann ade - ihr Glückspilze des heiligen preußisch-deutschen Kaiserreichs!

Und der Moment ist näher, als es die meisten sich träumen lassen. Schon hält es für die Einwanderer drüben schwer, Arbeit zu finden, immer deutlicher zeigen sich die Vorboten der nahenden Geschäftskrisis, ein noch so geringfügiger Anlaß im entscheidenden Moment genügt, und - der Krach ist da!

Darum, so sehr wir auch mit der ‚New Yorker Volkszeitung‘ die Auswanderung aus Deutschland bedauern, so sehr wir überzeugt sind, daß dieselbe zunächst eine wesentliche Verschlechterung der Lage der amerikanischen Arbeiter im Gefolge haben wird, und so sehr wir ferner mit ihr wünschten, daß die deutschen Arbeiter ihr ganzes Augenmerk ausschließlich auf die Verbesserung ihrer Lage in Deutschland richteten, so können wir ihren Pessimismus doch nicht teilen. Wir müssen eben mit den Verhältnissen rechnen, und - da dieselben, dank der Kurzzeitigkeit und Habgier unserer Gegner, eine Entwicklung im wirklich reformatorischen Sinne immer mehr ausschließen - unsere Aufgabe darin suchen, die Geister allen Angstmeiern zum Trotz, vorzubereiten auf den revolutionären Gang der Ereignisse.

Für den Konflikt: Riesenhafte Konzentration des Kapitals einerseits und wachsendes Massenelend andererseits, gibt es nur eine Lösung: Die soziale Revolution!“ (Friedrich Engels: Über die Konzentration des Kapitals in den Vereinigten Staaten (1882); in: MEW 19, S. 307)

175 Aus der Resolution „Internationale Verbindung der Bestrebungen durch Vermittlung der Assoziation in dem Kampf zwischen der Arbeit und dem Kapital“, („Der Vorbote“, Nummer 10/1866). Zitiert in „Marxistisch-leninistische Ausgangspositionen zur Migration“, <http://trotzalledem.cwsurf.de/zeitungen/15/ml.html>“

176 „Die Neue Zeit“, 1906-1907, Bd. 2 S. 51 /52; Zitiert in „Marxistisch-leninistische Ausgangspositionen zur Migration“, <http://trotzalledem.cwsurf.de/zeitungen/15/ml.html>“

177 Zitiert in: Lothar Elsner: Deutsche Arbeiterbewegung und eingewanderte ausländische Arbeiter 1900 bis 1914; in: Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung, 22. Linzer Konferenz 1986, S. 91

178 Zitiert bei Brigitte Fuchs: Nationale Märkte, internationale Migrationen und internationale Sozialdemokratie: Zur „Frage der Ein- und Auswanderung“ zur Zeit der Ersten und Zweiten Internationale (1864-1918) (1992), S. 102f.

179 Zitiert in: Lothar Elsner: Deutsche Arbeiterbewegung und eingewanderte ausländische Arbeiter 1900 bis 1914; in: Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung, 22. Linzer Konferenz 1986, S. 92

180 Zitiert bei Brigitte Fuchs: Arbeitsmärkte, Migrationen und Arbeiterbewegung (1864-1918) (1992); in: Beiträge zur Historischen Sozialkunde Nr. 4/1992, S. 131

181 Otto Bauer: Proletarische Wanderungen (1907); in: Neue Zeit, Jahrgang 25/II (1906/07), S. 493; Online als pdf-Datei

zu finden unter <http://library.fes.de/nz/>

182 Zitiert bei: Ulla Jelpke: Historische Bedeutung des Internationalen Sozialistenkongresses 1907 (2007), S. 13

183 W. I. Lenin: Der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart (1907); in: LW 13, S. 71

184 Clara Zetkin: Der Internationale Sozialistenkongreß zu Stuttgart (1907); in: Ausgewählte Reden und Schriften, Band 1, S. 362

185 Zitiert bei Jutta Seidel: Arbeiterimmigration unter imperialistischen Bedingungen - Bewährungsfeld für den proletarischen Internationalismus; in: Helmut Konrad (Hrsg.): Imperialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland und Österreich. Protokoll des 4. bilateralen Symposiums DDR-Österreich vom 3. bis 7. Juni 1985 in Graz, Wien 1985, (Materialien zur Arbeiterbewegung, 41), S. 57f.

186 Siehe dazu Jutta Seidel: Arbeiterimmigration unter imperialistischen Bedingungen - Bewährungsfeld für den proletarischen Internationalismus; in: Helmut Konrad (Hrsg.): Imperialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland und Österreich. Protokoll des 4. bilateralen Symposiums DDR-Österreich vom 3. bis 7. Juni 1985 in Graz, Wien 1985, (Materialien zur Arbeiterbewegung, 41) S. 56-60 sowie Brigitte Fuchs: Nationale Märkte, internationale Migrationen und internationale Sozialdemokratie: Zur „Frage der Ein- und Auswanderung“ zur Zeit der Ersten und Zweiten Internationale (1864-1918) (1992), S. 83-87

187 Zur Haltung der österreichischen Sozialdemokratie während des I. Weltkrieges siehe u.a. Roman Birke: Der Jännerstreik 1918 und die Rätebewegung in Österreich. Die Rolle der Sozialdemokratie und der Linksradikalen. Eine historische Aufarbeitung sowie vom gleichen Autor: Die historische Entwicklung der Sozialdemokratie. SPÖ: Von der Diktatur des Proletariats über die Sozialpartnerschaft zur Neoliberalisierung. Beide Artikel wurden veröffentlicht in: Unter der Fahne der Revolution (FAREV, Theoretisches Journal der Liga der Sozialistischen Revolution), Nr. 4 (2009)

188 Zitiert bei Brigitte Fuchs: Nationale Märkte, internationale Migrationen und internationale Sozialdemokratie: Zur „Frage der Ein- und Auswanderung“ zur Zeit der Ersten und Zweiten Internationale (1864-1918) (1992), S. 117f.

189 Zur Zimmerwalder Linke siehe u.a. unsere Artikel: Patrick Mokre: Die Internationale gegen den Krieg Zum 90. Jahrestag der internationalistischen Anti-Kriegskonferenz in Zimmerwald 1915, in: BEFREIUNG Nr. 189 (2010); Michael Pröbsting: Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg. Die Strategie Lenins und der Bolschewiki, in: Revolutionärer Marxismus Nr. 40 (2009)

190 W. I. Lenin: Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen (1916), in: LW 22, S. 149

191 Leitsätze zur Orientfrage, IV. Weltkongreß der Kommunistische Internationale (1922), in: Die Kommunistische Internationale, Manifeste, Thesen und Resolutionen, Band II, Köln 1984, S. 50f.

192 Leah Haus, Labor Unions and Immigration Policy in France, in: International Migration Review, Bd. 33, Nr. 3, S.693

193 Leo Trotzki: Ein Aktionsprogramm für Frankreich (1934); in: Schriften zum Programm, S. 47

194 W. I. Lenin: Was tun? (1902), LW 5, S. 437 (Hervorhebung im Original)

195 „Wir bekämpfen die „Mini-Apartheid“-artigen Beschränkungen der demokratischen Rechte, die überall in der Welt den immigrierten Arbeiter und Arbeiterinnen auferlegt werden. Diese Beschränkungen sind Mittel, um die Überausbeutung dieser Immigrantinnen und die Spaltung der Arbeiterklasse eines Landes entlang rassistischer oder nationaler Linien zu erleichtern.“ (LRKI: Das Trotzkiistische Manifest (1989), S. 52)

196 Unter Ökonomismus verstand Lenin die Begrenzung des Klassenkampfes auf die ökonomische Ebene (Lohn, Arbeitsplatz usw.) und die Herabminderung der anderen Ebenen der Unterdrückung (politische Widersprüche, demokratische Rechte, soziale Unterdrückung von Frauen, Jugend, nationalen Minderheiten usw.). Damit verbunden ist der Glaube, daß aus ökonomischen Kämpfen automatisch ein politisches - also auf den Sturz des kapitalistischen Systems gerichtetes - Klassenbewußtsein entstehen könnte. (siehe v.a. seine Schrift „Was tun“) Als ‚imperialistische Ökonomismus‘ bezeichnete Lenin jene ultralinke

Strömung innerhalb der Bolschewiki und um Rosa Luxemburg herum, die mit dem Eintreten in die imperialistische Epoche und der Aktualität von Krieg und Revolution die Bedeutung und Berechtigung der demokratischen und nationalen Fragen leugneten. (siehe dazu auch u.a.: W. I. Lenin: „Über die aufkommende Richtung des ‚imperialistischen Ökonomismus‘“; „Antwort an P. Kijewski“ und „Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den ‚imperialistischen Ökonomismus‘“; in: LW 23, S. 1-71)

197 W. I. Lenin: Noch einmal über die Trennung des Schulwesens nach Nationalitäten (1913); in: LW 19, S. 544f. (Hervorhebung im Original)

198 Günther Platter: Integration gestalten; in: Bundesministerium für Inneres: gemeinsam kommen wir zusammen. Expertenbeiträge zur Integration (2008), S. 11

199 Michael Häupl: „Klare Worte. Klare Wege.“ SPÖ-Briefaussendung an Wiener Haushalte, 28. 6. 2010

200 Stadt Wien: Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 2009, S. 177f.

201 Siehe Liga für die Fünfte Internationale: Programmatisches Manifest (2010) sowie Liga der Sozialistischen Revolution: Keine Zukunft ohne Sozialismus! Kein Sozialismus ohne Revolution! Keine Revolution ohne Partei! Aktionsprogramm für Österreich (2007)

202 Leo Trotzki: The Negro Question in America. The Discussions in Prinkipo (1933); in: Leo Trotsky: On Black Nationalism and Self-Determination, S. 29

203 „Für eine Staatssprache einzutreten ist eine Schande. Das ist Polizeizwang.“ (W. I. Lenin: Brief an S. G. Schaumian (1914); in: Lenin Briefe Bd. III (1910-1914), S. 309)

204 So schreibt der bürgerliche Migrationsforscher August Gächter: „Natürlich geht es uns allen darum, möglichst wenige über uns und möglichst viele unter uns zu haben, und die Anpassungsleistungen den anderen aufzuerlegen statt uns selbst anzupassen, denn Anpassung ist Unterordnung. Das gleiche gilt für das Lernen. Auch eine Sprache zu lernen, ist ein Akt der Unterordnung, der sich durch irgendeinen in Aussicht stehenden Nutzen rationalisieren, aber niemals ganz leugnen lässt. Könnte man, dann würde man von den Anderen das Erlernen jener Sprache verlangen, die man selbst versteht und spricht, statt umgekehrt. Das sind alles Fragen der Macht, und nur die Macht entscheidet über die Position in der Rangordnung.“ (August Gächter: Richtig über soziale Mobilität reden (2007), ZSI, Arbeitspapiere Migration und soziale Mobilität Nr. 4, S. 2)

205 Siehe dazu Iona Szemethy: Deutschfixiertes Mund verbieten. In der katholischen Privatschule Elisabethinum wird MigrantInnen die Verwendung ihrer Muttersprache verboten! In: BEFREIUNG Nr. 189 (Juli/August 2010)

206 W. I. Lenin: Resolution zur nationalen Frage. Resolutionen der Sommerberatung des Zentralkomitees der SDAPR mit Parteifunktionären 1913 (1913); in: LW 19, S. 420

207 Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (1903); in: Boris Meissner: Das Parteiprogramm der KPdSU 1903-1961, Köln 1962, S. 117f. Diese Formulierung war ein Kompromiß, der auf dem II. Parteitag 1903 ausverhandelt wurde. Lenin selber beantragt, folgende Forderung in das Programm aufzunehmen: „Das Recht der Bevölkerung, in der Muttersprache unterrichtet zu werden, das Recht eines jedes Bürgers, sich in Versammlungen, gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen der Muttersprache bedienen zu können.“ (W. I. Lenin: Anträge zu einzelnen Punkten der allgemeinpolitischen Forderungen des Parteiprogramms; in: LW Ergänzungsband 1896-1917, S. 63) Wie man sieht, wurde Lenins ursprüngliche Formulierung dann in das Parteiprogramm von 1919 aufgenommen.

208 Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) (1919); in: Boris Meissner: Das Parteiprogramm der KPdSU 1903-1961, Köln 1962, S. 131

209 Siehe dazu u.a. Michael Märzten: Eigene Schulen für MigrantInnen? in: BEFREIUNG Nr. 188 (Juni 2010)

210 August Gächter: Migrationspolitik in Österreich seit 1945 (2008), Zentrum für Soziale Innovation, Statistik Austria, Arbeitspapiere Migration und soziale Mobilität Nr. 12, S. 5

211 Der Migrationsforscher Gächter prognostiziert eine Militarisierung der Migration: „In den letzten 15 Jahren ist ein Trend zu beobachten, die Abwehr internationaler Migration zunehmend zu militarisieren. Die Anwendung von Waffengewalt ist bis jetzt einseitig. In dem Maß aber, wie Europa und die USA sich abschotten, ist zu

fürchten, dass das nicht so bleiben könnte, und dass Migrationen wieder bewaffnet stattfinden werden.“ August Gächter: Globale Migration (2007), ZSI, Arbeitspapiere Migration und soziale Mobilität Nr. 5

212 W. I. Lenin: Die nationale Gleichberechtigung (1914); in: LW 20, S. 235

213 Siehe dazu auch die Stellungnahmen von Workers Power – der britischen Sektion der LFI – und der LSR: Britannien: Nein zu den nationalistischen Streiks! (2009); www.sozialistische-revolution.org/phpwcms/index.php?id=25,579,0,0,1,0

214 W. I. Lenin: Brief an den Sekretär der ‚Liga‘ für sozialistische Propaganda“; in: LW 21, S. 435

215 Karl Marx: Brief an Sigrid Meyer und August Vogt (9. April 1870); in: MEW 32, S. 668f. (Hervorhebung im Original)

216 Karl Marx: Das Kapital, Band 1; in: MEW 23, S. 318

217 „Der Hauptmangel alles bisherigen Materialismus (den Feuerbach'schen mit eingerechnet) ist, daß der Gegenstand, die Wirklichkeit, Sinnlichkeit nur unter der Form des Objekts oder der Anschauung gefaßt wird; nicht aber als sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis, nicht subjektiv. (...) Feuerbach (...) faßt die menschliche Tätigkeit selbst nicht als gegenständliche Tätigkeit. (...) Er begreift daher nicht die Bedeutung der »revolutionären«, der »praktisch-kritischen« Tätigkeit. (...)

Die materialistische Lehre von der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergißt, daß die Umstände von den Menschen verändert und der Erzieher selbst erzogen werden muß. Sie muß daher die Gesellschaft in zwei Teile - von denen der eine über ihr erhaben ist - sondieren. Das Zusammenfallen des Ändern[s] der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung kann nur als revolutionäre Praxis gefaßt und rationell verstanden werden.“ (Karl Marx: Thesen über Feuerbach (1845); in: MEW 3, S. 5f.)

218 Siehe u.a. den LSR-Bericht: Marsch durch Wien am 1. Juni für ein freies Palästina. Bericht von der spontanen, kämpferischen Demonstration in Wien am 1. Juni www.sozialistische-revolution.org/phpwcms/index.php?id=31,830,0,0,1,0

219 Leo Trotzki: Aussichten und Aufgaben im Osten. Rede bei der Feier zum dreijährigen Bestehen der Kommunistischen Universität der Werktätigen des Ostens (21. April 1924); in: Schriften 2.1 (Über China), S. 62

220 Leo Trotzki: Letter to Klorkeit and to Jewish Workers in France (10. 5. 1930); in: Leo Trotsky: On the Jewish Question, S. 14f.

221 Nina Gunić: Einheit – Birlik – Jedinstwo. MigrantInnen sind ein wesentlicher Bestandteil unserer Klasse. Doch wir werden weiter benachteiligt! (2009); in: BEFREIUNG Nr. 175

222 Leo Trotzki: Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats (1932); in: Schriften über Deutschland, S. 246f.

223 Der ultralinke Stalinist John Pepper, der eine zeitlang eine führende Rolle in der US-amerikanischen KP spielte, entwickelte eine solche Theorie über die amerikanische ArbeiterInnenklasse (siehe Leo Trotzki: Ergebnisse und Perspektiven der chinesischen Revolution (1928); in: Über China, Schriften 2.1, S. 380f.) Diese unsinnige Theorie wurde von verschiedenen maotistischen Gruppen in den 1970er Jahren wieder belebt. Auch die Antiimperialistische Koordination (AIK) in Österreich kokettierte immer wieder mehr oder weniger offen mit solchen Konzepten.

224 Leo Trotzki: Plans for the Negro Organisation (1939); in: Leo Trotsky: On Black Nationalism and Self-Determination, S. 62

225 Leo Trotzki: Plans for the Negro Organisation (1939); in: Leo Trotsky: On Black Nationalism and Self-Determination, S. 62

226 Leo Trotzki: Aussichten und Aufgaben im Osten. Rede bei der Feier zum dreijährigen Bestehen der Kommunistischen Universität der Werktätigen des Ostens (21. April 1924); in: Schriften 2.1 (Über China), S. 58

227 Leo Trotzki: Die Lehren des Oktober (1924); in: Die Linke Opposition in der Sowjetunion 1923-1928, Band II, S. 244

Einheit durch Kampf für Gleichberechtigung!

Resolution für das Recht auf Muttersprache für MigrantInnen an den Schulen

Vorwort der Redaktion

Im folgenden veröffentlichen wir eine Resolution, die die Gründungsmitglieder der RKOB noch vor ihrem Ausschluss aus der LSR Anfang April 2011 erarbeiteten. Das Dokument wurde von der damaligen, noch revolutionären, Leitung beschlossen und der 22. Konferenz (Anfang Februar 2011) vorgelegt. Die Mehrheit setzte dann auf der Konferenz durch, daß die Resolution überhaupt nicht behandelt wird. Dies war symbolisch für den Ruck in Richtung Zentrismus, der mit dieser Konferenz einsetzte. Auf einem internen Treffen Mitte März wurde sie dann doch diskutiert. Doch die neue, zentristische Mehrheit setzte durch, daß die in der Resolution enthaltenen Ablehnung der Assimilationspolitik – also der Politik, die mittels Druck MigrantInnen zur Anpassung an und Unterordnung unter die herrschende Mehrheitsnation bringen will – gestrichen wurde. Damit ging jedoch ein wichtiger Eckpfeiler der marxistischen, internationalistischen Haltung, die jede Form der nationalen Unterdrückung ablehnt, verloren.

Die LSR – als Ausdruck ihres Richtungswechsel hat sie mittlerweile auch den Namen geändert und nennt sich nun AST – hat die Resolution bis heute, ein halbes Jahr nach der Beschlussfassung, nicht veröffentlicht. Denn trotz der besagten pro-Assimilationsabänderung enthielt sie noch immer die marxistische Position der konsequenten Verteidigung des Rechts auf Muttersprache. Eine weitere Errungenschaft der Resolution – neben der Konkretisierung unserer Haltung bezüglich dem muttersprachlichen Unterricht – ist der Nachweis, daß der muttersprachliche Unterricht ein Anliegen von zahlreichen MigrantInnen darstellt. Während unseres Kampfes für eine internationalistische Haltung in der Frage der Migration wurde uns nämlich von der Mehrheit der internationalen Leitung vorgehalten, es gebe keine MigrantInnenorganisation bzw. nur reaktionäre IslamistInnen, die sich für einen Unterricht der Muttersprache einsetzen würden. Diese ignorante Behauptung widerspiegelte einerseits eine völlige Unwissenheit über das Leben und die Interessen von migrantischen ArbeiterInnen seitens dieser GenossInnen und andererseits ihre chauvinistischen Vorurteile, die sich u.a. auch in der Ablehnung unserer grundlegenden Haltung zur revolutionären Integration niederschlägt. Daher auch ihre Ablehnung unserer, in dieser Ausgabe des WeRK, abgedruckten Thesen zur Migration und revolutionären Integration.

Die Resolution entspricht wie gesagt der Fassung, die die damalige Leitung im Jänner 2011 beschloß mit folgender Ausnahme. In der These 2 haben wir natürlich berücksichtigt, daß die LSR/AST/LFI ihre Position nun geändert hat und haben daher in diesem Sinne die Entwicklung seit damals inklusive der Gründung der RKOB berücksichtigt.

1. Die Frage des Rechts auf Muttersprache ist Teil des revolutionären Programms im allgemeinen und des Programms zur Befreiung der MigrantInnen in Besonderen. Es ist von Bedeutung für die Befreiung der MigrantInnen, weil sie in der imperialistischen Gesellschaft eine beson-

dere Schicht darstellen, die (in ihrer übergroßen Mehrheit) national unterdrückt wird und als ArbeiterInnen überausgebeutet werden.

2. GenossInnen der heutigen RKOB sind in der Zeit, als sich noch in der LSR/LFI arbeiteten, für eine marxistisch-internationalistische Haltung zur Frage der Unterdrückung der MigrantInnen eingetreten. In diesem Sinne konnten sie eine Mehrheit dafür gewinnen, daß die LSR 2006 die nationale Unterdrückung der MigrantInnen feststellte und sich für die Losung des Rechts auf Muttersprache für MigrantInnen aussprach. Im LSR-Programm schrieben wir: „Abschaffung von Deutsch als offizieller Amtssprache! Gleichberechtigte Anerkennung zumindest der häufiger verwendeten Sprachen der MigrantInnen in allen öffentlichen Institutionen (Behörden, im Unterricht in den Schulen und Universitäten usw.)! Massive Neueinstellung von MigrantInnen im öffentlichen Dienst, als LehrerInnen in Schulen usw.! Kostenlose Angebote für Sprachkurse (auch innerhalb der Arbeitszeit) für alle in Österreich gesprochenen Sprachen auf freiwilliger Basis!“. Die LFI hat sich auf ihrem Kongreß 2010 für die Losungen ausgesprochen: „Gegen offizielle Staatssprachen! Gleiche Rechte für nationale Minderheiten, ihre Sprache an den Schulen, im Gericht, Medien, bei den Behörden verwenden zu dürfen. Für das Recht der Migrantengemeinden, ihre Sprache in den Schulen zu verwenden.“ Allerdings entschied sich die Mehrheit der LFI nach dem Kongreß gegen die marxistisch-internationalistische Haltung und verurteilte die Analyse und Position der heutigen RKOB-GenossInnen. Die RKOB setzt nach der zentristischen Degeneration der LFI die revolutionäre Tradition fort und vertritt daher weiterhin die marxistisch-internationalistische Position bezüglich der Unterdrückung der MigrantInnen.

Assimilation, nationale Abschottung und revolutionäre Integration

3. Das Ziel von MarxistInnen in der Frage der MigrantInnen ist die Annäherung und schließlich die Verschmelzung der Nationen. Das ist ein sehr langwieriger Prozeß, der erst im Kommunismus vollständig verwirklicht werden kann. Der Kapitalismus in seinem fortgeschrittenen Stadium legt durch die Internationalisierung der Produktivkräfte und der Migration als Form der „modernen Völkerwanderung“ eine objektive Basis für eine solche Annäherung und Verschmelzung der Nationen. Doch gleichzeitig verunmöglicht der Imperialismus eine tatsächliche und umfangreiche Verschmelzung bzw. kann sie nur mit Gewaltmitteln herbeiführen, denn der Kapitalismus in seiner Epoche des Niedergangs verschärft die Unterdrückung von Nationen und nationalen Minderheiten.

4. Wir sind keine UnterstützerInnen von nationalen Kulturen – weder der herrschenden nationalen Kultur, noch die der nationalen Minderheiten. Daher kämpfen wir gegen jede Form der Abschottung der nationalen

Gruppen voneinander. Unser Ziel ist es, die Trennung der ArbeiterInnen und Jugendlichen nach nationalen Linien zu überwinden. In jeder nationalen Kultur dominiert die Kultur der herrschenden Klasse, aber es finden sich auch progressive, demokratische Elemente darin. MarxistInnen sind für die Annäherung, die Verschmelzung dieser progressiven Elemente aus allen nationalen Kulturen und die Stärkung „*der internationalen Kultur des Weltproletariats*“.

(1)
5. Wir sind Gegner jeglicher auf Assimilation abzielender Politik. Unter Assimilation von MigrantInnen verstehen wir und wird in der Regel verstanden, daß sich die MigrantInnen an die herrschende Nation durch Aufgabe ihrer nationalen Eigenheiten (Sprache, Kultur usw.) anpassen. Die Assimilationspolitik ist für den imperialistischen Staat, der in der Regel ein Nationalstaat ist, typisch. Assimilation im Kapitalismus ist mit offener oder versteckter, direkter oder indirekter Unterdrückung verbunden. Assimilation bedeutet Unterordnung der nationalen Minderheit unter die Mehrheit mit den Mitteln des Drucks. Sie ist daher reaktionär und widerspricht dem proletarischen Internationalismus.

6. Assimilation wird in den heutigen Debatten zur sogenannten „Integrationsfrage“ als Unterordnung und Anpassung verstanden. Wir lehnen deshalb politische Kampagnen, die sich für den Zwang zur Assimilation absprechen, aufs Schärfste ab. Gleichzeitig erkennen wir jedoch an, dass es auch im Kapitalismus Tendenzen zur Assimilation, d.h. zur Anpassung von Bevölkerungsminderheiten an die jeweiligen Mehrheiten gibt wie dies z.B. auch für Teile der tschechischen Minderheit in Österreich der Fall war. Diese Tendenzen werden jedoch dadurch erschwert, dass die österreichische Gesellschaft mit rassistischen Vorurteilen auf MigrantInnen reagiert und eine freiwillige Assimilation somit praktisch äußerst erschwert bzw. beinahe verunmöglicht.

7. Wir sprechen uns gegen jede Barriere zu einer möglichen Integration bzw. auch einer Anpassung an die jeweilige Mehrheitsbevölkerung aus. Dies beinhaltet sowohl diverse juristische als auch finanzielle Hürden (kostenpflichtige Deutschkurse, Hindernisse bei Staatsbürgerschaft, etc.). Auch lehnen wir die Höherstellung einer über die andere kulturelle Form der Lebensweise ab. Während diese Ablehnung sich in erster Linie gegen die dominierende Form des kulturellen Rassismus, der eine Überhöhung der was auch immer umfassenden österreichischen Kultur vornimmt, lehnen wir auch eine absolute Verteidigung anderer Kultureinflüsse ab. Diverse aufgrund des rassistischen Drucks verständliche, dennoch reaktionäre Abschottungstendenzen von MigrantInnengruppen versuchen gerade MigrantInnen aufgrund von kulturellen Vorstellungen eine Integration zu erschweren bzw. sie an die jeweiligen bürgerlichen Führungen der MigrantInnengemeinden zu binden.

8. Wir sind gegen solche Formen der Einschränkung und erkennen MigrantInnen das Recht zu, sich an die jeweilige Mehrheitskultur anzupassen, wenn sie dies möchten. Dennoch kann das nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass auch sogenannte „gut integrierte“ MigrantInnen von rassistischen Vorurteilen betroffen sind. Gerade deshalb treten wir für das Recht auf die freiwillige Wahl der jeweils unterschiedlich kulturell geprägten Lebensweise ein, sprechen uns dennoch positiv für eine

Angleichung und Verschmelzung der jeweiligen progressiven Elemente kultureller Formen aus.

9. Wir sehen deswegen keine progressivere Tendenz in der kulturellen Anpassung als in der Erhaltung jeweiliger kultureller Elemente oder bestimmter Lebensformen. Die Bewertung der Fortschrittlichkeit oder Rückschrittlichkeit einzelner Kulturformen und Lebensformen hängt mit politischen Fragen zusammen. Wir werten Assimilationstendenzen nicht grundsätzlich positiver als Abschottungstendenzen. Assimilationstendenzen stehen wir neutral gegenüber, solange sie nicht über Mitteln des Zwangs funktionieren. Klassenübergreifende Abschottungstendenzen unter Kontrolle bürgerlicher Kräfte, die sich über nationale, kulturelle oder religiöse Formen definieren hatten wir für reaktionär und stellen diesen Formen die vollständige Integration in die ArbeiterInnenbewegung unabhängig von dem jeweiligen nationalen, kulturellen oder religiösen Selbstverständnis ab. Gleichzeitig befürworten wir das klare Recht von unterdrückten Schichten und somit auch von MigrantInnen sich auch innerhalb der ArbeiterInnenbewegung eigenständig zu organisieren.

10. Die Alternative der MarxistInnen lautet: *Gegen die Assimilationspolitik und gegen die Politik der nationale Abschottung! Für die revolutionäre Integration!* Die Strategie der revolutionären Integration strebt die Annäherung und Verschmelzung der verschiedenen Nationen an. Diese Annäherung kann nur den gemeinsamen Kampf der multinationalen ArbeiterInnenklasse auf Grundlage eines Programms des Klassenkampfes für die sozialistische Revolution erzielt werden, das als ein Prinzip die „*völlige Gleichberechtigung aller Nationen und Sprachen*“ beinhaltet. (2) Denn zur Verschmelzung der Nationen führen nur die wirkliche Befreiung der unterdrückten Nationen, die wirkliche Entwurzelung der nationalen Unterdrückung und die völlige Gleichstellung der Nationen. Die Voraussetzung dafür ist die Machtergreifung der ArbeiterInnenklasse und der internationale Aufbau des Sozialismus.

11. Wir stehen neutral dem gegenüber, ob sich ein einzelner Migrant, eine einzelne Migrantin assimilieren möchte oder nicht. Ob sich zum Beispiel eine Migrantin als Österreicherin oder als eine Türkin versteht, ist für uns eine der Frage der individuellen Entscheidung, die gleichermaßen zu respektieren ist. Aber als gesellschaftliche Gruppe sind MigrantInnen einer systematischen Politik seitens des Staates und zahlreicher gesellschaftlicher Institutionen (Schule, Parteien, der ArbeiterInnenbürokratie usw.) ausgesetzt, die aktiv anstreben, daß die MigrantInnen ihre nationale Identität aufgeben und sich assimilieren. Dies widerspiegelt sich auch in den weitverbreiteten chauvinistischen Vorurteilen (von rechten Parteien am offensivsten vertreten, aber bis weit in die reformistische ArbeiterInnenbewegung hineinreichend), daß „gute Ausländer“ jene sind, die sich assimilieren (gut deutsch sprechen, einen Job haben, „unser“ Wertesystem übernehmen etc.) und „schlechte Ausländer“ jene sind, die sich nicht assimilieren (nur oder zumindest besser ihre Muttersprache sprechen, ärmer sind, stärker mit ihrer ursprünglichen Kultur verbunden sind). Umgekehrt gibt es auch unter nationalistischen Kräften innerhalb der MigrantInnengemeinde ein reaktionäres Vorurteil, daß „richtige“ TürkInnen, SerbInnen etc. ihrer ursprünglichen Kultur verbunden bleiben und keine kulturellen Elemente

des Einwanderungslandes übernehmen sollen. Eine objektive Unterstützung der Assimilationspolitik durch das direkte oder indirekte Fördern der Anpassung der nationalen Minderheit an die unterdrückende Nation ist chauvinistisch, wenn sie einseitig passiert. Ebenso reaktionär ist eine objektive Unterstützung der Politik der nationalen Abschottung durch das direkte oder indirekte Behindern der Zusammenarbeit und des Zusammenwachsens der nationalen Minderheit mit der im Einwanderungsland vorherrschenden Nation und insbesondere ihrer ArbeiterInnenklasse.

Die Einheit der Klasse erfordert den Kampf für die völlige Gleichberechtigung

12. Im Kampf für die sozialistische Revolution ist eine der zentralen Aufgaben die Herstellung der brüderlichen/schwesterlichen Einheit der ArbeiterInnenklasse – das heißt die möglichst enge Verbindung all ihrer Teile (der jungen und erwachsenen, der weiblichen und männlichen, der migrantischen und inländischen, der unteren und der oberen Schichten usw.). Gespalten und geschwächt kann die ArbeiterInnenklasse sich nur unzureichend gegen den Klassenfeind wehren.

13. Das Haupthindernis für diese Einheit ist nicht das mangelnde Verständnis füreinander aufgrund von sprachlichen (oder psychologischen) Barrieren. Das Haupthindernis ist vielmehr die real bestehende besondere gesellschaftliche Unterdrückung bestimmter Teile der ArbeiterInnenklasse (Frauen, MigrantInnen, Jugend usw.) zusätzlich zu der alle Teile der ArbeiterInnenklasse betreffenden kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung. Diese besonderen, zusätzlichen Unterdrückungsformen existieren seit langem in der kapitalistischen Klassengesellschaft und werden von der herrschenden Klasse bewußt eingesetzt, um die Unterdrückten zu spalten. Diese gesellschaftliche Unterdrückung benachteiligt die Frauen, MigrantInnen, Jugend usw. und schafft bestimmte tatsächliche (und scheinbare) Privilegien und Vorurteile bei den anderen Teilen der ArbeiterInnenklasse (Männer, InländerInnen, Erwachsene). Dadurch wiederum wird objektiv die ArbeiterInnenklasse gespalten und geschwächt.

14. Der zentrale Angelpunkt für MarxistInnen besteht daher darin, die Einheit der ArbeiterInnenklasse herzustellen. Wir kämpfen für die einheitliche Organisation der inländischen und migrantischen Teile des Proletariats in einer gemeinsamen Gewerkschaft und anderen Massenorganisationen sowie einer gemeinsamen, multinationalen revolutionären Partei (wobei MigrantInnen natürlich das Recht auf eigene Versammlungen – *Caucus* – haben.) Doch diese Einheit kann nicht durch die zwanghafte Assimilation, die Unterordnung eines nationalen Teils unter den anderen nationalen Teil, hergestellt werden. Sie kann auch nicht hergestellt werden, wenn die besonderen Unterdrückungsformen – von denen Teile der Klasse betroffen sind – geleugnet oder ignoriert oder nur unzureichend bekämpft werden. Sie kann nur hergestellt werden, wenn die ArbeiterInnenklasse in ihrer Gesamtheit den Kampf für ihr gemeinsames Interesse verbindet mit dem Kampf gegen jede Form der gesellschaftlichen Unterdrückung. Die Einheit der ArbeiterInnenklasse und der Unterdrückten erfordert also den gemeinsamen Kampf für die vollständige Gleichberechtigung und gegen jede Form von Privilegien

für eine bestimmte bzw. mehrere bestimmte Nationen in der Gesellschaft.

Sprache als Mittel der Verständigung und als Mittel der nationalen Unterdrückung

15. Die Sprache *erscheint* (v.a. jenen, die nicht von nationaler Unterdrückung betroffen sind) ausschließlich als Verkehrs- und Verständigungsmittel zwischen den Menschen. Doch im Kapitalismus ist die Sprache weit mehr als das. Sie ist eines der wichtigsten Merkmale von Nationen und nationalen Gruppen. Da sich der Kapitalismus im Verhältnis zwischen Nationen bekanntlich oft durch nationale Unterdrückung und Nicht-Gleichberechtigung auszeichnet, wird die Sprache somit auch zu einem Mittel der nationalen Unterdrückung.

16. Die Sprache spielte und spielt daher häufig eine wichtige Rolle bei der nationalen Unterdrückung. Die Bourgeoisie der herrschenden Nation versucht oft, nationale Minderheiten durch die Bevorzugung ihrer Sprache als herrschender Sprache in einem Zustand der Unterdrückung und Unterwerfung zu halten. Ihr Ziel ist in der Regel die Assimilation der Minderheiten. (Russifizierung durch den Zarismus und später den Stalinismus; Verbot der tschechischen und aller nicht-deutscher MigrantInnensprachen in Wien in den öffentlichen Schulen und Ämtern Ende des 19. Jahrhunderts und Verpflichtung aller neu Eingebürgerten auf Ablegung eines Eides, „den deutschen Charakter der Stadt nach Kräften aufrechtzuerhalten“ (3); die „Germanisierungspolitik“ (Rosa Luxemburg) im Deutschen Kaiserreich gegen die nationale Minderheiten im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert (4); Nichtanerkennung der MigrantInnensprachen als gleichberechtigte Sprache bei Behörden, Medien und Schulen in zahlreichen Ländern Europas heute). Heute verfolgen die herrschenden Klassen in Europa eine Politik der imperialistischen „Leitkultur“, die die jeweilige Sprache(n) und „Werte“ als für alle gültigen Standard propagiert und mittels der sie die nationalen Minderheiten der MigrantInnen majorisieren und assimilieren wollen.

17. Die Form dieser Unterdrückung kann vielfältig sein. Sie kann offen und brutal durch das Verbot der Muttersprache im öffentlichen Bereich stattfinden (Verbannung der Muttersprache von Minderheiten aus Ämtern, Medien, Schulen usw., Verbot von Literatur in der Muttersprache). Sie kann indirekt durch die Privilegierung der Sprache der herrschenden Nation (die Sprache der herrschenden Nation ist Unterrichtssprache, während die der Minderheiten weniger bzw. nur auf freiwilliger Grundlage unterrichtet wird; vorrangige Einstellung von LehrerInnen der herrschenden Nation, vorrangiges Verbreiten von Lernmaterialien in der Sprache der herrschenden Nation, das geringfügige oder Nicht-Einstellen von migrantischen Lehrkräften und ÜbersetzerInnen, durch das geringfügige oder Nichtverbreiten von Lernmaterialien in den Muttersprachen der nationalen Minderheiten)

18. Was bedeutet nationale Unterdrückung auf dem Gebiet der Sprache? Sie bedeutet die Erhebung einer bestimmten Sprache zur Staatssprache, die Bevorzugung einer bestimmten Sprache gegenüber anderen – von Teilen der Bevölkerung gesprochenen – Sprachen, die Erhebung einer Sprache zur allgemein gültigen Sprache bei den Behörden, in der Schule usw. während andere von Teilen der

Bevölkerung gesprochenen Sprachen benachteiligt oder vollständig unterdrückt werden. Kurz und gut: sie bedeutet *Nicht-Gleichberechtigung der Sprachen*.

19. Das revolutionäre Programm gegen die nationale Unterdrückung – so weit es die Ebene der Sprache betrifft – beinhaltet auch die Losung der Abschaffung von Staatssprachen. Diese Losung wurde von den Bolschewiki 1913 aufgestellt und in der Sowjetunion nach der Revolution 1917 verwirklicht. Durch diese Losung soll jede Privilegierung der herrschenden Sprache mittels rechtlicher, verwaltungstechnischer Mittel usw. – kurz mittels der Ressourcen und Machtmittel des Staatsapparates – unterbunden werden.

20. Das Programm beinhaltet ebenso das Recht auf Muttersprache. Dieses Recht kann natürlich nur dann eingefordert werden, wenn der Zugang zur Muttersprache überhaupt erst ermöglicht wird, wenn diese also in allen gesellschaftlichen Bereichen angeboten wird. Ansonsten hätte ein solches Recht keine Bedeutung in der Praxis – wäre also „totes Recht“. Deswegen forderten die Bolschewiki seit 1903 *„das Recht der Bevölkerung auf Bildung in der Muttersprache, gewährleistet durch Schaffung der hierfür erforderlichen Schulen auf Kosten des Staates und der Selbstverwaltungsgorgane“*. (5) Nach der Revolution schufen sie dann die Staatssprache ab und bemühten sich, überall *„einheitliche Arbeitsschule mit Unterricht in der Muttersprache“* zu errichten. (6) Die Bolschewiki forderten vor der Revolution die Zurverfügungstellung der materiellen Voraussetzung (LehrerInnen, Lernmaterialien, Räumlichkeiten usw.) zum muttersprachlichen Unterricht in gemeinsamen staatlichen Schulen für die nationalen Minderheiten (inklusive den Juden). Sie forderten dies nicht nur in den Minderheitsgebieten selbst, sondern auch in den russischen Städten (wie z.B. St. Petersburg), wo diese nur zugewanderte MigrantInnen waren und sehr kleine Minderheiten von 0.1% der SchülerInnen darstellten. (7) Selbst in der österreichischen Sozialdemokratie vor 1914 sprachen sich viele führende Funktionäre für muttersprachlichen Unterricht für MigrantInnen in Wien aus (auch wenn dies teilweise die falsche, nämlich national-kulturelle, Form von separaten tschechische Schulen annahm). (8)

21. Der Kampf für die völlige Gleichberechtigung der Sprachen ist auch deswegen so wichtig, weil die Einheit der multinationalen ArbeiterInnenklasse – was die Frage der Sprache betrifft – im Kapitalismus (wo es immer Nationen und nationale Minderheiten geben wird) nicht durch das Beherrschen einer gemeinsamen Sprache hergestellt werden kann. Das wäre ein völlig utopisches Projekt. Wichtig sind hier Übersetzungsmöglichkeiten in die verschiedenen Sprachen, das Fördern der Ausbildung mehrsprachiger AktivistInnen der ArbeiterInnenbewegung, das Angebot mehrsprachiger Literatur usw. Dadurch kann die Teilnahme und Verständigung aller Teile der multinationalen ArbeiterInnenklasse erleichtert werden. Doch aus der Geschichte der internationalen ArbeiterInnenbewegung wissen wir, daß internationale Einheit niemals voraussetzt und auch nicht voraussetzen kann, daß alle Mitglieder – oder auch nur die Mehrheit – eines internationalen Gewerkschaftsbundes oder einer Weltpartei ein und dieselbe Sprache sprechen oder verstehen. Mit den Mitteln der Übersetzung und mehrsprachiger AktivistInnen und Literatur kann eine solche Einheit jedoch hergestellt werden. Ebenso verhält es mit der ArbeiterInnen-

bewegung in einem Land, in dem verschiedene nationale Gruppen leben.

Die wachsende Bedeutung der MigrantInnen im Kindergarten und an den Schulen in Österreich

22. In Österreich hatten im Jahr 2008/09 25% der in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen betreuten Kinder eine nicht-deutsche Muttersprache (in Wien: 44%). In der Volksschule lag der Anteil der SchülerInnen mit nicht-deutscher Muttersprache bei 22,3% (in Wien: 50,6%), in den Sonderschulen bei 27.8% (in Wien: 45%), in den Hauptschulen 20.5% (in Wien: 59%), in den polytechnischen Schulen 21.7% (in Wien 2006: 56,8%), in den Berufsbildenden Mittleren Schulen 17% (in Wien 2006: 44,3%). In der AHS liegt der Anteil dagegen nur bei 13.3% (in Wien: 27%). In einzelnen proletarischen Bezirken ist der MigrantInnenanteil noch höher. In Wien-Margareten haben 84.2% aller Volksschulkinder eine „nicht-deutsche Umgangssprache“. In Rudolfsheim-Fünfhaus liegt der Anteil bei 78.7% und in Ottakring bei 78.3%. Der Anteil von MigrantInnenjugendlichen wird aller Voraussicht nach in der Zukunft noch weiter zunehmen. Von allen im Jahr 2006 in Wien geborenen Kindern haben 59,2% Eltern, die zugewandert sind. (9)

23. Die Unterrichtssprache ist in ganz Österreich deutsch – abgesehen von den offiziell anerkannten slowenischen bzw. kroatischen Minderheitsgebieten in Kärnten bzw. dem Burgenland. Dies entspricht der imperialistischen Leitkulturpolitik, die die nationalen Minderheiten majorisieren und assimilieren will. Teilweise geht diese Assimilierungspolitik sogar so weit, daß MigrantInnenjugendlichen die private Unterhaltung in ihrer Muttersprache in der Schule verboten wird (z.B. in der jüngsten Vergangenheit in einer Salzburger Privatschule sowie einigen Berliner Schulen). Diese durch den Staatsapparat durchgesetzte Vorherrschaft der deutschen Sprache verstärkt die massive Benachteiligung von migrantischen SchülerInnen. Denn so kommt zu der sozialen Ungleichheit – MigrantInnen gehören zum größten Teil den unteren Schichten der ArbeiterInnenklasse an (die von den bürgerlichen Ideologen als „bildungsferne Schichten“ bezeichnet werden) – auch noch die nationale Ungleichheit. Sie sind daher in den Schulen mit einem höheren Abschluß deutlich unterrepräsentiert.

24. Diese Benachteiligung für die MigrantInnen der 2. Generation – also jenen, die in Österreich geboren wurden – nimmt eine besondere Form durch folgende Problematik an: In der Regel beginnen sie in ihrer Kindheit in der einen oder anderen Form ihre Muttersprache zu erlernen. Durch die nationale Unterdrückung können sie jedoch in der Schule ihre Muttersprache nicht oder kaum weiterentwickeln und müssen nun auch noch deutsch beginnen zu lernen. Dies führt oft zu einem Zustand, der von ExpertInnen als *„doppelte Halbsprachigkeit“* bezeichnet wird – sie beherrschen also sowohl ihre Muttersprache als auch die Mehrheitsprache nur teilweise. Vergleicht man daher die 17-jährigen MigrantInnen der 2. Generation aus dem ehemaligen Jugoslawien oder der Türkei mit ihren gleichaltrigen inländischen KollegInnen in Wien, so zeigt sich daß die MigrantInnenjugendlichen 2-3 mal so häufig bereits erwerbstätig oder arbeitslos sind, während umgekehrt die inländischen Jugendlichen dieser Altersgruppe

2-3 mal so häufig in eine AHS gehen. (10)

Die Notwendigkeit des muttersprachlichen Unterrichts

25. MigrantInnen sprechen in ihrem Alltag häufig in ihrer Muttersprache oder ein „Misch-Masch“ – also eine Kombination von Muttersprache und Deutsch. MigrantInnenkinder bzw. –jugendliche brauchen daher muttersprachliche Betreuung in den Kindergärten und muttersprachlichen Unterricht in den Schulen. Dies entspricht nicht nur dem demokratisch legitimen und verständlichen Wunsch einer Bevölkerungsgruppe, ihre Kinder in ihrer Sprache auszubilden. Auch die klare Mehrheit der PädagogInnen und SprachwissenschaftlerInnen – nicht nur fortschrittliche, sondern bis in das bürgerlich-liberale Lager hinein – spricht sich dafür aus, daß die MigrantInnenkinder die Möglichkeit bekommen, ihre Muttersprache vollständig zu erlernen. Dies würde dann auch die Möglichkeit verbessern, daß sie dann weitere Sprache – wie z.B. deutsch – vollständig erlernen würden.

26. Viele MigrantInnen sind durch die Nicht-Gleichberechtigung ihrer Muttersprache in der bürgerlichen Gesellschaft benachteiligt. Viele sind mit dem gegenwärtigen Bildungssystem unzufrieden, da es oft weder die vollständige Erlernung von Deutsch als auch der Muttersprache gewährleistet. Es ist daher nicht verwunderlich, daß es von Seiten der MigrantInnen, zahlreicher MigrantInnenverbände sowie gewerkschaftlicher und politischer Vertretungen in Österreich und Deutschland den breiten Wunsch nach einem massiven Ausbau der muttersprachlichen Betreuung in den Kindergärten und des muttersprachlichen Unterricht in den Schulen gibt. Dieser Wunsch der MigrantInnen nach Mehrsprachigkeit in den Kindergärten und Schulen drückt ihre Ablehnung der Assimilation und ihren legitimen Wunsch nach Anerkennung als gleichberechtigter Teil der Gesellschaft aus. Er drückt – entgegen den reaktionären Behauptungen der Rechten – in keinsten Weise den Wunsch nach nationaler Abschottung aus.

27. Dieser Wunsch nach Mehrsprachigkeit schlägt sich darin nieder, daß MigrantInnen von den Schulen fordern, daß diese den Kindern bzw. Jugendlichen das vollständige Erlernen nicht nur von Deutsch, sondern ebenso auch der Muttersprache ermöglichen. Selbst Parteien, die fest mit der kapitalistischen Herrschaft verbunden sind, bzw. Funktionäre dieser Parteien, stellen daher Forderungen auf, die in diese Richtung gehen – ohne natürlich deswegen ein konsequentes Programm der tatsächlichen Gleichberechtigung zu vertreten. So spricht sich der SPÖ-Stadtrat für Bildung, Christian Oxonitsch, für die Möglichkeit des bilingualen Unterrichts und zweisprachige Kindergärten in Deutsch-Türkisch oder Deutsch-Serbokroatisch aus. (11) Ebenso befürwortet die frühere SPÖ-Vizebürgermeisterin Laske, daß migrantische MaturantInnen die Möglichkeit haben sollen, in ihrer Muttersprache die Reifeprüfung abzulegen. (12) Die SPÖ-Kandidatin bei den Wahlen 2010 Gülsüm Namaldi ist für die „*Mehrsprachigkeit in den Schulen*“ und fordert den „*massiven Ausbau des Muttersprachenunterrichts wie auch die Einführung des Muttersprachenunterrichts als Pflichtfach*“. (13) Die Grünen Wien fordern „*Mehrsprachig von klein auf: Im Grünen Wien lernen Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache ihre Muttersprache und Deutsch. Kinder mit deutscher Muttersprache suchen sich eine Sprache in der Kindergartengruppe aus*

und besuchen Sprachateliers, um die Sprache kennenzulernen“. Für die Schulen fordern sie „*Alle Kinder sollen ihre Muttersprache und Deutsch perfekt beherrschen: Im Grünen Wien gibt es den Kindergartenbesuch ab drei Jahren, verpflichtenden muttersprachlichen Unterricht und Deutschförderkurse*“. (14) Fortschrittliche MigrantInnenorganisationen wie die ATIGF fordern in ganz Europa „*das Recht der Einwandererkinder, ihre Muttersprache in den Schulen zu erlernen*“. (15) In Deutschland sprechen sich GewerkschafterInnen (z.B. die Bildungsgewerkschaft GEW (16)), zahlreiche MigrantInnenverbände bis hin zu einzelnen sozialdemokratischen und grünen Parlamentsabgeordneten für ein Angebot an zweisprachigen Unterrichts aus, bei dem eine der MigrantInnen Sprachen Unterrichtssprache ist. (17)

Revolutionäre Integration und Mehrsprachigkeit

28. Die Aufgabe der revolutionären Partei ist es, im Sinne von Lenin's „*Was tun*“ als „*Volkstribun*“ zu handeln und die demokratischen, politischen Bestrebungen der MigrantInnen aufzugreifen, auf eine revolutionäre Grundlage zu stellen und mit der allgemeinen, sozialistischen Perspektive zu verbinden. MarxistInnen kämpfen dafür, die ArbeiterInnenbewegung und die MigrantInnenorganisationen für eine Perspektive des gemeinsamen Kampfes auf Basis der völligen Gleichberechtigung zu gewinnen. Denn wenn nicht die ArbeiterInnenbewegung zur Vorkämpferin gegen die nationale Unterdrückung der MigrantInnen wird, dann werden reaktionäre, kleinbürgerliche Kräfte sich an die Spitze stellen können und dadurch die Einheit der migrantischen und inländischen ArbeiterInnen und Jugendlichen erschweren. Die Losung der MarxistInnen lautet daher: *Einheit durch Gleichberechtigung!*

29. Wir lehnen die imperialistische Leitkultur ab. Wir propagieren in der ArbeiterInnenbewegung die Ablehnung der von allen bürgerlichen Kräften (inklusive der Sozialdemokratie) vertretenen Ideologie, nach der es in der Gesellschaft eine herrschende Mehrheitsnation gibt und geben soll. Wir treten gegen die Vorherrschaft und Privilegierung jeder Nation und für die völlige Gleichberechtigung der Nationen und Sprachen ein.

30. Eine solche Gleichberechtigung kann niemals auf der Grundlage des Zwangs zustande kommen. Wir lehnen deshalb jegliche Form von verpflichtenden Deutschkursen für MigrantInnen ab, sprechen uns gleichzeitig jedoch dafür aus, dass MigrantInnen die deutsche Sprache auf freiwilliger und kostenloser Grundlage näher gebracht wird. Wir sprechen uns daher auch für ein breites und kostenloses Angebot an Fremdsprachen Unterricht aus, um auch Menschen mit deutscher Muttersprache andere Sprachen nahe zu bringen.

31. Wir lehnen daher die Majorisierung der Minderheiten ab (im Falle Österreichs eine Germanisierung der Minderheiten). Unser positives Ziel in der Frage der Erlernung der Sprachen ist nicht, die Mehrheitsprache – die unter den Volksschülern Wiens schon gar nicht mehr die Mehrheitsprache darstellt – als einzige zu erlernende Sprache durchzusetzen, sondern vielmehr die Mehrsprachigkeit zu fördern und damit die Einheit der ArbeiterInnenklasse und der Jugendlichen zu erleichtern. Daher kämpfen wir für Reformen in Richtung Mehrsprachigkeit, die die Tatsache berücksichtigt, daß die Jugendlichen un-

verschiedliche Muttersprachen haben und die eine Verständigung zwischen den verschiedenen nationalen Teilen der Gesellschaft erleichtert.

32. Wir lehnen eine Trennung der SchülerInnen nach ihrer jeweiligen nationalen Herkunft ab. Wir lehnen daher national getrennte Schulen ab. Unser Ziel sind gemeinsame, multinationale Schulen bzw. Kinderbetreuungsstätten. Diese Ablehnung national getrennter Schulen bedeutet allerdings nicht, daß wir Forderungen von national unterdrückten Minderheiten bzw. Schichten nach eigenen Schulen ignorieren. Überall dort wo MigrantInnengemeinden eigene Schulen einfordern, unterstützen wir sie in ihrem Recht auch solche Schulen zu haben. Es stellt aber nicht unser Ziel dar, die Trennung der MigrantInnen bzw. national unterdrückter Minderheiten von anderen Bevölkerungsnationen in solche eigenen nationalen Schulen aktiv zu fordern. Vielmehr bekämpfen wir eine solche Trennung nach Nation im Bildungssystem und treten für ein breites Angebot an mehrsprachigem Unterricht ein. Ein solches Angebot gewährleistet alle Möglichkeiten in der Wahl der Unterrichtssprache/n sowie der verpflichtenden Fremdsprachen zu haben bei gleichzeitiger Freiheit von jeglichem Zwang diese oder jene Sprachen erlernen zu müssen.

33. Gleichzeitig weisen wir jedoch auch darauf hin, dass wir die Erlernung von bestimmten Sprachen in unterschiedlichen Nationen und Regionen aufgrund ihrer Verwendung als allgemeines Mittel nicht nur der gesprochenen, sondern auch der geschriebenen Kommunikation (sowohl der aktuellen als auch der vergangenen) für sinnvoll erachten. Es ist unser Ziel die sprachlichen Kommunikationsmittel langfristig zu vereinfachen, und bestimmte Sprachen global zu unterrichten, sodass eine Verständigung und Kommunikation möglichst einfach möglich gemacht wird. In bestehenden aktuellen Kontexten ist eine Erlernung der jeweiligen national mehrheitlich gesprochenen Sprache zwecks Steigerung der Kommunikationsmöglichkeiten sinnvoll.

34. Wir lehnen es ab, eine Verpflichtung zur Erlernung der Staatssprache in den Schulen – in welcher Form auch immer (Unterrichtssprache, verpflichtendes Unterrichtsfach) zu fordern. Es ist somit auch das von uns unterstützte Recht aller unterdrückten Nationen und nationalen Minderheiten, die eigene Schulen fordern, in diesen eigenen Schulen keine Verpflichtung zur Unterrichtung der Staatssprache auferlegt zu bekommen. Dasselbe gilt auch für die mehrsprachigen Klassen bzw. Schulen. Die Unterrichtssprachen sowie die unterrichteten Sprachfächer sollen frei wählbar sein.

35. Das Ziel der mehrsprachigen Einheitsschule sowie Kinderbetreuungsstätten ist, der sich durch die nationale Ungleichheit ergebende Benachteiligung der MigrantInnen entgegenzuwirken, ihnen den Erwerb einer umfassenden Bildung sowohl in ihrer Muttersprache als auch in anderen Sprachen zu ermöglichen und ebenfalls den inländischen SchülerInnen den Erwerb von Sprachen zu ermöglichen, die einen wichtigen Stellenwert in unserer Gesellschaft einnehmen.

36. Wir kämpfen für ein Bildungssystem, daß es ermöglicht, daß möglichst viele MigrantInnen nicht nur ihre Muttersprache, sondern auch die Sprache des Landes, in dem sie leben, erlernen. Wir treten genauso dafür ein, daß möglichst viele InländerInnen nicht nur ihre Mutter-

sprache, sondern auch die Sprache ihrer migrantischen MitbürgerInnen, mit denen sie zusammenleben, erlernen. Dieses Ziel kann in einer Gesellschaft, in der bestimmte nationale bzw. ethnische Bevölkerungsgruppen unterdrückt werden, am besten durch das breitestmögliche Angebot der Sprachen erreicht werden – jedoch nicht durch Majorisierungsdruck und Zwang zur Assimilation, wie es für die kapitalistische Gesellschaft typisch ist.

37. Eine mehrsprachige Schule ist keine Utopie, sondern – wie zahlreiche Beispiele zeigen – ein leicht verwirklichtbares Projekt. Die Form von mehrsprachigen Unterricht können sehr verschieden sein. (Unterricht in drei Sprachen mit simultaner Übersetzung, Arbeit in Kleingruppen, wochenweise abwechselnder Unterricht in zwei Sprachen usw.). Ein Beispiel, auf das sich MigrantInnenverbände beziehen, sind die sogenannten zweisprachigen „Europa-Schulen“. (18) In diesen bilingualen Schulen werden zwei Sprachen als Unterrichtssprachen verwendet. Auch in zweisprachigen Schulen im slowenischen Teil Kärntens werden slowenische und österreichische Kinder in beiden Sprachen unterrichtet. (19) Angesichts der multinationalen Zusammensetzung in Wien gibt es hier vermehrt Projekte von mehrsprachigen (öffentlichen und privaten) Kindergärten und Volksschulen, in denen mehrere Sprachen unterrichtet und gefördert werden. (z.B. drei-sprachiger Unterricht in der Volksschule Ortnergasse. Andere mehrsprachige Volksschulen sind u.a. die Deckergasse, Darwingasse, Selzergasse) (20) Es gibt bereits eine eigene drei-sprachige Zeitschrift TRIO (deutsch, BKS, türkisch), die in mehreren Sprachen Lernstoff darlegt und an öffentlichen Volksschulen auch verwendet wird. (21) Ebenso gibt es in Wien auch bereits mehrere öffentliche und private Kindergärten, die bewußt die Integration durch Mehrsprachigkeit fördern. (22)

38. Wir treten für den massiven Ausbau solcher Ansätze ein. Natürlich läßt der bürgerliche Staat solche Projekte nur deswegen zu, weil er a) die gesellschaftliche Wirklichkeit der multinationalen und mehrsprachigen Zusammensetzung der Bevölkerung nicht völlig unterdrücken kann (in Bezirken mit einem MigrantInnenkinder-Anteil von bis zu 80%!), b) weil er dadurch hofft, daß die Kinder auf diese Weise besser die Mehrheitsprache deutsch lernen und c) weil es ein zunehmendes Interesse des Kapitals nach mehrsprachigen Arbeitskräften gibt (multinationale Bevölkerung, Österreichs Rolle als Auslandsinvestors). Wir sehen diese Beispiele als Beweis dafür an, daß mehrsprachige Ausbildungsstätten keine Utopie sind und zu keinem Chaos führen, sondern realistisch und ein Fortschritt sind. Doch als MarxistInnen unterscheidet sich unsere Herangehensweise von jener der bürgerlich-liberalen ReformierInnen. Für uns sind mehrsprachige Volksschulen kein notwendiges Übel, um die nicht-assimilierten MigrantInnen besser assimilieren zu können. Für uns ist die Aufrechterhaltung der deutsch-österreichischen Mehrheitsnation und –kultur kein Ziel, ebensowenig wie die Aufrechterhaltung der migrantischen nationalen Minderheiten und ihrer Kultur. Wir haben kein Interesse an der besonderen Förderung der einen oder der anderen Kultur und Sprache. Deswegen treten wir angesichts der multinationalen Zusammensetzung unserer Gesellschaft für das gleichberechtigte Angebot der verschiedenen Sprachen als Unterrichtssprachen an den Schulen an mit dem Ziel, durch die Förderung der Mehrsprachigkeit die Einheit

der ArbeiterInnenklasse und der Jugend für den gemeinsamen Kampf zu erleichtern. Wir unterstützen daher die bereits vorhandenen Ansätze zu mehrsprachigen Schulen und fordern eine konsequente Verallgemeinerung von mehrsprachigen Einheitsschulen nicht nur im Bereich der Kinderbetreuungsstätten und Volksschulen, sondern aller Ausbildungsstätten.

39. Eine solche mehrsprachige Einheitsschule ist jedoch nur im Zusammenhang mit einer radikalen Umwälzung des Schulsystems – und letztlich der kapitalistischen Gesellschaft als solche – zu verwirklichen. Sie erfordert eine Umsetzung anderer wichtiger Ziele, für die MarxistInnen in der Bildung eintreten:

- i) Verkleinerung der Klassen bzw. der Kinderbetreuungsstätten.
- ii) Ausbau des Unterrichts in kleinen Gruppen und individueller Betreuung.
- iii) Massive Einstellung von mehr Lehr- und Betreuungspersonal, insbesondere mit migrantischen Hintergrund und Mehrsprachenkenntnissen. Letzteres soll auch durch ein kostenloses und hochwertiges Weiterbildungsangebot allen Lehrkräften ermöglicht werden.
- iv) Alle Kinderbetreuungsstätten und Schulen sollen in öffentlicher Hand sein und unter der Kontrolle der SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern stehen (mit zunehmendem Alter steigt die Rolle der SchülerInnen und sinkt jene der Eltern). Dadurch bekommen auch die MigrantInnen die Möglichkeit der demokratischen Mitsprache.
- v) Massives Angebot von Lernmaterialien in den in der Gesellschaft verwendeten Muttersprachen.
- vi) Schließlich erfordert die mehrsprachige Einheitsschule gesellschaftliche Planung. Eine regelmäßige landesweite Erfassung der Bedürfnisse nach den Sprachen im Unterricht ist in den einzelnen Orten, Städten und Stadtteilen notwendig, um die angemessene mehrsprachige Ausstattung der Schule bzw. Kinderbetreuungsstätten (Lernmittel, Lehrpersonal usw.) sowie die Verteilung der SchülerInnen zu ermöglichen.

40. Eine solche radikale Umwälzung des Bildungssystems erfordert natürlich massive Investitionen in den Ausbau der Bildung. Dies wirft somit die Frage auf, wer für die gesellschaftlichen Reformen zahlen soll. Wir verbinden daher die Losung der mehrsprachigen Einheitsschule mit der Losung nach radikal höherer Besteuerung der Reichen und der Enteignung der Bourgeoisie. Selbstverständlich ist eine tatsächliche Verwirklichung des mehrsprachigen Schulsystems nur in einer sozialistischen Gesellschaft verwirklichtbar.

41. Wir treten für den Ausbau von freiwilligen und kostenlosen Sprachkursen für MigrantInnen ein – gleichermaßen für das Angebot der deutschen Sprache als auch der Muttersprachen. Wir treten ebenso für den Ausbau von freiwilligen und kostenlosen Sprachkursen für ÖsterreicherInnen ein, bei denen das Erlernen von migrantischen Muttersprachen angeboten wird.

42. Im Programm gegen die nationale Benachteiligung spielt die Frage der *lokalen Selbstverwaltung* eine wichtige Rolle. Diese widerspricht – wie Engels und Lenin betonten – keineswegs dem Ziel größtmöglicher Staaten und dem Konzept eines demokratischen, zentralistischen Staates, sondern ergänzt dieses vielmehr. (23) Ziel ist die gesellschaftliche zentralisierte Bestimmung der allgemeinen Lehrpläne (umfassende, den gesellschaftlichen Interessen

dienende Bildung, weltlicher Unterricht). Wir treten dafür ein, daß diese Lehrpläne durch die ArbeiterInnenbewegung – unter Einbeziehung von PädagogInnen, VertreterInnen der SchülerInnen, Eltern sowie der MigrantInnen – erstellt werden. In welchen Sprachen dann diese für alle gültigen Lehrpläne erlernt werden, muß auf die Bedürfnissen der verschiedenen nationalen Bevölkerungsteile abgestimmt werden und in den verschiedenen, in der Gesellschaft verwendeten Sprachen, angeboten werden. Die genaue Gestaltung der Mehrsprachigkeit an den Schulen obliegt den lokalen Bevölkerungen in den Selbstverwaltungsorganen. Die Unterrichtssprache(n) dürfen nicht durch eine nationale Mehrheit einer nationalen Minderheit aufgezwungen werden. Es muß vielmehr das Interesse an den jeweiligen Muttersprachen erfaßt werden. Auf dieser Grundlage muß dann ein Angebot der verschiedenen Muttersprachen vorhanden sein und den Menschen steht es frei, sich für diese oder jene Unterrichtssprache(n) zu entscheiden. Sollte natürlich eine bestimmte Muttersprache „aussterben“ – es also über eine längere Zeit keine Nachfrage nach dieser geben – kann das Angebot des Unterrichts in dieser Muttersprache entfallen.

43. Fassen wir zusammen, wie wir die multinationale Einheit der ArbeiterInnenklasse auf der Grundlage der nationalen Gleichberechtigung auf dem Gebiet der Sprachen fördern wollen? Sie läßt sich in folgender Formel zusammenfassen: Treten wir dafür ein, daß möglichst viele MigrantInnen die Sprache des Einwanderungslandes (in Österreich die deutsche Sprache) erlernen sollen? Ja! Sollen sie dazu verpflichtet und somit gezwungen werden? Nein! Treten wir dafür ein, daß möglichst viele MigrantInnen ebenso ihre Muttersprache erlernen sollen? Ja! Sollen sie dazu verpflichtet und somit gezwungen werden? Nein! Treten wir dafür ein, daß möglichst viele ÖsterreicherInnen eine Sprache erlernen, die von ihren MitbürgerInnen anderer nationaler Herkunft gesprochen wird? Ja! Sollen sie dazu verpflichtet und somit gezwungen werden? Nein!

Anmerkungen:

- (1) W. I. Lenin: Resolution zur nationale Frage (1917); beschlossen auf der Konferenz der bolschewistischen Partei im April 1917; in: LW 24, S. 296
- (2) W. I. Lenin: Resolution zur nationalen Frage (1913); beschlossen auf der Sommerberatung des Zentralkomitees der SDAPR; in: LW 19, S. 420
- (3) Siehe: Richard Basler: Ein kurzer Überblick über die Lage der Wiener Tschechen, S. 84
- (4) Rosa Luxemburg: Zur Verteidigung der Nationalität (1900); in: Rosa Luxemburg Gesammelte Werke, Band 1.1, S. 812
- (5) Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) (1903); in: Boris Meissner: Das Parteiprogramm der KPdSU 1903-1961, Köln 1962, S. 117f.
- (6) Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) (1919); in: Boris Meissner: Das Parteiprogramm der KPdSU 1903-1961, Köln 1962, S. 131
- (7) W. I. Lenin: Die nationale Zusammensetzung der Schüler in der russischen Schule (1913); in: LW 19, S. 527ff.
- (8) Siehe u.a. Josef Strasser: Der Arbeiter und die Nation; Wien 1982, S. 34f.
- (9) Die Zahlen stammen aus folgenden Quellen: Statistik

Austria und Kommission für Migrations- und Integrationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften: Migration & Intergration. Zahlen.Daten. Indikatoren 2010 (2010), S. 42f.; Eugen Antalovsky, Herbert Bartik, Alexander Wolffhardt in Zusammenarbeit mit Kenan Güngör: Gesamtfassung des ersten Wiener Diversitätsmonitors 2009, Erstellt im Auftrag der Stadt Wien, MA 17 Integration und Diversität, S. 61; Projektteam Integrationsmonitor (Theodora Manolakos, Karin König, Rainer Hauswirth, Kemal Boztepe): Monitoring Intergration Wien (2010), S. 69; Nina Horaczek: Keine Panik im Pausenraum; in: Falter Nr. 36 (2010), S. 11; Andreas Steinmayr: Die Bildungssituation der zweiten Zuwanderergeneration in Wien; Österreichischer Integrationsfonds, 2009, S. 4

(10) Siehe Andreas Steinmayr: Die Bildungssituation der zweiten Zuwanderergeneration in Wien; Österreichischer Integrationsfonds, 2009, S. 8

(11) „Unterricht in Türkisch? Warum nicht?“ Die Presse, 27.03.2009, http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/465265/index.do?_vl_backlink=/home/politik/innenpolitik/index.do

(12) Laska will ganze Reifeprüfung in der Muttersprache ermöglichen, Der Standard, 27. Februar 2008, <http://derstandard.at/3242254?seite=5>

(13) <http://www.namaldi.at/politisches/politisches-von-a-z/>

(14) Grüne Wien: Wir schaffen Bildungschancen, weil Wien die Intelligenz und Kreativität aller braucht. <http://wien.gruene.at/wahl2010/programm/bildungschancen>

(15) ATIK: Wer ist die ATIK? <http://de.atik-online.net/wer-ist-die-atik/>

(16) Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): Sprache fördern - Bildung ganzheitlich entfalten (2007), S. 23, http://www.gew.de/Binaries/Binary27932/Sprache_foerdern.pdf

(17) Siehe u.a. Statement zur Mehrsprachigkeit, http://www.verband-binationaler.de/fileadmin/user_upload/Bundesverband/Statement_zur_Mehrsprachigkeit.pdf; 27.05.2003, BAGIV: Positionspapier der BAGIV zum Thema Bilingualität Ressourcen nutzen - Zukunft sichern, <http://www.bagiv.de/presse-27-05-2003.html>

(18) Siehe u.a. Staatliche Europa-Schule, http://www.berlin.de/sen/bildung/besondere_angebote/staatl_europaschule/

(19) Siehe u.a. Slowenisch liegt voll im Schultrend, 15. April, 2009, <http://wireltern.eu/news/slowenisch-liegt-voll-im-schultrend.html>

(20) Siehe u.a. Schulprofil der Volksschule Ortnergasse 4, 1150 Wien, http://ortnergasse.webonaut.com/og_v3/schule/schulprofil_2008.pdf; <http://www.regenbogen-volksschule.at/blog/>; Simone Kremsberger: Sprachenvielfalt in der „Kinderinsel“, <http://www.kinder-insel.at/layer/Trioartikel.htm>; EDUCULT – Denken und Handeln im Kulturbereich: Vielfalt und Kooperation. Kulturelle Bildung in Österreich – Strategien für die Zukunft, Wien 2007, Bericht im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur, S. 40

(21) Siehe TRIO: Lesen und Lernen in drei Sprache, <http://www.trio.co.at/>

(22) Siehe u.a. Karim Khattab: Kindergarten: Mehr Sprachen für mehr Chancen, Die Presse, 17.11.2010, S. 11

(23) Siehe u.a. Friedrich Engels: Zur Kritik des sozial-

demokratischen Programmentwurfs (1891), in: MEW 22, S. 235ff.; W. I. Lenin: Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage (1913), in: LW 20, S. 32ff.; W. I. Lenin: Staat und Revolution (1917), LW 25, S. 460f.



